



Protokoll

der 47. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: Claudio Miozzari, Grossratspräsident
Protokoll: Beat Flury, I. Ratssekretär
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Edibe Gölgeli (SP), Fleur Weibel (GAB).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	3
3.	Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidiums für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024 und vom 24. November 2024; Validierung, Schreiben des RR	4
4.	Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024; Validierung, Schreiben des RR	4
5.	Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung Basel-Stadt für die Jahre 2025–2028/2030, Ausgabenbericht des RR.....	5
6.	Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo	7
7.	Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK	8
7.1.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen, Bericht der GSK.....	25
8.	Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete von GGG Benevol für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK.....	25
9.	Luftreinhalteplan 2024 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - Partnerschaftliches Geschäft Bericht des RR.....	28
9.1.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Anpassung des Luftreinhalteplan zum Schutz der Bevölkerung, Bericht des RR	31
10.	Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit.....	32



Beginn der 47. Sitzung

Mittwoch, 15. Januar 2025, 09:06 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.01.25 09:06:49]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, ich bin sehr dankbar und froh, dass wir das zusammen haben machen können. Vielen Dank für den grossen Einsatz, denen, die hinten dabei waren und denen, die vorne ein bisschen dabei waren oder zumindest zugehört haben. Ich möchte an dieser Stelle unseren Sängerinnen und Sänger, die extra gekommen sind und uns unterstützt haben, und vor allem auch unsere Anleiterin Julia Baumgartner ganz herzlich verdanken. Wir wünschen Ihnen einen schönen Tag. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Viele von Ihnen müssen jetzt wahrscheinlich wieder an die Arbeit gehen, so ist das auch mit den Grossratsmitgliedern. Wir legen also los mit unserer Sitzung und ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, das neue Mitglied zu begrüssen und bitte die Angesprochene, sich ganz kurz von ihrem Sitz zu erheben. Jennifer Schmid ist anstelle des zurückgetretenen Eric Weber nachgerückt und ist diesen Monat Teil des Parlaments. Ich heisse Sie ganz herzlich willkommen. Vielen Dank, dass Sie hier sind. [Applaus]

Nachtsitzung

Nach Rücksprache mit dem Statthalter und vor allem nach rechnen sind wir zum Schluss gekommen, dass auch wenn wir das schnellste Szenario nehmen, immer noch Traktanden übrigbleiben, die in die nächste Legislatur gezügelt werden müssen. Das heisst, wir machen eine Nachtsitzung, ausser Sie zwingen uns mit einer Abstimmung dazu, dass wir die absagen müssen, aber es braucht einfach eine.

Zwei Hinweise für heute Abend

Zwischen Nachmittagssitzung und Nachtsitzung gibt es zwei Einladungen, an die ich Sie gerne erinnere. Zum einen sind es die scheidenden Mitglieder, die uns zu einem Apéro eingeladen haben im Vorzimmer. Wenn Sie sich da noch dazu gesellen möchten, können Sie das tun oder das absprechen mit Daniel Sägesser, Gabriel Nigon, Raphael Fuhrer, Beat Braun und Lukas Bollack.

Dann gibt es auch die Einladung des Alevitischen Kulturvereins. Seyit Erdogan hat mir gesagt, man kann das auch kombinieren und dann einfach schnell wieder kommen zur Nachtsitzung. Sie dürfen sich gerne an ihn wenden, wenn Sie noch Fragen haben, wo das ist und wann das ist. Da sind Sie auch herzlich eingeladen.

Noch ein Veranstaltungshinweis, der nicht heute betrifft, sondern den Schlussabend. Heute müssen wir angeben, wie viele Leute mit dabei sind. Wenn Sie sich noch nicht angemeldet haben, aber trotzdem kommen möchten oder nicht mehr sicher sind, dann fragen Sie Beat Flury. Er weiss Bescheid und kann auch noch Meldungen entgegennehmen.

Neue Interpellationen

Es sind fünf neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 153 bis 156 werden heute Nachmittag mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung und hier liegt ein Antrag auf dringliche Traktandierung vor.

Die BKK beantragt, ihren Bericht, 24.1513.02, betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die



Jahre 2024 bis 2027 dringlich zu traktandieren und dies nach Traktandum 17 zu machen. Möchte die Präsidentin der BKK begründen? Sie möchte nicht. Für die dringliche Traktandierung ist ein Zweidrittelmehr notwendig, das heisst, es müssen doppelt so viele Stimmberechtigte Ja als Nein sagen.

Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005432, 15.01.25 09:11:53]

Der Grosse Rat beschliesst

eine dringliche Traktandierung von einem neuen Traktandum 94 welches nach Traktandum 17 terminiert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird dringlich traktandiert. Es liegen 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[15.01.25 09:12:10]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier liegt ein Antrag vor, und zwar von der WAK. Sie möchte das Geschäft Teilrevision Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz) der WAK statt der GSK zuweisen. Dazu gibt es eine Wortmeldung der Präsidentin der WAK, Andrea Knellwolf hat das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): In Absprache mit dem Präsidenten der GSK möchten wir Ihnen beantragen, dieses Geschäft der WAK zuzuweisen und nicht der GSK. Das Thema wurde in der WAK bereits behandelt im Rahmen des Steuerkompromisses 2017 und es wäre sinnvoll, dass die WAK hier auch diese Teilrevision dann berät, damit die Einheit der Materie, quasi der Beratungsmaterie gewahrt ist. Das macht absolut Sinn und ich hoffe, Sie können dem zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn es keinen Gegenantrag gibt, den noch jemand am Redepult formulieren müsste, dann entnehme ich Ihrem Stillschweigen, dass Sie mit dieser Umteilung zur WAK einverstanden sind.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen zu genehmigen.



3. Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidiums für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024 und vom 24. November 2024; Validierung, Schreiben des RR

[15.01.25 09:13:46, 24.1826.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ereignis der Gesamterneuerungswahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Validierung der Wahl, NEIN heisst Ablehnung der Validierung

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005436, 15.01.25 09:14:57]

Der Grosse Rat beschliesst

Die am 20. Oktober 2024 und am 24. November 2024 durchgeführten Wahlen des Regierungsrates und des Regierungspräsidenten, welche im Kantonsblatt vom 26. Oktober 2024 und vom 27. November 2024 publiziert worden sind, werden für gültig erklärt.

Der Regierungsrat besteht für die Amtsperiode 2025 – 2029 somit aus folgenden Personen:

Dr. **Conradin Cramer**, Präsident

Dr. **Tanja Soland**

Kaspar Sutter

Dr. **Lukas Engelberger**

Mustafa Atici

Stephanie Eymann

Esther Keller

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt der Validierung einstimmig mit 94 Ja-Stimmen zu.

4. Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024; Validierung, Schreiben des RR

[15.01.25 09:15:01, 24.1827.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen, vom Ergebnis der Gesamterneuerungswahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Validierung der Grossratswahlen, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005439, 15.01.25 09:15:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 26. Oktober 2024 publizierte Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates wird für gültig erklärt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat validiert die Grossratswahlen einstimmig mit 95 Ja-Stimmen.

5. Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung Basel-Stadt für die Jahre 2025–2028/2030, Ausgabenbericht des RR

[15.01.25 09:16:05, 24.1334.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich darf Ihnen in aller Kürze mündlich zur Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung berichten. Die Förderung der Kulturvermittlung trägt dazu bei, dass das professionelle Kulturschaffen der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden kann. Mit niederschweligen Angeboten im Freizeit- und Schulbereich bezieht die Kulturvermittlung die Beteiligten und deren Lebenswelten aktiv ein und regt eine gemeinsame Auseinandersetzung mit kulturellen Inhalten und Praktiken an. Da diese Kulturangebote ihr gemeinschaftsbildendes und inklusives Potenzial ins Zentrum stellen, können sie gerade im schulischen Kontext positive Auswirkungen auf diverse schulische Disziplinen haben und sie regen die Kreativität der Beteiligten an. Antragsberechtigt sind Kulturinstitutionen in Basel-Stadt ohne Staatsbeitragsverhältnisse mit dem Kanton und professionelle freischaffende Kulturschaffende.

In der vergangenen Beitragsperiode hat die Abteilung Kultur insgesamt 57 Vermittlungsprojekte unterstützt und so Gelder in der Höhe von 1'224'850 Franken gesprochen. Wie bereits erwähnt, können nur Kulturschaffende und Institutionen ohne Staatsbeitragsverhältnis Unterstützung bei der Kulturvermittlung beantragen. Für Staatsbeitragsinstitutionen, die ein Vermittlungsprojekt durchführen möchten, das über ihren Leistungsauftrag hinausgeht, besteht eine Förderkooperation mit dem Swisslos-Fonds.

Die BKK unterstützt die Erneuerung der Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von 1,2 Millionen Franken für die Jahre 2025 bis 2028 einstimmig und beantragt dem Grossen Rat, dem Ausgabenbericht zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch ich beantrage Ihnen namens des Regierungsrats, diese 300'000 Franken pro Jahr für die Kulturvermittlung wiederum zu sprechen.

Unter der Bezeichnung Kulturvermittlung schafft der Kanton seit rund 25 Jahren kulturelle Teilhabe in Form von verschiedenen Förderformaten und seit 2021 durch die entsprechende ordentliche Rahmenausgabenbewilligung. Die Präsidentin der BKK hat es schon ausgeführt, diese Förderung richtet sich an professionelle freie Kulturschaffende und an Kulturinstitutionen ohne Staatsbeitragsverhältnis mit dem Kanton. Ergänzend dazu gibt es die sogenannten Impulsprojekte, die Vermittlungsvorhaben in Staatsbeitragsinstitutionen unterstützen können, sofern diese das Feld der Kulturvermittlung über den konkreten Leistungsauftrag hinaus erweitern und diese Förderung, die wird aus dem Swisslos-Fonds bestritten, sie ist entsprechend nicht Bestandteil des vorliegenden Berichts.



Aus der Rahmenausgabenbewilligung, die wir Ihnen heute vorlegen, werden Kulturvermittlungsprojekte ausserhalb von Staatsbeitragsinstitutionen in allen Sparten unterstützt. Sie adressieren Menschen in Basel-Stadt und finden sehr häufig im schulischen Kontext oder sonst im Freizeitbereich statt. Die Vergabe erfolgt mittels einer beratenden Fachjury. Die Präsidentin der BKK hat es gesagt, es waren 57 Projekte, die so unterstützt werden konnten. Zwei Beispiele dazu, eine 5. Primarklasse im Schulhaus Dreirosen konnte sich unter Beizug vom theaterpädagogischen Spiel mit eigenen und überlieferten Geschichten befassen, diese neu interpretieren, neu erfinden. Das ist ein wunderbar beispielhaftes Projekt. Ein anderes, Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Zentrum für Brückenangebote und/oder der Universitären Psychiatrischen Kliniken kreieren zu einem selbst gewählten Thema ein Buch.

Man kann sich die inklusive Wirkung dieser Projekte gut vorstellen. Sie tragen auch zur Persönlichkeitsentwicklung bei, zur emotionalen, sozialen Persönlichkeitsentwicklung und sie zeigen wiederum den Durchführenden aus den Kulturinstitutionen und der freien Szene, wie ihre eigene Arbeit wirkt, regen so zur Reflexion auch bei den Kulturschaffenden an und diese Wechselwirkung, die ist auch ein sehr positiver Aspekt der Fördertätigkeit.

Die Auswertung der Tätigkeit, die wir natürlich gemacht haben in den letzten Jahren, sie zeigt, dass die Kulturvermittlung ein nachgefragtes Fördergefäss ist und mit den Projekten viele Leute in Basel-Stadt erreicht werden können. Es geht darum, Kulturvermittlungsprojekte der Bevölkerung über alle Altersgruppen hinweg zugänglich zu machen. Kinder und Jugendliche bleiben dabei aber die zentralen Anspruchsgruppen für die Vermittlungsprojekte. Mit dem Fördergefäss Kulturvermittlung verfügt der Kanton über ein wirksames Förderinstrument in Sachen Teilhabe und über eine sinnvolle Ergänzung zur traditionell gewachsenen Bildungsarbeit in den Kulturinstitutionen unserer Stadt.

Ich bitte Sie deshalb im Einklang mit der BKK, dem Antrag um Erneuerung der Rahmenausgabenbewilligung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SVP hat sich Jenny Schweizer gemeldet.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, dieser Rahmenausgabenbewilligung zur Kulturvermittlung nicht zuzustimmen. In der Kommissionsberatung, die BKK-Präsidentin hat die Einstimmigkeit erwähnt, stimmte mein Kollege Joël Thüring und ich der Bewilligung zu. Was hat uns also bewogen, nun eine Kehrtwendung zu machen?

Nach der Präsentation durch die Abteilung Kultur und des Präsidialdepartements habe ich mir ein begünstigtes Projekt, das mit dem Höchstbetrag von 30'000 Franken unterstützt wurde, näher angeschaut und es hat sich herausgestellt, dass dieses Projekt gar nicht stattfand. Ich habe daraufhin eine Interpellation eingereicht. Es stellte sich bei deren Beantwortung heraus, dass die Projekte, schon bevor sie stattfinden und zu einem erfolgreichen Abschluss gelangen, mit einem Förderbetrag bedacht werden. Das heisst, ein Projekt wird unterstützt, ohne zu wissen, ob schlussendlich die Zielgruppen in der Bevölkerung daran Interesse haben oder nicht. Wird ein Projekt nicht durchgeführt, erhält es den Geldbetrag erstattet, der bis zur Absage aufgewendet wurde. Wir können hier treffend von ausser Spesen nichts gewesen sprechen.

Die SVP-Fraktion ist nicht gewillt, einem solchen Vorgehen mit Steuergeldern zuzustimmen. Ein Projekt ist in unseren Augen nur dann finanziell unterstützungswürdig, wenn es zu einem erfolgreichen Abschluss kommt. Es ist doch so, dass nicht nur die Idee hinter einem Projekt für eine finanzielle Unterstützung reichen kann, sondern dass das Interesse aus der Zielgruppe auch vorhanden sein muss. Dazu kommt, dass das besagte Projekt auf der offiziellen Homepage immer noch auf der Liste der unterstützten Projekte aufgelistet ist. Dies wiederum ist ein Vorgaukeln falscher Tatsachen. Auch die Tatsache, dass bei der Präsentation in der Kommission dieses Vorgehen nicht dargelegt wurde, sondern uns alle im Glauben liess, dass es bei allen unterstützten Projekten auch zu einem erfolgreichen Abschluss kam, befremdet uns sehr.

Wir bitten daher die Abteilung Kultur und die Regierung, den Meccano bei diesen Vergaben von Steuergeldern zu überdenken und entsprechend anzupassen. Bis dies aber nicht geschehen ist, sollen keine Gelder mehr gesprochen werden und deshalb ist aus unserer Sicht diese Rahmenausgabenbewilligung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Regierungspräsident verzichtet, die Kommissionssprecherin verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 9 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.



Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zur Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005443, 15.01.25 09:25:50]

Der Grosse Rat beschliesst

Für Staatsbeiträge an die Kulturvermittlung Basel-Stadt wird für die Jahre 2025 bis 2028/2030 eine Rahmenausgabenbewilligung von insgesamt Fr. 1'200'000 (Fr. 300'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 84 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

6. Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo

[15.01.25 09:25:58, 24.5322.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Katharina Zimmermann als nebenamtliche Richterin am Appellationsgericht zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Das Wort geht an den Präsidenten der Kommission. Er verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Gemäss § 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Drittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen entsprechend offene Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005446, 15.01.25 09:27:44]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der einstimmige Entscheid mit 96 Ja-Stimmen erfüllt das Zweidrittelmehr.



Wir kommen zur Abstimmung über die Wahl.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Wahl, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005447, 15.01.25 09:28:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Katharina Zimmermann als nebenamtliche Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Die Wahl ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Wahl wird einstimmig mit 96 Ja-Stimmen vorgenommen.

Ich gratuliere Katharina Zimmermann zur Wahl als nebenamtliche Richter am Appellationsgericht und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

[15.01.25 09:28:46, 22.1446.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Der vorliegende Ratschlag zur Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes ist für das soziale Basel von grosser Bedeutung und aus sozialpolitischer Sicht eines der wichtigsten Geschäfte dieser nun zu Ende gehenden Legislatur. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich die GSK für die Beratung Zeit genommen und sich intensiv mit der Thematik und dem Ratschlag auseinandergesetzt hat.

Wie wir alle wissen, belegen die steigenden Krankenkassenprämien und die steigenden Wohnkosten die ersten Plätze auf der Sorgen-Rangliste der Bevölkerung. Beide Themen dominieren seit Jahren die sozialpolitische Debatte in Basel und in der Schweiz. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und seit der Abstimmung über die Initiative «Recht auf Wohnen» im Jahr 2018 ist dieses Recht in unserer Kantonsverfassung verankert. Kommt nun dieses elementare Bedürfnis unter Druck, weil es zu wenig bezahlbaren Wohnraum hat oder die Wohnkosten kaum mehr finanzierbar sind, wirkt sich dies massiv auf das Leben der einzelnen Personen oder der Familien aus. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren durch Mietzinssteigung, tiefer Leerstandsquote und allgemeiner Inflation weiter verschärft. Deshalb wurden diverse Massnahmen ergriffen, um die soziale Wohnpolitik im Kanton zu fördern. Einerseits handelt es dabei um Objekthilfe, wie beispielsweise das Wohnbauprogramm 1000+ oder die Abgabe von Land an genossenschaftliche Wohnbauträger, andererseits um Subjekthilfe, wie beispielsweise Mietzuschüsse durch die Sozialversicherung oder eben die bekannten Mietzinsbeiträge an Familien.

Das aktuelle Mietzinsbeitragsgesetz leistet finanzielle Unterstützung für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Bei mehr als einem Drittel der Haushalte handelt es sich dabei um Einelternfamilien. Ende 2023 wurden knapp 2'200 Haushalte mit Familienmietzinsbeiträgen unterstützt. Das sind rund 8'000 Personen in unserem Kanton. Die Ausgaben hierfür betrugen im 2023 12,8 Millionen Franken. Weil die Armutsquote bei Haushalten ohne Kinder auffallend hoch ist und die klare Mehrheit der Armutsbetroffenen darstellt, stellt sich die Frage, ob eine Ausweitung von



Mietzinsbeiträge an Haushalte ohne Kinder nicht von Vorteil wäre, um die sozialpolitischen Ziele in der Wohnpolitik des Kantons besser zu erreichen.

Der Anzug von Thomas Widmer-Huber und Konsorten, welcher 2020 überwiesen wurde, verlangt genau diese Prüfung und dies hat gezeigt, dass eine Erweiterung der Mietbeiträge auf Haushalte mit geringem Einkommen ohne Kinder zu einer gezielten Entlastung von armutsgefährdeten Personen führen würde. Diese Analyse sowie die durchgeführte Vernehmlassung führten zum vorliegenden Ratschlag, welcher das bestehende Mietzinsbeitragsgesetz erweitert.

Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Ratschlag nun eine Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes, welches nun Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen heissen soll. Dabei wurden folgende Inhalte auf Gesetzesesebene formuliert: Einerseits, wie schon erwähnt, der Begriff Mietbeiträge bringt anstelle der alten Bezeichnung Mietzinsbeiträge besser zum Ausdruck, dass es sich dabei um Beiträge an die Mietkosten handelt. Mietbeiträge werden neu auch für Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder gesprochen. Die Anspruchsberechtigung beginnt mit 25 Jahren und dauert wie bisher bis zum Rentenalter. Bedingung ist eine volle Erwerbstätigkeit. Haushalte mit Besuchsrecht werden neu bessergestellt und erhalten auch Mietbeiträge. Weiterhin ist der Mietbeitrag vom Einkommen, vom Mietzins und der Wohnungsgrösse abhängig wie schon bisher.

Mit dem totalrevidierten Gesetz können rund 1'700 Haushalte zusätzlich von Mietbeiträgen profitieren. Es ergeben sich zusätzliche Ausgaben von insgesamt 5 Millionen Franken pro Jahr, dabei werden 4 Millionen Franken für die Mietbeiträge aufgewendet, 400'000 Franken für die Verwaltung und 600'000 Franken für die verbesserte Gleichbehandlung der Haushalte mit Besuchsrechten. Für die Zukunft bleibt es aber aus sozialpolitischer Sicht weiterhin sehr wichtig, dass neben der Subjektfinanzierung intensiv eine soziale Wohnpolitik gefördert und mehr bezahlbarer Wohnraum in unserer Stadt entstehen wird. Es ist alles andere als ein Ziel, dass Mieten zukünftig nur noch mit Mietbeiträgen bezahlbar werden. Eine Situation wie bei den Krankenkassenprämien wäre sicher zwingend zu vermeiden.

Wie schon erwähnt, hat sich die GSK intensiv mit dem Ratschlag befasst und diesen an fünf Sitzungen behandelt. Der Departementsvorsteher des WSU sowie die stellvertretende Leiterin des Amts für Sozialbeiträge haben an den Beratungen teilgenommen. Hiermit möchte ich im Namen der Kommission unseren Dank aussprechen für die qualifizierte Beantwortung unserer Fragestellungen und die Rückmeldungen und Berechnungen zu den in der Kommission gestellten Anträgen durch die Verwaltung.

Zur Kommissionsberatung. Die GSK ist sich einig, dass es sich hier um ein bedeutsames Geschäft handelt. Wie sich schon in der Vernehmlassung gezeigt hat, besteht eine breite Unterstützung gegenüber der Öffnung der Mietzinsbeiträge auf Haushalte ohne Kinder und auch die GSK begrüsst diese Richtung. Mit der Einführung von Mietbeiträgen soll eine möglichst schwellenlose Ablösung von der Sozialhilfe möglich werden bzw. schon im vornherein Sozialhilfeabhängigkeiten verhindert werden. Die bestehenden negativen Schwelleneffekte sollen damit reduziert werden. Aufgrund des Armutsrisikos wegen hohen Mietzinsen ist eine Ausweitung von Mietbeiträgen an Einzelhaushalte ohne Kinder offensichtlich und sozialpolitisch sinnvoll.

In der Kommissionsberatung wurde von einem Teil der GSK mehrere Anträge gestellt, um die vom Regierungsrat vorgelegten Massnahmen auszuweiten, mit dem Ziel, noch mehr Personen zu erreichen. Der andere Teil der GSK möchte beim Vorschlag der Regierung bleiben. Die Anträge führten daher zu sehr knappen Entscheidungen sowie zu zwei Stichentscheiden durch mich als Präsident. Konsens war aber, dass wir als GSK auf einen Mehr- und Minderheitenbericht verzichten.

Mit ausreichenden Massnahmen profitieren mehr Personen von Mietbeiträgen, die einerseits zu mehr Kosten bei den Mietbeiträgen, aber andererseits zu einer Entlastung bei der Sozialhilfe führen. Die mit den Anträgen verbundenen Gesetzparagraphen wurden durch das Departement zuhanden der Kommission neu formuliert und geprüft. Ich werde Ihnen die Anträge im Detail vor der jeweiligen Abstimmung erläutern und die jeweiligen Pro- und Kontra-Argumente sowie die entsprechenden Mehrkosten darlegen. Deshalb beschränke ich mich in meinem Eintretensvotum auf eine erste Übersicht.

In der Kommissionsberatung wurden insgesamt fünf Anträge zur Ausweitung der vorgelegten Massnahmen gestellt, die jeweils zu knappen Mehr- und Minderheitspositionen geführt haben. Es handelt sich dabei um folgende Anträge:

Antrag zur Karenzfrist. Diese soll die Karenzfrist auf Gesetzesesebene regeln und bei 2 Jahren festschreiben anstelle 5 Jahre auf der Verordnungsebene.

Antrag zur Wohnungsbelegung. Bei getrennt lebenden Eltern sollen die Berechnung der Mietbeiträge und der Zimmerzahl nicht zwischen den Elternteilen unterscheiden werden, also unabhängig vom Hauptobhut oder Besuchsrecht.

Antrag zur Ersetzung des Anspruchskriteriums der vollen Erwerbstätigkeit zugunsten einer Berechnung mittels hypothetischen Einkommens.

Und der letzte Antrag zur Streichung der Altersschwelle von 25 Jahren, so dass bereits ab Volljährigkeit Mietbeiträge möglich wären.



Der eine Antrag zum Haushaltsabzug wurde im Verlauf der Beratung wieder zurückgezogen. Der Antrag hätte vorgesehen, dass für Einzel- oder Paarhaushalte ohne Kinder der gleiche Abzug wie für Haushalte mit Kindern gelten, also 24'000 Franken anstatt die vorgesehenen 12'000 Franken. Begründet wurde dies aufgrund der Gleichstellung und der Tatsache von Working Poor-Haushalte, die trotz Einkommen auf Sozialhilfe angewiesen sind. Damit hätten nochmals mehr Haushalte von der Sozialhilfe abgelöst werden können. Gemäss Departement hätte dies ungefähr einer Verdreifachung der Bezugsberechtigten bedeutet und Mehrkosten von rund 11,6 Millionen Franken zur Folge gehabt. Eine Reduktion der Ausgaben wäre nur mit einer Verschlechterung auf Kosten der Familien möglich, was nicht erwünscht ist. Die Ungleichbehandlung von Haushalten mit und ohne Kinder konnte nachvollziehbar und begründbar aufgezeigt werden und deswegen wurde der Antrag wieder zurückgezogen.

Die finanziellen Auswirkungen unterscheiden sich von Antrag zu Antrag. Werden alle Anträge gemäss GSK umgesetzt, ergeben sich Kumulierungen. Falls nun die vorliegende Variante gemäss dem GSK-Bericht umgesetzt wird, profitieren 3'250 Haushalte gegenüber 1'700 Haushalte gemäss Variante der Regierung. Also rund 1'550 mehr Haushalte könnten zukünftig Mietbeiträge beantragen. Die Kosten für die Mietbeiträge steigen von 4,6 Millionen auf neu 8,1 Millionen Franken und die Verwaltungskosten steigen auf 712'500 Franken gegenüber 400'000 Franken gemäss der Regierung. Insgesamt resultieren aus der Erweiterung gemäss den vier Anträgen Mehrausgaben von 3,2 Millionen Franken. Andererseits werden sich bei der Sozialhilfe Ausgabenreduktionen einstellen, weil einzelne Haushalte von der Sozialhilfe abgelöst werden können oder gar nie dort landen werden. Die Anzahl Haushalte, welche direkt von der Sozialhilfe abgelöst werden, kann jedoch aktuell nicht beziffert werden, deswegen ist zurzeit auch keine Budget-Verschiebung vorgesehen. Die Daten werden aber laufend ausgewertet.

Da es keinen Mehrheit- und Minderheitenbericht gibt, möchte ich gegenüber Ihnen meine Position transparent machen. Ich befürworte klar die Erweiterung des Ratschlags, das haben Sie auch gesehen beim Stichentscheid im Bericht, gemäss der GSK-Mehrheit. Aus sozialpolitischer Sicht ist diese Erweiterung sehr sinnvoll und unterstützt die Zielsetzung der Regierung nochmals entscheidend. Besonders gerade für Menschen, die sich mit Sozialhilfeunterstützung und mit tiefen Löhnen und prekären Arbeitsbedingungen irgendwie über die Runden bringen und hin- und herwechselnd, haben diese ergänzenden Anträge eine entscheidende Wirkung und entlastet die Sozialhilfe der Stadt Basel.

Die GSK beantragt Ihnen, also dem Grossen Rat mit 6 zu 2 Stimmen, der durch die Kommission veränderte Beschlussvorlage gemäss Bericht der GSK zuzustimmen und den Anzug von Thomas Widmer-Huber als erledigt abzuschreiben. Aufgrund einiger Abwesenheiten bei der Schlussabstimmung zum Geschäft besteht eine Differenz zu den Abstimmungen über die einzelnen Anträge eine Kommissionssitzung zuvor, falls Sie sich das gefragt haben, wenn Sie den Bericht gelesen haben. Besten Dank für Ihre Zustimmung zur vorliegenden erweiterten Beschlussvorlage und für Ihre Aufmerksamkeit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat erhält Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Basel-Stadt ist ein reicher Kanton. Basel-Stadt geht es gut, wir haben einen grossen Wohlstand hier, wir haben sehr innovative und erfolgreiche Firmen, die Arbeitsplätze anbieten, die auch ermöglichen, dass die Leute gute Einkommen generieren können. Es geht uns hier in Basel-Stadt gut, verglichen mit der Welt sowieso. Das gibt uns auch eine Verantwortung, eine Verantwortung denjenigen Menschen gegenüber, die trotz Arbeit oder auch ohne Arbeit nicht so viel zum Leben haben und auch diese Menschen gibt es bei uns im Kanton Basel-Stadt. Deshalb kennen wir als Kanton ein breites soziales System, das eben möchte, dass ein Teil dieses Reichtums, den wir haben, auch den Menschen zugutekommt, die nicht ganz so auf der erfolgreichen Seite sind wie andere, die diese Möglichkeiten haben.

Wenn wir Menschen und Haushalte und Familien anschauen mit tiefen Einkommen, dann gibt es dort zwei Blöcke, die sehr zu Buche fallen. Das eine, das ist das Wohnen, und das andere, das sind die Gesundheitskosten, das sind die Krankenkassenprämien. Diese beiden Bereiche sind bei vielen Haushalten grosse Blöcke, aber natürlich verhältnismässig bei Haushalten mit tiefen Einkommen verstärkt.

Was machen wir als Kanton in diesen beiden Bereichen. Bei den Krankenkassenprämien, die auch stetig steigen, da haben wir die Prämienverbilligungen. Das ist ein System, das funktioniert, da kann man noch über die Höhe diskutieren, das ist mir klar, das zeigt auch die Motion Eberhard, die Sie uns überwiesen haben. Aber wir haben ein System, das die Menschen unterstützt, je tiefer das Einkommen ist, desto stärker, sowohl Familien mit Kindern, aber auch Einzel- und Zweipersonenhaushalte. Wir haben dort ein funktionierendes System. Beim Wohnen ist das nicht ganz gleich. Wir haben zwar den Verfassungsgrundsatz von Recht auf Wohnen und haben durch die Verfassung auch die Verpflichtung, beim Wohnen zu schauen, dass wir ein System haben, das funktioniert und auch den Haushalten mit tieferen Einkommen ermöglicht, dass sie weiterhin hier in Basel-Stadt wohnen können.

Bei Familien haben wir ein System, das funktioniert, eben die Mietzinsbeiträge für Familien, die gelten aber heute ja nur für Haushalte mit Kindern. Ohne Kinder keine Mietzinsbeiträge. Wir haben eine Sozialhilfe beim tiefsten Einkommen, dort sind



Wohnen und Gesundheitskosten auch berücksichtigt. Und wir haben die Ergänzungsleistung bei Menschen mit IV- oder AHV-Rente, auch dort sind die Wohn- und die Gesundheitskosten abgebildet. Wo wir heute eine Lücke haben, das ist bei Menschen, Haushalten ohne Kinder, die keine Sozialhilfe beziehen und die auch keine IV-Rente oder AHV-Rente haben. Also Menschen, die arbeiten, oft in prekären Arbeitssituationen, in verschiedenen Jobs, mit Teilzeitpensen, dort haben wir heute eine Lücke und mit diesen Mietzinsbeiträgen möchten wir exakt diese Lücke schliessen.

Der eine Grund habe ich schon erwähnt, der Anspruch von Wohnen für alle. Wir kennen dort die Objekt- und die Subjekthilfe bei uns im Kanton. Die Objekthilfe, die will schauen, dass die Mietpreise, die Mietzinsen nicht zu hoch werden. Sei es mit kommunalem Wohnungsbau, wie dem Wohnbauprojekt 1000+, sei es mit Unterstützung von Genossenschaften oder sei es auch mit privaten Vermieterinnen und Vermietern, die bezahlbaren Wohnraum anbieten bei uns im Kanton. Aber nicht alle haben die Chance, in einer solchen Wohnung zu wohnen und hier hilft die Subjekthilfe. Im Gegensatz zur Objekthilfe ist die Subjekthilfe. Wenn man die Voraussetzungen erfüllt mit einem tiefen Einkommen und den Wohnkosten und dem Rahmen, den das Gesetz zulässt, dann hat man einen Anspruch und das ist der wesentliche Unterschied auch zur Objekthilfe. Es braucht beides, aber die Subjekthilfe schafft hier auch eine stärkere Gleichbehandlung, weil es für alle gilt. Und das ist die grosse Stärke der Subjekthilfe, die wir hier stärken möchten.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir ja ein grosses Interesse haben, den Bereich von Menschen, die eben keine Sozialhilfe brauchen, sondern vielleicht gleich darüber liegen, dass wir diese stärken. Dieser Bereich ist selbstständiger, dieser Bereich ist selbstbestimmter, er ist auch günstiger für uns als Stadt und Kanton und wir haben ein grosses Interesse, dass die Haushalte in diesem Einkommensbereich, dass die gestärkt werden durch unser soziales Unterstützungssystem und auch hier sind die Mietzinsbeiträge neben den Prämienverbilligungen ein wesentlicher Teil.

Heute haben wir bei den Familien, bei Erwachsenen mit Kindern quasi erreicht, dass es keinen Einkommens-Gap gibt, keine Schwelle gibt zwischen Sozialhilfe und den vorgelagerten Bereichen. Also jemand, der dann mehr verdient und aus der Sozialhilfe entlassen wird, zum Glück, der hat auch am Ende des Monats mehr Geld in seiner oder ihrer Tasche. Diese Schwelle, die wir alle nicht möchten, die haben wir bei Familien nicht. Aber heute gibt es diese Schwelle noch bei Haushalten, Ein- und Zweipersonenhaushalte, es gibt dort eine Schwelle. Es ist möglich, dass Sie arbeiten und am Ende des Tages weniger Geld in der Tasche haben, als wenn Sie Sozialhilfe beziehen würden. Weil die Sozialhilfe, die finanziert Wohnung und sie finanziert Krankenkasse. Wenn Sie nicht bei der Sozialhilfe sind, dann finanzieren Sie das selber mit ihrem Lohn.

Und da gibt es diesen Gap, weil wir alle wissen, Mieten und Krankenkassenprämien, das sind hohe Beträge und aus diesen Gründen haben wir ein grosses Interesse, diese Schwelle zu schliessen und mit diesen Mietzinsbeiträgen schaffen wir es auch, diese Schwelle quasi zum Verschwinden zu bringen. Ein wichtiger Grund, auch aus liberaler Sicht, Arbeit soll sich lohnen, wer mehr verdient, soll auch mehr verfügbares Geld haben. Wir haben ein Interesse, dass die Menschen arbeiten, für uns aus Kostensicht, aber auch für die Menschen, weil eine Arbeit mit einem fairen guten Lohn ist immer noch die beste Sozialhilfe in unserem Kanton.

Das ist der Grund, weshalb der Regierungsrat diese Totalrevision des Gesetzes Ihnen vorschlägt, um diese Ziele damit zu erreichen. Ich bin sehr froh, dass dieser Vorschlag der Regierung auf sehr breite Unterstützung gestossen ist. Bereits in der Vernehmlassung bekamen wir nahezu nur zustimmende Rückmeldung. Auch im Grundsatz in der GSK, die Einführung und die Erweiterung dieser Mietzinsbeiträge von Familien auf Einzel- und Zweipersonenhaushalte ist nicht umstritten, weil es eben aus den vorgenannten Gründen eine Lücke ist, die wir heute im System haben, die wir alle gemeinsam schliessen möchten.

Jetzt gibt es diverse Minderheitsanträge oder Mehrheitsanträge, also es gibt Differenzen bei gewissen Punkten in diesem Gesetz. Ich werde mich dazu in der Detailberatung äussern und die Position des Regierungsrates jeweils darlegen. Jetzt spreche ich zum Eintreten und da freut es mich, dass Sie als Grossen Rat eintreten möchten. Ich beantrage Ihnen das auch im Namen des Regierungsrates, damit wir diese wichtige und grosse und auch wichtige Lücke, die es noch gibt, dass wir die schliessen können in unserem sozialen Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat zuerst Melanie Nussbaumer für die SP das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Heute ist ein guter Tag. Wir kommen nämlich gemäss «Chrüzlistich» einen grossen sozialpolitischen Schritt vorwärts. Es ist ein guter Tag, weil diese Totalrevision des Mietbeitragsgesetzes für viele Personen eine Erleichterung bedeutet. Wir sprechen heute nämlich über eine Gruppe von Menschen, über Bewohner*innen von Basel-Stadt, die am Existenzminimum leben. Diese Gruppe ist unsichtbar in unserem reichen Kanton. Es sind nicht diejenigen, die uns vielleicht mal um einen Stutz bitten auf der Strasse. Nein, es sind Menschen, die Einkommen aus Erwerbsarbeit haben, vielleicht auch mehrere Anstellungen, weil ein Job alleine nicht reicht, weil in diesem Niedriglohnssektor die Anstellungs- und Lohnbedingungen so schlecht sind, dass es nur knapp ausreicht, um über diese Sozialhilfeschwelle zu kommen.



Es geht um Menschen, die jeden Franken dreimal umdrehen müssen. Das sind Menschen, die eine Inflation von 1 bis 2 Prozent massiv spüren, weil damit nicht einfach ihr Sparvermögen verkleinert wird, sondern diese kleinen, aber feinen Preiserhöhungen bei jedem Einkauf ihr Portemonnaie verkleinern. Es sind Menschen, denen Energiekostenerhöhungen um bis zu 10 Prozent massive Sorgen und schlaflose Nächte bereiten. Es sind vielleicht auch Menschen, die unerwartete Rechnungen nicht zahlen können und deshalb verschuldet sind. Und es geht um Menschen, die meistens mindestens einen Drittel ihres bereits sehr tiefen Einkommens für die Miete draufgeben, weil es einfach keine günstigeren Wohnungen gibt in Basel-Stadt, wie Sie ja alle wissen.

Und genau für diese Gruppe von Menschen macht es eben viel aus, ob sie für ihre Miete einen Zustupf erhalten oder nicht. Bisher konnten nur Familien von staatlichen Mietzinsbeiträgen profitieren und wenn wir heute diesem Gesetz zustimmen, können eben neu auch alleinstehende Personen oder Paare ohne Kinder, die unter dem Existenzminimum leben, davon profitieren. Und deshalb ist es ein guter Tag. Das bedeutet nämlich schlussendlich genau für diese Personen weniger Stress, mehr finanzielle Sicherheit, Stabilität, vielleicht sogar ein etwas gesünderes Leben und möglicherweise sogar mal dazwischen einen Kaffee auswärts. Und deshalb ist es ein guter Tag, wie Stromae sagt: À ceux qui n'en ont pas. Es ist aber nicht nur für diese betroffene Gruppe ein wichtiger Schritt, sondern es macht eben auch sozial- und finanzpolitisch Sinn, wie Regierungsrat Sutter bereits ausgeführt hat.

Damit es nochmals visuell klarer wird, worum es geht, habe ich die Abbildung 3 vom Ratschlag des Regierungsrats mitgebracht. Sie können es auch im Ratschlag auf Seite 8 – das ist es nicht, aber das ist auch schön, die Grafik ist nicht ganz so schön, muss ich zugeben – egal, Sie können es wirklich im Ratschlag nachlesen auf Seite 8. Die Grafik zeigt eben gut auf, worum es bei den vorgelagerten Sozialleistungen geht. Sie sehen hier auf der linken Seite diese gelb-hellgrüne Linie, das ist das verfügbare Einkommen in der Sozialhilfe. Hier auf dieser Grafik ist als Beispiel eine alleinstehende Person ohne Kinder und Sie sehen dort, in der Sozialhilfe beginnt das bei einem verfügbaren Einkommen von etwa 10'000 Franken pro Jahr. Wenn man Sozialhilfe bezieht und ein wenig arbeitet, kann man diesen Grundbedarf ein wenig erhöhen, wie Sie wissen. Deshalb geht diese grüne Linie ein bisschen hoch, wenn man mehr arbeitet.

Dann kommen wir in den von mir Rot umkreisten Bereich. Dort, wo diese gelbgrüne Linie aufhört, dort wäre dann die Ablösung aus der Sozialhilfe, wenn jemand dann eben zu arbeiten beginnt und zum Beispiel ein Bruttoeinkommen von 32'000 Franken erhält. Einfach damit das klar ist für alle, das sind 2'600 Franken pro Monat, das ist ein sehr, sehr tiefes Einkommen. Aber ja, damit kann man sich von der Sozialhilfe oder muss man sich von der Sozialhilfe ablösen.

Das Ziel der Mietzinsbeiträge ist nun zusammen mit den Prämienverbilligungen, dass man hier nicht eben nach der Sozialhilfe runterfällt auf die graue Linie, wie Sie sehen, und damit faktisch dann weniger verfügbares Einkommen hat, auch wenn man arbeitet, als wenn man in der Sozialhilfe bleiben würde. Das Ziel der vorgelagerten Sozialleistungen ist es eben, dass dieser Schwelleneffekt nicht entsteht, das heisst, dass man nicht runterfällt auf ein tieferes, reales Einkommen, und das heisst eben auch, dass es das Ziel ist, einen Anreiz zu haben, selbstständig zu sein, zu arbeiten und sich aus der Sozialhilfe zu lösen.

Diese Ablösung macht eben nicht nur für die Betroffenen Sinn, sondern es macht eben auch finanzpolitisch Sinn, denn Sozialbeiträge sind logischerweise um ein Vielfaches günstiger für den Staat als die Sozialhilfe ist. Das hat Regierungsrat Sutter vorher auch ausgeführt. Aber es macht natürlich auch armutspolitisch Sinn, und das ist mir sehr wichtig, dass niemand unter dem Existenzminimum leben muss. Denn das Sozialhilfeniveau, diese grüne Linie, das ist eigentlich das tiefste Existenzminimum, das wir haben in der Schweiz, dass wir als Gesellschaft bestimmt haben als tiefstes Existenzminimum. Und diese Leute hier, die sich ablösen von der Sozialhilfe und dann runterfallen auf diese untere graue Linie, die fallen schlussendlich unter dieses Existenzminimum, das heisst unter die Armutsgrenze. Und das waren eben bisher vor allem Alleinstehende ohne Kinder, weil diese keinen Zugang hatten zu Mietzinsbeiträgen. Und das soll sich heute ändern und deshalb ist es ein guter Tag.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie deshalb, dieser Vorlage zuzustimmen. Leider, leider hat die Vorlage des Regierungsrates grosse Lücken, die dem Zweck und Ziel dieser Sozialleistung gegenüberstehen und das Gesetz auch zu einem gewissen Grade aushöhlen, so dass man eben dann trotzdem wiederum viele Leute hat, die auf diese unsere Linie fallen. Deshalb unterstützen wir als SP alle vier Erweiterungen der GSK. Lassen Sie mich hier kurz zusammenfassen, worum es geht, wir werden danach auch einzeln auf die Anträge eingehen.

Zu Antrag 1, der Karenzfrist. Armut muss dringend dann bekämpft werden, in dem Moment, wenn sie anfällt. Wir verstehen, dass es eine Karenzfrist braucht, aber fünf Jahre sind viel zu lange, um auf eine Sozialleistung zu warten und unter dem Existenzminimum zu leben.

Zu Antrag 2, der Zimmeranzahl. Die meisten Menschen in dieser Einkommensschicht werden eher keine grösseren Wohnungen finden und zahlen können, damit sie allen ihren Kindern, wenn sie mehrere haben, ein Zimmer zur Verfügung stellen können. Vor allem, wenn es zwei Haushalte zu finanzieren gibt, also die Eltern getrennt sind oder geschieden sind, ist das oft viel zu teuer, wie Sie wissen. Wenn es aber trotzdem mal dazu kommt, wäre es ja schön und wichtig, dass dann für jedes Kind ein Zimmer angerechnet werden kann, und zwar bei beiden Elternteilen, fürs Kindeswohl und aus Gleichstellungssicht.



Zu Antrag 3, dieser künstlichen Eintrittsschwelle, die der Regierungsrat hier eingeführt hat für alleinstehende Personen ohne Kinder. Diese Eintrittsschwelle schliesst ein Drittel der Zielgruppe aus. Ein Gesetz mit dem Ziel zu schaffen, Armut zu bekämpfen, das dann aber nur für zwei Drittel der Zielgruppe angewandt werden kann, ist einfach, nett gesagt, nicht so gut. Dazu werde ich später noch mehr sagen.

Zum Antrag 4, auch bei unter 25-Jährigen gibt es natürlich Personen, die in prekären Verhältnissen leben trotz Ausbildung. Damit diesen Personen nicht noch mehr Steine mit auf den weiten Lebensweg gegeben werden, ist es wichtig, dass auch sie Zugang haben zu dieser Sozialleistung.

In diesem Sinne schliesse ich und bedanke mich herzlich für ihre Offenheit, nochmals alle Erweiterungen der GSK zu prüfen. Diese Erweiterungen machen Sinn und verbessern das Gesetz massgeblich, so dass das Ziel der Armutsbekämpfung auch wirklich erreicht wird, und zwar für drei Drittel und nicht nur für zwei Drittel der alleinstehenden Armutsbetroffenen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin für das GAB, Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Gerade wenn es so kalt ist wie heute, bin ich besonders froh, eine warme Wohnung zu haben. Ich denke, es geht uns allen so. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und es ist eine zwingende Ausgabe, welche alle, aber insbesondere wir Mieter und Mieterinnen monatlich haben und bei welcher wir kaum Flexibilität haben. Eine günstigere Wohnung zu finden, ist schwierig, gerade in Basel, je nach Haushaltsgrösse brauchen wir auch eine bestimmte Grösse der Wohnung und die grösseren Wohnungen sind bekanntlich immer teurer. Auch örtlich haben wir nicht wirklich Freiheit. Häufig bestimmen externe Umstände, wo wir wohnen können und wo wir unsere Wohnungen suchen.

Für viele Basler Haushalte sind die Kosten für die Miete der grösste Kostenblock im Budget neben der Krankenkasse. Grundsätzlich gilt die Empfehlung in meinem Berateralltag, dass die Kosten für die Mieter nicht höher als 30 Prozent des Brutto-Verdienstes sein sollten. Für viele Haushalte ist diese Empfehlung ausser Reichweite, gerade in Basel. Schweizweit zum Beispiel geben die Einkommensschwächsten 20 Prozent über die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für Miete aus. Ich denke, in Basel dürften es mehr sein, gerade bei unserer Wohnmarktsituation. Es sind also deutlich mehr als die empfohlenen 30 Prozent, die viele Haushalte ausgeben müssen. Dies ist eine grosse Belastung, nicht nur finanziell, sondern auch psychologisch und kann sich auf den ganzen Alltag der Familie und der Einzelpersonen ausweiten. Die Mietbeiträge sind darum eine wichtige Ergänzung für jene Haushalte und sie sind ein wichtiges Instrument in der Armutsbekämpfung und in der Entlastung dieser Haushalte.

Der nun vorliegende Vorschlag für das neue Mietbeitragsgesetz zahlt diesem Umstand Rechnung, indem der Anspruchskreis geöffnet wird und somit auch der Schwelleneffekt für alleinstehende Personen oder Personenhaushalte ohne Kinder neu davon profitieren werden. Wir begrüssen das sehr. Der Vorschlag der Regierung enthält bereits gute Verbesserungen zum bestehenden Gesetz. Ich habe es bereits hervorgehoben, dass diese Ausweitung auf die Einzelpersonen ein sehr wichtiger Schritt in der Armutsbekämpfung ist. Es gibt aber noch weitere kleinere Änderungen, die wir auch begrüssen. Das GAB bittet Sie darum, dieser Vorlage zuzustimmen.

Die Kommission hat in der Beratung jedoch noch ganz wichtige Punkte hinzugefügt, über welche wir im späteren noch einzeln diskutieren werden. Ich kann hier aber schon einmal vorwegnehmen, dass das GAB alle diese Anträge unterstützt. Auch diese sind eine sinnvolle und wichtige Ergänzung für die Entlastung der Haushalte von Familien und Einzelpersonen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Im Namen der GLP beantragen wir auch Eintreten auf diese Vorlage und der Vorlage zuzustimmen. Ich kann mich den Vorrednern, dem Präsidenten der GSK und natürlich insbesondere auch dem Regierungsrat, weitgehend anschliessen, aber auch den sehr detaillierten Ausführungen nochmal von Melanie Nussbaumer. Die Problematik mit dem Schwelleneffekt, die zeigt, dass diese Vorlage sachlich grundsätzlich richtig und sinnvoll ist, wirklich auch aus pragmatischer Sicht, auch aus liberaler Sicht.

Ein weiterer Zusammenhang hat Oliver Bolliger kurz angetönt, das ist den grösseren Bogen zur Wohnungspolitik, dass es da diesen Zusammenhang gibt. Das ist sachlich natürlich richtig, diesen Zusammenhang gibt es und er ist sehr wichtig, auch insbesondere auf was er hingewiesen hat, nämlich dass es hier jetzt bei dieser Vorlage um eine Subjektfinanzierung geht. Aber unsere Beurteilung der Situation ist natürlich eine komplett andere. Wir Grünliberalen finden, dass mit der Subjektfinanzierung ist absolut richtig, gerade im Hinblick auf die Objektfinanzierung. Das heisst, die ganzen Diskussionen, die wir in der Wohnungspolitik sonst führen, wo wir verhärtete Fronten haben, dass es die im Idealfall langfristig überflüssig machen würde, dass sich da alles in Wohlgefallen auflöst.



Deshalb unterstützen wir diese Vorlage, insbesondere auch, weil sie diesen Druck aus dieser Debatte rausnimmt in der Wohnungspolitik und weil wir die Subjektfinanzierung für richtig halten, für den richtigen Weg halten, um wirklich auch diesen verfassungsmässigen Anspruch an das Recht auf Wohnen einzulösen, weil da ist der Staat in der Pflicht, etwas zu tun. Auch ganz konkret im Hinblick auf die Situation, dass ich nicht gezwungen sein sollte aus wirtschaftlicher Sicht, dass ich den Kanton verlassen muss. Es ist ja wirklich ein Recht auf Wohnen im Kanton Basel und da stehen wir als Grünliberale voll und ganz dahinter.

Zu den einzelnen Anträgen, die umstritten sind, werden wir uns auch nachher noch in der Detailberatung äussern. Aber schon vorweg so viel, wir werden die ungeraden, das heisst, 1 und 3, da folgen wir der Regierung und nicht den Anträgen der GSK, bei den geraden Anträgen folgen wir den Anträgen der GSK. Die können wir unterstützen, das werde ich im Detail nachher noch ausführen. Auch die Leute, die aufmerksam den Bericht der GSK gelesen haben, sehen auch, dass die Abstimmungsverhältnisse da jeweils ein bisschen anders waren. Dort, wo der Stichentscheid nötig war, da folgen wir der Regierung, dort, wo kein Stichentscheid nötig war, unterstützen wir die GSK. Details folgen noch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich mache es kurz und bündig, Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt, wir sind wohlhabend in diesem Kanton, mehrheitlich wohlhabend, wir sind privilegiert in diesem Kanton und wir haben eine riesige Verantwortung für die, die in unserem Kanton das nicht sind. Und das sieht die LDP völlig auch so und darum, diese Mietzinsbeiträge, die man vielleicht nicht als liberalste Idee anschauen wird, aber doch, wir sind absolut dafür. Wo wir nicht dafür sind, und da kommen wir dann in der Detailberatung daraufhin und Frau Nussbaumer hat mich da nicht überzeugen können bis jetzt, mit diesen vier Anträgen der GSK, wo wir nicht einig sind und wo der Kommissionspräsident fairerweise gesagt hat, dass es nicht so aussieht wie auf dem Papier. Es ist tatsächlich, wenn man es so liest, ist es die Mehrheit gewesen, durch diverse Absenzen ist es aber zu diesem Gap gekommen, dass das vielmehr so aussieht, als wäre es eine riesige Mehrheit gewesen, die dafür gewesen wäre. Aber wir kommen dann in der Detailberatung dazu.

Und darum mache ich wirklich im Namen von der LDP beliebt, dass wir auf das wichtige Geschäft, ob das jetzt ein guter oder ein schlechter Tag ist, eingehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist die Pasqualine Gallacchi für die Mitte-EVP.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Ich spreche für die Mitte. Wir haben es in der Fraktion diskutiert und ich halte das Votum für die Mitte. Wir sind mit dem Ratschlag, der uns vorliegt von der Regierung, sehr einverstanden. Wir möchten auch, dass im Niedriglohnsektor, dass sich Arbeit lohnen soll, und befürworten die Mietzinsbeiträge für diese Menschen. Die Anträge, die dann von den Linken eingebracht wurden in die Diskussion, die lehnen wir alle ab oder mehrheitlich ab und möchten auch beliebt machen, dass der Ratschlag der Regierung so angenommen wird, wie er vorliegt. Zu den einzelnen Geschäften oder zu den einzelnen Anträgen werden wir dann nachher noch sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Christian C. Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich will es auch nicht wahnsinnig in die Länge ziehen. Ich kann mich an sich meiner Vorsprecherin und meinem Vorsprecher anschliessen seitens des bürgerlichen Teils der Kommission und natürlich auch dem Regierungsrat. Ich glaube, es ist unbestritten, dass wir die Vorlage hier behandeln und die Notwendigkeit von dem, was gefordert wird, ist absolut gegeben. Wo wir Mühe haben oder wo wir ein Problem natürlich auch haben seitens der FDP, sind die zusätzlichen Anträge, die von der linken Seite gekommen sind. Wir denken, der Vorschlag, so wie ihn die Regierung präsentiert hat und auch am Schluss in die Kommission gekommen ist, ist eine runde Vorlage, die man so weitergeben kann und die zusätzlichen Anträge, die von der linken Seite dann hineingekommen sind, denken wir, dass es ein bisschen zu viel ist.

Von dem her gesehen sind wir absolut auf der Linie des Regierungsrats und würden auch beliebt machen, das entsprechend so dann bei den einzelnen Abstimmungen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Patrick Fischer.



Patrick Fischer (SVP): Der Form halber jetzt auch noch von der SVP, auch wir treten auf das Geschäft ein und machen beliebt, dass Sie das auch machen. Zu den einzelnen Änderungsanträgen komme ich nachher noch. Was mir wichtig ist, der geschätzte Kommissionspräsident hat es richtig gesagt und auch der geschätzte Regierungsrat hat es richtig gesagt, es ist ein wichtiges Geschäft und die Frage ist nicht, ist etwas schlecht oder nicht, die Frage ist, wie viel will man ausgeben. Man kann natürlich mehr machen, man könnte noch mehr machen, aber man muss eine Balance finden und das ist in unseren Augen auch wichtig, weil das Geld ja auch von anderen Steuerzahlern kommt. Und da finde ich es wichtig, dass eine Balance stattfindet zwischen denjenigen, die zahlen und denjenigen, die empfangen. Und die Frage, die sich nachher in der Detailberatung stellen wird, ist einfach, wie viel man geben möchte. Dass das wichtig ist, das ist unbestritten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Liste erschöpft. Wir kommen nochmals zu Regierungsrat Kaspar Sutter, er verzichtet, der Kommissionspräsident Oliver Bolliger verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck und Gegenstand

Abs. 1

§ 2 Wohnsitz und Mindestdauer

Abs.1

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Der Antrag ist in der Synopse des Kommissionsberichtes aufgeführt. Ebenso wurde Ihnen der Antrag zugestellt.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Zuerst hat der Antragsteller Kaspar Sutter das Wort. Er verzichtet. Damit geht das Wort an Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Der Antrag betrifft die Karenzfrist, also die Zeitdauer, die abgewartet werden muss, bis überhaupt ein Antrag auf Mietbeiträge gestellt werden kann. Zurzeit wird die Karenzfrist vom Regierungsrat auf der Verordnungsstufe geregelt. Er kann frei zwischen 0 und 10 Jahren wählen und dynamisch darauf reagieren. Mit dem Ratschlag wird eine Mindestkarenzfrist neu ins Gesetz festgeschrieben, jedoch ohne eine Zeitdauer zu nennen. Der Regierungsrat möchte bei der bestehenden Frist von 5 Jahren bleiben. Aus Sicht der Regierung und der Minderheit der GSK haben sich die 5 Jahre bewährt und die Unterstützungsleistungen des Kantons Basel-Stadt gehen jetzt schon über die Leistungen der Agglomeration und des Kantons Basel-Landschaft hinaus. Es muss mit einem Pull-Effekt gerechnet werden, die Beibehaltung der 5 Jahre stelle sicher, dass Menschen nicht kurzfristig in den Kanton ziehen, um staatliche Leistungen zu beziehen.

Aus Sicht der Mehrheit hat eine verkürzte Karenzfrist von 2 Jahren grosse Vorteile und entspricht auch bereits bestehenden Fristen, wie beispielsweise bei den Ausbildungsbeiträgen. Zudem sind 2 Jahre eine weitverbreitete übliche Frist für Bezug von Sozialleistungen. So liegt die Karenzfrist bei Mietzinsbeiträgen in Baselland und Solothurn ebenfalls bei 2 Jahren. Eine 5-jährige Frist schafft aus Sicht der Mehrheit eine unnötige Verlängerung einer prekären Situation. Es wäre sinnvoller, mit Mietzinsbeiträgen anstatt mit Sozialhilfe darauf zu reagieren. Bei einem hochkomplexen Unterstützungssystem, das ausserhalb des Kantons kaum bekannt ist, ist nicht mit einem Pull-Effekt zu rechnen. Eine Karenzfrist von 2 Jahren ermöglicht, dass die Mietbeiträge gezahlt werden können, dann, wenn sie nötig sind. Verschuldungsrisiken können so besser minimiert werden. Mit einer reduzierten Karenzfrist von 2 Jahren werden zusätzlich 400 Haushalte von Mietbeiträgen profitieren. Die Mehrkosten würden inklusive Mehrausgaben bei der Verwaltung um insgesamt 887'500 Franken ansteigen auf neu 5,4 Millionen Franken für Mietbeiträge und Verwaltungskosten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat Jessica Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Bei diesem Antrag geht es um die Karenzfrist, also darum, wie lange man im Kanton wohnhaft sein muss, um eine vorgelagerte Sozialleistung, wie in diesem Fall die Mietzinsbeiträge, beantragen zu können. Ich bin der Meinung, wir müssen Armut dann bekämpfen, wenn sie anfällt. Gerade bei Familien machen fünf Jahre einen extremen Unterschied. Ich möchte Ihnen den Unterschied, den diese Frist machen kann, gerne anhand eines Beispiels erläutern.



Stellen Sie sich eine neuzugezogene Familie vor, Mutter, Vater, ein Kind. Sie leben von der Sozialhilfe, da die Eltern gerade eine schwierige Phase hinter sich haben. Sie hatten Mühe, sich zurechtzufinden als Familie. Nach kurzer Zeit findet die Mutter eine Stelle, die finanzielle Situation entspannt sich langsam. Nun läge das Einkommen der Familie eigentlich knapp über der Einkommensschwelle der Sozialhilfe und sie könnten sich ablösen. Die Familie bekommt in dem Moment aber keine Mietzinsbeiträge, weil sie eben neu zugezogen sind und die Karenzfrist 5 Jahre beträgt. Schlussendlich haben sie trotz selbst erwirtschafteten Einkommen real weniger Einkommen als vorher in der Sozialhilfe. Das ist doch eben eine absurde Situation und kein Ansporn für niemandem.

Situationen wie diese könnten vermieden werden, indem wir die Karenzfrist auf 2 Jahre senken, wie es die GSK in ihrem Antrag verlangt. Es führt dazu, dass sich Menschen schneller aus der Sozialhilfe lösen können und dadurch kann wiederum Geld gespart werden, weil sich Menschen eben schneller aus der Sozialhilfe lösen können. Es wird also frühzeitiger unterstützt, was auch nachhaltig ist, weil damit die zugezogenen Personen weniger lange am unteren oder knapp unter dem Existenzminimum leben und damit in gesundheitsschädigenden prekären Verhältnissen leben.

Zur Frage des Pull-Effekts. Unser Sozialstaat ist sehr kompliziert, das zeigt zum Beispiel die hohe Nichtbezugsquote. Dazu kommt noch, dass jeder Kanton unterschiedliche Systeme und Leistungen hat. Ein Forschungsprojekt an der FHNW wollte mal die unterschiedlichen Systeme in den Kantonen analysieren. Das war ein dreiköpfiges Forschungsteam und die haben über drei Jahre lang die unterschiedlichen Systeme in den Kantonen untersucht und in den drei Jahren hat sich so viel verändert, dass sie eigentlich wieder von vorne anfangen konnten. Also wenn Profis innerhalb von drei Jahren nicht herausfinden konnten, wie die Systeme funktionieren, wie wollen das Laien machen? Es stimmt einfach nicht, dass Personen in die Kantone ziehen, wo es die besten Sozialleistungen gibt. Das ist einfach ein Märchen, das erzählt wird, das stimmt einfach nicht.

Zudem ist die Karenzfrist von 2 Jahren sehr verbreitet. Zum Beispiel in unseren angrenzenden Kantonen Baselland und Solothurn sind die Ergänzungsleistungen für Familien bei 2 Jahren. Es gibt übrigens keine einzige Studie, die von einem Pull-Effekt zwischen den Kantonen berichtet. Bisher konnte das noch nie nachgewiesen werden, obwohl das immer wieder erzählt wird. Ich frage mich, wie Sie zur Einschätzung kommen, dass die Verkürzung der Karenzfrist auf 2 Jahre zu einem Pull-Effekt führen soll, wenn doch unsere Nachbarkantone diese Frist schon haben. Mir ist nicht bekannt, dass diese Kantone über einen Pull-Effekt berichten. Dieses Argument können Sie also gleich wieder einpacken. Es stimmt schlicht und einfach nicht.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie darum, dem Antrag der GSK zu folgen und die Karenzfrist auf 2 Jahre zu senken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht wiederum Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann gerade versuchen, hier an meine Vorrednerin anzuschliessen. Diese Frage war bei uns in der Fraktion umstritten. Wir haben die nochmal intensiv diskutiert in jüngster Zeit und auch schon vorher natürlich intensiv in der Kommission und im Rahmen dessen habe ich mich auch mit dieser schwierigen Frage auseinandergesetzt.

Zugegebenermassen ist es nicht ganz klar, wie man das mit diesem Pull-Effekt konkret bewerten soll. Dass es ein Problem ist, dass man das drin hat, diese Karenzfrist, das kann ich nachvollziehen, also das Beispiel, das Jessica Brandenburger gemacht hat. Die Frage ist wirklich, wie bewertet man diese Problematik mit dem Pull-Effekt. Da haben meine Abklärungen, die zugegebenermassen eher anekdotischer Natur sind, ergeben, dass das durchaus real ist und dass das passiert, dass es ein Thema ist bei Leuten, die sich in diesem Gebiet gut auskennen. Und es entspricht halt auch dem, was die Regierung und die Spezialisten der Verwaltung angenommen haben bei der Ausarbeitung dieses Gesetzesentwurfs und da vertraue ich eher denen und muss aber letztendlich klar offenlassen, es ist eine Bauchentscheidung. Aber wir finden, die Karenzfrist von 5 Jahren ist richtig, wir wollen daran nichts ändern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jessica Brandenburger an? Sie wird angenommen.

Jessica Brandenburger (SP): Vertrauen Sie eher Ihrem Bauch als wissenschaftlichen Studien?

Tobias Christ (GLP): Die wissenschaftlichen Studien gibt es ja eben nicht, wie Sie gesagt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Sprecherin für das GAB, Anina Ineichen.



Anina Ineichen (GAB): Wie schon gesagt, das GAB unterstützt ebenfalls diesen Antrag der Mehrheit der GSK, die Karenzfrist auf 2 Jahre zu beschränken. Einerseits, weil es ja, wie schon ausgeführt wurde, üblich ist, andererseits möchte ich auch nochmals darauf hinweisen, dass fünf Jahre eine sehr lange Zeit sind. In fünf Jahren kann man Kinder bekommen, die Stelle wechseln, Lohnerhöhungen, Lohnsenkungen, es geschieht viel in fünf Jahren. Und fünf Jahre mit einem knappen Budget sind fünf Jahre grosses Leid in Familien und in Einzelhaushalten. Ich kann hier auch aus meinem Berateralltag berichten, nicht in Basel, aber im Baselbiet.

Leute, die immer ein bisschen am Strampeln sind, Menschen und Familien, die immer knapp sind, die haben eigentlich nicht die Ressourcen, um sich gross Gedanken zu machen, wo sie am meisten Sozialleistungen beziehen können. Sie haben so viel zu tun, einen günstigen Wohnraum zu finden, dass sie in erster Linie einfach schauen, wo finden sie einen günstigen Wohnraum und dann ganz erstaunt und ganz erschrocken anrufen, was, jetzt muss ich zwei Jahre wechseln, weil ich von einer Baselbieter Gemeinde in die andere gezogen bin. Hier ist es genau dasselbe. Wir wissen, man sieht von aussen die Grenzen nicht. Man sieht nicht, ist das jetzt Binningen, ist das Bottmingen, Basel, das ist nicht erkennbar. Und die Leute werden nur auf die Wohnungen schauen und schauen, ist das Hobby der Kinder noch in der Nähe, ist mein Berufsweg noch gut und nicht, wo sind die günstigsten Bedingungen für mich. Ich glaube, Wohnraum oder die Wohnung zu suchen, dort, wo sie dann am günstigsten ist, ist ehrlich gesagt ein Privileg der Reichen, die sich beraten lassen können und die besten Steueroptionen finden.

Ich bitte Sie darum im Namen des GAB, diesem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP geht das Wort wieder an Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Nur kurz, einfach um da eine Replik zu geben. Wir möchten am Ratschlag festhalten und bitten Sie, den Antrag abzulehnen, einfach auch um nicht falsche Anreize zu schaffen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano für die LDP ergreift das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich mache es kurz, wir lehnen den Antrag ab und ich will ganz kurz auf Jessica Brandenburger Stellung nehmen mit diesen wissenschaftlichen Studien. Das ist ja immer die Politik, wenn man über wissenschaftliche Studien redet, was ich manchmal auch mache, leider, finde ich, aber wenn es gute Studien sind, ist es okay. Jetzt bei Ihren Studien, Jessica Brandenburger, die Sie wahrscheinlich erwähnen, weil Sie haben sie ja nicht zitiert, aber ich könnte mir vorstellen und ich habe diese nachgeforscht und mal geschaut, die handeln von Migration. Wir reden da von Migranten aus anderen Ländern, die zu uns kommen und hier reden wir nicht nur von Migranten, wir reden da von Einheimischen, wir reden aber auch von Schweizern, die einfach von einer anderen Gemeinde zu uns kommen. Und darum bin ich nicht ganz so einverstanden, dass das wissenschaftlich belegt ist, dass der Pull-Effekt eben nicht vorhanden ist. Ich denke eher, auch vom Gefühl her, zugeben, das ist keine Studie, noch schlimmer, da gebe ich Ihnen recht, aber ich denke, der Pull-Effekt ist möglich und darum lehnen wir das ab. Insbesondere auch, weil das einfach wieder Kosten sind, die, wie ich gesagt habe, die ein System auch irgendwann einmal tragen können muss. Und diese Anreize auch sich integrieren zu versuchen, wenn man weiss, es geht fünf Jahre, ist man, das ist schwierig, wenn ich das so sage, aber ich für mich, wenn ich das persönlich so wäre, es ist immer schwierig, wenn man sagt, wenn ich es wäre, ich bin es nicht in dieser Situation, aber wenn ich in dieser Situation wäre, würde ich sagen, okay, ich muss nur zwei Jahre beissen oder so und es geht mir schlecht, usw., aber die Motivation auch, die ich dann hätte, wäre eine andere wahrscheinlich, wenn ich fünf Jahre lang das nicht tolle, nicht schöne, nicht angenehme Leben leben müsste und darum lehnt die LDP den Antrag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Thomas Widmer-Huber gemeldet. Er hat das Wort.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Zuerst danke ich auch Regierungsrat Sutter und seinen Mitarbeitern für den Ratschlag und die Ausarbeitung des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietbeiträgen. Danke, dass mein Anzug so positiv aufgenommen wurde. Von der EVP her unterstützen wir die Verkürzung der Karenzfrist auf 2 Jahre. Ich bringe jetzt nicht alle Argumente, wir haben einige gehört, einfach der Punkt ist, dass für uns fünf Jahre, gerade für Personen in prekären Situationen und unter dem Existenzminimum, zu lange ist, gerade auch für Familien. Die Verkürzung ist für uns von der EVP eine notwendige Entlastung.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Redeliste ist erschöpft. Damit machen wir nochmals die Runde. Zuerst beim Vertreter des Regierungsrats, Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Formal stimmen wir hier nicht über 5 oder 2 Jahre ab, sondern wir stimmen ab, der Regierungsrat schlägt Ihnen vor, dass wie bisher die Kompetenz der Festlegung der Karenzfrist dem Regierungsrat obliegt. Das ist der Gesetzestext, über den Sie abstimmen, und der Antrag der GSK in der Mehrheit, der möchte, dass es fix auf 2 Jahre im Gesetz steht. Also das ist formal, was da steht. Inhaltlich stimmen die 2 oder 5 Jahre. Bis anhin kennen wir diese 5 Jahre, die möchte der Regierungsrat in naher Zukunft auch so fortführen. Ob das dann immer ist, das obliegt dem Entscheid der zukünftigen Regierungsräte. Von dem her, es geht um Regierungskompetenz und zurzeit 5 Jahre oder es geht um im Gesetz festlegen durch Sie, den Gesetzgeber, auf 2 Jahre.

Es ist eine Leistung, die unsere regionalen Nachbarn nicht kennen und das ist so, die kennen das nicht für Ein- und Zweipersonenhaushalte, von dem her, wir gehen hier weiter als andere. Das ist so und das ist auch der Grund, weshalb der Regierungsrat es als richtig erachtet, hier eine Karenzfrist von 5 Jahren vorzusehen. Das ist der Grund. Keine wissenschaftliche Studie, aber ja, in Entscheiden ist das ein Teil, wo man ist, wenn man rational informiert ist, das ist natürlich stückweise die Bedingung.

Wir haben die Diskussion auch bei den Kitas. Dort möchte man ja stückweise diesen Pull-Effekt, dass mit guter Unterstützung in Kitas wir attraktiver werden für Familien und auch solche Entscheide auslösen. Bei den Mietzinsbeiträgen möchten wir die unterstützen, die hier sind primär, und wenn sie dann auch hier sind und ein Weilchen bei uns sind, dann werden sie auch unterstützt. Das ist der Unterschied. Auch bei Familien, also wenn man zusammenkommt, da muss diese Karenzfrist nicht von beiden Elternteilen erfüllt werden, sondern nur von dem einen. Es reicht also, dass jemand diese fünf Jahre hier wohnt, wenn dann diese Beziehung entsteht und die Familie entsteht oder die zurzeit dann gilt, also die Wohnsitzdauer von demjenigen, der schon länger oder die schon länger hier bei uns wohnt.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, dem Regierungsrat zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher hat nochmals das Wort, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich habe noch vergessen zu erwähnen, dass die GSK sich bei 5 zu 5 Stimmen per Stichentscheid des Präsidenten dann zugunsten des Antrags für eine reduzierte Karenzfrist von 2 Jahren entschieden hat. Noch kurz möchte ich erwähnen, es stellt sich ja aus sozialpolitischer Sicht auch vor allem die Frage, mit welchen Leistungen die Notlage, die ja dann schon besteht, finanziert werden soll bzw. überbrückt werden soll. Sind das in Zukunft Mietzinsbeiträge oder halt weiterhin Sozialhilfe. Es ist nicht so, dass dann keine Leistung zum Teil beantragt werden, ausser man geht nicht zur Sozialhilfe, was man ja auch vermeiden möchte. Also es geht vor allem auch darum, welches Mittel sozialversicherungstechnisch dann zum Greifen kommt aus Sicht der Mehrheit.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005450, 15.01.25 10:27:14]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag des Regierungsrates abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.



§ 3 Anspruch und Festsetzung des Mietbeitrags

Abs. 1 und 2

Abs. 3

Hier liegt ein Änderungsantrag wiederum des Regierungsrates vor. Er beantragt, den zweiten Satz in Absatz 3 zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Kaspar Sutter verzichtet bei der ersten Runde. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Dieser Antrag betrifft die Berechnung der Zimmerzahl und Mietbeiträgen bei getrennt lebenden Eltern. Gemäss Gleichstellungsprinzip sollte hier keine Unterscheidung mehr stattfinden, unabhängig von Hauptobhut und Besuchsrecht. Jetzt ist es so, dass Elternteile mit Besuchsrecht, meist Väter, gar keine Mietbeiträge für die Unterbringung der Kinder erhalten. Diese Situation schafft oft die Grundlagen für Streit zwischen den Elternteilen.

Der Ratschlag der Regierung ändert dies in zwei wesentlichen Punkten. Erstens besteht neu ein grundsätzlicher Anspruch auch für Elternteile mit Nebenobhut und zweitens bekommen sie den Beitrag für ein zusätzliches Zimmer. Gemäss Ratschlag können neu Personen mit Besuchsrecht maximal ein Kinderzimmer anmelden lassen. Die vorliegende Anpassung möchte, dass die Zimmerzahl gemäss Anzahl Kinder anrechenbar ist. Das Prinzip Anzahl Familienmitglieder plus ein Zimmer sollte für alle gelten. Da die Anzahl der Kinder meist bei eins bis zwei liegt, schafft der Antrag keine völlig neue Situation. Verhältnisse, bei denen Zimmer für drei oder mehr Kinder in eine Berechnung einfließen, sind überschaubar. Kommt hinzu, dass jedes Elternteil immer noch ein Grossteil des Mietzinses einer grösseren Wohnung selber tragen muss.

Gemäss der Mehrheit der GSK liegt hier kaum eine Schwierigkeit vor und die Möglichkeit, Kindern gerade in der Pubertät eigene Zimmer zu ermöglichen, ist wichtig, damit auch beim Elternteil mit Nebenobhut die Möglichkeit nach Rückzug besteht. Es sollen keine Nachteile aufgrund finanzieller Überlegungen bei diesem Elternteil entstehen, weil sich dies negativ auf die Beziehung zu den Kindern auswirken kann.

Die Minderheit folgt dem Ratschlag der Regierung und ist damit zufrieden, dass eine Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation geschaffen wird. Es sei eine Realität, dass ein Elternteil deutlich mehr Betreuung als der andere ausübt. Eine Gleichstellung der beiden Elternteile, unabhängig von der tatsächlichen Nutzung der zusätzlichen Zimmer, würde sich zusätzlich belastend auf den Wohnflächenbedarf im Kanton auswirken. Zudem müsste bei Sinken der Belegung sichergestellt werden, dass der Mietbeitrag geprüft wird. Es könnte die Verwaltung des Systems zusätzlich verkomplizieren.

Die Anzahl Haushalte bleiben bei diesem Antrag unverändert. Die zusätzlichen Kosten können nicht verlässlich geschätzt werden. Etwa 70 Prozent der Einelternhaushalte mit Mietzinsbeiträgen haben mehr als ein Kind im Haushalt. Der Ratschlag rechnet mit einem Mehraufwand von rund 600'000 Franken für die Ausübung des Besuchsrechts mit einem zusätzlichen Raumbedarf. Eine Kostenabschätzung für die Erweiterung um weitere Zimmer ist derzeit nicht möglich. Die Mehrheit der GSK geht nach der Beratung und den Auskünften des Departements davon aus, dass die Mehrausgaben in der bisherigen Budgetieren Platz haben sollten.

Die GSK hat sich bei 5 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung zugunsten des Antrags für eine Erweiterung des Raumbedarfs gemäss Anzahl Kinder entschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zu Anina Ineichen für das GAB.

Anina Ineichen (GAB): Wir haben es gehört, die Familienkonstellationen sind heute sehr vielfältig. Uns ist wichtig, dass das Gesetz dieser Vielfalt angemessen begegnet. Das Ziel im Familienrecht ist ja, dass die Kinder ein möglichst gutes Verhältnis zu beiden Eltern haben. Das muss gefördert werden und hier ist halt der Wohnraum sehr wichtig. Bei geteilten oder beim Besuchsrecht ist es wichtig, dass die Kinder sich wohlfühlen, einen Ort haben, an dem sie sein können und auch gerne wiederkommen. Ansonsten wird dieses Ziel verfehlt und hier ist es wichtig, dass der neue Vorschlag des Gesetzes keine Steine in den Weg legt in anderen Bestrebungen im Familienrecht.

Das GAB bittet Sie darum, diesen Antrag zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Georg Mattmüller für die SP das Wort.

Georg Mattmüller (SP): Ich möchte meine Vorredner*innen nicht wiederholen, deshalb gehe ich vor allem auf einen Punkt noch ein. Die Version des Regierungsrates, also der Ratschlag des Regierungsrates sah eine Gesetzes- oder eine Regelungsdelegation auf Verordnungsstufe vor, wie beim ersten Antrag auch, und letztendlich wird auch im Ratschlag die



Besuchsrechtssituation anerkennt, allerdings wäre dann einfach eine Härtefalllösung oder eine Härtefallregelung im Einzelfall dann organisiert, was letztlich das gleiche eingefordert hätte wie der Antrag jetzt von unserer Seite her, der die Regelung einfach im Gesetz haben möchte, damit man nicht im Einzelfall entscheiden muss, sondern sichergehen kann, dass das Besuchsrecht nicht zu Nachteilen führt in der Beziehungsgestaltung von Eltern und Kindern.

Ich bitte daher, beim Antrag der GSK zu bleiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Auch aus Sicht GLP will ich hier nochmal bestätigen, dass wir das eine sinnvolle Vereinfachung finden, hier der Antrag der GSK, den wir deshalb auch unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano für die LDP hat das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Und auch da muss ich leider wieder sagen, dass wir nicht für die Überweisung dieses Antrags sind und aus welchen Gründen. Es sind vor allem zwei. Der eine, der als Argument dient, ist einerseits, dass man vielleicht auch plötzlich in den Wohnungsmarkt eingreift und dass der Steuerzahler, der auch knapp am Limit ist, am Schluss eine kleinere Wohnung hat von jemandem, der dann ein Anrecht auf eine grössere Wohnung hat mit noch mehr Zimmer. Und das ist einfach eine Ungerechtigkeit, finde ich, finden wir. Das andere Argument war vor allem die Gerechtigkeit gegenüber dem Steuerzahler. Ich glaube, das ist einmal das primäre. Darum lehnen wir den Antrag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat Bruno Lötscher das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist eine interessante Überlegung, die hier gemacht wird, aber wir greifen da in Systeme ein, die eigentlich miteinander zusammenpassen sollten. Wenn wir von besuchsberechtigten Elternteilen reden, ist es so, dass die Gerichte bei der Festlegung von Unterhaltsbeiträgen den Existenzbedarf des Besuchsberechtigten in der Regel berücksichtigen und den Existenzbedarf dem besuchsberechtigten Elternteil in der Regel belassen und dort, wo die Kinder sind, auch ein Betrag eingesetzt, der dem Rechnung trägt, dass die Kinder bei diesem Elternteil, häufig dem Vater, vielleicht einmal oder zweimal pro Monat oder viermal oder fünfmal, aber in der Regel nicht halb/halb übernachten sollen. Das heisst, der Existenzbedarf des Besuchsberechtigten ist in der Regel schon so ausgelegt, dass es mehr Platz für die Wohnung hat, als es für ihn nötig wäre, mit einer Person oder im Einpersonenhaushalt.

Was die Gerichte aber nicht machen und auch der Rechtsprechung des Bundesgerichts entsprechen, es ist nicht so, dass jedes Kind Anspruch auf ein Zimmer hat. Hier wird eine Luxuslösung angedacht, die eigentlich im Normalfall auch häufig nicht gelebt wird. Viele Eltern leben, vor allem, wenn die Kinder noch kleiner sind, so, dass die Kinder nicht alle das eigene Zimmer haben. Und wenn wir jetzt hier ein System schaffen, wo einerseits nicht berücksichtigt wird, dass eigentlich dieser Betrag beim Existenzbedarf des in der Regel besuchsberechtigten Vater schon drinnen ist und zweitens in der Regel vor allem bei kleineren Kindern, vorpubertären Kindern, das gar nicht nötig ist, dass jedes Kind ein eigenes Zimmer hat in dieser Phase, was sogar sehr häufig der Fall ist, wenn die Leute zusammenleben, scheint mir das tatsächlich so, dass hier Systeme dann nicht mehr korrelieren und der Antrag des Regierungsrates eigentlich der Sinnvollere ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Es ist mir nämlich wieder eingefallen, ein anderes Argument. Gehen Sie mit mir einig, dass es nicht zwingend ist, jetzt immer mehr zu haben für ein Kind, für eine stabile Eltern-/Kindbeziehung? Und das ist erwiesen, das ist ein Luxusproblem.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Natürlich ist es oftmals, wenn die Kinder grösser sind, schwieriger, die Kinder zu begeistern, zu zweit oder zu dritt in einem Zimmer zu schlafen, aber es ist für die Beziehung der Eltern nicht notwendig.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Regierungsrat Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die heutige Situation, die ist sicher unbefriedigend, weil heute bei getrennt lebenden Eltern nur der eine oder die andere Anspruch auf Mietzinsbeiträge hat, weil man ja Kinder haben muss und das gleiche Kind nicht an zwei Orten zugeteilt werden kann. Das führt im heutigen System wirklich zu Ungerechtigkeiten, die nicht gut sind, weil dann die Eltern auch streiten, wer hat dann die Hauptobhut und bekommt dann Mietzinsbeiträge als Ganzes, als Haushalt. Weil derjenige, der das nicht bekommt, der hat dann, auch wenn er ein sehr tiefes Einkommen hat, kein Anspruch auf Mietzinsbeiträge, weil er dann von unserem System als Einpersonenhaushalt qualifiziert wird. Von dem her, dieser Zustand heute, der ist wirklich nicht gut und den ändern wir hier jetzt ja grundlegend, da auch in diesem Fall ja beide Haushalte grundsätzlich Anspruch auf Mietzinsbeiträge haben. Also ich denke, das ist eine wichtige Änderung und auch, dass im zweiten Haushalt ein Raum ja angerechnet wird und im System abgebildet wird.

Aus reiner Gleichstellungssicht ist eine Ungleichbehandlung nach wie vor drin, weil im einen Haushalt eben ein Zimmer pro Kind angerechnet wird und beim anderen Haushalt nur eines. Das ist der Vorschlag des Regierungsrats. Wie finden, das ist zumutbar und höchstwahrscheinlich entspricht es auch der Realität. Herr Lötscher hat es noch ausgeführt mit dem Zivilgericht und Zuteilung, auch höchstwahrscheinlich von den sonstigen Systemen und Zuteilungen, aber es ist zumutbar, weil in den meisten Gründen, ich meine, Wohnungen mit mehr Zimmer kosten auch mehr und ein grosser Teil dieser Mehrkosten muss ja dieser dann meistens Vater ja trotzdem selber zahlen und ob er dann, und wir reden von Haushalten mit tiefen Einkommen, sonst haben sie ja gar keinen Anspruch auf Mietzinsbeiträge, ob Haushalte mit tiefen Einkommen für dieses Besuchsrecht dann für jedes Kind ein Zimmer nehmen, egal, für welche Lösung sie sich entscheiden, ist es fraglich.

Von dem her, in der Realität wird sich höchstwahrscheinlich durch diesen Antrag nicht allzu viel ändern. Aber ja, wir finden es zumutbar, die Kinder, die haben ein eigenes Zimmer, wenn diese Person sich das leisten kann, nämlich an ihrem Erstort, sie haben einfach am Zweitort nur ein geteiltes Zimmer. Und dann ein Punkt, das ist dann ja vielleicht doch noch die Suffizienz, bei der ganzen Diskussion von Wohnfläche, die hat ja auch noch ein kleines Thema da in dieser Vorlage drin.

Aus diesem Grunde bittet Sie der Regierungsrat, dem Regierungsrat zu folgen und diesen GSK-Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Oliver Bolliger nochmals das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich habe nichts mehr inhaltlich zu ergänzen. Ich möchte einfach kurz erwähnen, dass wir in der Debatte einen kleinen Umweg machen, weil wir nicht chronologisch vorgehen gemäss Gesetz. Ich wurde gerade darauf aufmerksam, wir haben jetzt reagiert gemäss dem Bericht und da kommt der Paragraph 5 vor Paragraph 3. Ich glaube, wir müssen einfach wechseln, es ging um den Paragraph 5 und nicht um den Paragraph 3.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es ist so, dass wir wie immer in einer Detailberatung die Paragraphen Stück für Stück durchgehen. Es ändert nichts daran, dass es eine Mehrheit gibt der GSK, die weitergehen möchte als der Regierungsrat, der Regierungsrat stellt entsprechende Änderungsanträge. Und da gewisse Änderungsanträge mehrere Paragraphen betreffen, müssen wir auch über zum Beispiel das Thema Karenzfrist und Eintrittsschwelle vielleicht mehrmals abstimmen. Sie führen die Debatte jetzt nach Bericht, aber der Entscheid, den wir jetzt fällen, ist jener für Paragraph 3 Abs. 3. Das ist eigentlich ein Folgeantrag aus dem Thema Eintrittsschwelle. Das ändert nichts, es ist wie bei jeder Beratung wie immer so, dass wir dem Kommissionsbericht folgen und dass Änderungsanträge des Regierungsrates eines Ja bedürfen, damit sie aufgenommen werden.

Wir sind jetzt bei Paragraph 3 Abs. 3. Es geht um einen Streichungsantrag des Regierungsrates, den Sie hier eingeblendet finden und der auch in der Beschlussvorlage und in der Synopse ersichtlich war. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005452, 15.01.25 10:42:23]



Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 4 Beginn und Ende des Anspruchs

Abs. 1 bis 2

§ 5 Belegung der Wohnungen

Abs. 1

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor, den Sie eben gerade besprochen haben. Er beantragt, den zweiten Satz in Absatz 1 zu streichen, wie auch hier ersichtlich ist in Ihren Unterlagen.

Möchten Sie die Debatte dazu nochmals führen? Kaspar Sutter verzichtet am Anfang, Oliver Bolliger, Sie haben nochmals das Wort. Das wurde schon diskutiert, einfach bei Paragraph 3, deshalb verzichtet er. Die Fraktions- und Einzelsprecher*innen sind auch schon durch. Regierungsrat Kaspar Sutter hat nochmals das Wort in der zweiten Runde, er verzichtet, der Kommissionssprecher Oliver Bolliger ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005454, 15.01.25 10:44:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 2

Abs. 3

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt eine Ergänzung gemäss Synopse und ausgeteiltem Antrag.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Herr Sutter verzichtet in der ersten Runde. Herr Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich hoffe, dass ich jetzt am richtigen Ort bin. Es geht um den Antrag zur Altersschwelle?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind bei Paragraph 5 Abs. 3 und da geht es um die Kompetenz des Regierungsrates, für besondere Verhältnisse wie Fremdplatzierung weitere Bestimmungen zu erlassen oder nicht.



Oliver Bolliger (GAB): Nein, dann ist gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprecher*innen, die verzichten. Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher verzichten ebenfalls. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005456, 15.01.25 10:46:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 53 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Die Detailberatung geht weiter.

§ 6 Sicherstellung der bestimmungsgemässen Verwendung

Abs. 1 bis 2

§ 7 Subsidiarität

Abs. 1 bis 4

Der Regierungsrat beantragt eine Ziffer 2. Mietbeiträge an Haushalte mit Kindern mit Paragraph 8 Abs. 1 bis 3 sowie Paragraph 9 Abs. 1 bis 3. Zudem beantragt er eine Ziffer 3. Mietbeiträge an Haushalte ohne Kinder mit Paragraph 10 Abs. 1 bis 2 sowie Paragraph 11 Abs. 1 bis 2.

Wir führen die Debatte über diese Paragraphen 8 bis 11 gerade zusammen und eröffnen dazu die Debatte. Kaspar Sutter hat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Das Ganze ist jetzt ein bisschen kompliziert, aber das Ganze ist ein Paket. Sie haben jetzt Ja gesagt, dass Sie nicht dem Regierungsrat folgen bei der Zimmerbelegung bei getrennt lebenden Eltern. Unsere Anträge machen in dem Lichte keinen Sinn mehr, weil wir können jetzt nicht in einem Teil dem Regierungsrat folgen und im anderen nicht. Also von dem her, ich kann jetzt nicht formal diese Anträge zurückziehen, weil ich das Kollegium nicht bei mir habe, aber es macht inhaltlich keinen Sinn mehr. Sie haben zu diesem Themenblock jetzt entschieden, dass Sie eine absolute Gleichbehandlung wollen von beiden Eltern und dann ist es nichts als logisch und konsequent, dass Sie bei all diesen Detailanträgen dann dieser Logik folgen, weil das geht nicht, dass man jetzt unterschiedlich da Sachen macht. Wir müssen dann inhaltlich widersprechen, wenn es dann um die nächsten Themen geht, da bin ich dann froh, wenn Sie uns klar darauf hinweisen, wenn wir dort sind, aber jetzt, das ist ein Gesamtänderungsantrag gewesen, der ja auch wir erarbeitet haben, obwohl wir ihn inhaltlich nicht unterstützt haben, aber damit er konzis und konsistent ist und Sie ein gutes Gesetz verabschieden können. Von dem her müssen wir formal das jetzt durchführen, aber man sollte hier jetzt grundsätzlich der GSK-Mehrheit folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bolliger verzichtet. Uns liegen nach dieser Abstimmung keine weiteren Anträge des Regierungsrats mehr vor. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat Raoul Furlano für die LDP das Wort.



Raoul I. Furlano (LDP): Ich weiss jetzt rein formell nicht, ob das richtig ist, was ich jetzt da beantrage, aber wenn ich die Ausführungen jetzt von unserem Regierungsrat gehört habe, dass er alle Anträge zurückzieht, dann wäre die LDP für eine zweite Lesung. Kann ich das beantragen?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie können eine zweite Lesung beantragen, aber die Anträge wurden nicht zurückgezogen.

Raoul I. Furlano (LDP): Okay.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beantragen Sie eine zweite Lesung, Herr Furlano? Herr Furlano beantragt eine zweite Lesung. Wir stimmen am Schluss vor der Schlussabstimmung darüber ab, aber führen die Detailberatung zuerst fort und da sind wir jetzt bei diesen Anträgen, zu denen es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. In der zweiten Runde verzichten Herr Sutter und Herr Bolliger auch. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005458, 15.01.25 10:50:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 54 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter anhand des GSK-Antrags.

§ 8 Mitwirkung beim Vollzug

Abs. 1 bis 2

§ 9 Meldepflicht bei geänderten Verhältnissen

Abs. 1 bis 2

§ 10 Rückerstattung und Erlass

Abs. 1

§ 11 Bearbeiten von Personendaten

Abs. 1

§ 12 Rechtsmittel

Abs. 1

3. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 13 Vollzug und Ausführungsbestimmungen

Abs. 1 bis 2

§ 14 Übergangsbestimmungen

Abs. 1



II. Änderung anderer Erlasse

Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen, SoHaG) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 (geändert) lit. c (geändert) Mietbeiträge

§ 6 Abs. 2 lit. c (geändert)

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wenn ich jetzt nicht ganz falsch liege, müssen wir jetzt die Abstimmung über eine zweite Lesung durchführen.

Raoul Furlano beantragt eine zweite Lesung. Wenn Sie dem zustimmen, geht das Geschäft nochmals an die GSK, bevor es dann im Grossen Rat in einer zweiten Lesung behandelt wird.

Abstimmung

JA heisst zweite Lesung, NEIN heisst keine zweite Lesung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005460, 15.01.25 10:52:24]

Der Grosse Rat beschliesst

eine zweite Lesung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine zweite Lesung, damit fällt die Schlussabstimmung aus.

7.1. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen, Bericht der GSK

[15.01.25 10:52:43, 20.5353.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Lesung betrifft nicht den Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend eine soziale Wohnpolitik.

Die GSK beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

8. Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete von GGG Benevol für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[15.01.25 10:53:15, 24.0706.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Sprecher der GSK, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Im Namen der Kommission danke ich in diesem Rahmen allen Menschen, die sich als Gastfamilien engagieren und geflüchtete Menschen bei sich in den letzten Jahren aufgenommen haben. Dieses Engagement ist ausserordentlich und dient der sozialen Integration von geflüchteten und zum Teil auch emotional sehr belastenden Menschen. Diese gelebte Solidarität der Zivilbevölkerung ist gerade in den aktuellen Zeiten, wo die Demokratie, unsere solidarischen Grundwerte, die Menschenrechte und der Frieden in Europa bedroht sind, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Das Gasfamilienprojekt der GGG wurde Ende 2015 in Kooperation mit der Sozialhilfe Basel-Stadt ins Leben gerufen und hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Die GGG Benevol ist somit beauftragt, eine Kontaktstelle für die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privaten aufzubauen und zu betreuen. Auf die Freiwilligenarbeit im Flüchtlingsbereich kann nicht verzichtet werden, sie ist eine unentbehrliche Ergänzung zum staatlichen Versorgungsauftrag. Das Angebot Benevol entlastet direkt die Sozialhilfe, welche nicht über die notwendigen Ressourcen und das Wissen in der Freiwilligenarbeit verfügt. Ein effizientes und gut koordiniertes Engagement der Zivilgesellschaft im Asylwesen fördert zudem eine positive Grundhaltung in der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten und ist zudem ein Integrationsbooster. Soziale Integration ist eines der fünf Wirkungsziele der Integrationsagenda Schweiz, die Kantone sind entsprechend verpflichtet, entsprechende Angebote sicherzustellen und die Kontakte zur Gesellschaft aktiv zu fördern.

Das Gastfamilienprojekt hat zwei Standbeine, das klassische Programm, welches 2015 lanciert worden ist, und das Programm für die ukrainischen Geflüchteten, welches im 2022 begonnen hat. Im Programm Klassik sind bisher rund 100 Personen in Gastfamilie vermittelt worden. Es handelt sich dabei vor allem um junge Menschen aus Afghanistan, Eritrea und Syrien. In rund 80 Prozent der Fälle bleibt der Kontakt auch nach Ende des Gastverhältnisses bestehen. Nach dem Angebotseinbruch aufgrund der Pandemie hat die Informationskampagne 2023 wieder zu mehr Neuvermittlungen geführt. Der Aufwand ist deswegen nun gestiegen. Der Staatsbeitrag lag in diesem Programm bisher bei jährlich maximal 92'600 Franken. Im Programm Ukraine wurden bisher rund 1'000 Personen in über 400 Gastfamilien vermittelt. Die Mehrheit der Gastverhältnisse dauern drei bis sechs Monate. Die Vermittlungen haben nach 2022 kontinuierlich nachgelassen und ab 2023 musste Personal abgebaut werden. Im letzten Jahr belief sich das Kostendach noch bei 188'600 Franken.

Die beiden Programme haben sich unterdessen stark angeglichen. Die Integrationsphase steht nun bei beiden deutlich mehr im Vordergrund. Ab 2025 sollen nun die beiden Programme zusammengeführt werden. Prozesse und Regelungen werden vereinheitlicht und die Geflüchteten werden unabhängig von ihrer Herkunft gleich behandelt und gleich finanziert. Es kommt dabei zudem zu Synergieeffekten, die sich auch finanziell positiv auswirken. Das Budget ab 2025 liegt neu nun bei 300'000 Franken pro Jahr als Kostendach. Der gestiegene Aufwand aufgrund der höheren Nachfrage beim Programm Klassik wird dabei schon berücksichtigt. Für den Kanton fallen nur die effektiven Gesamtkosten an und auch die Dynamik bei schwankender Nachfrage kann damit gut begegnet werden.

Der Regierungsrat beantragt Ausgaben für das Projekt GGG Benevol Gastfamilien für Geflüchtete für die Jahre 2025 bis 2028 von jährlich maximal 300'000 Franken. Die bisher separat geführten finanzierten Projekte Gastfamilien Klassik und Unterkunft Ukraine sollen zu einem einheitlichen Projekt Geflüchtete aller Herkunftsländer zusammengeführt werden.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt und begrüsst einmal mehr den Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete der GGG Benevol und die Beratung beschränkte sich vor allem auf Verständnisfragen. Das WSU hat entsprechend Auskunft erteilt und so wurde deutlich, dass aus rechtlichen Gründen Gastverhältnisse nur mit Erwachsenen stattfinden können, und zwar erklärbar, dass das klassische Angebot typischerweise von gerade eben volljährig gewordenen Geflüchteten wahrgenommen wird. Unbegleitete minderjährigen Asylsuchende befinden sich entweder in einem Zentrum oder in einer Pflegefamilie. Typische Careleavers gehören ebenfalls nicht zur Zielgruppe dieser Gastverhältnisse.

Die GSK ist überzeugt, dass das Projekt erfolgreich ist und mit diesem Angebot die Zivilgesellschaft mit dem sensiblen Bereich des Asylwesens in Verbindung bringt. Die Gastverhältnisse sind seit der hohen Nachfrage nach dem Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine zwar zurückgegangen, aber es ist aus sozialpolitischer Sicht wichtig, dass es weiterhin eine andauernde Bereitschaft von Seiten der Zivilbevölkerung gibt, geflüchtete junge Menschen und Menschen aus der Ukraine in einem Gastverhältnis aufzunehmen. Das Projekt unterstützt die Bevölkerung und hat eine nachhaltige positive Wirkung bei den Geflüchteten wie auch bei den Gastgebenden.

Die GSK beantragt Ihnen deshalb einstimmig, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und für das Projekt GGG Benevol Gastfamilien für Geflüchtete für die folgenden vier Jahre Ausgaben von jährlich maximal 300'000 Franken in Form eines Kostendachs zu sprechen. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Menschen, die auf der Flucht sind und die dann nach dem abgeschlossenen Asylverfahren uns zugewiesen werden durch den Bund, da haben wir ein sehr grosses Interesse, dass diese Menschen sich rasch und gut integrieren hier bei uns, in unserer Gesellschaft. Und hier leisten Gastverhältnisse bei Privathaushalten einen sehr wichtigen Beitrag. Zahlenmässig bei der Ukraine war riesig, jetzt ist er wieder an einem kleineren Ort, aber sie leisten trotzdem einen sehr wichtigen Beitrag und wir möchten das weiterhin unterstützen. Wenn Menschen, und oft sind das auch unbegleitete Minderjährige gleich beim Erreichen der Volljährigkeit, die Unterstützung von einer Familie bekommen oder ein Paar oder auch eine Einzelperson, die schon hier ist bei uns in Basel-Stadt, dann hilft das dieser betroffenen Person sehr direkt und es hilft auch uns als Gesellschaft, weil diese Menschen sich rascher und einfacher integrieren können.

Der Kanton hat zum Glück schon im 2015 dieses Programm entwickelt gemeinsam mit GGG Benevol, also noch vor der Ukraine-Krise, weil wir diese Wichtigkeit und dieser Beitrag gesehen haben und auch mit GGG Benevol eine sehr gute Partnerin haben, die das vollzieht. Und das hat uns ja dann in der Ukraine-Krise unglaublich geholfen, als nahezu alle Kantone ja Gastfamilienprojekte hatten, weil es sonst gar nicht bewältigbar gewesen wäre, weil die Ukrainerinnen und Ukrainer in sehr kurzer Zeit bei uns waren. Und da waren wir sehr froh, dass es dieses Verhältnis bereits gab, die Strukturen etabliert waren und man einfach das noch hochskalieren musste.

Jetzt wurde es wieder zurückskaliert, weil die Zahlen wieder deutlich gesunken sind, aber sie sind höher als vor der Ukraine-Krise, was mich freut und wir möchten das gerne weiterführen gemeinsam mit der GGG Benevol, die hier die kompetente Stelle ist und dies im Auftrag der Stadt und des Kantons erledigt. Deshalb bin ich sehr froh über diese breite Zustimmung in der GSK. Ich möchte mich auch bedanken für die Behandlung in der GSK.

Ich möchte Sie im Namen des Regierungsrats bitten, diesen Staatsbeitrag so zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit gehe ich davon aus, dass Herr Sutter nicht nochmals etwas sagen möchte und Herr Bolliger auch nicht. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005464, 15.01.25 11:02:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt GGG Benevol Gastfamilien für Geflüchtete werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von jährlich maximal Fr. 300'000 (insgesamt Fr. 1'200'000) in Form eines Kostendachs bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 92 Ja-Stimmen.



9. Luftreinhalteplan 2024 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - Partnerschaftliches Geschäft Bericht des RR

[15.01.25 11:02:08, 24.1166.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Wort geht an den Präsidenten der UVEK, Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Die UVEK hat sich mit dem Bericht zum Jahr 2024 beschäftigt. Wir möchten uns an dieser Stelle beim WSU und vor allem auch bei Andrea von Känel bedanken, der das Lufthygieneamt beider Basel leitet.

Es geht um Luftschadstoffe. Sie sind schädlich für den Menschen, aber können auch für die Umwelt schädlich sein. Zum Beispiel, wenn wir an den Wald denken oder an die Landwirtschaft, wenn es zu Ernteaussfällen kommt. Beim Menschen sind typischerweise Erkrankungen der Atemwege die Folge, sie können sich aber auch im Körper anreichern und weitere Organe betreffen. Es gibt auch belegte Forschungen, dass es den Zusammenhang gibt zwischen Umwelteinflüssen, wie eben Luftschadstoffe, und den sogenannten Zivilisationskrankheiten.

Die Tendenz, die wir zur Kenntnis genommen haben, ist positiv. Je nach Standort ist die Entwicklung zwar etwas unterschiedlich, in der Tendenz gehen aber alle zurück. Warum gibt es diese Varianz, weil die Quellen für die Luftschadstoffe sehr unterschiedlich sind. Es ist einerseits der Strassenverkehr, es sind Feuerungen aller Art, Maschinen, die nicht dem Transport dienen, wie zum Beispiel Traktoren oder Baumaschinen, und dann gibt es diverse übrige Quellen, ein Beispiel davon das Feuerwerk.

Welche Schadstoffe werden überwacht. Stickstoffdioxid, Ozon, Feinstaub, da gibt es zwei verschiedene Grössen, der etwas gröbere PM10 und der sehr feine PM2.5, flüchtige organische Verbindungen, das sind zum Beispiel Lösungsmittel, die in die Luft übergehen, Russ und Ammoniak, dort geht es vor allem um den Stickstoffeintrag in den Boden. Das Ganze wird mit sieben Messstationen in Baselland und Basel-Stadt überwacht. Es gibt auch ergänzend dazu Passivsammler, gewisse Messreihen gehen zurück bis 1980.

Entscheidend in dieser ganzen Sache sind die Grenzwerte. Das ist eine Schwelle für eine Konzentration, man kann das auch als Ziel verstehen. Ob wir über oder unter dem Messwert sind, sagt grundsätzlich nichts darüber aus, ob der Stoff bedenklich oder unbedenklich ist, sondern die Grenzwerte werden in der eidgenössischen Verordnung festgelegt und so festgelegt, dass man sagt, bis dahin ist es akzeptabel, dass wir eine gewisse Belastung in Kauf nehmen unter Betrachtung aller Aspekte, wie zum Beispiel der Wirtschaftlichkeit von weiteren Massnahmen, dem Wohlbefinden der Bevölkerung, der Gesundheit, usw. Es besteht aber grundsätzlich abgeleitet aus dem Vorsorgeprinzip die Verantwortung der Kantone, der Gemeinden, Massnahmen zu ergreifen, um möglichst diese Konzentrationen tief zu halten.

Bei den Grenzwerten ist es auch wichtig zu unterscheiden zwischen Emissionen und Immissionen, also der Gesamtmenge, die ausgestossen wird und der Menge, die dann am Schluss bei uns im Menschen oder im Boden bei den Pflanzen ankommt. Bei den Immissionsgrenzwerten, also bei der Menge, die wir als Menschen einatmen zum Beispiel, gibt es Werte pro Stunde, es gibt auch Werte, die sich auf Tage beziehen oder eine Anzahl Tage pro Jahr, wo ein gewisser Wert nicht überschritten werden darf.

In diesem Zusammenhang und wenn wir schon bei den Zahlen sind, das ist natürlich, das kann man im Bericht nachlesen, das sind viele Tabellen, das sind viele Abbildungen, eine Zahl, die wir auch diskutiert haben. Warum kümmert uns das? Natürlich, unsere Gesundheit ist wichtig, aber aus einer volkswirtschaftlichen Betrachtung, dahinter stehen immer auch Kosten und auch diese werden ausgewiesen. Da gibt es Schätzungen, das ist klar, die basieren auf Annahmen, auf Modellen und die gehen sehr hoch bis zu einer Milliarde Gesundheitskosten in unserem Kanton wegen der Luftverschmutzung pro Jahr. Das Ganze zeigt, und das hat die UVEK auch zur Kenntnis genommen, die Tendenz ist gut, die Richtung stimmt, aber das Problem ist nach wie vor da und es ist ein Problem, das uns auch etwas angeht. Es betrifft uns direkt in der Gesundheit, es betrifft uns aber auch indirekt über die volkswirtschaftlichen Kosten. Massnahmen sind weiterhin angezeigt, auch wenn die Grenzwerte unterschritten sind, sofern die Massnahme adäquat ist.

Zum aktuellen Stand. Wir haben im Moment, also 2024, Überschreitungen bei Stickstoffdioxid, beim Feinstaub, beim Ozon, bei Ammoniak und beim Russ, das heisst, dort bestehen Ziellücken. Die bisher nötigen und auch erfolgreichen Massnahmen, die werden weitergeführt, die sind auch aufgelistet im Bericht. Die sind kantonsspezifisch, es gibt Massnahmen, die nur in Basel-Stadt stattfinden, andere, die nur in Baselland umgesetzt werden und dazu kommen nun auch neue Massnahmen. Hier eine kurze Zusammenfassung. Bei Feuerungen soll eine neue Regel eingeführt werden, wo es um Pellets geht, mit einer Leistung, die geringer ist als 70 Kilowatt. Der Kanton Basel-Stadt möchte auch beim Bund anregen, dass die Euro-7-Norm bei den Fahrzeugen zügig eingeführt wird, auch dass es Emissionsbegrenzungen bei Notstromaggregaten gibt.



Dank den bewährten und vorgeschlagenen Massnahmen und den internationalen Bemühungen, es ist ja immer so, dass die Luft sich über Kantonsgrenzen und Landesgrenzen hinwegbewegt, sollte dann die Situation weiter verbessert werden und es besteht die Aussicht, dass bis 2030 tatsächlich bei vielen Schadstoffen die aktuellen Grenzwerte eingehalten werden können. Denn die WHO, die hat 2021 basierend auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen Richtwerte herausgegeben, die eindeutig tiefer sind als die heutigen Grenzwerte, die in der Schweiz gelten. Sie hat das für Stickstoffdioxid, Feinstaub, Ozon, Schwefeldioxid und Kohlenstoffmonoxid gemacht. Die Kompetenz für diese Grenzwerte, die liegt beim Bundesrat, die sind in einer Verordnung festgelegt.

Der Kanton Basel-Stadt regt an, dass man sich mit diesen neuen Erkenntnissen in der WHO, die übrigens auch von der eidgenössischen Kommission für Lufthygiene so beurteilt und auch so aufgenommen wurde und ihrerseits dann wiederum Empfehlungen formuliert wurde, dass man diese anpasst in der Verordnung. Würde man das machen, das ist auch im jetzigen Luftreinhaltebericht ausgewiesen, dann hätten wir bei zum Beispiel Stickstoffdioxid oder auch beim Feinstaub feiner als 2.5 eine flächendeckende Überschreitung bei uns im Kanton, also 100 Prozent der Bevölkerung würde dann über dem Immissionsgrenzwert leben. Das zeigt, es ist schon auch sehr davon abhängig, wie diese Grenzwerte definiert sind.

Wir haben in der UVEK all diese Erkenntnis und diese Resultate diskutiert. Wir haben sie zur Kenntnis genommen und empfehlen darum auch, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben uns noch einige mehr Details, die ich jetzt schon ausgeführt habe, geben lassen, wie dann die Massnahmen konkret angedacht sind. Das ist aber auch sehr gut beschrieben in den sehr ausführlichen Unterlagen, darum verzichte ich darauf.

Wir haben dieses Geschäft in einer Sitzung beraten und beantragen Ihnen mit 9 zu 2 Stimmen, den Anzug von Oliver Thommen abzuschreiben und den Luftreinhaltebericht des Regierungsrates mit 11 zu 0 Stimmen zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Herr Sutter hat das Wort in der ersten Runde.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für das Votum der Kommission und für die Behandlung in der Kommission. Wir sind auf einem guten Weg bei der Luftreinhaltewerte. Ich glaube, das ist die positive Botschaft, die man aus diesem Bericht rausnehmen kann, wir haben überall sinkende Werte. Die geltenden Grenzwerte für Feinstaub und der Partikelgrösse kleiner als 10 Mikrometer und bei Stickstoffoxiden werden weitgehend eingehalten. Wo wir aber weiterhin zu hohe Werte haben, das ist bei dem kleinen Feinstaub, der Partikelgrösse kleiner als 2.5, und beim Ozon. Dort sind wir noch nicht an dem Punkt. Was man auch sagen muss, ist, dass die WHO strengere Grenzwerte empfiehlt, der Bund das aber nicht vorgibt. Für uns entscheidend sind die Bundesgrenzwerte, das sind die, an die wir uns halten und wo wir die Massnahmen ergreifen. Aber ich bin sehr froh, dass die Luft immer besser wird bei uns im Kanton. Das ist die gute Botschaft, die ich gerne hier setzen möchte.

Der Luftreinhalteplan 2024, der sieht die Weiterführung von sechs bisherigen Massnahmen vor, die es schon im 2016 gab, dort wollen wir noch tiefer gehen. Bei der Elektrifizierung der Schiffliegeplätzen sind wir noch nicht bei allen dort, aber wir sind auf dem Weg dazu, auch die zu elektrifizieren. Es sind neue Massnahmen vorgeschlagen bei den Holzfeuerungen und der Landwirtschaft und wir fordern auch in diversen Bereichen den Bund auf, Massnahmen zu ergreifen, weil in vielen Bereichen ist die Kompetenz nicht bei den beiden Kantonen, sondern beim Bund. Zum Beispiel die Einführung der Euro-7-Norm, die einen wichtigen Beitrag leisten würde, da fordern wir vom Bund klare Massnahmen.

Als Fazit insgesamt zeigt sich, dass die Bemühungen und Massnahmen der letzten Jahrzehnte für saubere Luft sich in der Region deutlich bemerkbar machen. Der eingeschlagene Weg mit den gewählten Massnahmen hat sich als richtig erwiesen und auch die technologische Entwicklung spielt da mit, zum Beispiel bei der Elektrifizierung des Verkehrs, der auch einen wichtigen Beitrag leistet, und die höheren Normen auch bei den Verbrennungsmotoren.

Vielleicht noch grundsätzlich. Das ist ein gemeinsamer Luftreinhalteplan. Sie haben ja lesen können, dass der Kanton Baselland das gemeinsame Lufthygieneamt beenden möchte. Das bedauert der Regierungsrat Basel-Stadt, das habe ich auch bereits so kommuniziert. Wir sind jetzt aber dabei, diese Rekantonalisierung, sage ich jetzt mal, der Luftreinhalteverordnung aufzulösen. Wir sind daran, um zu schauen, dass wir dann das innerhalb der kantonalen Strukturen vollziehen können. Das wird auch möglich sein, also wir können die Luftreinhaltefunktionen und die Gesetzgebung, die es gibt in diesem Bereich, auch alleine sicherstellen. Ich bedaure das, ich fand es richtig und gut, das gemeinsam zu machen, Luft macht bekanntlich kein Halt an der Kantonsgrenze. Es gab auch gewisse Synergien und von dem her werden wir das aber rekantonalisieren.

Ich weiss nicht, ob dann der nächste Luftreinhaltebericht auch noch gemeinsam ist, das ist auch mit zwei kantonalen Ämtern durchaus möglich, machen wir zum Beispiel im Abfallbereich auch, das ist aber heute noch nicht entschieden und wird sich weisen, ob dann der nächste Luftreinhaltebericht ein baselstädtischer ist oder wiederum einer der beiden Kantone. Jedenfalls hier bei diesem Bericht hat die Zusammenarbeit sehr gut geklappt, das gemeinsam Lufthygieneamt hat einen guten Job gemacht und ich möchte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lufthygieneamts beider Basel danken.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste Sprecher für das GAB steht bereit, es ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Die Fraktion GAB nimmt den Luftreinhalteplan zur Kenntnis und wir danken dem Kommissionssprecher und auch dem Regierungsrat für die Ausführungen und können diesen weitestgehend folgen und danken für die genaue Betrachtung und die Ausarbeitung dieses neuen Luftreinhalteplans nochmals gemeinsam sicher mit Baselland. Hoffen wir, dass das auch so bleibt, aber das werden wir ja noch sehen.

Wir beantragen Ihnen aber, den Anzug nochmals stehen zu lassen und das hat einen Grund, nämlich sehen wir das etwas weniger optimistisch. Wir möchten hier nicht für dicke Luft sorgen, aber auffallend ist doch, dass auch in der Beantwortung des Anzugs sehr oft das Foto zwei vorkommt und das Foto zwei war für mich in der Schule immer so etwas, wo ich nie gewusst habe, was soll das eigentlich genau und jetzt habe ich es gerade wieder bei dieser Anzugsbeantwortung gesehen. Es passiert irgendwann etwas und dann wird es abgeschlossen sein und das kann man mit dem Foto zwei abbilden und die Grenzwerte werden dann irgendwann eingehalten sein. Das weiss man jetzt heute schon und das kann einen optimistisch stimmen, mich stimmt das nicht ganz so optimistisch.

Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, aber wir haben immer noch ein immenses Problem. Der Kommissionssprecher hat es gesagt, die Gesundheitskosten, die entstehen, sind wahrscheinlich mehr als eine Milliarde. Es sind wirklich hohe Kosten, es gibt eine hohe Exposition, die Menschen sind langfristig dem ausgesetzt und wir können zum Teil auch nur erahnen, was die Schäden sind und durch was das bewirkt wird. Aber wir wissen es aus der Forschung und wir haben hier ja auch ausgezeichnete Forschungsinstitute dazu in unserer Region, die das auch belegen können. Und da verstehen wir dann nicht ganz, wie man dann in dieser Beantwortung eigentlich zum Schluss kommen kann, dass die Vermittlung an die Bevölkerung zum Beispiel, dass die einen so geringen Nutzen haben soll.

Wenn wir das jetzt ansehen können, natürlich, die WHO-Grenzwerte, die müssen wir im Moment nicht einhalten. Hier sehen Sie, Sie können ja selber schauen, wo Sie etwa wohnen, der Grenzwert, die gestrichelte Linie, das ist der Grenzwert heute, an den wir uns halten müssen. Aber wir wissen seit drei Jahren, dass der Grenzwert der WHO bei 10 ist, das ist jetzt das NO₂, und das ist ja kein politischer Grenzwert, sondern das wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstellt zuhanden der WHO, die WHO gibt dann nach einem langen Prozess diese Grenzwerte oder diese Empfehlungen für Grenzwerte heraus. Und in diesem Sinne wäre es ja eigentlich angezeigt, dass wenn wir es schon wissen, dass das passiert, wir wissen um die Schäden im Kanton von einer Milliarde, dass wir dann auch mehr machen, um diese Schäden zu minimieren.

Es ist mir klar, dass auch in der Abstimmung der beiden Kantone es nicht so einfach ist, Massnahmen zu ergreifen, die dann eine Minderung dieser Emissionen haben, aber was wir machen können, ist die Personen davon in Kenntnis setzen und schützen und hier bin ich mit der Anzugsbeantwortung wirklich nicht einverstanden. Sie geben zwar an, was der Kanton alles macht, das ist auch sehr zu begrüßen, dass er das macht, aber die Frage ist doch, ob das bei den Menschen ankommt und da habe ich meine Zweifel. Gerade die Menschen, die eine hohe Exposition haben, sind wahrscheinlich nicht die Menschen, die um 9 Uhr abends von der Arbeit heimkommen und dann noch schauen, wie sieht morgen auf dieser Webseite die Exposition aus für NO₂. Das interessiert die vielleicht gar nicht. Aber der Kanton, der so hohe Kosten trägt und der auch eine Fürsorgeaufgabe hat für diese Menschen, müsste mehr machen, damit sie sich schützen können.

Ganz besonders finde ich das dann bei den besonders betroffenen Berufsgruppen. Ich sehe im Kanton immer wieder Menschen, die den Verkehr regeln. Ich habe noch nie jemanden gesehen, der dazu eine Maske trägt und ich frage mich seit Jahren, warum eigentlich, warum ist das nicht bei einer Ausschreibung Pflicht? In anderen Städten, die zugegebenermassen natürlich höhere Werte haben, ist es Pflicht, aber gerade die feinen und die ultrafeinen Partikel, die wir alle so einatmen, die sind besonders schlimm für eine lange Exposition und ich finde, der Regierungsrat sollte wirklich bei diesen betroffenen Berufsgruppen nochmals berichten, was er dort machen möchte. Und er könnte vielleicht auch diese Rekantonalisierung als Chance nehmen, hier vielleicht einen baselstädtischen Schwerpunkt zu setzen, auch wenn es vielleicht nicht im Rahmen des Luftreinhalteplans ist, aber vielleicht gibt es ja noch andere Orte, wo man diese Massnahmen ergreifen kann, um die Menschen wirklich konkret zu schützen, weil das sowohl für die Menschen als auch für uns als Kanton hohe Kosten sind.

Wir bitten Sie deshalb, den Plan zur Kenntnis zu nehmen und diesen Anzug stehen zu lassen, damit der Regierungsrat hier nochmals berichten kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion nimmt den Bericht ebenfalls zur Kenntnis. Im Namen der SP möchte ich an dieser Stelle aber doch noch zwei, drei Sätze auch an die Adresse unseres Nachbarkantons verlieren. Es gibt fast kein anderes Thema, bei dem weniger offensichtlich ist, dass die Kantonsgrenze willkürlich ist im Behandeln des Themas und die Luftreinhaltung



bikantonal zu überwachen, machte sehr viel Sinn und wäre auch weiterhin sinnvoll. Die verschmutzte Luft macht, wie es Kaspar Sutter ebenfalls bereits ausgeführt hat, keinen Halt an der Kantonsgrenze. Dass man das nun wieder neu organisieren muss, erfordert auch Investitionen, die wir etwas bedauern. Wir finden auch das Signal etwas speziell, das mit diesem Move gesendet wird. Kaspar Sutter hat ebenfalls erwähnt, auch mit getrennten Lufthygieneämtern, die wir aufgrund des aus unserer Sicht wenig sinnvollen Entscheids der freundlichen Regierung in Baselland haben werden, ist künftig ein gemeinsamer Bericht zur Lage möglich, aus unserer Sicht nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert. Ein gemeinsames Verständnis der Situation zu haben, ist sinnvoll und hilfreich in dieser Sache, auch in Zukunft. Es wird sich zeigen, wie das kommt.

Die erzielten Verbesserungen in den statistischen Werten hat der Kommissionspräsident ausführlich ausgeführt. Eine deutliche Sprache sprechen die Werte im Bereich der Mobilität. Die Werte sind in verkehrsexponierten Lagen deutlich schlechter und entsprechend auch über den Grenzwerten, über den bereits geltenden sogar. Wer sich also gegen weitere Massnahmen für den umweltfreundlichen Verkehr und einen besseren Modalsplits-Wert, der verhindert damit auch das Einhalten bereits geltenden Grenzwerte und nimmt die gesundheitliche Gefährdung der Menschen in unserem Kanton in Kauf. Ich finde das wichtig, dass man sich das beim Behandeln dieses Berichts auch wieder vor Augen führt.

Noch zwei, drei Worte zur Frage, ob es richtig ist, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. Die SP-Fraktion ist ebenfalls irritiert, dass der Bund die neuen Grenzwerte der WHO noch nicht übernommen hat. Wir finden das falsch. Das sollte ganz sicher so schnell wie möglich passieren und damit können diese Grenzwerte dann auch in unserem Kanton übernommen werden, das wird passieren automatisch, das muss man ja, und das hilft dann auch zur Definition der weiteren Massnahmen. Weil hier das Handeln auf Bundesebene, des Bundes erforderlich ist, sehen wir keinen Mehrwert im Stehenlassen des Anzugs und ziehen es vor, in Bern die Übernahme der Grenzwerte einzufordern. Ein entsprechender Vorstoss ist angedacht und in Vorbereitung, eben auf Bundesebene.

In diesem Sinne stimmt die Fraktion der Kenntnisnahme und dem Abschreiben des Vorstosses zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet, der Kommissionspräsident ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir stimmen über die Kenntnisnahme ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschlusskenntnisnahme, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005466, 15.01.25 11:24:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben einstimmig Kenntnis genommen mit 92 Ja-Stimmen.

9.1. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Anpassung des Luftreinhalteplan zum Schutz der Bevölkerung, Bericht des RR

[15.01.25 11:25:06, 22.5089.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Oliver Thommen als erledigt abzuschreiben. Oliver Thommen hat den Antrag auf Stehenlassen gestellt.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 17 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005468, 15.01.25 11:26:02]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 78 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[15.01.25 11:26:12, 22.0979.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Mehrheit der UVEK beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung zum Entscheid vorzulegen. Die Minderheit der UVEK beantragt, die Initiative der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den von der Mehrheit vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder ob die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird, wie dies die Minderheit beantragt. Allenfalls ist dann der Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Wir kommen zu den Kommissionssprechern und da hat zuerst für die Mehrheit der Präsident der UVEK, Raphael Fuhrer, das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich beginne mein Votum noch im Namen der Gesamtkommission zum allgemeinen Teil und werde dann bekanntgeben, ab wann ich nur noch für die Mehrheit sprechen werde.

Wir haben eine unformulierte Initiative vorliegen und sie fordert durchgehende, sichere und einheitlich ausgestaltete Velorouten in unserem Kanton. Sie formuliert quasi ein Zielbild auf Gesetzesstufe und gibt die Details an, wie das geschehen soll. Sie zeigt auch auf, wo sie Ressourcenbedarf sieht, wo es Organisationsbedarf gibt und bringt auch das zu Papier im Initiativvorschlag. Das Velo-Angebot soll bis 2035 markant verbessert werden und die Standards einheitlich und flächendeckend angewendet werden.

Wir in der UVEK haben uns mit diesem Initiativbegehren in sieben Sitzungen zwischen Mai und September des vergangenen Jahres beschäftigt und haben dann basierend auf dem Gegenvorschlag des Regierungsrates die Diskussion geführt. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates sieht vor, dass 40 Kilometer Velovorzugsrouten innerhalb von zehn Jahren umgesetzt werden und er verankert das im kantonalen Umweltschutzgesetz. Finanziert soll das werden über zusätzliche Mittel in der sogenannten Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr II, die bereits läuft, von 20,5 Millionen Franken.

Natürlich haben wir auch das Initiativkomitee eingeladen und eine Delegation war bei uns in der Kommission. Das Initiativkomitee hat noch einmal Wert gelegt festzuhalten, dass die heutige Veloinfrastruktur mangelhaft ist, vor allem bezüglich der Sicherheit, und dass wenn diese Sicherheit verbessert werden könnte, auch viel mehr Leute Velo fahren würden und das wiederum positive Auswirkungen hat, weil dann weniger Leute zum Beispiel Auto fahren, weniger Stau, die



Leute bewegen sich, wir haben gerade vorhin gehört, Luftverschmutzung, Gesundheitskosten, usw. Der Regierungsrat wiederum weist daraufhin, dass er mit seinem Gegenvorschlag gemäss Regierungsrat das Hauptanliegen der Initiant*innen aufnimmt und ein Fokus legt auf die Velovorzugsrouten.

Das Initiativkomitee hat aber mehrmals betont, dass ein gesamthafes Netz wichtig ist, gerade auch im Hinblick auf die Sicherheit, und dass, wenn wir uns mit der Sicherheit auseinandersetzen, wir der Realität ins Auge schauen müssen. Die ganz grosse Mehrheit der schwerverletzten Personen in unserem Kanton sind Velofahrer*innen oder Fussgänger*innen und wir reden da von einer Person pro Woche, die im Schnitt leider dann schwer verletzt wird im Strassenverkehr. Das Initiativkomitee hat uns auch aufgezeigt anhand von Fotos, dass es noch sehr viele gefährliche Stellen in unserem Kanton gibt und es ist der Ansicht, dass der Gegenvorschlag des Regierungsrats einerseits zu unverbindlich ist und was zum Beispiel die Standards anbelangt, zu wenig konsequent ist. Es soll ja tatsächlich mehr Priorität der Verkehrssicherheit im Veloverkehr gegeben werden und dass der Netzgedanke nicht komplett gedacht wird.

Wir als UVEK haben das Mal so zur Kenntnis genommen und sind dann ins Thema eingetaucht und mussten feststellen, dass das ganze Thema Veloverkehrsplanung sehr im Wandel ist. Der Grund dafür ist natürlich das eidgenössische Veloweggesetz. Wir haben versucht, im Kapitel 6 unseres Berichts das möglichst nachvollziehbar und kurz zusammenzufassen. Einerseits ist das eidgenössische Veloverkehrsgesetz relativ neu, es gibt aber eine Praxishilfe des ASTRA, dass auch weitere Details gibt. Das Veloweggesetz setzt aber sehr klare Fristen. Bis 2042 müssen die Kantone das Velowegnetz gemäss Mindestanforderungen, die die Planungshilfe des ASTRA detailliert wiedergibt, umgesetzt haben und bis 2027 muss die Planung angegangen sein. Es muss also ein Netzplan vorliegen.

Der Bund sieht vor, dass es Hierarchiestufen gibt in diesem Velonetz. Es gibt zuoberst die Velovorzugsroute, dann gibt es Hauptverbindungen, Nebenverbindungen und das übrige Netz ist das Erschliessungsnetz. Sämtliche Netz-Elemente, also auch das Erschliessungsnetz, müssen sicher sein für Velofahrende. Wir haben vom Bau- und Verkehrsdepartement erfahren, dass sie bei den Velovorzugsrouten bereits erste Ideen haben, wo diese hinkommen sollen, ob die radial oder eher kreisförmig sind und auch was dort für Führungsformen zur Anwendung kommen sollen. Und das ist eine wichtige Sache. Es gibt eben diese Hierarchiestufen, die Netz-Typen und dann gibt es Führungsformen wie zum Beispiel ein Velostreifen oder ein Velo-Bypass oder eine Aufstellfläche für Velofahrende bei Kreuzungen. Da sind dann Eigenschaften, wie der Strassenraum gestaltet wird.

Bei den Velovorzugsrouten hatten wir bereits ersten Einblick, wie das angedacht ist und dort konnte uns zum Beispiel das Bau- und Verkehrsdepartement sagen, dass für 40 Kilometer Velovorzugsrouten würde das bedeuten, dass so und so viele Kilometer Strassenraum umgestaltet werden müsste, dass zum Beispiel um die 900 Parkplätze dann auch weggehen müssten zugunsten von diesen Velovorzugsrouten. Für die anderen Bereiche konnten wir noch nicht so ins Detail gehen wie bei den Velovorzugsrouten. Ein wichtiger Punkt sind auch die Standards, die dann die Netzelemente beschreiben, also wie diese Führungsformen genau auszusehen haben. Diese werden vom Kanton festgelegt und sie sind behördenverbindlich. Wir haben auch diskutiert über die Velofachstelle. Diese hat einen Fokus auf dem strategischen Konzeptuellen. Im Gegensatz dazu soll die Umsetzungsgruppe aktive Mobilität sich vor allem mit Sofortmassnahmen beschäftigen. Es braucht also beide, Sie haben unterschiedliche Aufgabengebiete.

Und nun zur Umsetzung der Initiative. Sie ist eine unformulierte Initiative, das heisst, würde die Initiative angenommen, dann müsste eine Vorlage ausgearbeitet werden. Diese könnte dann wiederum einem Gegenvorschlag gegenübergestellt werden und man geht davon aus, dass alles in allem eine Verzögerung von etwa zwei Jahren in diesem Fall stattfinden würde, gegenüber, wenn wir heute einen Gegenvorschlag beschliessen würden.

Das waren meine allgemeinen Ausführungen ab. Hier werde ich nun für die Mehrheit weitersprechen. Das sind neun Personen, die am Mehrheitsbericht gearbeitet haben. Die vier anderen Personen haben am Minderheitsbericht gearbeitet, der eigentlich von meiner geschätzten Vizepräsidentin Nicole Strahm hätte vorgetragen werden sollen. Nun ist Daniel Hettich eingesprungen. Vielen Dank. Ich rede nun jetzt für die Mehrheit weiter.

Wir haben geschaut, was waren die Anliegen des Initiativkomitees, was war der Ansatz des Regierungsrates und haben versucht, daraus einen geeigneten Gegenvorschlag abzuleiten. Uns war wichtig, dass die Anliegen der Initiative aufgenommen werden, dass der Gegenvorschlag aber abgestimmt ist auf die kantonalen Instrumente, dass analog des Gegenvorschlags vom Regierungsrat eine schlanke Umsetzung im Umweltschutzgesetz möglich ist, dass eine zeitnahe Umsetzung daraus resultiert und dass die benötigten Ressourcen sichergestellt sind. Im Vergleich zum Regierungsrat möchte die UVEK-Mehrheit 3 Millionen mehr in den Beschluss packen. Das wäre pro Jahr, wenn man das herunterbricht, eine relativ geringe Differenz zu den beantragten Mitteln des Regierungsrates.

Warum hat sich die Mehrheit der UVEK nicht mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats zufrieden gegeben. Er sagt nichts zu den Haupt- und Nebenverbindungen aus und gerade diese sind wichtig, damit die Leute überhaupt dann auf den Velovorzugsrouten unterwegs sein können. Denn man ist es ja immer von A nach B unterwegs mit dem Velo und ist darum auch angewiesen auf sichere Verbindungen von A nach B. Wir sind der Ansicht, dass die Haupt- und Nebenverbindungen genauso wichtig sind und dass eine Verankerung der Sicherheitsbedürfnisse des Fuss- und Veloverkehrs im Gesetz zwingend ist. Wir haben dazu einen Vorschlag. Der Regierungsrat hat dazu keine Gesetzesänderung beantragt.



Warum braucht es aus Sicht der UVEK-Mehrheit einen Gegenvorschlag? Warum sind wir nicht einfach auf die Initiative gegangen? Wie ich ausgeführt habe, würde die Initiative angenommen, müsste man zuerst dann wieder Vorlagen ausarbeiten. Wir würden es vorziehen, wenn wir direkt mit einem heute beschlossenen Gegenvorschlag loslegen können, und es ist uns wichtig, dass die Standards zwar als Standard so im Gesetz auftauchen, dass die Behördenverbindlichkeit im Gesetz festgeschrieben wird, wir sind aber nicht der Ansicht, dass die einzelnen Masse, usw. im Gesetz auftauchen müssen. Dann noch, warum ein Gegenvorschlag, wenn es ja das Bundesgesetz gibt, das bis 2042 die Kantone zum Velonetz verpflichtet?

Die UVEK-Mehrheit ist der Ansicht, dass wenn die Schweiz bis 2042 das umsetzen soll, dann sollten wir als Kanton Basel-Stadt schneller sein. Wir sind ein Stadtkanton, in unserem Kanton hat der Veloverkehr eine hohe Bedeutung. Wir hatten den Eindruck, dass im Moment das Bau- und Verkehrsdepartement den Fokus auf die Velovorzugsrouten legt. Wir möchten aber auch auf Gesetzesstufe die Haupttrouten und die Nebenrouten wirklich auch mitdenken und parallel dazu planen. Wir dürfen nicht in eine Rücklage kommen. Wir haben das bei anderen Bundesvorgaben beobachten müssen, wie zum Beispiel beim BehiG. Ein weiterer Punkt ist auch, dass unser Kanton bis 2037 im Verkehr Netto-Null erreichen möchte. Dazu braucht es eine Verlagerung auf den Veloverkehr. Ein Drittel aller Autofahrten sind aktuell kürzer als drei Kilometer, also in Velo-Distanz. Wir sind auch der Ansicht, dass wenn man Haupt- und Nebenrouten von Anfang an mitdenkt, dass dann auch ein gewisser Mehrbedarf da ist an Ressourcen und den schlagen wir ja mit unserem Antrag vor.

Darum also ein Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit, der versucht, die Vorzüge der Initiative und des Ansatzes des Regierungsrats unter ein Dach zu bringen und auch konsistent zu sein mit den weiteren kantonalen Planungsinstrumenten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Vertreter der UVEK-Minderheit, Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wie Raphael Fuhrer schon gesagt hat, halte ich das Votum an der Stelle von Nicole Strahm, die heute ihre Stimme leider schonen muss. Ich rede als Sprecher der Minderheit zum Bericht der Volksinitiative Sichere Velorouten in Basel-Stadt und des Gegenvorschlags der Regierung. Allgemeines zum Bericht werde ich nicht mehr wiederholen.

Die genannten Anliegen der Kommissionsmehrheit erscheinen auf den ersten Blick schlüssig, nachvollziehbar und auch vielversprechend. Doch bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Initiative und auch der Gegenvorschlag der Regierung zu massiv und zu unausgewogen sind und zu unverhältnismässigen Eingriffen in unseres bestehendes Mobilitätssystem führen und dies einseitig zu Gunsten des Veloverkehrs, ungeachtet, was das für den öffentlichen Verkehr, den motorisierten Individualverkehr, den Fussverkehr sowie für das Gewerbe und ganz gravierend auch für die Blaulichtorganisationen bedeutet. Die UVEK-Minderheit ist deshalb der Ansicht, dass in unserem knappen Strassenraum eine ganzheitliche Verkehrspolitik angestrebt werden muss, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden gerecht wird.

Die Initiative und der Gegenvorschlag der Regierung setzen jedoch auf eine einseitige Bevorzugung des Veloverkehrs. Das ist nicht nachhaltig und wird zu einer Verschärfung der bereits heute tagtäglichen Behinderung führen. Warten wir doch besser zuerst einmal ab, bis überall die x Baustellen fertig sind und auch der Fernwärmeausbau abgeschlossen ist, denn auch in diesem Rahmen wird jede Strasse hinsichtlich Veloinfrastruktur und Begrünung angepasst.

2023 ist das Veloweggesetz auf Bundesebene in Kraft getreten und die einzelnen Kantone müssen sich an gewisse Vorgaben halten. Es gilt jedoch an dieser Stelle klar festzuhalten, dass die Kantone eine grosse Autonomie bei der Umsetzung des Bundesgesetzes haben und es weder die Initiative noch den Gegenvorschlag der Regierung bzw. der UVEK-Mehrheit benötigt, um als Kanton bundesrechtskonform zu agieren. Das Veloweggesetz des Bundes ist eine Grundsatzgesetzgebung, die dem Kanton einen grossen Handlungsspielraum lässt. Es zwingt Basel-Stadt keineswegs, die in diesem genannten Ausmass geforderten Massnahmen umzusetzen. Wir haben bereits seit Jahren eine starke und anerkannte Veloinfrastruktur mit qualitativ hohen Anforderungen an das Veloroutennetz. Der Aufwärtstrend an Velofahrenden ist ja der beste Beweis dafür.

Der bestehende Teilrichtplan Velo mit bereits heute weit über 200 Kilometer Velorouten wird weiter aktualisiert, geplant und umgesetzt, auch ohne zusätzliche Massnahmen einer Initiative oder eines Gegenvorschlags der Regierung. Und auch hier, es besteht kein Zwang und es gibt keine Notwendigkeit, diese Velorouten als erneutes Basler Finish in so unverhältnismässiger Weise weiter auszubauen. Denn fast 85 Prozent des kantonalen Veloroutennetzes sind bereits mit geeigneten Massnahmen versehen und die weitere Umsetzung im öffentlichen Strassenraum soll in den nächsten Jahren beendet sein. Es wäre also sinnvoll, diesen Zeitpunkt abzuwarten, bevor weitere Massnahmen ergriffen werden.

Die Initiative fordert des Weiteren, dass Velorouten mit einer Mindestbreite von 2,4 Metern pro Fahrtrichtung ausgestattet werden sollen. Das würde zwangsläufig zu einem weiteren Abbau von Strassenflächen, Parkplätzen, Fusswegen und Baumrabbatten führen. Städte wie Zürich und Luzern haben bereits gezeigt, dass solche Massnahmen zu mehr Staus, Verzögerungen und einem schlechteren Verkehrsfluss führen. Eine Situation, die wir in Basel unbedingt vermeiden müssen. Auch die Wirtschaft wäre erheblich betroffen. Viele Gewerbebetriebe und Dienstleistungsunternehmen sind auf eine reibungslose und effiziente Mobilität angewiesen. Werden Strassenraum und Parkplätze weiter abgebaut, damit Lieferzonen



reduziert, geraten unsere Gewerbebetriebe unter Druck. Das führt zu zeitaufwendigem Suchverkehr, höhere Kosten und eine Beeinträchtigung des Umsatzes.

Der weitere unbehinderte Ausbau des Velonetzes geht auch mit Einschränkungen für Anwohnerinnen und Anwohner einher. Familien, ältere Menschen und Personen, die auf das Auto angewiesen sind, werden dadurch stark beeinträchtigt. Die 900 Parkplätze, welche laut Regierungsrat geopfert werden müssen, sind nur auf dem Velovorzugsrouten beachtet. Der Abbau von Parkplätzen in den Quartierstrassen wurde in dieser Zahl noch nicht mitgezählt. Darüber hinaus betreffen die Einschränkungen auch unsere Blaurichtorganisationen, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste müssen im Ernstfall schnell und ohne Hindernis zum Einsatzort gelangen können. Die Umverteilung des Strassenraums würde diese Einsatzfähigkeit behindern und mit möglicherweise lebensbedrohlichen Konsequenzen.

Weiter fordert die Initiative die Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen, darunter ein Velo-Expressteam und eine Fachstelle für Veloverkehr. Das ist unnötige Bürokratie, die dem Kanton jährlich wiederkehrende Kosten von 180'000 Franken verursacht, zusätzlich zu den über 30 Millionen Franken Investitionskosten in den nächsten zehn Jahren. Die UVEK-Minderheit findet diese hohen Ausgaben als nicht verhältnismässig. Wir finden, sie stehen im Widerspruch zum Prinzip einer schlanken und effizienten Verwaltung. Gerade in einer Zeit, in der wir vor anderen dringenden Herausforderungen stehen, fehlen hier jegliche transparente Kosten-Nutzenanalysen zur Begründung dieser Investitionen.

Die Initiative Sichere Velorouten in Basel-Stadt und der Gegenvorschlag der Regierung mögen gut gemeint sein, denn wie alle möchten sicher Velo fahren können. Sie sind aber in ihrer Ausgestaltung unverhältnismässig, ideologisch motiviert und für alle übrigen Verkehrsteilnehmenden kontraproduktiv und sogar gefährlich. Basel-Stadt hat bereits eine sehr fortschrittliche Velostruktur. Es braucht weder eine übertriebene Initiative noch den nahezu gleich überladenen Gegenvorschlag der Regierung, um die Vorgaben des Bundes zu erfüllen. Die UVEK-Minderheit ist überzeugt, dass Basel-Stadt ohne einseitige Zusatzmassnahmen weit besser in der Lage ist, alle Interessen sorgfältig gegeneinander abzuwägen und Lösungen für unsere öffentliche als auch für unsere individuelle Mobilität zu finden. Lösungen vor allem, welche für alle Verkehrsteilnehmenden sinnvoll und akzeptabel sind.

Deshalb beantragt die UVEK-Minderheit dem Grossen Rat, die Initiative Sichere Velorouten in Basel-Stadt als auch den Gegenvorschlag der Regierung abzulehnen. Und wie manchmal Nicole Strahm so schön sagt am Schluss, herzlichen Dank fürs Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Sprecherin des Regierungsrats Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, man hat schon gehört, dass die Meinungen doch relativ weit auseinandergehen in diesem Thema, aber immerhin in einem Punkt sind wir uns einig, nämlich die Zahl der Velofahrenden, die nimmt in Basel weiterhin zu, und zwar alleine im Jahr 2022 um rund 10 Prozentpunkte. Ich denke, das sind sehr eindrückliche Zahlen. Auch im Vergleich mit anderen grösseren Städten, in der Deutschschweiz schneiden wir sehr gut ab.

Das ist aber kein Grund, sich irgendwie auszuruhen. Wir sind auf gutem Weg und das ist sicher auch dem zu verdanken, dass wir in den vergangenen Jahren im Bereich der Infrastruktur vorwärtsgemacht haben. Sie können sich vielleicht, man nimmt die Dinge dann so schnell wieder als selbstverständlich, aber Sie kennen sicher die Velostrassen, die wir eingeführt haben, die bekannteste ist sicher die entlang des Rheinufer auf Kleinbasler Seite, aber wir haben auch wirklich gefährliche Situationen entlang der Tramgleise entschärft, ich denke da an die Thiersteinallee, und in zahlreichen Strassen neu Velostreifen markiert. Möglicherweise ist Ihnen auch aufgefallen, dass es immer mehr Kreuzungen gibt mit sogenannten Aufstellbereichen. Das ist gerade, wenn man links abbiegen möchte, angenehm, weil man sich vor die wartenden Autos begeben kann und dort auch gesehen wird. Umgangssprachlich werden die Velosack genannt. Und entlang der Kapphaltestellen arbeiten wir mit Velo-Inseln oder Velo-Lichtinseln.

Wie gesagt, wir sind stetig daran, wir dürfen uns aber nicht ausruhen, wir möchten das Velofahren weiter fördern, so übrigens auch, wie das unser Umweltschutzgesetz vorgibt. Und mit dem vorliegenden Gegenvorschlag zur Initiative gibt sich eben die Chance, den Anteil des Velos am Gesamtverkehrsaufkommen weiter zu steigern und, das ist auch ein wichtiger Punkt, das Velofahren in Basel sicher zu machen. Die Veränderungen an der Infrastruktur sind auch deshalb nötig, weil eben mehr Menschen mit dem Velo unterwegs sind und das bedeutet auch, dass wir natürlich mehr Fläche brauchen.

Was möchten wir tun? Wir werden das Veloroutennetz überarbeiten und wir möchten eine klarere Struktur reinbringen. Es soll die genannten Velovorzugsrouten geben, sozusagen die Hauptachsen des Velofahrens, die komfortabel sind, die auch sicher befahrbar sind, man sagt so umgangssprachlich für 8 bis 88-jährige und das soll eben zeigen, dass es einfach intuitiv, dass die gut lesbar sind, dass es einfach ist, auf denen zu fahren und eben auch besonders sicher. Es ist uns auch sehr bewusst, dass wir das nicht im Alleingang tun sollten, sondern in Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften rund um Basel-Stadt herum, also natürlich mit den Nachbarkantonen, aber auch mit Deutschland und Frankreich und da sind wir schon dran. Denn gerade bei den täglich Pendelnden liegt grosses Potenzial auch wegen dem Boom der E-Bikes. Als



weitere Kategorien soll es sogenannte Haupt- und Nebenverbindungen geben. Diese Struktur folgt auch der Empfehlung des Bundes.

Und hier komme ich jetzt auch zur vorliegenden Initiative. In der Stossrichtung sind wir mit den Initiantinnen und Initianten einverstanden. Die Initiative schiesst jedoch übers Ziel hinaus, insbesondere weil sie viel zu detaillierte Angaben ins Gesetz schreiben möchte. Das nimmt uns die nötige Flexibilität auch für die Zukunft, denn die Ansprüche an die Veloinfrastruktur, die ändert sich ja stetig. So wie wir heute im Gegensatz noch vor zehn Jahren die E-Bikes mitplanen müssen, so wird sich das Velofahren weiterentwickeln und wir müssen darauf reagieren können und eine Festschreibung von Massnahmen im Gesetz ist einfach viel zu starr. Das Gesetz ändert man nicht in wenigen Monaten, sondern eher in Jahren, wie wir jetzt hier an diesem konkreten Beispiel auch sehen.

Bezüglich Finanzierung möchten wir an einem bewährten Instrument festhalten, nämlich der Rahmenausgabebewilligung, und beantragen somit eine neue Rahmenausgabebewilligung zur Umsetzung der jetzt eben anstehenden Massnahmen. Auch bezüglich Fristen hält der Regierungsrat es nicht für realistisch, innert zehn Jahren alle Velorouten auf allen Stufen fertig zu gestalten, also sowohl die Velovorzugsrouten wie auch die Pendler- und Basisrouten. Wir werden später als nächstes Traktandum auch den Ausgabenbericht zur Koordination der Baustellentätigkeit im Rahmen der Fernwärme behandeln und auch hier möchten wir diese Arbeiten koordinieren und wo immer die Baustellen nutzen, die ohnehin anstehen, um dieses Netz umzusetzen. Und zahlreiche der heute problematischen Stellen lassen sich eben nur mit baulichen Massnahmen auch verbessern.

Der Gegenvorschlag der Regierung nimmt diese genannten Punkte auf. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die konkrete Forderung nach mindestens 40 Kilometern Velovorzugsrouten im Gesetz zu verankern und die bestehende Rahmenausgabebewilligung um 20,5 Millionen zu erhöhen, damit wir diese Arbeiten in den kommenden Jahren vorantreiben können. Dies umfasst sowohl die personellen Ressourcen, die wir brauchen, wie auch finanzielle Mittel zur Umsetzung. Mit diesen beiden Anträgen sind wir überzeugt, dass wir zentrale Forderungen der Initiative in eine zielführende Form giessen können.

Ich möchte der UVEK ganz herzlich für die ausführliche Behandlung des Gegenvorschlags und der Initiative danken. Es war eine sehr intensive Beschäftigung und eine gute kritische Auseinandersetzung. Es gibt, sie Sie jetzt wissen nach langer Diskussion, einen Mehr- und Minderheitsbericht der UVEK. Ich darf Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass die Regierung am ursprünglichen Gegenvorschlag festhält. Das halten wir für einen pragmatischen und effizienten, aber auch guten Weg, um das Velofahren im Kanton weiter zu fördern. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Sprecherin für die Fraktionen ist Raffaella Hanauer für das GAB.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich freue mich sehr, dass wir heute über eine wichtige Initiative und einen guten Gegenvorschlag hier im Grossen Rat beraten können, denn im Kanton Basel-Stadt müssen wir dringend mehr fürs Velo tun. Es war demnach auch im Sinne der GAB-Fraktion, dass die Initiative für sichere Velorouten lanciert wurde.

Ziel der Initiative ist es, dass mehr Menschen dank sicheren Velorouten Velo fahren können. Wir haben heute schon einen hohen Anteil an Veloverkehr, das haben wir bereits mehrfach schon gehört, jedoch getrauen sich längst nicht alle Menschen aufs Velo und es gibt weiterhin Todesfälle. Ob wir nun schon genügend sichere Infrastruktur haben oder nicht, für die, die sich diese Frage nach wie vor stellen und um dem Minderheitsvotum auch etwas entgegenzuhalten, können Sie gerne auf Ihrem Nachhauseweg oder in der Mittagspause, wer auf dem Velo ist, selbst den Laura-Test durchführen. Der Laura-Test ist ein Test, wo man fährt und sich überlegt, könnte hier die 11-jährigen Laura selbstständig über diese Kreuzung fahren, würde sich die 11-jährige Laura hier sicher fühlen. Und wenn Sie diese Frage mit nein beantworten, und ich denke, das ist nach wie vor in Basel-Stadt oft auf unseren Strassen der Fall, dann ist klar, gibt es Handlungsbedarf und wir brauchen mehr und bessere Infrastruktur, damit alle von 8 bis 80 Velo fahren können.

Das Anliegen der Initiative ist daher primär auch die Sicherheit der Velofahrenden und dieses Anliegen ist wichtig und ernst zu nehmen. Die GAB-Fraktion freut es demnach auch, dass die Regierung sich deshalb auch die Mühe gemacht hat, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und dass die UVEK-Mehrheit diesen noch mit wichtigen Aspekten ergänzte und nun ein austarierter Vorschlag vorliegt, welcher meine Fraktion unterstützen wird. Demnach wird die GAB Fraktion auch den Abänderungsantrag der Regierung ablehnen, denn in unseren Augen ist der Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit sehr austariert und schlägt gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe.

Wir schaffen durch diesen Gegenvorschlag für alle Menschen sichere Velorouten und damit auch die individuelle Freiheit, mit dem Velo unterwegs sein zu können. Wir legen den Fokus damit auf den Netz-Gedanken, was sehr wichtig ist, denn von der Haustüre kann es eine Weile dauern, bis man irgendwo dann eine Velovorzugsroute auffindet. Deshalb, der Weg auf die Velovorzugsrouten muss auch mitgedacht werden, es braucht ein Netz an Veloverbindungen und nicht nur einzelne Routen, damit alle unterwegs sein können.



Wir bringen mit dem Gegenvorschlag die nötigen Finanzmittel auf den Weg, um das nationale Veloweggesetz auch innert der Frist umsetzen zu können. Wir leisten auch einen wichtigen Beitrag an die Klimaziele, denn das Velo ist eine Klimaschutzmaschine und ohne Veloverkehr werden wir unsere Klimaziele bestimmt nicht erreichen. Der Gegenvorschlag bringt auch für Menschen zu Fuss Verbesserungen. Die Arbeitsgruppe aktive Mobilität wird auch den Fussverkehr miteinbeziehen und auch rechtlich soll der Fussverkehr als besonders gefährdete Verkehrsteilnehmenden bessergestellt werden.

Der Gegenvorschlag verzichtet auf die von der Initiative geforderten diversen Mindestmassnahmen, damit eine schlanke Umsetzung möglich ist, er schlägt gleichzeitig auch ein realistischeres Zieljahr vor. Anders als der Regierungsrat 2035 möchte der Gegenvorschlag 2037 Velovorzugsrouten bauen und spätestens 2042 dann auch die Haupt- und Nebenverbindungen umgesetzt haben. Diese sind enorm wichtig und wir von der GAB-Fraktion hoffen, dass das nicht erst spätestens 2042 ist, sondern im Optimalfall auch schon 2037 der Fall sein wird.

Kurzum, wird der Gegenvorschlag angemessen umgesetzt, werden die Kinder, die heute geboren werden, als Jugendliche sicher mit dem Velo zu ihren Ausbildungsstätten fahren können. Trotz Überzeugung, dass der Gegenvorschlag gut ist, wird die GAB-Fraktion aber auch die Initiative zur Annahme empfehlen, da sie ein sehr wichtiger Anstoss ist und es ein wichtiges Signal wäre an die Politik, wenn auch sie in der Abstimmung angenommen werden würde. In der Stichfrage werden wir jedoch den Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit bevorzugen, sofern er dann in der Beratung auch angenommen wird, was wir hoffen, da er schneller umsetzbar ist, schlank und austariert daherkommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir merken uns die Herren Bollack, Messerli, Perret, Braun und Leonhardt als Fraktionssprechende für den Nachmittag und Herrn Seiler als ersten Einzelsprecher.

Schluss der 47. Sitzung

11:58 Uhr



Protokoll

der 48. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Jo Vergeat (GAB), Leoni Bolz (SP), Daniela Stumpf (SVP), Edibe Gölgeli (SP), Fleur Weibel (GAB), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit..... 2
- 21.1. Interpellation Nr. 153 Adrian Iselin betreffend Zukunft der Studios SRF im Meret Oppenheim-Haus in Basel..... 13
- 21.2. Interpellation Nr. 154 Silvia Schweizer betreffend Schutz vor K.O.-Tropfen: Dringende Massnahmen für sichere (Gross)anlässe in Basel..... 14
- 21.3. Interpellation Nr. 155 Jennifer Schmid betreffend immer mehr Drohnen fliegen über Basel..... 15
- 21.4. Interpellation Nr. 156 Lisa Mathys betreffend Kulturwandel und Vorbildsfunktion der neuen Polizeileitung..... 16
- 21.5. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr! 18
11. Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK.... 18
- 11.1. Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK..... 22
12. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK..... 23
13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK 23



Beginn der 48. Sitzung

Mittwoch, 15. Januar 2025, 15:00 Uhr

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[15.01.25 15:00:11, 22.0979.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir sind stehen geblieben in Traktandum 10. Kantonale Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» und da sind wir in der Eintretensdebatte bei den Fraktionsvoten. Der nächste auf der Liste steht bereit, es ist Lukas Bollack für die GLP.

Lukas Bollack (GLP): Die Initiative für sichere Velorouten bringt aus Sicht der Grünliberalen wichtige Forderungen auf den Tisch. Die Veloinfrastruktur soll sicherer und komfortabler sein und ein zusammenhängendes Netz bilden, das die Quartiere und das Stadtzentrum miteinander verbindet. Kreuzungssituationen sollen entflochten und sicher gemacht werden und das Ganze soll natürlich auch finanziert sein. Diese Anliegen teilen wir Grünliberalen mit dem Initiativkomitee.

Bis 2037 soll unser Kanton CO₂-neutral werden. Dazu soll das Volumen des MIV um ein Drittel reduziert werden. Bis 2050 muss der gesamte Verkehr in Basel emissionsarm, klima- und ressourcenschonend abgewickelt werden. Das geht nicht ohne Förderung der aktiven Mobilität, also Fuss- und Veloverkehr. Wir bringen nicht mehr Leute aufs Velo, wenn wir unsere Infrastruktur nicht zusammenhängend, durchgehend attraktiv und sicher gestalten, denn viele Leute steigen heute nicht aufs Velo, weil sie sich auf der angebotenen Infrastruktur nicht sicher genug fühlen oder mit gewissen Kreuzungssituationen überfordert sind. Es geht also nicht nur darum, dass die Infrastruktur den Anforderungen der heute schon Velofahrenden genügt und die heute stattfindenden Unfälle reduziert, sondern explizit auch darum, die Anforderung derer, die sich heute noch nicht aufs Velo trauen, zu erfüllen. Unser Grundsatz muss deshalb das Prinzip 8 bis 80 sein. Die Veloinfrastruktur soll also sicher und komfortabel genug sein, damit auch ein 8-jähriges Kind oder eine 80-jährige Seniorin sie komfortabel nutzen können.

Bei der konkreten Initiative können wir Grünliberalen aber nicht mitgehen. Die Initiative schreibt aus unserer Sicht viel zu detaillierte Vorgaben zur Gestaltung der Veloinfrastruktur auf Gesetzes- respektive Verordnungsstufe fest. Das ist nicht stufengerecht und erlaubt es nicht mehr, bei konkreten Projekten, wo oftmals nicht genug Platz vorhanden ist, um alle Anforderungen zu 100 Prozent zu erfüllen, die nötige Güterabwägung vorzunehmen. Zudem ist die Initiative unformuliert, der Grosse Rat müsste also erst eine Vorlage ausarbeiten und bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Bestimmung würde es mindestens zwei Jahre dauern. Wir Grünliberalen freuen uns deshalb, dass die Regierung einen Gegenvorschlag formuliert hat, der bei Annahme zeitnah umgesetzt werden könnte. Die schlanke Umsetzung mit einer Ergänzung im Umweltschutzgesetz sowie der Auslagerung der Qualitätsanforderungen in eine behördenverbindliche Planungshilfe finden wir sinnvoll.

Wir finden es aber auch wichtig und richtig, dass die UVEK-Mehrheit den Gegenvorschlag der Regierung im Umweltschutzgesetz um einige zentrale Anliegen der Initiative ergänzt hat. Namentlich die Berücksichtigung der besonderen Schutzwürdigkeit des Aktivverkehrs, die Ergänzung der Velovorzugsrouten mit den beiden untergeordneten Netzebenen Haupt- und Nebenverbindungen, die Festschreibung der Qualitätsmerkmale durchgehend, sicher, direkt und attraktiv für das Velowegnetz sowie das Ergreifen von Sofortmassnahmen, zur zeitnahen Behebung von Gefahrenstellen. Zudem sollen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um neben den Velovorzugsrouten auch die Haupt- und Nebenverbindungen zügig umzusetzen. Die Ergänzungen der UVEK-Mehrheit wurden bewusst so gehalten, dass gleichzeitig die Anliegen der Initiative in einer machbaren und pragmatischen Form aufgenommen, der Regierung aber auch keine unlösbaren Aufgaben aufgebürdet und die Vorgaben des Veloweggesetzes des Bundes zeitnah umgesetzt werden können.

Wir Grünliberalen werden deshalb für die Verabschiedung des vorliegenden Beschlusses ohne weitere Änderungen stimmen und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.



Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt sowohl die Initiative wie auch sämtliche existierende Gegenvorschlagsvarianten entschieden ab. Wir beraten heute nach den beiden Stadtklimainitiativen schon die dritte autofeindliche Initiative innerhalb von eineinhalb Jahren und wir beraten leider auch schon den dritten autofeindlichen Gegenvorschlag, der ursprünglich im Bau- und Verkehrsdepartement kreiert wurde unter der Leitung einer stramm linken Regierungsrätin. Die UVEK hat den Gegenvorschlag dann noch stärker konkretisiert, dass er aus Sicht der SVP erst recht zur Ablehnung empfohlen werden muss.

Aus Sicht der SVP ist es klar, dass dieser Gegenvorschlag, in welcher Form auch immer, inhaltlich relativ nahe an der Initiative ist und dass man hier dem Initiativkomitee diesen Gegenvorschlag auf dem Silbertablett serviert. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag beabsichtigen unter dem Deckmantel für sichere Velorouten, dass weitere tausende von Parkplätzen abgeschafft werden. Und was mich in dieser Debatte und auch die SVP-Fraktion immer am meisten stört, ist diese Intransparenz sowohl von der Regierung, aber auch von den politischen Mehrheiten.

Geschätzte Kommissionsmehrheit, geschätzte Fraktionssprecher von GAB, GLP und SP, geschätzte Regierungsrätin Keller, wenn Sie solche Vorlagen kreieren oder unterstützen, dann sagen Sie doch einfach auch mal den Menschen konkret, und zwar von Anfang an konkret, was Sie genau wollen und nicht erst im Rekursverfahren. Sagen Sie doch den Menschen konkret, in der Bäumlhofstrasse, in der Wanderstrasse, in der Hardstrasse, im Hegenheimerquartier, dass Sie die Parkplätze vor ihrem Haus weghaben wollen. Sagen Sie das denen konkret und nicht erst im Rekursverfahren. Sagen Sie dem Kleingewerbler XY, dass er seine Kunden nicht mehr anliefern und bedienen darf und auch nicht mehr empfangen darf und er halt Umsatzeinbussen erleiden und erdulden muss. Sagen Sie das denen und nicht erst im Rekursverfahren, wo Sie dann sowieso alles schriftlich und völlig unbegründet dann wieder ablehnen. Das ist nicht der ehrliche und demokratische Weg. Am Anfang sagen Sie dann immer, ja, wir wollen hier etwas ganz Grundsätzliches und am Schluss hat dann die Bevölkerung die Suppe auszulöffeln.

Die SVP-Fraktion stellt sich schon seit Jahren auf den Standpunkt, dass es in der Verkehrspolitik ein Miteinander braucht und dieses Miteinander wird mit dieser Initiative ein weiteres Mal von linker Seite in Frage gestellt. Es ist klar, dass es verschiedene Mobilitätsformen gibt, die berücksichtigt werden müssen, und mit dieser Initiative und mit dem Gegenvorschlag zieht sowohl das Gewerbe, der öffentliche Verkehr, der Fussverkehr als auch der Individualverkehr massiv den kürzeren. Basel ist engräumig und der Boden ist knapp und da versteht es sich ja von selbst, dass wenn man bei einem derartigen Rundumpaket für Velofahrer dann anderen etwas wegnehmen muss, beispielsweise Flächen für den öffentlichen Verkehr oder für den Fussverkehr. Diese Einseitigkeit ist nicht zielführend und schiesst massiv über das Ziel hinaus.

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte ausführen zum Bundesrecht. Es wird jetzt immer so getan, als ob diese Initiative und der Gegenvorschlag benötigt wird, damit wir überhaupt als Kanton bundesrechtskompatibel sind. Sie können das von der Regierungsseite und von der Mehrheitsseite der UVEK auch noch 100-mal behaupten, es wird nicht wahrer. Es gibt keine Bundeskompetenz, welche den Kantonen vorschreibt, dass man eine autofeindliche Politik betreiben muss. Diese Bundeskompetenz existiert nicht, Sie können es noch 100-mal behaupten. Was stimmt, ist, dass es ein neues Veloweggesetz gibt, ja, dieses lässt den Kantonen aber einen sehr breiten Handlungsspielraum zu, insbesondere in einzelnen Situationen oder in einzelnen Strassenzügen, dort hat der Kanton Autonomie und kann selbstverständlich sämtliche Zielgruppen auch berücksichtigen. Und so soll es ja auch sein. Wenn es einen Strassenabschnitt gibt, wo es Sinn macht, Velowege qualitativ aufzuwerten oder gefährliche Situation zu entschärfen, da ist auch die SVP selbstverständlich dafür. Aber sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag wollen ja gerade einen Absolutismus schaffen und er soll einseitig lediglich die Ansprüche der Velofahrer berücksichtigen.

Frau Regierungsrätin Keller, wenn Sie jetzt heute etwas harmlos die Initiative kritisiert haben und gesagt haben, das geht viel zu weit, weil man dann situativ im Einzelfall nicht mehr schauen kann. Sie machen ja mit Ihrem Gegenvorschlag genau das gleiche, wenn Sie diese Zahl 40 ins Gesetz schreiben wollen und dann anschliessend sämtliche Rekurse noch unbegründeter und einfach abwimmeln zu können. Das ist genau die gleiche Form, einfach etwas in einer anderen schlankeren Version, zugegeben, aber der Gegenvorschlag sowohl vom Regierungsrat wie auch von der UVEK-Mehrheit ist sehr nahe an der Initiative, er wird in Zukunft dafür sorgen, dass einseitig nur der Velofahrer berücksichtigt wird und dass situative Möglichkeiten gar nicht mehr abgewogen werden können.

Das ist das Problem an dieser Initiative und deshalb lehnen wir diesen Absolutismus ab und empfehlen, sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret für die SP.

Jean-Luc Perret (SP): Viele Menschen in Basel wünschen sich eine sichere und gut ausgebaute Veloinfrastruktur und oft fühlen sie sich auf dem Velo unsicher und das bestimmt auch mit gutem Grund, denn ein Blick auf die Statistik zeigt, dass das Risiko, als Velofahrerin oder als Fussgänger in einen Unfall verwickelt zu werden, deutlich höher ist als für Menschen im



Auto oder im Tram. Und auch wenn wir hier in Basel ja grundsätzlich sicher unterwegs sind, bleibt diese Sorge berechtigt. Die Initiative war deshalb bestimmt kein Zufall, sondern vielleicht sogar notwendig. Gleichzeitig wächst auch der Veloverkehr in Basel seit Jahren stetig und das ist auch eine Chance und ich persönlich sehe unsere Stadt in Zukunft nicht mehr als Autostadt, sondern als Stadt der aktiven Mobilität und viele kurze Autofahrten sind schlicht unnötig. Dieses Potenzial sollten wir Nutzen für das Klima, für die Lebensqualität und natürlich auch für unser Netto-Null-Ziel.

Der Gegenvorschlag, den uns der Regierungsrat vorgelegt hat, nahm diese Herausforderungen auf, blieb jedoch aus unserer, und damit meine ich die UVEK-Mehrheit, zu der ich gehöre, aus unserer Sicht zu eng gefasst. Er konzentrierte sich ausschliesslich auf die neuen Velovorzugsrouten. Diese sind zweifellos wichtig, insbesondere für den Pendelverkehr und für längere Strecken, doch sie allein reichen nicht aus, um das Sicherheitsempfinden und die Attraktivität des Veloverkehrs nachhaltig zu verbessern. Ein Netz, das funktioniert, muss ganzheitlich gedacht werden, nicht nur mit Velovorzugsrouten, sondern auch mit sicheren Haupt- und Nebenverbindungen. Die UVEK-Mehrheit will daher das gesamte Netz gesetzlich verankern, um ein durchgängiges und sicheres Angebot für alle Velofahrerinnen und Velofahrer zu schaffen.

Ein wichtiger Unterschied betrifft auch die Prioritäten in der Umsetzung. Während der Regierungsrat die Velovorzugsrouten klar priorisierte, möchte die UVEK-Mehrheit parallel dazu auch Lücken im Haupt- und Nebenroutennetz schliessen. Nur so können Velofahrende ihre Wege sicher und direkt planen, von ihrem Startpunkt bis zum Ziel. Für diesen Ausbau fordern wir zusätzliche Ressourcen, um sicherzustellen, dass bis zur Umsetzung nicht entscheidende Jahre verloren gehen. Das nationale Veloweggesetz gibt uns bis 2042 Zeit. Basel kann und sollte schneller sein.

Ein weiterer Punkt ist die Qualität der Veloinfrastruktur. Die Initiative setzt grosse Hoffnungen auf Standards, die garantieren, dass Velowege ausreichend breit und Kreuzungen sicher sind. Die UVEK-Mehrheit sieht dies genauso und möchte, dass diese Standards gesetzlich verankert werden. Die letztes Jahr veröffentlichte praktische Hilfe des Bundes kann und soll dafür eine wichtige Grundlage bilden. Kinder, ältere Menschen und Velopendler sollten sich gleichermassen sicher fühlen, auf jeder Strecke und zu jeder Zeit.

Auch Sofortmassnahmen sind ein zentraler Bestandteil unseres Vorschlags. Der Regierungsrat zieht in seinem Gegenvorschlag zwar die Bildung einer Umsetzungsgruppe vor, doch wir wollen betriebliche und bauliche Verbesserungen verbindlich im Gesetz verankern, wie zum Beispiel bessere Signalisation oder kleinere Anpassungen an gefährlichen Stellen. Solche Massnahmen sind schnell umsetzbar und haben ein hervorragendes Kosten-Nutzenverhältnis. Sie sorgen für spürbare Sicherheit, auch bevor die grossen Projekte realisiert sind.

Die UVEK-Mehrheit ist überzeugt, dass wir mit diesem Gegenvorschlag die Anliegen der Initiative aufgreifen und in eine umsetzbare Form bringen. Gleichzeitig verhindern wir Verzögerungen, wie sie bei einer Annahme der Initiative entstehen würden, da dann erst ein Gesetzestext erarbeitet werden müsste. In der Abstimmung wird die SP-Fraktion aber nicht nur den Gegenvorschlag unterstützen, sondern auch die Initiative zur Annahme empfehlen. Dies ist so zu verstehen, dass wir dann am Ende doch lieber die Initiative hätten als gar nichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Beat Braun.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich rede hier für die LDP und die FDP. Sie haben den Minderheitenbericht schon ausführlich von Daniel Hettich gehört und Daniel Hettich ist ein ganz bekannter Elektrovelofahrer, ein überzeugter Velofahrer. Ich fahre auch immer Velo, ich finde die Vorzugsroute super, ich finde, die Sicherheit müssen wir erhöhen und trotzdem, ich muss meine Interessensbindung da noch kundtun, ich bin in der Politischen Begleitgruppe Velo vom Grossen Rat, trotzdem bin ich da in der Minderheit. Und das hat einfach den Grund, weil in der Initiative und im Gegenvorschlag steht einfach Velo, Velo, Velo, es geht um das Velo, aber so macht man keine Verkehrsplanung. In der ganzen Stadt gibt es auch noch den MIV und den ÖV und die Behinderten und Blaulicht und das muss man anschauen, was das für Auswirkungen hat. Diese Auswirkungen kommen 0,5 Prozent vielleicht im Bericht vor und das ist viel zu wenig. Man weiss nicht, was das alles für andere Auswirkungen hat.

Das ist wirklich eine ideologische Velo-Initiative, die schön in der Theorie ist, aber in der Praxis brauchen wir da mehr Realitätssinn und auch Pragmatismus. Und auch in der Initiative, ich meine, mit diesen Normen, die da gesetzt werden, das kann man vielleicht in Kopenhagen oder Paris umsetzen, wo die Strassen breit sind. Es ist auch interessant, wenn man auf Google Maps geht und diese Velo-Städte anschaut, das wird dort super umgesetzt, aber in Basel mit den engen Plätzen, die wir haben, und engen Strassen funktioniert das nicht. Das gibt wirklich extreme Auswirkungen auf die anderen Verkehrsteilnehmenden.

Darum sind wir überzeugt, dass wir eine umfassende Verkehrsplanung brauchen und lehnen die einseitige Initiative und auch den Gegenvorschlag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte-EVP.



Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Es ist schwierig, nach meinem geliebten Kommissionsmitglied Beat Braun zu sprechen. Wir waren sehr lange immer einig, aber bei diesem sind wir nicht einig, das ist meine persönliche Meinung, aber ich halte hier auch ein Votum als Mitte-EVP-Fraktion. Wie Sie wissen, in diesen Velo-Themen sind wir traditionell nicht gleicher Meinung und darum haben wir auch ein Offen. Sie kennen vielleicht noch Markus Lehmann und Helen Schai, das sind so die Exponenten auf jeder Velo-Seite, dafür und mehr das Auto, so ist es auch in unserer Fraktion. Von dem her sind wir offen und wir stimmen frei ab.

Ich selber bin aber in der UVEK-Mehrheit und ich habe mich schwer getan mit dieser Vorlage. Weil, wie vielfach gesagt wurde, die Initiative ist sehr velofokussiert, auch unglaublich detailliert und diese Forderungen, die in dieser Initiative sind, sind einfach zu einschränkend. Der Regierungsrat hat dann einen Gegenvorschlag gemacht und entgegen Beat Braun, ja, es war eine Initiative hier und nicht ein Gesamtpaket für den Verkehr, also der Gegenvorschlag hat nur die Initiative zum Thema und ich denke, der Regierungsrat hat doch eine gute Arbeit geleistet, weil das Velo ein sehr populäres Fortbewegungsmittel ist. Ich glaube, die Zahlen in der Stadt Basel und Region vor allem sind enorm gewachsen und für diese enorme Mehrbelastung, und das ist ja wirklich erfreulich, das ist wirklich sehr gut für die Umwelt, für viele Sachen, dass wir einfach hier eine ausgebaute Infrastruktur haben. Das machen wir auch beim ÖV, bei der S-Bahn, wir machen das auch bei der Autobahn, leider nicht beim Rheintunnel, da ist die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung nicht dafür, die Autobahn auszubauen, aber ich glaube, in Basel ist eine deutliche Mehrheit für den Velo-Ausbau. Also wenn diese Abstimmung Initiative kommen würde, dann würde die höchstwahrscheinlich eine Mehrheit finden. Aber sie ist eben zu extrem und darum habe ich an diesem Gegenvorschlag mitgearbeitet.

Und für einmal, und da habe ich mich auch eingesetzt, geht der Gegenvorschlag von der UVEK-Mehrheit nur in zwei Punkten weiter als die Regierung. Eines ist die behördenverbindliche Verordnung, dass die öffentlich ist, und das andere ist etwas die Zeit und die Priorisierung. Ich denke, mit diesen zwei Erweiterungen kann auch wahrscheinlich die Regierung leben. Die Regierungsrätin hat relativ kurz festgehalten, dass die Regierung bei ihrem Gegenvorschlag bleiben möchte, aber sie hat das nicht vehement verteidigt. Also ich nehme an, die Regierung ist hier auch mit dem Gegenvorschlag nachher einverstanden.

Es ist uns aber auch klar von der EVP-Mitte-Fraktion, es kostet Parkplätze. Es ist auch im Bericht eine Zahl genannt worden und das sind 1'000 von 25'000 Parkplätzen auf öffentlichem Grund und das ist doch relativ viel. In zehn Jahren sind das 1'000 Parkplätze und da haben wir ein Problem. Wir haben wirklich ein Problem, weil da sind wir nicht der gleichen Meinung wie Jean-Luc Perret, dass das Auto keinen Platz mehr hat in Basel. Das Auto ist auch ein wichtiger Bestandteil von einer guten Mobilitätslösung und wir können nicht einfach nur den Autos immer den Platz wegnehmen. Wir von der Mitte-EVP-Fraktion sind vehement dafür, dass wir parallel Quartierparkings bauen, irgendwo vielleicht unter einem Infrastrukturbau, den die Regierung machen muss. Es kann ein Schulhaus sein und unten dran macht man nicht eine Turnhalle, haben wir, glaube ich, genug, sondern wir könnten mal einen Parkplatz machen mit einer Einfahrt auf der Rückseite. Irgendwie kreativ sein, aber es ist wichtig, dass wir auch weiterhin Möglichkeiten haben, das Auto in der Stadt zu parkieren. Also hier kommt ein Vorstoss von unserer Fraktion.

Ich möchte nicht länger bleiben, wir haben ein Offen, aber ich persönlich hoffe, dass der Gegenvorschlag der UVEK eine Mehrheit findet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird mit Vergnügen angenommen.

Joël Thüring (SVP): Herr Leonardt, als Vertreter einer aus meiner Sicht, zumindest habe ich das vermutet, immer noch gewerbefreundlichen Partei möchte ich Sie schon fragen, was sagen Sie denn den Gewerbetreibenden, die jetzt aufgrund Ihrer Stimme mit der Kommissionsmehrheit ihren Parkplatz verlieren werden, welcher notwendig ist, um das Gewerbe aufrechtzuerhalten, was sagen Sie denen?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nein, ich glaube, das Gewerbe muss Platz haben, um ihre Arbeit zu machen und das braucht oft noch ein grosses Fahrzeug. Also Parkplätze für das Gewerbe prioritär behandeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben alle Fraktionen direkt oder indirekt gesprochen und wir hatten heute Morgen noch Herrn Seiler als Einzelsprecher auf der Liste. Er darf sprechen.



Daniel Seiler (FDP): Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll hier bei diesem Thema. Ich muss natürlich einmal mehr dem Kollegen Messerli ein Kränzchen winden und selbstverständlich auch meinem Kollegen Beat Braun. Sie haben eigentlich alles gesagt. Ich habe mich mit diesem Thema der Velovorzugsrouten in den letzten Wochen, nicht über Weihnachten, aber in den letzten Wochen auch ein bisschen intensiv ausserhalb der UVEK beschäftigt und ich habe festgestellt, es herrscht sehr viel Uneinigkeit, was eine Velovorzugsroute sein soll. Ich glaube, das Einzige, was man sich so primär einig ist bei der Mehrheit und bei der Regierung, ist, dass die Autos da weg sollen.

Wir reden von 50 Kilometer Velovorzugsrouten. Ich habe mir erlaubt, mal zu googeln, wieso kommen wir überhaupt auf 50 Kilometer. Ich glaube, das liegt daran oder ich bin ziemlich sicher, weil in Zürich gab es die gleiche Initiative, da hatte man 50 Kilometer. Jetzt wenn man bei Google mal nachschaut, wie viele Strassenkilometer, also die Länge der Strassen in Zürich sind, dann sind das etwa 750 Kilometer. In Basel-Stadt sind es etwa weniger als die Hälfte, etwa 300 Kilometer. In Luzern, das steht auch im Bericht, hatte man die gleiche Initiative auch gemacht, da hat man 20 Kilometer gefordert bei 240 Kilometer. Wir können alle da den Dreisatz machen und ich mache jetzt nicht den Dreisatz, was es heisst, der Unterschied zwischen 40 Kilometer und 50 Kilometern, aber wir sehen, alleine die Menge an Forderungen in Kilometern, von denen wir hier sprechen, die ist eigentlich immens. Wir reden etwa von 17 Prozent von allen Strassen in dieser Stadt. Nur leider, wenn ich anschau, was das für Strassen sind, Kollege Messerli hat es gesagt, wir wissen es nicht. Irgendwo steht der Untere Rheinweg, irgendwo steht die Wettsteinallee, dann steht die Wettsteinbrücke, wo man vielleicht den Fussgängerweg ein bisschen schmaler machen kann und dafür die Velospur ein bisschen breiter. Das sind alles solche Informationen, die man so liest, wenn man diese Unterlagen durchblättert, aber um was es wirklich geht, das steht wirklich nirgends.

Ich habe wieder den Eindruck, dass wir beim gleichen Punkt sind wie bei der Klimagerechtigkeitsinitiative, das Stimmvolk wird am Schluss wieder die Katze im Sack kaufen. Niemand wird wissen, was genau passiert. Man hat jetzt Zeit seit 2022, wo die Initiative eingereicht wurde, bis heute und wir haben nicht einmal ein kleines Netzchen hier auf dem Beamer, über was wir eigentlich diskutieren. Und über das wollen Sie jetzt hier entscheiden im Saal? Ich meine, Sie haben die Meinungen gemacht, ich sage nur, wir machen es wieder gleich wie in der Vergangenheit. Wir wissen nicht, über was wir entscheiden, wir entscheiden primär, die Autos sind böse. Wie wollen Sie zum Beispiel auf einem Knotenpunkt das Vorrecht von Velos auf den Velovorzugsrouten sicherstellen? Wollen Sie die Autos anhalten mit Lichtsignalen im Feierabendverkehr von 5 Uhr bis 7 oder 8 Uhr und wenn dann alle Velopendler zu Hause sind, machen Sie die Lichtsignale wieder auf Grün? Das steht da drin, wenn man das anschaut, ich weiss nicht genau, wie Sie das Ganze umsetzen wollen und auch in der Realität in der heutigen Zeit mit all unseren Baustellen, auch das steht im Bericht, die Regierungsrätin geht davon aus, dass es zusätzlich sehr viele Baustellen braucht.

Auch steht im Bericht, dass die Regierung sagt, Basel-Stadt hat gar kein Sicherheitsproblem verglichen mit anderen Städten. Da steht drin, im Gegensatz zu anderen Schweizer Städten verzeichnet der Kanton Basel-Stadt trotz zunehmendem Veloverkehr weniger polizeilich rapportierte Unfälle mit Velobeteiligung. Sie reden von Sicherheit, die Regierung sagt, wir haben kein Sicherheitsproblem. Seit ich hier im Saal bin, ich darf hierhin kommen, das freut mich, ich darf auch sprechen, das ist auch sehr schön, in jeder zweiten Sitzung werden Velomassnahmen verlangt. In jeder zweiten Sitzung werden Velomassnahmen durchgewunken. Im Amtsblatt jede Woche Velomassnahmen gegen Autos. Wir können jedes Jahr zwei Bände von Büchern füllen für Velomassnahmen gegen die Autos und Sie sagen, das reicht nicht. Ich finde, es reicht, wir brauchen das nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Seiler, Sie dürfen sogar Zwischenfragen annehmen oder ablehnen. Sie werden angenommen.

Lisa Mathys (SP): Herr Seiler, Sie sagen, dass es irgendwie diese Notwendigkeit nicht gibt und dass es immer nur gegen das Auto geht. Wir haben einen gültigen Teilrichtplan Velo, wo ein Velowegnetz drin ist, das noch nicht umgesetzt ist und wir haben ein Umweltschutzgesetz. Bestreiten Sie, dass man diese Sachen umsetzen sollte?

Daniel Seiler (FDP): Dann setzen Sie doch bitte das um, was vorhanden ist und kreieren nicht irgendetwas künstliches Neues.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Frage wurden zurückgezogen. Damit sind wir mit den Wortmeldungen durch und kommen nochmals zu Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte, es war auch zu erwarten, die lebhafte Debatte. Es ist wie so häufig und wie es wahrscheinlich auch richtig ist, den einen geht der Gegenvorschlag deutlich zu wenig weit, es ist zu langsam, zu wenig konsequent und die andere Seite sagt, das geht viel zu schnell und wir investieren da zu viel rein und



setzen die Ziele zu hoch. Der Regierungsrat sieht das relativ nüchtern. Wir verfügen schon heute über die nötigen rechtlichen Grundlagen, die uns den Weg auch vorgeben. Neben dem genannten Bundesgesetz über die Velowege gibt es das kantonale Gesetz, das uns eben vorgibt, flächeneffiziente und umweltschonende Verkehrsmittel zu bevorzugen. Und das ist ja das Gute auch an diesem Gesetz, es ist relativ neutral gegenüber, ob jetzt das kleine Auto oder grosse Velo oder Fussgänger sind, es geht darum, dass flächeneffizient unterwegs sein eben besser gewichtet sein soll als weniger flächeneffiziente Arten und Weisen. Und das ist, Herr Messerli, umso wichtiger, weil wir in einer dichten Stadt wohnen. Wenn wir Fläche hätten nach Belieben, wäre das gar nicht so ein grosses Problem. Wir haben auch die Netto-Null-Ziele, und, und, und, also die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gegeben.

Wir sind auf diesem Weg schon gut unterwegs, ja, das ist so, wir haben einen hohen Anteil an Menschen, die mit dem Velo unterwegs sind. Wir möchten aber auf diesem Weg auch weitergehen, eben weil die Zahl der Menschen zunimmt, die auch so unterwegs sind und die haben Ansprüche. Und diesen Weg möchten wir weitergehen mit dieser erneuerten Rahmenausgabebewilligung und auch mit dieser Zielvorgabe der Velovorzugsrouten im Netz.

Wo ich ihn recht gebe, ich glaube, es war im Votum auch von Herrn Braun, es braucht an jedem Ort, bei jedem Projekt eine Güterabwägung. Es ist eben nicht sinnvoll, und deshalb darf ich Sie nochmal in aller Deutlichkeit bitten, die Initiative abzulehnen, es ist nicht sinnvoll, solche Masse ins Gesetz zu schreiben. Und zwar nicht nur in der Abwägung gegenüber dem Autoverkehr, was man gerne mal vergisst, es geht auch um Abwägungen gegenüber Entsieglung. Immer wieder haben wir die Herausforderung, dass wir gerne noch Bäume pflanzen möchten, aber irgendwann ist dann die Strasse zu breit, wenn man überall die Mindestmasse vorsieht. Also ich glaube, es geht wirklich um die Güterabwägung vor Ort und deshalb bitten wir Sie sehr, die Initiative abzulehnen. Wir haben diese Standards, wir möchten die und werden die anwenden, aber es braucht eine Beurteilung, eine sorgfältige vor Ort.

In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, den Mittelweg der Regierung, den Gegenvorschlag zu unterstützen und auch wenn ich keine Viertelstunde zu dem referiert habe, Herr Leonhardt, ich meine das sehr ernst und ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit hat Daniel Hettich das Wort.

Daniel Hettich (LDP): Ich glaube, jetzt wurde heftig debattiert, vielen Dank. Wenn Sie etwas für alle machen wollen, für das Gewerbe, dann stimmen Sie doch einfach mit der Minderheit und dann kommt das gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die UVEK-Mehrheit hat Raphael Fuhrer das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte gleich mit der Frage beginnen, haben wir ein Sicherheitsproblem, ja oder nein. Was vielleicht ganz interessant ist, ist zu wissen, dass 90 Prozent aller Unfälle mit Velo-Beteiligung polizeilich nicht registriert werden. Das steht im Sinus-Report, das ist eine Veröffentlichung des Büros für Unfallverhütung, eine unabhängige Stiftung, in der Fachleute arbeiten, worauf sich ganz viele Behörden in unserem Land beziehen. Die Zahl von einer schwerverletzten Person pro Woche bei uns im Kanton, meistens sind es Velofahrer*innen, die da hinter dieser Zahl stehen, finden wir von der UVEK-Mehrheit, das ist eine Zahl, die zu hoch ist und wenn man da etwas machen kann, und wir sind überzeugt, wir können das mit der geeigneten Infrastruktur und den vorgeschlagenen Massnahmen, dann sollen wir das auch tun.

Der zweite Punkt, der angesprochen wurde, die Blaulichtorganisationen, die werden angeblich behindert, wenn man das Velo fördert. Es gibt ja Städte, in denen tatsächlich das Velo bereits heute sehr stark gefördert wird und auch dort kommen die Blaulichtorganisationen an ihr Ziel. Innerhalb von einer nützlichen Frist eine Rettungsgasse zu bilden, ist, wenn Velos auf der Strasse sind, viel einfacher zu bewerkstelligen, als wenn einer Autokolonne dort steht.

Dann habe ich herausgehört, dass uns vorgeworfen wird von der UVEK-Minderheit, dass das Velo mit der Annahme unseres Gegenvorschlages zu viel Raum einnehmen würde in Zukunft. Ich meine, Luftbilder kennen wir heute alle, Google Maps, usw. Wenn wir in irgendein Quartier in unserem Kanton reinzoomen und uns mal anschauen, wie die Flächen sind, wie viel Fläche nimmt ein Velostreifen ein im Gegensatz zu einem Autostreifen, wie viele Parkplätze sind für das Auto da gegenüber dem Velo, dann ist da für uns alle augenfällig, dass der Platz heute genau umgekehrt verteilt ist. Und was wir jetzt mit dem Gegenvorschlag versuchen, ist ein wenig dort zu korrigieren, weil eben der Veloverkehr in den letzten Jahren massiv zugenommen hat und ein schlummerndes Potenzial da ist, dass noch viele mehr Leute umsteigen können.

Und ja, es ist natürlich eine gewisse Verschiebung der Gewichtung hin zum Velo in Sachen Sicherheit und auch in der Strassenraumgestaltung. Aber wenn wir uns anschauen, was das Bundesgesetz verlangt, und das ist der nächste Punkt, der uns ja vorgeworfen wird, man müsse gar nicht so viel machen als Kanton, also wenn wir schauen, was die planungsrechtlichen Grundlagen vom Bund her vorschreiben, dann ist es ein durchgehendes, sicheres, direktes und



attraktives Velonetz. Durchgehend; zum Beispiel, der City-Ring von der Johanniterbrücke bis zum Bahnhof, ist das eine durchgehende Veloinfrastruktur? Auf keinen Fall. Sicher, eine schwerverletzte Person pro Woche, die meisten davon Velofahrende, also ist es auch nicht sicher. Direkt; uns fehlen Querungen wie zum Beispiel über Gleise, über den Rhein, usw., auch dort sind wir nicht, wo wir sein müssen. Und attraktiv; alle, die mit dem Velo regelmässig zum Beispiel über den Aeschenplatz fahren, wissen, attraktive Orte in unserem Kanton gibt es, aber es gibt auch viele, die nicht so sind. Also wir sind nicht dort, wo das Bundesgesetz uns als Kanton bis 2024 haben möchte und wenn wir heute nicht starten, werden wir das auch nicht bis dann schaffen und als Stadtkanton müssen wir den Anspruch haben, das auch bis 2037 zu schaffen.

Darum möchte ich nochmals dafür werben, dass wir heute mit dem Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit dieses Problem angehen und auf eine saubere Lösung abstützen, wie wir das im Gesetz relativ knapp festhalten können und direkt ab Beschluss dann auch bald mit den Arbeiten beginnen können, damit eben möglichst bald mehr Leute Velo fahren in unserem Kanton. Was dann auch wieder für die Autofahrerinnen und Autofahrer den Vorteil hat, dass weniger Autos unterwegs sind, dass der eine oder andere Parkplatz dann auch frei bleibt, wo dann auch das Gewerbe Güterumschlag, Anlieferung, usw. machen kann. Von mir aus, dass man diese Parkplätze danach gelb markiert, damit das Gewerbe dort auch Vorrang hat. Also von einem gewerbefeindlichen, autofeindlichen oder auch irgendwie übertriebenen und extremen Vorschlag kann nicht die Rede sein. Wir nehmen die Anliegen der Initiative auf und setzen sie auf eine massvolle Art um und setzen sie so um, dass wir dem Bundesgesetz gerecht werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zu Detailberatung und wir tun das anhand des Berichts der Mehrheit der UVEK.

Da gibt es verschiedene Anträge. Das sind Anträge des Regierungsrates, der etwas streichen möchte oder etwas anders haben möchte. Wenn Sie der UVEK-Mehrheit nicht folgen möchten, dann müssen Sie diesen Anträgen zustimmen. Das als Vorbemerkung.

Detailberatung (Seite 16 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gegenvorschlag, Text der Initiative

1. Änderung des Umweltschutzgesetzes

§ 13 Abs. 2 lit. e (geändert)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Litera e zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Zuerst hat Frau Keller das Wort, falls sie es wünscht. Sie verzichtet. Herr Fuhrer verzichtet nicht.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich würde gerne präzisieren, das auf der Folie, das stimmt nicht ganz. Der Regierungsrat möchte nur den Teil streichen ab: der erhöhten Schutzbedürftigkeit der besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmenden, usw. Der erste Satz ist heute schon im Umweltschutzgesetz drin, einfach zur Klärung.

Trotzdem möchte ich noch kurz begründen, warum die UVEK-Mehrheit an diesem zweiten Satz festhalten möchte. Es ist aus unserer Sicht eindeutig so, dass eben gerade Velofahrende, aber auch Fussgänger*innen nicht in der gleichen Situation sind wie jemand, der im Auto ist mit 1,7 Tonnen Stahl um sich oder in einem Bus, im besten Fall ein Velohelm und das sollte auch im Gesetz abgebildet sein, das hier ein Gefälle besteht und dass man der besonderen Schutzbedürftigkeit dieser Verkehrsteilnehmer*innen auch das nötige Gewicht beimisst. Das war ja eines der Kernpunkte in der Initiative, die Sicherheit als Argument, warum Leute sich für oder gegen das Velo im Alltag entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit verzichtet Daniel Hettich auf das Wort. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es ist richtig, was Herr Fuhrer gesagt hat. Es gibt einen Satz, den die UVEK-Mehrheit hinzufügen möchte, den der Regierungsrat nicht hinzufügen möchte. Die Folie war falsch. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung



37 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005474, 15.01.25 15:40:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 5 lit. e (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt eine eigene Formulierung für Litera e. Der Antrag liegt Ihnen vor. Zuerst hat die Antragstellerin Frau Keller das Wort, sie verzichtet. Herr Fuhrer wünscht es.

Raphael Fuhrer (GAB): Ganz kurz, der Gedanke der UVEK-Mehrheit ist, dass ein Velonetz nur als Ganzes funktioniert. Velovorzugsrouten sind gut und recht, unterstützen wir, aber die Haupt- und Nebenrouten sind genauso wichtig, denn jede Velofahrt startet bei mir zu Hause, endet beim Coop, bei der Schule, wo auch immer, da muss das ganze Netz von Anfang an angegangen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher der Minderheit verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005476, 15.01.25 15:41:40]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zum nächsten Antrag.

Abs. 5 lit. f (neu)

Hier ist es so, dass die UVEK-Mehrheit etwas einfügen möchte, das im Umweltschutzgesetz noch nichts steht. Der Regierungsrat möchte es nicht einfügen. Zuerst hat die Antragstellerin Esther Keller das Wort, sie verzichtet. Herr Fuhrer verzichtet ebenfalls und Herr Hettich auch. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung



38 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005478, 15.01.25 15:42:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Abs. 5 bis (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 5 bis zu streichen. Im Umweltschutzgesetz steht dieser Absatz bis heute nicht. Es gibt einen Antrag der UVEK, etwas einzufügen und der Regierungsrat möchte das streichen.

Wir eröffnen die Debatte. Auch hier wird verzichtet, ausser von Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Auch kurz. Da geht es um die Standards und das ist wirklich der Kern der Sache, was am Ende darüber entscheidet, wie velotauglich die Infrastruktur ist. Da ist es aus Sicht der UVEK-Mehrheit wichtig, dass diese behördenverbindlich sind und somit auch Anwendung finden bei der Planung und bei der Umsetzung in den nächsten Jahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005480, 15.01.25 15:44:20]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 57 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2. Ausgabenbewilligung

- Erhöhung Rahmenausgabenbewilligung
- Erhöhung ZBE Langsamverkehr

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, bei Alinea 1 eine Rahmenausgabenbewilligung von 20,5 Millionen Franken und bei Alinea 2 einen Betrag von 180'000 Franken.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Frau Keller verzichtet und hält am Antrag fest. Herr Fuhrer und Herr Hettich verzichten ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005482, 15.01.25 15:45:44]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Die Kommissionsmehrheit beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Kommissionsminderheit beantragt, keinen Gegenvorschlag. Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie den Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung annehmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst mit Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 24 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005484, 15.01.25 15:46:54]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS) vom 13. März 1991 wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 2, Abs. 5, Abs. 5 bis (neu)

2 Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen sorgen dafür, dass

e) **(geändert)** alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer vor Gefährdungen und vermeidbaren Behinderungen geschützt werden. Der erhöhten Schutzbedürftigkeit der besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ist dabei Rechnung zu tragen.

5 Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen ergreifen insbesondere folgende Massnahmen, um die Zielsetzungen gemäss Abs. 2 bis 4 zu erfüllen:

d) **(geändert)** Fördermassnahmen zugunsten von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln;

e) **(neu)** ein durchgehendes, sicheres, attraktives und angemessen dichtes Velowegnetz, wovon bis spätestens 10 Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmung mindestens 40 km Velovorzugsrouten umgesetzt sind; parallel werden Haupt- und Nebenverbindungen bis spätestens 2042 ausgebildet; der Kanton veröffentlicht bis zur Fertigstellung des Netzes alle drei Jahre einen Bericht;

f) **(neu)** verkehrstechnische Sofortmassnahmen zur zeitnahen Behebung von Gefahrenstellen im Fuss- und Veloverkehr.

5 bis Das zuständige Departement legt Standards für die Planung, Projektierung und Umsetzung von kantonalen Fuss- und Veloverkehrsprojekten fest. Diese sind für die Behörden verbindlich.

2. Ausgabengenehmigung



Der Grosse Rat genehmigt zur Umsetzung des Gegenvorschlags Ausgaben in Höhe von insgesamt Fr. 23'940'000. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 23'740'000 als Erhöhung der zweiten Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr (RAB LV II) von Fr. 10'000'000 auf insgesamt Fr. 33'740'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur». Davon entfallen Fr. 16'000'000 auf die Projektierung und Umsetzung von Veloverkehrsmassnahmen und Fr. 7'740'000 auf Personalkosten beim Bau- und Verkehrsdepartement und beim Justiz- und Sicherheitsdepartement. 4'500'000 der internen Mittel für Personalressourcen sind auf 10 Jahre und 3'240'000 bis im Jahr 2042 befristet.
- Fr. 200'000 Franken ab 2025 als jährliche Erhöhung des ZBE Langsamverkehr bis im Jahr 2042.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus. Bei Annahme des Gegenvorschlages bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Gesetzesänderung.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, sind die Änderung des Umweltschutzgesetzes und der Ausgabenbeschluss (Gegenvorschlag) nochmals zu publizieren. Beides unterliegt dann dem fakultativen Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft der Änderung des Umweltschutzgesetzes bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Gegenvorschlag hat eine Mehrheit gefunden mit 72 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen.

Wir fahren fort.

II. Weitere Behandlung

Die Kommissionsmehrheit wie auch die -minderheit beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Vom GAB und der SP wurden andere Anträge gestellt, und zwar die auf Annahme der Initiative.

Wir eröffnen auch hier nochmals die Debatte. Die Antragstellenden verzichten. Herr Fuhrer, Herr Hettich und Frau Keller verzichten ebenso. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005486, 15.01.25 15:48:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Verwerfung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Initiative wird zur Verwerfung empfohlen mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen.



III. Publikation

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft ist erledigt. Bei einer Empfehlung auf Verwerfung gibt es keine Empfehlung zur Stichfrage.

21.1. Interpellation Nr. 153 Adrian Iselin betreffend Zukunft der Studios SRF im Meret Oppenheim-Haus in Basel

[15.01.25 15:48:41, 24.5547.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung der verschiedenen Einheiten von SRF am Basler Standort für den Kanton und für die Region. Ein starker SRF-Standort in Basel mit nationaler Strahlkraft ist für die Wahrnehmung der Region in der Schweiz von grundlegender Bedeutung und das SRF leistet einen wichtigen Beitrag für die mediale Berichterstattung in der Region.

Der Regierungsrat setzt sich deshalb stark für SRG und SRF ein. So lehnte er Anfang letzten Jahres in der Vernehmlassung zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung die vom Bundesrat vorgeschlagene und nun beschlossene Senkung der Haushaltsabgabe entschieden ab. Mit diesem Vorgehen wird der Service Public für alle Sprachregionen gefährdet und die Präsenz und die Verankerung der SRG in den Regionen geschwächt. Der Regierungsrat wies darauf hin, dass dem SRF-Standort Basel negative Folgen drohen würden, sowohl bei der regionalen Berichterstattung als auch bei den Arbeitsplätzen in den übrigen Bereichen von SRF. Auch in der Vernehmlassung vom letzten Oktober zur Änderung der Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien setzte der Regierungsrat sich für SRG und SRF und für ihre Standorte in der Region ein. Des Weiteren hatte sich der Regierungsrat im Dezember 2017 dezidiert gegen die No Billag-Initiative ausgesprochen.

Zur Frage 2. Das zuständige Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt nahm wegen der durch die SRG kommunizierten Sparmassnahmen und der Kommunikation des Transformationsprojektes «Enavant SRG SSR» Kontakt mit der SRF-Leitung auf. Beim Gespräch Mitte November 2024 liess sich der Departementsvorsteher von der Leitung der SRF über diese Massnahmen und deren möglichen Auswirkungen auf den SRF-Standort Basel informieren. Dabei betonte er, dass der Standort für den regionalen Service Public-News-Bereich für die mediale Ausstrahlung der Region Basel in die Schweiz sowie als inhaltliches Kompetenzzentrum für Kulturwissenschaft und Religion von grosser Bedeutung ist und auch in Zukunft sein muss. Ebenso hat der Regierungspräsident beim Austausch mit Spitzenvertretungen von SRG und SRF am 18. November 2024 im Rahmen einer Ausschusssitzung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz gegenüber der SRG-Delegation die Wichtigkeit des Standortes Basel betont. Der Regierungspräsident hat die SRG-Vertretung bei dieser Gelegenheit an den bei der Antwort auf Frage 1 erwähnten Einsatz des Kantons Basel-Stadt für eine starke SRG erinnert.

Zur Frage 3. Wir verweisen auf die obigen Ausführungen. Zusätzlich wirkt die Vertretung des Kantons im Vorstand der SRG Region Basel, der regionalen Trägerschaft aktiv mit und setzt sich in diesem Gremium für einen starken SRF-Standort Basel ein. Der Vorstand der SRG Region Basel steht ein für einen starken, überregionalen SRF-Standort in Basel, der einen wesentlichen Beitrag zum SRF-Programm leistet.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat ist nach Rücksprache mit den weiteren Nordwestschweizer Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura bereit, erneut bei der SRG und bei SRF vorstellig zu werden. Ein erstes Treffen von Ausschussmitgliedern in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz mit hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern von SRG und SRF hat wie erwähnt am 18. November 2024 stattgefunden. Auch dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Nordwestschweizer Kantone das Anliegen eines starken Service Public in der Nordwestschweiz vorgebracht. Ein Folgegespräch ist noch nicht vereinbart, da die genauen Folgen von «Enavant SRG SSR» für die Region Basel gemäss SRG und SRF noch nicht feststehen.

Zur Frage 5. Die Zahlungen des Kantons für die Durchführung des Eurovision Song Contests (ESC) in Basel stehen in keinem direkten Zusammenhang mit dem zum SRG-Standort in Basel. Basel hat sich unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen bei der SRG für die Durchführung des ESC in Basel beworben. Die Zusammenarbeit zwischen den Projektteams des Kantons und der SRG verläuft partnerschaftlich und konstruktiv. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die SRG das substanzielle Engagement des Kantons für die Durchführung des ESC in Basel wie auch der Einsatz des Kantons für eine



starke SRG insgesamt anerkennt und richtig einzuordnen weiss. Der Regierungspräsident hatte dies der SRG-Delegation anlässlich des bereits erwähnten Treffens mitgeteilt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Regierungsrat Sutter, zuerst einmal vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich glaube, es ist für uns alle klar, dass ein starker SRF-Standort hier in Basel wichtig ist, einerseits für den Journalismus, aber andererseits auch aufgrund von den Arbeitsplätzen, die es da hat. Insbesondere, wenn man das Meret Oppenheim-Haus einmal besucht, sieht man, wie viele Leute dort wirklich arbeiten und das ist recht beeindruckend und es freut mich, dass der Regierungsrat das auch so sieht.

Dann finde ich es auch sehr gut, dass der Regierungsrat bereits in Kontakt steht mit der SRF-Leitung und vor allem auch, dass es Rücksprachen gegeben hat mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen. Ich glaube, es ist jetzt besonders wichtig, dass man dann die Folgegespräche, die da noch nicht aufgesetzt sind, dass man das angeht und dass man wirklich gemeinsam mit der Region sich stark macht für den SRF-Standort. In diesem Sinne vertraue ich der Regierung, dass Sie das gut machen werden und hoffe, dass wir hier alle diesen Standort behalten können.

In dem Sinn bin ich zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

21.2. Interpellation Nr. 154 Silvia Schweizer betreffend Schutz vor K.O.-Tropfen: Dringende Massnahmen für sichere (Gross)anlässe in Basel

[15.01.25 15:55:04, 25.5004.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen: K.O.-Tropfen stellen eine ernst zu nehmende Gefahr dar, da sie sedierend wirken und Opfer vorübergehend handlungsunfähig machen können. Vorfälle wie zuletzt im Hirscheneck verdeutlichen die Bedeutung von Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Die zuständigen Behörden im Kanton Basel-Stadt sind diesbezüglich geschult und sensibilisiert. Die Polizei rät dazu, Getränke in Lokalen nicht unbeaufsichtigt zu lassen, um das Risiko einer Kontamination zu minimieren. Damit sich bei einem Verdacht, es seien K.O.-Tropfen verabreicht worden, der Sachverhalt erhärten und damit die Grundlage für ein Strafverfahren legen lässt, bedarf es einer raschen Beweissicherung. Allen Betroffenen wird empfohlen, bei Verdacht möglichst umgehend ein Spital aufzusuchen, denn ein erfolgreicher Nachweis von K.O.-Tropfen steht und fällt mit einer möglichst raschen Asservierung von Blut und Urin. Bei erbrachtem Nachweis rät der Regierungsrat, unbedingt Anzeige zu erstatten.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Die Abgabe der K.O.-Armbänder erfolgte in vergangenen Jahren schwerpunktmässig im Sommer an stark frequentierten Orten im Rahmen von Kampagnen wie Relax. Derzeit werden keine Armbänder mehr verteilt, da die Kantonspolizei auf der Suche nach einem zuverlässigen und nutzerfreundlichen Produkt ist.

Zu Frage 3. Der Regierungsrat nimmt die Besorgnis der Bevölkerung ernst. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die bisherigen Erfahrungen mit K.O.-Armbändern gezeigt haben, dass deren Schutzwirkung begrenzt ist. Verschiedene Substanzen können potenziell als K.O.-Tropfen genutzt werden, davon werden aber nicht alle von den Armbänder-Schnelltests erkannt. Ihr Einsatz kann aber sinnvoll sein, wenn er in einem Massnahmenpaket von Prävention und Unterstützung eingebettet wird.

Zu Frage 4. Die Abgabe von Armbändern bietet aus Sicht des Regierungsrats aus vorgenannten Gründen nur begrenzt Schutz. Falls jedoch ein verlässliches und benutzerfreundliches Produkt gefunden worden ist, ist in Ergänzung zu Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen die Gratisabgabe an Abgabestellen denkbar.



Zu Frage 5. Für den ESC in Basel wurde bereits ein integriertes Schutz- und Massnahmenpaket zur Prävention und Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt und Feindlichkeit entwickelt. Es beinhaltet unter anderem Schulungs- und Sensibilisierungsmassnahmen, sogenannte Safe Spaces auf dem Festivalgelände, und zusätzlich Beratungs- und Begleitungsdienstleistungen für Opfer sexualisierte Gewalt. Ein Gesuch um finanzielle Unterstützung wurde beim Bund eingereicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Silvia Schweizer (FDP): K.O.-Tropfen sind ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem, auch bei uns. Das hat die Berichterstattung der verschiedenen Medien in den letzten Tagen eindrücklich gezeigt. Viele Opfer von Vorfällen mit K.O.-Tropfen zögern, Anzeige zu erstatten. Oft aus Angst vor Stigmatisierung, Scham oder dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Dies führt zu einer grossen Dunkelziffer.

Um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken und die Dunkelziffer zu reduzieren, müssen entsprechend verschiedene Massnahmen ergriffen werden. Dazu gehört mittelfristig der Aufbau eines Netzwerkes zwischen Polizei, Veranstaltern, Gesundheitsdiensten, sozialen und Opferschutzeinrichtungen, aber auch den Fokus auf die Täterschaft zu legen, wie das auch der Regierungsrat in seiner Beantwortung bemerkt hat. Die Wahrung der Sicherheit an Grossveranstaltungen wie der ESC, der Frauen EM oder anderen erfordert hingegen auch kurzfristige, proaktive Massnahmen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Durch Aufklärung, präventive Massnahmen, wie zum Beispiel die K.O.-Armbänder, und einer engen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden kann das Risiko von Vorfällen mit K.O.-Tropfen erheblich reduziert werden. Davon bin ich überzeugt.

Mir ist sehr wohl bewusst, wie das der Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt hat, dass die K.O.-Tropfen umstritten sind. Deshalb braucht es eine begleitende Aufklärung über die Limitationen der Armbänder. Es soll ein zusätzliches Hilfsmittel zur Prävention sein. Unser aller Ziel ist ein sicheres Umfeld, in dem alle Teilnehmer unbeschwert feiern können, denn ein einziger Vorfall genügt, um aus einem positiven Bild einer Stadt ein negatives Bild zu transportieren. Entsprechend danke ich der Regierung, dass sie proaktiv ein Schutz- und Massnahmenpaket plant. Ich hoffe trotzdem, dass auch die Armbänder mit entsprechender Aufklärung zum Einsatz kommen.

Ich bin mit der Interpellationsbeantwortung zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.3. Interpellation Nr. 155 Jennifer Schmid betreffend immer mehr Drohnen fliegen über Basel

[15.01.25 16:01:30, 25.5005.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Bei Drohnenflügen wird zwischen zwei Kategorien unterschieden, der offenen und der speziellen. Diese unterscheiden sich hauptsächlich durch das Risikoprofil und der damit verbundenen Anforderungen. Die meisten Drohnen können in der offenen Kategorie geflogen werden. Dabei gilt eine maximale Flughöhe von 120 Metern über Grund. Zudem muss die Drohne stets im direkten Sichtkontakt betrieben werden. Um höher fliegen zu können, ist eine Bewilligung des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) notwendig.

Zu Frage 2. In Basel sowie der gesamten Schweiz gelten für Drohnen bestimmte Flugeinschränkungen. Diese umfassen die Umgebung rund um Flughäfen und Flugplätze, Vollzugseinrichtungen, bestimmte Naturschutzgebiete, der Umkreis von Kernkraftwerken, militärische Gebieten, gewisse Infrastruktur der Energie- und Gasversorgung sowie weitere kantonale Gebietseinschränkungen. Eine genaue Übersicht findet sich auf der interaktiven Drohnenkarte des BAZL.



Zu Frage 3: Der Regierungsrat verweist hierzu auf die Webseite des BAZL. Diese bietet eine umfassende Informationsquelle zum Thema Drohnen, insbesondere für Einsteigerinnen und Einsteiger sowie für Touristinnen und Touristen.

Zu den Fragen 4 und 5. Betreiberinnen und Betreiber von Drohnen, die mit einer Kamera oder einem Sensor ausgestattet ist, mit denen personenbezogene Daten erfasst werden können, müssen sich auf dem Schweizer Online-Drohnenportal (dLIS) registrieren und die Drohne mit der UAS-Betreibernummer kennzeichnen. Die Registrierung ist kostenlos. Wie viele Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten im Kanton Basel-Stadt registriert sind, ist dem Regierungsrat nicht bekannt, da die Registrierung durch das BAZL erfolgt.

Zu Frage 6. Die Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten sind Luftraumnutzende und sind verpflichtet, sicherheitsrelevante Zwischenfälle oder Unfälle zeitnah zu melden. Sofern kein grobfahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten vorliegt, sind keine strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten. Der Fokus liegt auf der Untersuchung der Unfälle und den entsprechenden Erkenntnissen. Im Kanton Basel-Stadt sind bisher keine Drohnenunfälle bekannt.

Zu Frage 7. Für die Beurteilung der Bedrohungslage stützt sich der Regierungsrat auf die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, welche die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Lagebeurteilung laufend anpassen. Das Risiko eines Luftangriffs wird derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlichen gelagerten Grossveranstaltungen eingeschätzt. Ein Drohnenflugverbot ist in Prüfung.

Zu Frage 8. Drohnen werden nicht abgeschossen. Die Drohnenabwehr erfolgt durch den Einsatz technischer Mittel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Jennifer Schmid (Fraktionslos): Es ist meine einzige Rede als Grossrätin, aber ich rede jetzt zu meiner Interpellation. Es geht um Drohnen. Es gibt immer mehr Drohnen über Basel und die Drohnen können auch Ihr Grundstück überfliegen. Es kann auch zu Unfällen mit Drohnen kommen. Vieles ist nicht klar geregelt. Ich sehe immer mehr Drohnenfotos von Basel in Social Media, daher habe ich diese Interpellation gestellt.

Ich wünsche Ihnen allen noch nachträglich einen guten Start in das neue Jahr und ich freue mich, dass Sie mich alle im Parlament so nett aufgenommen haben und ich hoffe natürlich, dass ich bei der nächsten Grossratswahl 2028 gewählt werde und zu Ihnen zurückkehren werde. Denn die Volksaktion machte im Jahr 2012 schon einmal zwei Sitze. Ich danke meinem Chef, Grossrat und Parteipräsident Eric Weber, der gerade als Wahlbeobachter in Belarus weilt. Und ich bin einverstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.4. Interpellation Nr. 156 Lisa Mathys betreffend Kulturwandel und Vorbildsfunktion der neuen Polizeileitung

[15.01.25 16:06:36, 25.5006.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen. Die Kantonspolizei hat sich schon lange das Ziel gesetzt, eine bevölkerungsnahe Polizei zu sein. Dazu gehört die Diversität im Korps auf allen Stufen zu erhöhen, um den Querschnitt der Bevölkerung besser abzubilden. So ist die Kantonspolizei Basel-Stadt seit den 90er-Jahren eines der wenigen Korps, das Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C aufnimmt. Am 3. Juli 2018 hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement kommuniziert, dass die damals vier vakanten Stellen in der Polizeileitung mit je zwei Männern und erstmals zwei Frauen neu besetzt werden. Um die Diversität zu erhöhen, braucht es aber neben den Anstrengungen der Arbeitgeberin auch die entsprechenden Bewerbungen und Zugänge.



Zu den einzelnen Fragen, Frage 1. Die Polizeileitung bestand bis im Juni 2024 aus den Polizeikommandanten und sechs Hauptabteilungsleitenden, davon zwei Frauen. Aktuell sind unter den 23 Abteilungsleitenden zwei Frauen, unter den 84 Ressortleitenden 12 Frauen.

Zu Frage 2. Der Beirat besteht aus vier Männern. In der Arbeitsgruppe von Mitarbeitenden, welche die Grundlage für weitere Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeitet und der rund ein Dutzend Personen angehört, ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.

Zu Frage 3. Auf der obersten Führungsstufe der Kantonspolizei gestaltet sich Teilzeitarbeit, etwa mit Blick auf Anforderungen an die ständige Verfügbarkeit und den hohen Koordinationsbedarf, erfahrungsgemäss schwierig. Dennoch werden geeignete Kandidatinnen und Kandidaten nicht vom Bewerbungsprozess ausgeschlossen, wenn sie nicht in einem 100-Prozent-Pensum arbeiten möchten.

Zu Frage 4. Selbstverständlich wird von allen Führungspersonen erwartet, dass sie in den Bereichen Gleichstellung, Diversität und Prävention von sexueller Belästigung oder Mobbing sensibilisiert sind. Das ist ein Anspruch, den die Kantonspolizei als Arbeitgeberin an alle sich bewerbenden Personen hat. Entsprechende Nachweise erhöhen die Chancen im Bewerbungsverfahren weit vorzustossen, solange alle anderen erforderlichen Kompetenzen ebenfalls nachgewiesen werden können.

Zu Frage 5. Die Durchsetzung von Anstand und Respekt gegenüber Mitarbeitenden sowie Kolleginnen und Kollegen ist eine Führungsverantwortung, die in der Vergangenheit gemäss den Schilderungen im Bericht Schefer nicht konsequent wahrgenommen wurde. Diese Fähigkeiten werden bei allen Rekrutierungen, egal ob interne oder externe, überprüft. Der Kommandant hat die bis im Sommer praktizierte automatische Beförderung von Mitarbeitenden ab einem gewissen Dienstalter gestoppt. Eine Beförderung muss an Leistungskriterien, Einstellung und Verhalten gebunden sein.

Zu Frage 6. Der Bericht Schefer hat in diversen Punkten Fragen aufgeworfen und Empfehlungen ausgesprochen, darunter zu diskriminierendem Verhalten. Eine externe Anlaufstelle steht wie angekündigt seit dem Sommer allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei für anonyme Meldungen über diskriminierendes Verhalten und Mobbing zur Verfügung. Eine erste Zwischenstandmeldung zum Jahresende hat ergeben, dass in dieser Zeit drei Personen die Anlaufstelle kontaktiert haben, alle wegen Meldungen von mutmasslichem Mobbing. Nulltoleranz gegenüber Diskriminierungen ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nach der aber im Bewerbungsverfahren gezielt gefragt wird. Der Kommandant fordert von allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei, die Kolleginnen und Kollegen zu respektieren und mit Anstand zu behandeln. Das wird auch von den Bewerberinnen und Bewerbern auf die ausgeschriebenen Hauptabteilungsleitungen verlangt, ohne dass diese Selbstverständlichkeit explizit erwähnt wird.

Zu Frage 7a. Die Leitung der Kantonspolizei gewichtet den Diskriminierungsschutz hoch. Bevor eine Strategie entworfen werden kann, muss aber zuerst die Führungsverantwortung wahrgenommen werden. Der Fokus liegt auf der Förderung einer Arbeitskultur, die von Respekt und Chancengleichheit geprägt ist.

Zu Frage 7b. Die Thematik wird organisatorisch in den Führungsstrukturen verankert, indem klare Verantwortlichkeiten definiert und Kontrollmechanismen eingeführt werden. Das interne Knowhow soll durch verpflichtende Weiterbildungen und den Einbezug von externen Expertinnen und Experten kontinuierlich erweitert werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Regierungsrätin Eymann, ich bedanke mich herzlich für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation. Ich möchte es gleich vorneweg sagen, wir finden es sehr gut, sehr begrüssenswert und sehr wichtig, dass dieser Nulltoleranzgrundsatz von Ihnen so stark geäussert wurde und dass die externe Anlaufstelle geschaffen wurde. Ich möchte das vorneweg gleich sagen, dass wir das sehr gut und sehr wichtig finden. Jetzt versuche ich ein bisschen chronologisch gemäss Ihren Antworten vorzugehen, beim Erklären, wo dass ich vielleicht noch nicht ganz zufrieden bin mit dem, was aktuell läuft.

Gleich in der einleitenden Bemerkung sagen Sie schon, dass neben den Anstrengungen der Arbeitgeberin auch die entsprechenden Bewerbungen nötig sind, um eine ausgeglichene Geschlechterverteilung zu erzielen in einem Korps. Und hier möchte ich gleich schon ein bisschen Vorgreifen auf Frage und Antwort 3. Wenn man nur 100 Prozent ausschreibt, eine Stelle, dann schreckt das ab und man schliesst wie ein ganzes bewerbendes Feld aus, das sich nicht auf eine Stelle bewerben wird, die nur 100 Prozent ausgeschrieben ist. Ich denke, da setzt man zu falsche Hürden, falsche Signale und da könnte man das wirklich noch besser gestalten, wenn man wirklich mehr Frauen auch einbeziehen will.

Bei der Frage 1 haben Sie ausgeführt, dass die Hauptabteilungen zu einem Drittel von Frauen geführt wurden, als sie noch besetzt waren. Das finde ich einen guten Wert, das ist ein erstrebenswerter Wert und gleichzeitig sehen wir dann auch, dass wir bei den Abteilungsleitenden nicht einmal 10 Prozent Frauen haben und das kann ja selbstredend nicht zufriedenstellend



sein. Und da würde ich mir wünschen, dass Sie sich, Frau Eymann, eben auch wirklich noch Ziele setzen, welchen Frauenanteil Sie anstreben wollen. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet, was sind die Ziele, die man sich selber setzt.

Bei der zweiten Frage oder der zweiten Antwort sieht man dann gleich ein bisschen klischeemässig, exemplarisch, was halt wie oft schief läuft in unserer aktuellen Gesellschaft, der Beirat, der besteht aus vier Männern und die Arbeitsgruppe, dort haben wir dann ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Und ich denke, das ist eben schon ein bisschen symptomatisch dafür, wie es oft läuft, wo dass die Frauen eben fehlen und wir hoffen, dass wir da mit unserer Polizei künftig eine bessere Vorbildrolle einnehmen können.

Bei der Frage 3 ist neben der 100-Prozent-Ausschreibung noch etwas angesprochen worden, dass es schwierig sei, eben unter 100 Prozent zu arbeiten in einem Job, wo die ständige Verfügbarkeit und der hohe Koordinationsbedarf nötig sind. Das ist in allen Kaderfunktionen ein bisschen so und ich finde, gerade in einem Betrieb wie der Polizei, wo wir einen 24/7-Betrieb haben, auch wenn man 100 Prozent arbeitet, ist man nicht an allen Tagen, an denen der Betrieb läuft, anwesend, weil ja eben 24/7, und gerade dort finde ich es eigentlich umso einfacher einzusehen, dass man auch mit 80 Prozent eine verantwortungsvolle Position besetzen kann, weil ob man vier oder fünf Tage von sieben da ist, das wird nicht so stark gespürt wie ein 5-Tage-Betrieb, wo es abgesehen davon auch möglich ist.

Bei der Frage 4 haben Sie gesagt, dass gewisse Sensibilisierungen nachgefragt werden bei Bewerbenden, dass man erwartet, dass die Leute sensibilisiert sind. Da würde ich mir wünschen, dass man nicht nur Sensibilisierungen erwartet, sondern auch wirklich Kompetenzen.

Dann bei Frage 5 möchte ich noch einmal etwas sehr Gutes hervorheben, dass die automatischen Beförderungen gestoppt wurden. Das ist natürlich sehr begrüssenswert, das ist sehr wichtig, dass das nicht mehr so läuft.

Bei der Nulltoleranz gegenüber Diskriminierungen, die Sie als Selbstverständlichkeit bezeichnen und die man deshalb auch nicht erwähnt in der Ausschreibung. Wir hatten alle gedacht, das sei eine Selbstverständlichkeit, dann kam der Bericht Schefer, der wirklich systemische Veränderungen aufgezeigt hat, die dringend notwendig sind. Kulturwandel braucht systemische Veränderungen und entsprechend sollte man das halt vielleicht wirklich nicht mehr mit Selbstverständlichkeit voraussetzen, sondern wirklich einbeziehen in die Prozesse, auch explizit.

In diesem Sinne erkläre ich mich für teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.5. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!

[15.01.25 16:16:39, 25.5007.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

11. Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

[15.01.25 16:16:54, 24.0781.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es handelt sich, wie eben gerade gehört, um eine Motion aus dem Grossen Rat. Der Regierungsrat hat einen schriftlichen Bericht dazu vorgelegt, wir als Kommission auch, ich möchte mich darum so kurz als möglich halten.



Zunächst möchte ich mich bedanken beim Bau- und Verkehrsdepartement, einerseits für die Aufnahme unserer Motion, Umsetzung und dann auch in der Kommission für die Beratung.

Der Fernwärme-Ausbau ist aufgegleist. Es handelt sich um eine Schlüsseltechnologie, damit wir als Kanton bis 2037 Netto-Null erreichen. Das ist gut. Was heisst das für den öffentlichen Raum? Das heisst, 80 Prozent Baustellenzunahmen auf neu dann im Durchschnitt 9 Baustellenkilometer pro Jahr. Ohne diese Motion, haben wir damals erfahren, würden circa 30 Prozent der Baustellen genutzt, um Wirkungsveränderungen dann auch umzusetzen. Das heisst umgekehrt, dass 70 Prozent der Baustellen reine Fernwärme-Baustellen wären. Das hat uns dann dazu veranlasst in der UVEK, diese Motion zu machen.

Nun haben wir erfahren, dass mit der Motion bzw. dem Ratschlag um die 55 bis 60 Prozent der Baustellen im Zusammenhang mit der Fernwärme mit einer Wirkungsveränderung, das heisst, Massnahmen zugunsten von Begrünung und Entsiegelung oder auch des umweltfreundlichen Verkehrs, koordiniert werden können und so auch umgesetzt werden. Das bedeutet dann in letzter Konsequenz, dass dann nicht zwei, drei oder ein paar Jahre später wiederum eine Baustelle kommen müsste, wenn man noch Bäume wollte oder irgendeinen Unfallschwerpunkt für den Fuss- und Veloverkehr sanieren möchte. Was auch noch ein grosser Erfolg dieser Motion ist, ist, dass jedes Fernwärme-Bauprojekt auf das Potenzial überprüft wird und möglichst dann geschaut wird, dass man, wenn man nicht direkt etwas verändern kann, zumindest das Potenzial nicht verbaut wird und man dann in späteren Jahren nicht plötzlich den Konflikt hat zwischen Leitungen im Boden und zum Beispiel einer Baumpflanzung.

Das definierte Vorgehen hat für die UVEK Sinn ergeben, es wurde uns vorgestellt, wie geht man jetzt sofort vor, wie geht man dann ab der Zeit vor, wo die zusätzliche Ressourcen auch da sind. Wir haben uns das erklären lassen und für uns ist das soweit schlüssig. Uns ist wichtig, dass auch jetzt in dieser Zeit bis 2028, bis also die Motionsforderungen voll greifen können, auch da schon Verbesserungen umgesetzt werden und die Potenziale möglichst genutzt werden. Wir haben das in unserem Bericht im Kapitel 2.1 ausgeführt.

Der zweite Teil, der betrifft das Verkehrssimulationstool. Mehr Baustellen könnten auch bedeuten, dass der Verkehr dadurch beeinträchtigt wird, je nachdem, wie die Baustellen zusammenfallen, und da möchte der Regierungsrat vorbeugen und Szenarien rechnen können, wie die Baustellen optimal angeordnet und auch zeitlich verschoben werden können, damit der Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird. Auch das hat der UVEK eingeleuchtet und wir haben dort noch die eine oder andere Nachfrage gehabt. Wir haben das auch mit einer Vertretung aus dem JSD anschauen können, an dieser Stelle auch Danke für diese Antworten, die wir dort erhalten haben. Es ist so, dass einerseits Ressourcenbedarf besteht beim JSD selber, aber dann auch für den Einkauf des Produkts und dann auch für externe Unterstützung in der Anwendung. Das hat den Vorteil, dass man dort relativ flexibel ist, wie man dann das Tool einsetzt.

Fazit für uns, die Motion war richtig, wir konnten eine Verbesserung damit erreichen. Wir sind froh, dass der Regierungsrat das so aufgenommen hat und einen Vorschlag gemacht hat, wie das umzusetzen ist. Wir können so den Fernwärme-Ausbau als Impuls nutzen, Potenziale für Verbesserungen nutzen und Baustellen koordinieren.

Wir als UVEK möchten darum ohne Gegenstimme beantragen, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Fernwärme-Ausbau der IWB, der läuft auf Hochtouren. Das ist erfreulich, weil es bedeutet, dass wir unserem Netto-Null-Ziel näherkommen. Es ist aber ganz klar auch eine Belastung für die Bevölkerung und für die Unternehmen hier mit Lärm, Staub und Verkehrsbehinderungen. Der vorliegende Ausgabenantrag der Regierung, der auf der Motion der UVEK fusst, zielt darauf, diese Belastung zu verringern und Chancen zu nutzen.

Die Belastung wollen wir verringern, indem wir die Baustellen, wo immer möglich, stärker koordinieren und der Kanton sich im Bereich der Verkehrsprognosen und Verkehrsmodelle verstärkt, um die Baustellen so zu planen, dass im Umfeld der Baustellen einerseits die Sicherheit gewährleistet ist, aber auch damit der Verkehrsfluss möglichst wenig eingeschränkt wird für alle und/aber auch insbesondere übrigens für den ÖV, namentlich die Busse, die sonst schnell einmal im Stau stehen. Die Chancen nutzen wollen wir auch, indem wir die ohnehin anstehenden Arbeiten nutzen, um die Situation in den jeweiligen Strassen zu verbessern. Einerseits bezüglich Verkehrsflächen, Sie wissen, wir haben es vorhin gerade diskutiert, dass wir den Auftrag haben, den umweltschonenden Verkehr in Basel zu fördern. Es gibt also Gelegenheit zur Verbesserung der Sicherheit von Fussgängerinnen, Fussgängern, von Velofahrenden, auch des MIV und Stärkung des ÖV.

Der Fernwärme-Ausbau gibt aber auch Gelegenheit, zahlreiche Strassenzüge zu entsiegeln und Bäume zu pflanzen. Das machen wir seit Beginn des Fernwärme-Ausbaus mit sogenannten Quick Win-Massnahmen. Gerade aktuell kann ich da die Schalerstrasse, die Sängergasse, den Laupenring, Holeestrasse sowie die Rotbergerstrasse als jüngste Beispiele nennen, wo wir deutlich begrünen können. Weitere Beispiele kennen Sie vielleicht aus dem Wettsteinquartier und zahlreiche weitere werden folgen. So kommen jährlich Dutzende Bäume und hunderte Quadratmeter dazu, die wir entsiegeln können.



Die Kehrseite des Tempos dieser Veränderung ist, dass die Leute in der Planung beim Kanton wirklich am Anschlag laufen, um mit diesem massiven Tempo der Fernwärme mithalten zu können und andere Projekte müssen im Moment zurückstehen. Mit dem heutigen Antrag ermöglichen Sie, dass wir diese Quick Wins weiterführen, uns im Bereich der Planung verstärken und diese Chancen im Zuge der Fernwärme nicht verpassen.

Der Regierungsrat beantragt bis 2037 rund 51 Millionen Franken, sprich jährliche Ausgaben von 4 Millionen Franken. Ich bitte Sie dafür für Unterstützung und ich möchte auch nochmal der Kommission und dem Präsidenten danken für die kritische Auseinandersetzung und insbesondere auch für die speditive Bearbeitung dieses Geschäfts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zur Sprecherin für die GLP, Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen möchten diese Ausgaben bewilligen und sind sehr froh, dass die UVEK mit ihrer Motion eine bessere Koordination von Fernwärme-Ausbau und Erhaltungsausbauprojekten angestossen hat, und danken dem Regierungsrat für den Ratschlag. Mit dieser Ausgabenbewilligung wird die bisherige Arbeit des GMI, des Geschäftsmodells Infrastruktur, nicht in Frage gestellt, sondern angesichts der Mammutaufgabe, die ansteht, deutlich gestärkt. Eine bessere Projektkoordination braucht zusätzliche monetäre Ressourcen, dafür ist die Nutzung und Gestaltung besser aufeinander abgestimmt. Das Augenmerk liegt auf das gleichzeitige Planen von Umgestaltungspotenzialen sowie die Reduktion von Belastungen durch Baustellen. Dies erachten wir als ausserordentlich sinnvoll.

Wir Grünliberalen bitten Sie deshalb, die Ausgaben zu bewilligen und die Motion abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Es gibt nichts Nervigeres, als eine Baustelle lange vor der Türe zu haben und danach, wenn die Baustelle endlich wieder verschwindet, sieht die Strasse wieder gleich aus. Man fragt sich in einer solchen Situation, weshalb überhaupt gebaut wurde. Wird wenige Jahre später erneut dieselbe Strasse aufgerissen, sinkt die Akzeptanz für Baustellen noch tiefer. Dieses Problem kennen wir und es wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch noch zunehmen, wenn wir nichts unternehmen, denn Basel baut zurzeit viel. Wir haben uns sehr viel vorgenommen mit dem Gas-Ausstieg, dem Ausbau der Fernwärme, den laufenden Strassensanierungs- und Werkleitungsarbeiten, den Begrünungen und den Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr.

Wir bauen aber nicht nur um des Bauens Willens, sondern klar zur Steigerung der Lebensqualität in Basel. Doch Lebensqualität und Baustellen gehen nicht logisch miteinander einher. Um möglichst viele Baustellen auch direkt spürbar danach erlebbar zu machen, dass es Verbesserungen gab und dass es im Sinne der Lebensqualität war, hat die UVEK damals eine bessere Baustellenkoordination mit der vorliegenden Motion gefordert und nach einer Baustelle sollen gemäss der Motion möglichst auch Begrünungen, neue Velowege oder breitere Trottoirs realisiert sein.

Schon damals hat die GAB-Fraktion dieses wichtige Anliegen unterstützt. Meine Fraktion ist zufrieden mit dem Vorschlag der Regierung, diese Millionen Franken in eine bessere Koordination der Baustellen zu investieren. Es gibt, wie gesagt, nichts Nervigeres als eine Baustelle, von der die Bevölkerung nach Abschluss der Bauarbeiten keinen Mehrwert sieht. Mit einer besseren Koordination dürfen wir zudem auch unter dem Strich auf weniger Baustellen hoffen, als nötig wären, um all unsere Vorhaben umzusetzen, wenn wir es über einen längeren Zeitraum betrachten. Und wir dürfen uns freuen auf mehr direkt sichtbare Verbesserungen im Strassenraum direkt nach einer Baustelle, so dass wir in Zukunft vielleicht weniger die Baustellen und mehr die Baumpflanzungen sehen. 50 Millionen sind viel Geld, doch das Geld ist für die GAB-Fraktion an einem sehr sinnvollen Ort über viele Jahre hinweg investiert und sichert, dass wir nicht bauen um des Bauens Willens, sondern zur Steigerung der Lebensqualität.

In diesem Sinne werden wir dem Finanzbeschluss zustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Hettich für die LDP.

Daniel Hettich (LDP): Ja, gefühlt ist Basel eine riesengrosse Baustelle. Diese Ausgaben könnten Sinn machen und vermutlich sparen sie Kosten und fordern die Effizienz. Synergien hätten ja eigentlich schon jetzt erwartet werden können, aber ja, wenn das der Sache hilft, ist die LDP dafür und unterstützt das Anliegen. Wenn das Ergebnis in geordnete Bauabläufe und effiziente Bauplanungen mündet, dann wurde das Ziel am Schluss erreicht. Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Übung.



Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser für die SP.

Daniel Sägesser (SP): Ich kann es im Namen der SP-Fraktion auch relativ kurz machen. Die Vorlage wurde vom Präsidenten der UVEK und auch von den Kolleginnen Kühne und Hanauer bereits ausführlich erläutert. Auch die SP-Fraktion freut sich sehr, dass durch die Erfüllung dieser UVEK-Motion nun deutlich mehr Fernwärme-Baustellen im gleichen Aufwisch zur Begrünung, Entsiegelung sowie Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr genutzt werden können. Wir finden die nun zu sprechenden rund 51 Millionen Franken über 13 Jahre sehr sinnvoll investiert.

Etwas Erstaunen und auch Raunen ausgelöst hat bei uns, dass mit insgesamt 6,7 Millionen Franken deutlich mehr als 10 Prozent der beantragten Mittel für die Anschaffung, den Betrieb und den Unterhalt sowie die Bedienung eines Verkehrssimulationstools ausgegeben werden soll. Eine digital unterstützte Verkehrsplanung rund um Baustellen macht in der heutigen Zeit sicherlich Sinn. 6,7 Millionen Franken dünken uns aber sehr teuer. Auch scheint es uns etwas sachfremd, dass diese Mittel im Ratschlag zu dieser UVEK-Motion beantragt werden. Die UVEK-Motion ist sicherlich nicht ursächlich für den Bedarf eines solchen Tools. Auch in Anbetracht des hohen Betrags hätte das gut auch in einem eigenen Ratschlag sein dürfen.

Die SP-Fraktion freut sich aber sehr auf die zusätzlichen und rascheren Begrünungs- und Velo- und Fussverkehr-Massnahmen und kann in dem Sinne auch diesen Teil des Ratschlags im Sinne eines Ratschlags für alle Verkehrsteilnehmenden mittragen. Die SP-Fraktion wird deshalb dem Grossratsbeschluss gerne zustimmen und die UVEK-Motion als erledigt abschreiben und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächstes hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es ganz kurz machen, ich möchte nur etwas nicht im Raum stehen lassen. Es ist also nicht so, dass wir heute die Baustellen nicht koordinieren würden, im Gegenteil, das ist über das Geschäftsmodell Infrastruktur heute schon der Fall. Aber wir reden von einer massiven Zunahme und damit steigt auch die Komplexität natürlich der Zusammenhänge. Also wir reden da von der Zunahme der Baustellen, die wir abfangen möchten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten der UVEK, Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Besten Dank für die Diskussion zu dieser Motion. Für mich war diese Motion beispielhaft für die gute und sachliche Zusammenarbeit, die wir in der UVEK in den letzten Jahren hatten. Die war immer auf Augenhöhe und mit Respekt. Wir haben sehr effizient und zielorientiert gearbeitet und trotzdem dabei immer mit Freude. Ich möchte mich bedanken bei meiner tollen Vizepräsidentin Nicole Strahm, bei unserem super Kommissionssekretär Niklaus Wunderle, bei allen Mitgliedern der UVEK, die immer so schön mitdiskutiert und mitgedacht haben, bei unseren häufigen Gästen, Regierungsrätin Esther Keller und Regierungsrat Kaspar Sutter, bei ihren Mitarbeitenden für ihr breites Fachwissen. Ich kann auf eine sehr erfüllende und produktive Legislatur zurückblicken. Ich habe sehr viel von Ihnen allen gelernt und wünsche Ihnen alles Gute. [Applaus]

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Bewilligung Gesamtbetrag

-
-
-
-
-

2. Berichterstattung



Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer den wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer ihm nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005494, 15.01.25 16:35:25]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Reduktion der Baustellenbelastung sowie die Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch die Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau werden Mittel in Höhe von insgesamt Fr. 50'822'750 von 2025 bis 2037 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 857'250 als Ausgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (450%) für die Planung und Koordination der Projekte des Fernwärme-Ausbaus mit der Erhaltungsplanung sowie mit Nutzungs- und Gestaltungsänderung zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Bau- und Verkehrsdepartements befristet ab 2028 bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037

- Fr. 31'040'750 als Rahmenausgabebewilligung Fernwärme-Ausbau für Strassenbauersatzmassnahmen von jährlich Fr. 1'000'000, welche aufgrund des erhöhten Bauvolumens durch den Fernwärme-Ausbau anfallen, und für Personalkosten (750%, jährlich Fr. 1'390'000) für die Planung und Realisierung der Projekte des Fernwärme-Ausbaus mit der Erhaltungsplanung, Nutzungs- und Gestaltungsänderung zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» des Bau- und Verkehrsdepartements befristet bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037

- Fr. 346'500 als Aufgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (200%) für die Planung, Koordination und Realisierung der Projekte des Fernwärme-Ausbaus zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei befristet bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037

- Fr. 485'000 als unbefristete Ausgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (100%), jährlichen Betriebskosten von Fr. 200'000 eines Verkehrssimulationstools sowie von jährlichen Sachaufwänden von Fr. 100'000 für Verkehrssimulationen im nahen Umfeld von Baustellen zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei

- Fr. 400'000 als einmalige Ausgabenbewilligung für die Beschaffung und Einführung eines Verkehrssimulationstools zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 5 «Informatik» des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei.

2. Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat alle drei Jahre Bericht über die aktuelle Realisierung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau hinsichtlich des Umgestaltungspotenzials des Stadtraumes zu Gunsten der Lebensqualität (Stadtklima, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 92 Stimmen einstimmig angenommen.

11.1. Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

[15.01.25 16:35:32, 21.5638.04]



Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, die Motion der UVEK als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion wird als erledigt abzuschreiben.

12. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

[15.01.25 16:35:54, 23.1670.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. November 2025 zu verlängern. Die Kommissionssprecherin verzichtet, Frau Soland verzichtet ebenso. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005497, 15.01.25 16:37:07]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Fall, dass die Wirtschafts- und Abgabekommission der kantonalen Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» keinen Gegenvorschlag gegenüberstellt, wird die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. November 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Entscheid ist mit 89 Ja-Stimmen einstimmig. Das Geschäft ist erledigt.

13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

[15.01.25 16:37:13, 21.1360.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BRK beantragt, der Tischvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.



Michael Hug (LDP): Der Grosse Rat hat im Jahr 2016 für die Gesamtsanierung und den Umbau des Kasernenhauptbaus eine Ausgabe von über 44 Millionen Franken bewilligt. In diesen Kosten war der Rohbau für das geplante Restaurant im Kasernenhauptbau enthalten. Ursprünglich war vorgesehen, dass die zukünftigen Pächterinnen und Pächter die Räumlichkeiten auf eigene Kosten ausbauen, was in dem vorgesehenen Café und Bistroteil sowie in der Bar, welche im Turm liegt, geschehen ist. Aufgrund des damals coronabedingt angespannten Marktumfeldes und der hohen Kosten für den Ausbau gegen 2 Millionen Franken konnte dieses Konzept im grössten Flächenteil, wo ein Restaurant geplant ist, jedoch nicht umgesetzt werden. Es fand sich offenbar niemand, welcher die Fläche zu diesen Konditionen übernehmen wollte. Dabei sind Auflagen wie ausgeprägte Öffnungszeiten und Bespielungspflichten auch mitursächlich für die geringe Nachfrage gewesen.

Generell, aus der Perspektive der BRK wurde das Prozedere der Ausschreibung von Anfang an falsch gewählt. Das Präsidialdepartement wählte einen Prozess mit einer Ausschreibung bzw. einer Einladung zur Konzepteinreichung. Dies ist mitursächlich, dass die Situation heute so unbefriedigend ist. Nachdem es keine Interessenten gab, wurde die Fläche erneut ausgeschrieben, diesmal mit der Absicht, den Vollausbau durch den Kanton durchführen zu lassen. Der vorliegende Ratschlag des Regierungsrates ist das Ergebnis dieser Anpassung. Zuständig ist nun das Finanzdepartement, welches sich in der aktuellen Planung eng an eine Nutzerperspektive orientiert.

Die BRK hat das Geschäft in fünf Sitzungen beraten. Dabei wurden sämtliche Aspekte des Projekts eingehend geprüft, darunter die finanziellen Auswirkungen, die angestrebte Nutzung der Räumlichkeiten sowie die Auswirkungen auf die Nutzung des Aussenraumes. Vertreterinnen und Vertreter des Finanzdepartements und des Bau- und Verkehrsdepartements standen der Kommission für Fragen zur Verfügung. Darüber hinaus hat die BRK die Gelegenheit genutzt, sich bei einer Besichtigung vor Ort ein Bild den Gegebenheiten zu machen.

Die hohen Kosten des Vollaubaus in Höhe von 3,43 Millionen Franken wurden von der BRK sehr kontrovers diskutiert. Einige Mitglieder der Kommission erachteten den Betrag als zu hoch und den Ausbau zweier Küchen als nicht notwendig an. Ausserdem soll nach deren Ansicht kein staatlich subventioniertes Restaurant entstehen, während andere Gastronomen viel höhere Mieten und Amortisationen bzw. selbst einen Ausbau finanzieren müssten.

Die geplante Nutzung der Räumlichkeiten als Restaurant wurde von der BRK als sinnvoll erachtet. Alternative Nutzungen, wie beispielsweise die Schaffung von Quartiertreffpunkten oder anderen öffentlichen Angeboten, wären gemäss Aussagen der Verwaltung realistische Alternativen. Die Mehrheit der Kommission hat eine solche Nutzung als weniger geeignet eingestuft. Insbesondere wurde betont, dass auch bei einer alternativen Nutzung erhebliche Ausbaukosten anfallen würden. Die Fläche befindet sich derzeit in einem Rohbau 2. Das heisst, es wurden Fenster eingebaut, es gibt ein Dach und es gibt Versorgungsanlagen, aber grosse Ausbauforderungen stehen in jedem Fall an. Die einzigartige Lage direkt am Rhein muss zudem bei der Nutzung unbedingt berücksichtigt werden.

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt war die Nutzung der Allmend vor der Kaserne. Die geplante Aussenbestuhlung des Restaurants wird den verfügbaren Raum für andere Nutzungen, wie beispielsweise das Boule-Spiel oder Tischtennis, reduzieren. Dies führte zu langen Diskussionen innerhalb der Kommission, aber auch ausserhalb in der Öffentlichkeit und in der medialen Berichterstattung. Dabei wurde auch viel emotional argumentiert. Die BRK konnte sich jedoch davon überzeugen, dass auch nach dem Umbau ausreichend Raum für eine Nutzung ohne Konsumzwang zur Verfügung stehen wird. Etwa ein Viertel wird künftig durch die Gastronomieflächen genutzt. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass ohne die umsatzstarken Sommermonate, in denen die Aussenplätze genutzt werden können, ein wirtschaftlicher Betrieb des Restaurants kaum möglich wäre. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass die geplante Nutzung des Aussenraums vertretbar ist und im Einklang mit den Zielen des Gesamtprojekts steht.

Eigentlicher Knackpunkt ist die vorgesehene Abgeltung des Mieters. Die kalkulatorische Miete sowie eine Umsatzbeteiligung der Pächterin oder des Pächters sollen sicherstellen, dass die Investitionskosten gedeckt werden. Dies soll insbesondere neben der Grundmiete durch eine Amortisation und eine Umsatzbeteiligung gewährleistet werden. Allerdings wurden von einigen diese Beiträge als zu tief erachtet. Einige Kommissionsmitglieder wollten insbesondere eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Mietern im Haus, aber auch gegenüber anderen Gastronomen in der Umgebung nicht durch statische Hilfen ungleich behandeln müssen. So legte die Kommission im Bericht fest, dass eine Harmonisierung der Mietpreise innerhalb des Gebäudes angestrebt wird und ebenfalls die Konditionen marktüblicher ausgestaltet werden. Dies war der Kommission ein zentrales Anliegen und soll bei der finalen Aushandlung des Mietvertrags berücksichtigt werden.

Nachdem schon im Dezember aus der Kreuztabelle klar wurde, dass das Geschäft droht, an die Regierung zurückgewiesen zu werden oder abgelehnt wird, hat die BRK anlässlich ihrer vergangenen Sitzung darüber beraten, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen der BRK sinnvoll wäre. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass man das Gesamtkonzept Kaserne jedoch nicht über den Haufen werfen möchte. Auch wenn niemand gänzlich zufrieden ist mit dem ursprünglichen Nutzungskonzept und den finanziellen Aspekten soll an dieser Stelle wie vorgesehen ein Restaurant einziehen und nicht etwa ein Quartierzentrum. Wenn man das anders sieht, so müsste man konsequenterweise den Reset-Knopf drücken und die Kaserne ganz neu denken. Die Kommission ist sich nämlich sehr einig darüber, dass die derzeitige



Situation mit dem Leerstand eines grossen Teils des Gebäudes sehr nachteilig auf die ganze Entwicklung der Kaserne und auch finanziell belastend wirkt.

Nachdem das Traktandum an der Dezembersitzung abgesetzt wurde, konnten sich die Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission auf einen gemeinsamen Änderungsantrag einigen, welcher die Gründe einer Rückweisung und Ablehnung adressieren möchte. Der von vielen kritisierte Vergabeprozess wird dadurch adressiert, dass eine neue Ausschreibung gemacht werden soll. Eine Ausschreibung unter Berücksichtigung der Ausbaukosten. Diese ist rechtlich möglich, wie das Finanzdepartement uns bestätigte. Im Zuge der Neuausschreibung können die Schnittstellen nochmals überprüft und das Projekt entsprechend den Bewerbenden kostenmässig angepasst werden. Die 3,4 Millionen sieht die BRK das Kostendach an.

Beim Gesamtausbau der Kaserne wurde der Kostenrahmen um fast 2,5 Millionen unter der teuerungsbereinigten Ausgabenbewilligung unterschritten. Rein argumentativ gesehen wurden diese 2,5 Millionen für den Vollausbau nicht verwendet. Nun benötigt es für die Finalisierung des Konzepts einen Ausbau durch den Kanton, da sich ansonsten kein Bewerber, keine Bewerberin finden lässt. Ein Antrag innerhalb der BRK, den Wert der Ausgabe von 3,4 auf 2,356 Millionen zu reduzieren und als neues Kostendach festzulegen, wurde zwar mit 5 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, aber die BRK möchte bei einer neuen Ausschreibung klar den Auftrag mitgeben, dass sich der Kanton nach Möglichkeit mit einem Beitrag nahe der 2,5 Millionen an den Ausgaben beteiligt und die Bewerbenden darüberliegende Beiträge selbst finanzieren oder diese marktgerecht amortisieren müssen. Dies schafft gleich lange Spiesse zu anderen Gastronomiebetrieben.

Ein dritter Punkt sind die durch die Aussenbewirtschaftung geplanten Einschränkungen der öffentlichen Nutzungsplätze, welche ohne Konsumzwang derzeit zur Verfügung stehen, beispielsweise für das Boule-Spiel. Die Kommission möchte die Massgabe, dass im gesamten Vorbereich des Kasernenhauptbaus gesamthaft maximal 425 m² für gastronomische Aussenraumsitzplätze bewilligt werden und somit insbesondere Flächen für öffentliche Nutzungen gewährt bleiben, in der Ausgabenbewilligung festsetzen. Dadurch gibt es eine Maximalnutzung über die gesamte Aussenfläche vor der Kaserne. Die durch Aussenbestuhlung künftig genutzten Aussenflächen werden somit weniger als ein Viertel der Gesamtaussenfläche einnehmen. Ein Änderungsantrag für eine Reduktion auf 300 m² fand hingegen keine Mehrheit, weil dadurch die Wirtschaftlichkeit der Betriebe kaum mehr möglich wäre, was wiederum die Risiken von Ausfällen und Mehrkosten für den Steuerzahler generieren würde. Ohne den Vollausbau bleibt die Fläche weiterhin ungenutzt, was nicht nur Kosten für den Kanton verursacht, sondern auch den Gesamtcharakter des Kasernenhauptbaus beeinträchtigt. Das ursprüngliche Konzept sah ausdrücklich die Nutzung der Fläche als Restaurant vor, um zur Belebung des Perimeters beizutragen.

Die BRK ist mehrheitlich der Ansicht, dass der vorgeschlagene Vollausbau des Restaurants im Hauptbau der Kaserne Basel ein wichtiger Schritt zur Vollendung des Projekts ist. Die Kommission beantragt daher dem Grossen Rat, der Ausgabenbewilligung mit dem nachträglich eingereichten Änderungsantrag zuzustimmen und die notwendigen Mittel in der Höhe von 3,43 Millionen Franken zu bewilligen. Dieser Beitrag versteht die BRK als Kostendach.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der BRK hat das jetzt sehr ausführlich dargestellt, die Sachlage dieser Ausgabenbewilligung. Ich möchte daher nur ergänzen. Ich glaube, was wirklich ein wichtiger Punkt ist, es liegt nun über acht Jahre her, dass der Ratschlag zum Kasernenhauptbau vorgelegt wurde. Es ist viel Zeit vergangen, es gab auch Veränderungen, es gab Corona, wir haben jetzt auch intern gewechselt, es gab einen Zuständigkeitswechsel. Das haben wir gemacht, weil normalerweise im Dreierrollenmodell ist es so, dass Immobilien Basel-Stadt, also das Finanzdepartement die Gewerberäume für ein Restaurant, für die Gastronomie auch vermietet. Das ist üblicherweise so. Man ist damals abgewichen und hat das aus einer Hand gemacht aus dem Präsidialdepartement und hat das dann weiter an IBS quasi untervermietet oder abgegeben. Das Konstrukt wurde etwas kompliziert, das haben wir alle auch mitbekommen, es gab auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung, das konnte man aus den Medien entnehmen, das wissen Sie zum Teil auch. Und wir haben uns intern in der Regierung auch das angeschaut, wie wir das aufstellen wollen, wir wollen wieder näher an unser normales Modell und das finden wir auch sinnvoll.

Daher gibt es jetzt die Ausgangslage, und das hat die BRK auch erwähnt, dass die Bedingungen für die Mietenden, für die Gastronomie nicht gleich sind im Gebäude. Das ist mir ein wichtiger Punkt, da sind wir auch daran, das anzuschauen, weil damals die Ausschreibung darunter lief, dass man den Meistbietenden die Flächen angeboten hat. Und ich glaube, diese Illusion kann man heute nicht mehr haben, vor allem nach Corona weiss man, dass es bei der Gastronomie schwierig ist. Wir haben auch viel gelernt während Corona, weil wir die ganzen Zahlen erhalten haben von den Gastronomen. Wir haben auch gesehen, dass die Marge nicht extrem hoch ist und dass es ein schwieriges Umfeld ist, damit man wirklich ein sinnvolles Restaurant, ein sinnvoller Betrieb machen kann, der auch einen Umsatz generiert. Das alles konnten wir erfahren.



Man hat ja dann gesehen, der Vollausbau, diese Idee, dass jemand kommt und da investiert und alles selber umbaut, das hat sich gezeigt, das geht nicht. Und jetzt sind wir mit dem Konzept gekommen, wir bringen Ihnen einen konkreten Vorschlag, weil was mir wichtig ist, ich wollte nicht als Staat vorausgehen und sagen, was wir umbauen sollen und einfach ins Blaue hinaus einen Umbau finanzieren und nachher ein Pächter suchen. Das ist schwierig, weil ich finde, wir als Kanton, wir sind nicht Gastronomen, das sollen die Gastronomen entscheiden. Das wäre der Hauptgrund für diesen Modellwechsel. Der hat jetzt auch zu gewissen Irritationen geführt, das kann ich verstehen, war bei uns ja auch eher ein Experiment, das erste Mal so, daher bin ich auch bereit, dass wir hier jetzt etwas darauf eingehen, was uns auch die Kommission sagt und versuchen, einander näher zu kommen und einen Kompromiss zu finden. Das ist auch der Grund, warum ich bereits auf den Antrag eingehen möchte, weil es mir ein Anliegen ist, dass Sie das Geschäft nicht zurückweisen, sondern dass wir heute hier in der Eintretensdebatte einen Kompromiss finden.

Die Regierung hat sich da zwar nicht dazu benommen, also wir halten an unserem Antrag fest. Wir haben das jetzt nicht nochmal aufgerollt, aber der Antrag der BRK ist so möglich und umsetzbar. Wir unterliegen nicht dem Beschaffungsgesetz und haben daher auch eine gewisse Freiheit, welche Bedingungen wir setzen und wie wir das konkret umsetzen. Es wird das Projekt zwar etwas verzögern, ein halbes Jahr bis ein Jahr, aber immerhin wäre es schneller, als wenn wir es jetzt zurückweisen. Und ich glaube, alle, die den Kasernenhauptbau kennen und die Problematik, wissen, dass es wichtig ist, dass es dort weitergeht, dass wir es schaffen in absehbarer Zeit, dort in diesem Westflügel ein Restaurant machen können, dass auch diese tolle Terrasse genutzt werden kann, dass der Raum besser bespielt wird, ich glaube, alle, die das kennen, wissen, dass das wirklich wichtig wäre.

Vielleicht zuerst unten angefangen beim Aussenraum. Da ist es mir wichtig zu sagen, dass die 300 m², der Antrag, das wäre schwierig, weil bereits der jetzige Gastronom hat 289 m², da wäre dann eigentlich nichts mehr möglich. Beim Antrag der BRK, das ist machbar. Ich denke, es ist auch aus unserer Sicht wichtig, dass wir nicht etwas verdrängen, was bis jetzt gut funktioniert. Dort ist aber auch die Stadtgärtnerei und das BVD dabei zu schauen, wir haben dort das Thema Tischtennistisch, wir haben dort noch andere Themen, ich denke, dass man dort einen guten Kompromiss finden kann. Daher ist der Raum, der vorgeschlagen wird in der BRK, aus unserer Sicht machbar.

Die Ausschreibung ist auch machbar und jetzt, welche Bedingungen. Ich kann Ihnen heute zusichern, das ist, soweit ich weiss, in meiner Kompetenz, wir werden eine fixe Basismiete, das wären sowieso die Idee gewesen, machen, das gibt es immer. Es gibt eine Umsatzmiete, ich denke, das macht auch immer Sinn, wenn es wirklich gut läuft, damit wir nahe am Markt sind und wir auch davon profitieren, und dann werden wir dann Amortisationsbeitrag für den vorfinanzierten Mieterausbau erhöhen. Es sind 3,43 Millionen und wie der Präsident der BRK ausgeführt hat, sind wir zu rund 2,4, 2,5 Millionen unter der Gesamtabrechnung. Wir haben das jetzt mit diesen 2,5 Millionen gerechnet. Die 2,5 Millionen würden wir weiterhin beitragen, das war auch so vorgesehen, und dann diese restliche Million, diese 930'000 würden wir auf den Mieter abwälzen. Das kann man entweder als Einmalbeitrag bezahlen, was zum Teil eher schwierig ist, oder als Amortisationsbeitrag. Dies würden wir als Bedingung in der Ausschreibung nehmen, da ich gehört habe, das wäre wichtig für den Kompromiss und das kann ich Ihnen hier zusichern und zu Protokoll geben, dass wir das so machen werden.

Was ich aber auch machen werde, da es wirklich jetzt ein schwierigeres Geschäft war und ich auch gespürt habe, dass das Vertrauen in unser Vorgehen nicht immer da war, das kann ich auch verstehen, weil da man zweimal ausgeschrieben und alles gewechselt und geändert hat und man weiss dann nicht so genau, was ist passiert, was waren die Bedingungen, warum hat sich kaum jemand gemeldet, da gab es viele Fragen. In der Kommission konnten wir das gut diskutieren und diese anscheinend auch grösstenteils überzeugen, aber das Parlament war da sehr viel skeptischer. Daher möchte ich, wenn wir das machen, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, dann werden wir ausschreiben und wir werden den Präsidenten der BRK, die Präsidentin, das wird ja neu gewählt, und der oder die Vizepräsidentin einladen, an der Jury teilzunehmen. Ich glaube, für das Vertrauen und für diese spezielle Situation scheint mir das ein guter Vorschlag. Den müssen Sie dann nicht annehmen, aber es wäre für uns auch einfacher, damit wir hier wirklich am Ende einen guten Vorschlag haben und für unsere Stadt auch den Kasernenhauptbau verbessern können. Das ist mir einfach wichtig, ich wollte, dass Sie das jetzt wissen.

Ich werde das zusichern, vor allem den Amortisationsbeitrag, dass hier quasi die Schlussabrechnung der Kaserne dann wirklich abgeschlossen hat mit dem Budget, das wir hatten. Wir investieren diesen Beitrag à fonds perdu, diese 2,5 Millionen und den Rest, den wir vorfinanzieren, schlagen wir dann entweder auf die Miete oder ein Pächter übernimmt ihn. Das war mir jetzt sehr wichtig. Das heisst, ich bitte Sie hier, vor allem das Geschäft nicht zurückzuweisen, dass wir das heute so zu Ende beraten können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zuerst zur FDP und Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Heute zerbröckelt ein weiterer Baustein des rot-grünen Prestige-Projekts Kaserne, welches unter Führung von Guy Morin entgegen allen Warnungen von unserer Seite durchgedrückt wurde und nun konfrontiert mit der Realität Stück für Stück betriebswirtschaftlich in sich zusammenfällt. Heute zeigt sich ein weiteres Mal, dass die



selbsttragende Finanzierung des Betriebs im Kasernenhauptgebäude ohne weitere Steuergelder, wie es uns damals versprochen wurde, ein Märchen ist. Vielleicht kommt auch daher das fehlende Vertrauen.

Heute sollen wir also weitere fast 3,5 Millionen Franken sprechen, ohne die es angeblich nicht geht. Hierfür werden allerlei akrobatische Verrenkungen vorgeführt, die mich, wäre ich Zirkusbesucher, schwer beeindrucken würden, nachvollziehbar sind sie jedoch nicht. So hat die Verwaltung uns vorgerechnet, dass die Investitionskosten amortisiert werden sollen. Wenn Sie die Angaben im Ausgabenbericht nachrechnen, kommen Sie auf eine Amortisationsdauer von über 67 Jahre und im gleichen Bereich steht dann allerdings, dass nach 50 Jahren das Gebäude erneuert werden muss. Das wirft vielleicht schon mal grundsätzliche Fragen auf.

Dann machen wir weiter mit der Aussenraumnutzung, vor allem auf der Rheinebene vor der Kaserne. Da gibt es im Kommissionsbericht eine klare Ansage. Ich zitiere: «Die Aussenraumplätze sind für das Funktionieren des Betriebskonzepts unerlässlich». Und die vorgesehene Pächterin, zumindest bisher vorgesehene Pächterin sagt in der Zeitung klar und deutlich, eine wirtschaftliche Nutzung ohne Aussenbestuhlung an dieser Lage ist so nicht möglich. Im Sommer wäre das ein Witz. Mit anderen Worten, kann dieser Aussenraum nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden, bricht das ganze Finanzierungskonzept in sich zusammen.

Nun wissen wir aber jetzt schon, dass gegen diese Aussenraumnutzung erheblicher Widerstand angekündigt wurde. Ein Teil dieses Widerstands findet sich hier im Saal, ein Teil kommt von Boule-Spielerinnen und -Spieler vor Ort. Was sind die Konsequenzen? Es wird Einsprachen geben, welche die ganze Inbetriebnahme des Aussenraums vielleicht nicht verhindern, aber sicher erheblich verzögern werden. Es geht mir nicht darum zu beurteilen, ob diese Einsprachen erfolgreich sein werden oder nicht, das müssen die zuständigen Behörden und Gerichte entscheiden, aber das ist Zeit, in der von diesem Aussenbereich keine Einnahmen fliessen werden. Wie soll dann die Pächterin ihre Miete bezahlen?

Dann habe ich Kollege Brigger im Fernsehen gehört, dass es im Innenhof der Kaserne «tötelet» und dieses Restaurant für Belegung sorgen werde. Nur, das Restaurant würde gar nicht in Richtung Innenhof rausstuhlen, sondern auf die Terrasse und vielleicht dann nach vorne zum Rhein. Inwiefern das den Innenhof der Kaserne beleben würde, bleibt mir ein Rätsel. Und dann kommt nun noch der Antrag der BRK, der versucht zu retten, was eigentlich nicht zu retten ist. Maximal 425 m² sollen für gastronomische Aussenraumsitzplätze bewilligt werden und es soll eine neue Ausschreibung geben. Ob letzteres rechtlich auf diesem Weg überhaupt möglich ist, nachdem man eigentlich ja bereits entschieden hat, kann ich nicht beurteilen, muss ich hier also offen lassen, Frau Regierungsrätin Soland sagt, es ist so und darauf verlassen wir uns.

Also lassen wir das mal beiseite und fokussieren wir auf den Aussenraum. Die Kommission hat uns hierzu verdankenswerterweise in ihrem Bericht eine grafische Darstellung abgedruckt. Rechnen wir zusammen, das Café Walther nutzt heute 271 m², das Restaurant soll 158 m² nutzen, macht 429 m², also 4 m² mehr als im Antrag vorgesehen. Diese 4 m² liessen sich wohl verschmerzen, nur, wir haben ein laufendes Einspracheverfahren über die Nutzung desselben Aussenraums durch eine Gelateria. Sie wollen also direkt in ein laufendes Verfahren eingreifen und die Gelateria für das Restaurant opfern. Dann fehlen halt dort wieder Mieteinnahmen. Oder die Gelateria setzt sich durch, dann muss beim Restaurant entsprechend Raum abgezwickelt werden, um die Vorgabe zu erfüllen, damit dann dort wieder weniger Einnahmen resultieren, wodurch die finanzielle Rentabilität des Restaurantbetriebs in Frage gestellt wird. Egal, wie Sie es drehen und wenden, es geht vorne und hinten einfach nicht auf, mit dem Antrag des GAB erst recht nicht. Und dann haben wir ja noch die Frage, neue Ausschreibung gegen Verlässlichkeit gegenüber Zusagen, die man eigentlich bereits getätigt hat. Das ist dann nochmals eine andere Frage.

Es braucht, davon sind wir überzeugt, für diese Räumlichkeiten eine kommerzielle Nutzung mit einem Finanzierungskonzept, welches Hand und Fuss hat. Dabei könnte es helfen, sich von der Fixierung auf ein gastronomisches Angebot zu lösen und sich für andere Möglichkeiten zu öffnen, die keinen derart teuren Innenausbau fordern und mit weniger Investitionen, die man dann privat auch stemmen kann, Mietertrag generieren. Da wehren wir uns auch gegen diese Drohung, die da im Raum steht, wenn man heute nein sage, kommt da dann halt eine Kita oder ein Quartierzentrum rein. Mal abgesehen davon, dass daraus eine gewisse Geringschätzung für diese beiden Institutionen durchdrückt. Wenn der Regierungsrat nicht bereit ist, seriös zu prüfen, ob es alternative kommerzielle Nutzungen gibt, wäre das, sofern es heute zu einer Rückweisung kommt, eine Arbeitsverweigerung.

Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, weitere fast 3,5 Millionen Franken Steuergelder in die Kaserne zu stecken. Wir haben nachdrücklich davor gewarnt, dass das Betriebskonzept, welches uns damals vorgelegt wurde, nicht funktionieren wird, leider haben wir recht behalten. Vielleicht sind Sie aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre heute ja etwas empfänglicher für unsere Warnung. Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen jedenfalls die Rückweisung dieser Ausgabenbewilligung. Dies gibt dem Regierungsrat die Gelegenheit zu erkennen, dass er sich hier wirklich verrannt hat und einen neuen wirtschaftlichen Weg einzuschlagen, sozusagen den Reset-Knopf zu drücken, wie es der Kommissionspräsident genannt hat. Sollte die Rückweisung keine Mehrheit finden, werden wir die Ausgabenbewilligung ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Fraktion Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.



Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Mitte-EVP-Fraktion hat ein Offen bei diesem Geschäft. Ein grösserer Teil der Fraktion möchte den BRK-Bericht an den Regierungsrat zurückweisen. Ein kleinerer Teil will dem Änderungsantrag der BRK zustimmen und dann den BRK-Bericht gutheissen.

Ein Argument gegen das neue Restaurant in unserer Fraktion war, dass es am Rhein bereits genügend Buvetten und Restaurants gibt und ein neues Restaurant wohl nicht rentieren würde. Ein anderes Argument war, dass der Ausbau des Restaurants mit zwei Küchen unnötiger Luxus sei. Eine Küche würde reichen. Das Argument für zwei Küchen ist jedoch, dass bei schönem Wetter wohl nur die Aussenfläche am Unteren Rheinweg offen hat und dann die Küche auf der Ebene des Kasernenhofs zu weit weg und umständlich für das Servicepersonal wäre. Deshalb brauche es auch eine Küche auf dem Niveau Unterer Rheinweg. Wenn es eine Neuausschreibung gibt, kann meiner Ansicht nach gerne mit den neuen bewerbenden Gastronomen und Gastronominnen nochmals diskutiert werden, ob es unbedingt zwei Küchen braucht. So könnten allenfalls die Investitionskosten für den Kanton reduziert werden.

Ein weiteres Argument ist das Vorgehen der Ausschreibung respektive der Vergabe. Nach dem Entscheid, dass der Vollausbau des Restaurants durch den Kanton finanziert wird, hätte die Vergabe neu ausgeschrieben werden müssen. Dieser Meinung ist auch die Mitte-EVP-Fraktion. Als BRK haben wir unter anderem deshalb den vorliegenden Änderungsantrag eingereicht. Mit diesem soll es eine Neuausschreibung geben, wo sich alle Interessierten bewerben können und eine Marktmiete festgelegt werden soll.

Wichtig zu wissen ist, dass dieses neue Restaurant in der Kaserne, über welches wir heute befinden, bereits bei der im Jahr 2016 durch den Grossen Rat bewilligten Gesamtanierung geplant wurde. Wenn hingegen ein Quartiertreffpunkt oder ähnliches in diese Räumlichkeiten gebaut wird, muss trotzdem ein Ausbau durch den Kanton finanziert werden und dann würde es keine monatlichen Mieteinnahmen für die Staatskasse geben wie bei einem Restaurant. Übrigens wurde der Kostenrahmen, wie wir es schon gehört haben, der Gesamtanierung der Kaserne um 2,356 Millionen Franken unterschritten. Wenn man diesen Betrag anrechnet, würde der Ausbau des Kasernen-Restaurants netto nur noch 1,074 Millionen Franken kosten.

Mit dem BRK-Änderungsantrag wird die Aussenwirtschaftsfläche auf dem ganzen Perimeter auf 425 m2 beschränkt. In dieser Nutzungsfläche ist auch die geplante Gelateria inbegriffen. So wird es weiterhin genügend Platz für öffentliche Nutzungen wie das Boule-Spiel haben. Den Änderungsantrag für eine Reduktion der Aussenfläche auf 300 m2 lehnt die Mitte-EVP-Fraktion jedoch ab. Ein Restaurant am Rhein benötigt eine genügend grosse Aussenfläche, damit es rentabel betrieben werden kann. Wenn Sie aber heute den BRK-Bericht zurückweisen, werden diese Räume an der tollen Lage weiterhin auf unbestimmte Zeit leer stehen. Wenn wir aber dem BRK-Bericht mit dem Änderungsantrag der BRK zustimmen, wird das Restaurant in absehbarer Zeit gebaut. Das Kasernenareal gewinnt an Attraktivität und es fliessen Mieteinnahmen in die Staatskasse.

Wie gesagt, die Mitte-EVP-Fraktion hat ein Offen beschlossen. Ich persönlich möchte Ihnen ein Ja zum BRK-Bericht und zum BRK-Änderungsantrag ans Herz legen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Der rheinseitige Aussenbereich der Kaserne wird Stück für Stück kommerzialisiert. Wir sehen es auch jetzt jeden Sommer, die Aussenbestuhlung des Walther Restaurants breitet sich deutlich über den dafür vorgesehenen Bereich aus. Nicht unbedingt, weil es die Betreibenden wollen, die Gäste nehmen die Stühle und Tische und stellen sie so hin, wie es für sie am besten passt. Das kann ich auch nachvollziehen, wenn man eine grössere Gruppe ist, stellt man halt ein paar Tische zusammen, es stellt sie aber niemand mehr zurück und offenbar kontrolliert das auch niemand. Dass jetzt neben dem Walther und dem heute diskutierten Restaurant plötzlich auch noch die Gelateria aufgetaucht ist, das war für viele der letzte Tropfen, der das Fass definitiv zum Überlaufen gebracht hat.

Interessanterweise sagt der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Petition der Boule-Spielenden, er sieht da kein Problem darin, trotz Gelateria und Restaurants und was auch sonst noch geplant ist, sei das überhaupt kein Problem, das Boule-Spiel könne weiterhin möglich sein. Auf das Restaurant wurde in der Antwort aber nicht eingegangen. Das hatte der Regierungsrat offenbar nicht auf dem Radar, dass da neben der Gelateria noch weitere Aussenflächen gebraucht werden, bei der Allmendverwaltung hatte man es offenbar nicht auf dem Radar, das auch ein Restaurant geplant ist. Es fehlt, das müssen wir so konstatieren, sowohl der Regierung wie der Verwaltung einen Gesamtüberblick, das Verzetteln über die verschiedenen Departemente tut diesem Raum nicht unbedingt gut.

Wer jetzt aber denkt, dass nur die Gelateria das Problem sei, liegt aber falsch, auch wenn diese nicht kommt, oder ohne Aussenbewirtschaftung würde der öffentlich nutzbare Aussenbereich durch das heute diskutierte Restaurant stark weiter eingeschränkt, so dass die Boule-Spieler*innen, aber auch andere Menschen, die ohne zu konsumieren da sind, zwischen



den beiden Restaurantbetrieben eingequetscht würden und kaum noch Platz haben. Ein freies Boule-Spiel, das gemütliche Zusammensein, das Musik hören oder das Familienfest mit Picknick, wie wir das heute regelmässig sehen, wäre nur noch beschränkt und während den Öffnungszeiten der Restaurants kaum noch möglich. Statt mehr Belebung, was heute sich alle versprechen, brächte dieses Restaurant eine Verdrängung des Lebens auf dem Vorplatz.

Dem Rhein entlang reiht sich bereits jetzt eine Buvette an der anderen. Flächen, die einfach so genutzt werden können, werden immer weniger. Es scheint, als würde unser Kanton Leben im Sinne eines belebten öffentlichen Aussenraums an den Umsatzzahlen von Buvetten und Restaurants messen. Menschen, die einfach nur so da sind oder wenn sie dann konsumieren, dann das Büchsen-Bier aus dem Quartier-Lädli, diese Menschen zählen offenbar nicht. In derselben Logik wird uns jetzt eben dieses Restaurant als Belebung des kHauses versprochen. Wir können diesen Wunsch sehr gut nachvollziehen, denn entgegen dem öffentlichen Raum vor dem Haus ist das Haus selber tatsächlich sehr leer und auch unbelebt. Aber jetzt einfach etwas zu machen, damit etwas gemacht ist, bringt halt eben auch nichts.

Erstens bringt eine weitere Beiz kaum die gewünschte Belebung des Hauses. Die Leute gehen rein, raus, essen, trinken da, sie müssen dafür aber nicht mal durch die Plaza oder durch das kHaus sonst irgendwie durchkommen, da irgendetwas machen, sie haben einen separaten Eingang, es ist dasselbe, wie wenn ein Restaurant neben dem kHaus wäre. Und zweitens, ich denke, das ist der wichtigste Punkt, deshalb betone ich es hier noch einmal, würde die Gastronutzung gerade die lebendige und vielfältige Nutzung vor der Kaserne verdrängen. Also statt mehr Leben gibt es weniger Leben und das für einen sehr hohen Preis. Ich weiss nicht, ob das wirklich ein guter Deal ist. Ich glaube, wir haben etwas nicht zu wenig entlang des Rheins auf der Kleinbasler Seite und das ist überteuertes Bier und ich finde es nicht richtig, dass wir hier nochmals in das investieren.

Der Änderungsantrag der BRK macht es für uns leider auch nicht besser. Zwar geht die Begrenzung der Gastronomiefläche vor dem Haus in die richtige Richtung, er bringt aber für die öffentlichen Nutzungen ohne Konsumzwang keine wesentliche Verbesserung. Sie würden auch mit dieser Änderung zwischen Walther und dem neuen Restaurant zusammengedrängt. Ein Boule-Spiel wäre vielleicht noch ganz eingeschränkt möglich, Turniere, wie sie heute gespielt werden da, wären nicht mehr möglich und die spontanen Nutzungen mit Lautsprechern, usw., ich glaube, Sie können sich das selber vorstellen, dass das ziemlich schwieriger wird zwischen zwei Aussenbewirtschaftungen, wenn da Leute einfach tanzen und Musik hören wollen.

Und diese zwingende Neuausschreibung, die hier noch reingekommen wird, die sehen wir auch äusserst kritisch, ausser eine weitere Verzögerung und die Gefahr, dass dann am Schluss irgendeine Kette kommt, bringt es nichts. Eine hohe Miete ist offenbar wichtiger, als dass die Betreiberin, der Betreiber zum Ort passt und dass man da auch einigermassen bezahlbar konsumieren kann.

Wir sind ganz klar der Meinung, anstatt überhastet hier über einen Änderungsantrag zu versuchen, ein schlechtes Projekt irgendwie zu retten, einfach damit man irgendetwas beschlossen hat, sollte man dieses Projekt zurückweisen für etwas, das dann wirklich durchdacht ist und nicht nur das Isolierte lösen an einer Ecke des kHauses, sondern das ganze kHaus mitdenken. Weiterhin strategielos Millionen in dieses Haus zu buttern, bringt aus unserer Sicht nichts, wenn weder die Plaza noch der Kaserneninnenhof irgendwie mehr genutzt würden dadurch. Aus unserer Sicht muss ein neues Projekt, ob jetzt das ein Gastroangebot ist oder etwas anderes, ich denke, hier wäre tatsächlich etwas mehr Kreativität auch möglich, tatsächlich einen Beitrag zum Funktionieren des kHauses leisten und damit meine ich jetzt nicht primär die Mieteinnahmen, ich weiss das aus anderen Fraktionen, ist das primär notwendig, uns geht es darum, dass das Haus als Treffpunkt, als Haus insgesamt funktioniert. Ob da ein paar tausend Franken mehr oder weniger reinkommen, sollte aus unserer Sicht nicht entscheidender Punkt sein, aber es gibt sicher auch andere Nutzungen, abgesehen von einem Restaurant, das irgendwie Miete bezahlen kann.

Aus unserer Sicht braucht es eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Aussenraum und mit Aussenraum meine ich jetzt nicht nur die Rheinseite, sondern insbesondere eben auch der Innenhof. Eine Neunutzung oder mehr Nutzung braucht es im Innenhof und nicht auf der Rheinseite. Und ganz klar auch als Auftrag für die Rückweisung, die unkommerziellen Nutzungen, der öffentliche Treffpunkt darf nicht verdrängt werden.

Es wurde bereits angetönt, wir haben einen Änderungsantrag gestellt auf 300 m2 für den Aussenraum. wir werden diesen stellen, ganz formell, falls die Rückweisung abgelehnt wird. Diese 300 m2 entsprechen der Fläche, die ursprünglich in den Plänen des kHauses auf dem Vorplatz eingezeichnet wurde. Also wenn Sie da zurückblättern, vor ungefähr zehn Jahren haben wir mal Pläne gehabt und da sind auf dem Vorplatz draussen auf der Rheinseite so Tischchen und Stühlchen eingezeichnet. Das war das, wo man davon ausgegangen war, was etwa als Aussenraum genutzt wurden, das sind die 300 m2. Also deutlich weniger als hier jetzt geplant ist, selbst mit dem Antrag der BRK. Und es ist schon bezeichnend, dass dem Walther bereits ungefähr diese Fläche gegeben wurde, der Walther-Buvette, ohne dass man sich irgendwie hier Gedanken gemacht hat, ob es ein Problem sein könnte.

Ich kann Ihnen nur nochmals empfehlen, dieses Projekt zurückzuweisen, hier eine saubere Lösung zu machen, etwas, das hoffentlich dann wirklich funktioniert, anstatt hier diese Millionen zu sprechen für ein Projekt, ich prophezeie, das wird nicht funktionieren, aber das hat ja offenbar nicht so einen riesigen Einfluss. Ich kann einfach noch sagen, dass falls sowohl Rückweisung und Änderungsantrag von uns abgelehnt wird, unsere Fraktion grossmehrheitlich das Geschäft ablehnen wird.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Zürcher, nehmen Sie die Zwischenfrage von René Brigger an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Tonja Zürcher, nur kurz, sind Sie tatsächlich der Ansicht, wenn der Änderungsantrag der BRK durchkommt, dass das Boule-Spiel verunmöglicht wird?

Tonja Zürcher (GAB): Wie ich ausgeführt habe, wird das Boule-Spiel in einer sehr eingeschränkten Form, also wahrscheinlich auf einer Bahn, also es sind keine Bahnen auf der Fläche, auf einer Bahn noch stattfinden können, aber nicht mehr, dass verschiedene Gruppen zusammen spielen können und alle anderen Nutzenden hätten keinen Platz mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Sprecher für die SVP, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Was wir heute hier erleben, ist der etwas aus meiner Sicht unvernünftiger Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Sie versuchen, diesen Pudding jetzt schon sehr lange an die Wand zu nageln und Sie wollen immer noch nicht begreifen, dass Sie diesen Pudding an die Wand nageln probieren können, er wird nicht dort bleiben. Und das, was wir jetzt erlebt haben seit der letzten Grossratssitzung, ich muss es sagen, meine Damen und Herren, ich erachte das als unseriöse Arbeit der BRK. Sie kommen heute eigentlich mit einem Grossratsbeschluss und einem Antrag, der etwas völlig anderes aussagt als das, was sie noch vor wenigen Wochen uns hier in diesem hohen Hause beantragt haben. Das erachte ich nun wirklich bei diesem Geschäft, über das wir auch schon in der gesamten Vorlaufzeit und der gesamten Vorgeschichte kennen und schon lange diskutieren, für wirklich unseriös. Und das überzeugt die SVP-Fraktion mehr denn je, dass wir heute hier die Rückweisung dieses Geschäftes beantragen und eventualiter, wenn diese Rückweisung scheitern würde, dieses Geschäft auch ablehnen werden.

Vieles, was meine beiden Vorredner Luca Urgese und Tonja Zürcher gesagt haben, stimmt völlig. Ich war mit Luca Urgese vor ganz vielen Jahren, obwohl wir noch nicht so alt sind, in der vorberatenden Kommission der Bildungs- und Kulturkommission und haben uns damals von Philippe Bischof, der war noch Kulturamtsleiter, und vom damaligen Regierungspräsidenten in vielen Sitzungen blumig erklären lassen dürfen, wie toll diese neue Kaserne werden wird, wie toll das funktioniert und wie alles super sein wird. In der Zwischenzeit wissen wir, dass sehr wenig in der Amtszeit von Herrn Morin und von Herrn Bischof tatsächlich auch super wurde. Und als wir dann aber kritisch nachfragten und genauere Zahlen in der BKK erhalten wollten, weil wir schon damals der Ansicht waren, es wird nicht funktionieren, hat man sie uns erst sehr spät geliefert. Und was ist danach passiert? Dieses Geschäft dieser Kaserne ging nicht einfach flutschig durch den Grossen Rat.

Und auch Frau Regierungsrätin Soland, auch mit dem Hut als Finanzdirektorin, es gab dazu eine Volksabstimmung. Sie haben der Bevölkerung ein Versprechen abgegeben, was die Kosten anbelangt. Sie brechen dieses Versprechen, indem Sie heute weitere Steuermillionen in die Hand nehmen und vielleicht aus dem Fenster werfen wollen. Das ist unehrliche Politik gegenüber der Stimmbevölkerung. Hören Sie auf, den Menschen etwas vorzugaukeln, was nicht funktionieren wird. Sie haben es doch gesehen, alleine schon, dass die BRK nun über Weihnachten und Neujahr, ich frage mich, an wie vielen Sitzungen das gemacht werden konnte, mit einer völlig neuen Ausgangslage hier nun vortritt.

Und Frau Regierungsrätin Soland, fast wie im Zirkus, hat es Herr Urgese vorher erwähnt, nun noch auf die Idee kommen, dass der Präsident der BRK und eine Vizepräsidentin der BRK in einer Jury sitzen sollen, dass das nun das Geschäft besser machen soll, das halte ich für absolut unglaublich. Das ist im Übrigen auch aus Sicht der Governance mehr als fragwürdig, wenn Sie nun auf diesem Wege dann noch das Parlament in die Mitverantwortung ziehen wollen. Das ist unverantwortlich. Seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie, das, was geplant war, hat nicht funktioniert und es wird auch mit diesem Änderungsantrag der BRK nicht funktionieren.

Und ich finde auch diese Argumentation, Herr Brigger hat das ja im Telebasel gesagt, es «tötelet» und deshalb braucht es das nun. Ich finde, das ist völlig falsch, die Kaserne «tötelet» in diesem Bereich nicht. Es ist eine Frage des Wetters, bei schönem Wetter, das hat Frau Zürcher richtig gesagt, ist dieser Bereich heute hervorragend genutzt, im Gegenteil, er ist vielleicht sogar übernutzt. Es braucht dort nicht eine zusätzliche Aufwertung durch ein Restaurant. Und an den Tagen, an denen es eben nicht gutes Wetter ist, bleibt es ein Gebiet, das vielleicht eher etwas trist ist. Daran wird aber ein solches Restaurant auch nichts ändern, denn wir wissen das doch aus der Gastronomie, lesen Sie doch die Berichte über Betriebe, die zugehen. Viele beklagen sich schon heute, dass die Frequenz zu tief ist, weil unter anderem auch vieles zu wenig belebt ist und das wird doch bei diesem neuen Projekt dann auch nicht anders sein.



Dieses Restaurant wird doch nicht langfristig sich tragen können. Erst recht nicht, wenn Sie jetzt mit einer neuen Ausschreibung dann noch die Kosten für die Ausstattung auf den Restaurant-Mieter umwälzen wollen, der dann das als Risiko auch noch mittragen muss. Klar, er erklärt sich dazu bereit, es mitzutragen, aber ob er es dann langfristig mittragen kann, ist ja eine andere Frage. Und ich meine, was bleibt dann, wenn ein Restaurant in einem Jahr oder in zwei Jahren zugeht, weil er es nicht mehr wirtschaftlich tragen kann, dann bleibt dieser Ort wieder leer und der Kanton bleibt auf diesen Kosten sitzen und das Projekt wird dadurch auch nicht besser. Ich glaube, wir vergeben uns nichts, wenn wir dieses Geschäft nun an den Regierungsrat zurückweisen und ihm die Gelegenheit geben, noch einmal vertieft über die Bücher zu gehen. Den Reset-Knopf zu drücken, scheint uns jedenfalls sehr richtig zu sein.

Und nun auch diese Flächendiskussion, die Sie angesprochen haben, in den Anträgen der BRK, aber auch in den Anträgen des Grün-Alternativen Bündnisses betreffend der Allmendfläche, diesem doch auch etwas komischen Versuch, nun noch den Bedürfnissen der Boule-Spielerinnen und Boule-Spieler entgegenzukommen, das finde ich zwar schön, dass man nun plötzlich an die Boule-Spieler denkt, nachdem man sie vorher vergessen hat, nur streicht man einfach damit irgendwie das Konzept der Gelateria, wie Herr Urgese erwähnt hat, schafft damit unabhängig der rechtlichen Ausgangslage ein neues Problem und macht damit nichts, was letztlich irgendwie der Gesamtsituation einen grösseren Gefallen macht. Also wir finden schon, dass hier in diesem Geschäft derart viel schräg läuft, dass wir nichts verlieren, wenn wir noch einmal zurückgehen.

Und es wäre vielleicht auch einmal an der Zeit, gut, Frau Regierungsrätin Soland hat dies heute zumindest in abgeschwächter Form getan, zuzugeben, dass das, was damals geplant war, einfach falsch war. Diejenigen, die in diesem hohen Hause davor gewarnt haben, haben recht bekommen. Wir feiern deshalb nicht, Herr Urgese, aber es ist einfach so, wir haben davor gewarnt, Sie haben es nicht hören wollen, der Regierungsrat hat es nicht hören wollen und nun haben wir dieses Debakel und besprechen dieses Thema dieses Restaurants im Kasernenhof zum x-mal und halten fest, dass auch nach dem x Versuch wir noch einmal eine Schlaufe jetzt nehmen mussten. Diese Schlaufe zu nehmen, glaube ich, ist richtiger, wenn wir es machen, indem wir das Geschäft an den Regierungsrat zurückweisen.

Ich bitte Sie deshalb, der SVP-Fraktion zu folgen, zurückzuweisen und wenn dies nicht gelingt, das Geschäft abzulehnen, dann sind wir wieder auf Feld 1, ja, aber wir glauben, das ist für dieses Geschäft der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Thüring, die Zwischenfragen von der Herren Furlano und Bucher? Sie werden angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Ganz viel, was Sie gesagt haben, Joël Thüring, ist absolut meiner Meinung, vor allem auch, dass von Anfang an einfach miserabel geplant geworden ist in einer anderen Ära, das können wir nicht mehr rückgängig machen. Eine kurze Frage, was sind in Ihren Augen die Alternativen, wenn man jetzt den Rohbau, es ist ja ein Rohbau, wie ich es verstanden habe, so lassen? Was ist die Alternative und wie viel kostet die Alternative jetzt?

Joël Thüring (SVP): Das sind die guten Fragen, diese Fragen bekommen Sie beantwortet von der Regierung mit einer Rückweisung. Das ist die Aufgabe des Regierungsrates, das zu tun, von niemand anderem.

Erich Bucher (FDP): Joël Thüring, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie zuerst einen sauberen Business Case wollen, bevor wir dem Geschäft zustimmen können?

Joël Thüring (SVP): Ja, so wie man es sich von der Privatwirtschaft eigentlich gewohnt ist, wobei es ist auch dort nicht immer so wahrscheinlich, aber ja, das wünsche ich mir. Wir sollten mutig sein und jetzt einen Schritt zurückgehen und uns verinnerlichen, dass man einen Pudding nicht an die Wand nageln kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Sprecher für die LDP, Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Dieses Thema wurde in unserer Fraktion intensiv diskutiert. Das Nutzungs- und Finanzierungs-konzept der Kaserne wurde dabei generell kritisiert. Stein des Anstosses war insbesondere die indirekte Subventionierung eines privaten Restaurantbetriebes und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung. Neu soll nun gemäss Frau Regierungsrätin Tanja Soland die staatliche Investition von rund einer Million Franken durch die Restaurantbetreiber amortisiert werden. Neu



wird auch die BRK bei der Jurierung miteinbezogen. Somit sind neu für eine Mehrheit der LDP die grössten Vorbehalte ausgeräumt.

Aus all diesen Gründen folgen wir dem Änderungsantrag der BRK und ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit. Für Zwischenfragen stehe ich zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Zwischenfragen. Damit sind wir beim Sprecher für die SP, Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Gabriel Nigon, vielleicht hätte ich Ihnen eine Zwischenfrage gestellt, wenn ich nicht noch selber sprechen hätte können oder jetzt auch darf. Ich bin auch so in dieser fast epischen Diskussion um diese Kaserne. Der ursprüngliche Vorschlag, beginnen wir mal da, das kann ich noch so knapp überblicken, 2016 hatte man ein Konzept, man hat diese 44,6 Millionen Franken bewilligt, und darin ging es um diese bauliche Öffnung. Man hatte quasi eine Gesamtbetreiberin gesucht und man hatte eine Flankierung, Ost und West, mit einer gastronomischen Nutzung. Über das haben Sie, die älteren hier drin, schon debattiert, ich nicht, aber so habe ich das verstanden. Dann hat man quasi diese Gesamtbetreiberin gefunden, es ist ja nicht so, dass diese Kaserne gar nicht funktioniert, man hat auch Osten besetzt und im Westen hatte man ein Problem. Weil die Ausschreibung, wo der Vollausbau auf Seite der Mieterin funktionieren sollte, das nicht passiert ist. Die Umstände, das haben wir auch gehört, es fiel wirklich in diese Zeit von Corona. Was das mit Gastronomie zu tun hat, das wissen wir.

Und jetzt heute nehmen wir einen neuen Anlauf zu dieser Kaserne, nachdem wir das letzte Mal, ja, das ist richtig, das Geschäft vertagt haben. Gewisse hier drin nennen das Wackelpudding an die Wand nageln oder akrobatische Verrenkungen, ich würde es jetzt als eine lernende Debatte bezeichnen. Weil was wir jetzt heute mit dieser Ausgabenbewilligung haben, die Ursprungsvorlage, die wir verhandeln von diesen 3,4 Millionen für den Vollausbau und zur Vermietung dieses Restaurants West haben, ist jetzt ergänzt mit einem Änderungsantrag der BRK. Wir von der SP wollten das letzte Mal schon diese Flächenbeschränkung rheinseitig reinnehmen in diese Ausgabenbewilligung und das wurde jetzt ausgeweitet.

Zum Konkreten, weshalb dieser Änderungsantrag wirklich wichtig ist und lernende Elemente hat. Beschränkung der gastronomischen Angebote rheinseitig. Dort geht es genau darum, das wurde von vielen hier drin moniert, dort, wo es quasi diese nicht so attraktive Situation gibt, ist auf der anderen Seite. Das heisst, wenn man einen Cap hat auf den Rhein, was passiert dann? Die gastronomischen Nutzungen, und das ist dann auch ein Auftrag an das kHaus bzw. diese Gelateria, die können dann nach oben rücken. Auch der Walther hat ja da auch eigentlich schon Aussensitzplätze. Und wenn die Allmendbehörde einfach schon viel zu viel bewilligt hat, dann ist das jetzt eine politische Leitlinie, wie wir das zukünftig handhaben möchten. Also gerade diese 425 m2 sind für diese Belegung wichtig. Sie sind auch wichtig, und das hat Kollegin Zürcher angesprochen, dass die jetzt freien Nutzungen, wie ich sie bezeichne, nicht vollständig verdrängt werden. Und da, je nachdem, wie man das ausmisst, mit Durchwegung, hätten wir einen Viertel gastronomische Nutzung, der Rest wäre frei bzw. natürlich auch der Eingang in diese Plaza, die dann auch diese Verbindung schafft, wäre also gegeben.

Ein wichtiger Einwand wurde aufgenommen, Neuausschreibung unter Massgabe der tatsächlichen Kosten. Und das führt mich zum Geld und ich glaube, das ist schon noch wichtig. Wie wir jetzt gehört haben, diese ursprünglichen 44 Millionen, die wurden, und das finde ich super, nicht vollständig ausgeschöpft. Das heisst, dort gibt es rund 2 Millionen, das ist ein altes Geschäft, deshalb kann man die jetzt hier nicht gebrauchen, aber die jetzt hier so ein Exempel statuieren wollen und sagen, ja, okay, das ist die Chance, dass man einfach dieses gesamte Konzept, vor allem von dieser finanziellen Seite her angreifen kann. Das, glaube ich, ist wirklich ein bisschen zu weit gegriffen.

Und gerade noch, wenn man sagt, es wird hier nicht irgendein privates Unternehmen mit staatlichen Geldern subventioniert, sondern es wird diese Herausforderung ernst genommen, dass der Mieterinnenausbau dazu führt, dass dann auch diese gastronomische Nutzung möglich wird, dass man das jetzt vorfinanziert von unserer Seite, von der staatlichen Seite. Und das wurde ausgeführt, wie setzen sich dann diese Mieten zusammen. Man hat quasi die Grundmiete und man hat dann diese Umsatzbeteiligungen und man hat auch, das wurde meiner Meinung nach jetzt klar ausgeführt und das ist auch ein Element dieser lernenden Debatte, dass man die effektiven quasi Investitionen, die dazu kommen, dass man die amortisiert. Und da sehe ich jetzt wirklich nicht dieses finanzielle Himmelfahrtskommando oder was auch immer, sondern ich finde, hier haben wir relativ schnell die Umsetzung des ursprünglichen Gedankens, was wir mit dieser Kaserne machen wollen und wo auch quasi mitgetragen wurde von der Bevölkerung und auch da jetzt wirklich dieser Leerstand behoben werden sollte.

In diesem Sinne hoffe ich wirklich, dass wir heute einen Schritt gehen können und eben diesen Wackelpudding wirklich stabilisieren, dass diese Kaserne in der Idee endlich vollständig zum Tragen kommt. Und deshalb bitte ich Sie, dem Änderungsantrag der BRK zuzustimmen und mit diesen wichtigen Änderungen, das möchte ich betonen, dieses Geschäft zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Luca Urgese an? Sie wird angenommen.



Luca Urgese (FDP): Ivo Balmer, glauben Sie ernsthaft daran, dass wenn wir diese Fläche begrenzen, die Menschen dann in den Innenhof sitzen werden, in den Schatten, statt sich vorne, das, was sie eigentlich wollen, am Wasser, an der Sonne, irgendwo einen anderen Platz vor einer anderen Buvette suchen? Glauben Sie da wirklich daran?

Ivo Balmer (SP): Ich glaube wirklich daran, dass, wenn es gastronomische Nutzungen gibt, die dann sich oben ansiedeln müssen, weil unten der Cap bei 425 m2 da ist und wenn das Angebot dort stimmt, da bin ich einmal ein Liberaler, dann wird die Nachfrage auch im Kasernenhof stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher als Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Wenn wir etwas nicht brauchen am Rhein, ist es ein Angebot an überbeuerten Bier. Den Satz hatte ich vorher schon mal gehört. Selten, nein, nie war ich so einig mit Tonja Zürcher. Und das zum letzten Mal, wo ich hier vorne stehe, im Gegensatz zu einem heute nicht anwesenden Alt- und bald wieder Grossrat, meine ich das dann auch so. Nicht einig bin ich für einmal mit Joël Thüring. Das Vorgehen der BRK ist nicht unzuverlässig oder unseriös, sondern es ist eigentlich, und dafür ist der BRK und ihrem Präsidenten ein Dank auszusprechen, dieses Bemühen, alles zu unternehmen, was eine völlig verkorkte Situation noch irgendwie retten könnte. Und es tut mir natürlich vor allem für meinen Fraktionskollegen Michael Hug leid, dass ich seine immensen Bemühungen hier nicht honorieren kann und den Antrag der BRK mit einem Teil der LDP restlos ablehne. Insofern kann ich Kollege Thüring wieder beruhigen, im Fazit bin ich durchaus mit ihm einig.

Wir haben in der Fraktionssitzung vorgestern lange diskutiert, was die am wenigsten schlechte Lösung ist, diejenige, die die BRK vorschlägt, oder dass halt zumindest vorläufig nichts geschieht. Wir waren damals noch der Meinung, lieber nicht, mittlerweile hat Frau Regierungsrätin Soland ein paar Zahlen nachgeliefert und ein paar Zusicherungen gemacht, die ein Teil meiner Kolleginnen und Kollegen dazu bewogen hat, die Meinung zu ändern. Nun, es ist nicht das erste Mal, aber wie gesagt, das letzte Mal, dass ich mich in einer Minderheit befinde. Ich finde weiterhin, es ist keine gute Idee. Wenn jetzt nichts kommt oder respektive dann eine Kita mit Blick auf den Rhein kommt oder ein weiteres Quartierzentrum, all das kostet dann auch Geld, aber das, was wir hier beschliessen wollen, kostet wirklich auch viel Geld und es ist halt wirklich eine deutlich schlechtere Lösung. Insofern stimme ich mit denen überein, die sagen, bitte zurück an den Regierungsrat, so was bitte nicht.

Nun sollen also die Investitionen mit der Miete teilweise zumindest amortisiert werden, heisst es. Und wenn nicht, was eigentlich zu erwarten ist, nun, dann wird es eben nicht passieren, dann werden wir einen Nachtragskredit sprechen oder eben zur Kenntnis nehmen, dass diese ganze Sache nicht rentiert. Denn bitte, in der Kaserne hat doch wirklich nie etwas rentiert, das ist immer ein Grab gewesen für gutes Geld, das bereits vorhandenem oder verlorenem Geld hinterhergeschmissen wird.

Dazu ist das hier vorgeschlagene Vorgehen im höchsten Masse unfair. Bisher sollte eine Pächterin in den Genuss kommen, eine vollständig ausgerüstete Gaststätte übernehmen zu dürfen. Nun immerhin hat man da eine neue Ausschreibung gemacht, trotzdem bleibt es dabei, die bestehenden Konkurrenten, Ufer 7 oder Riviera, die mussten sich selber durchkämpfen. Die mussten selber dafür schauen, dass sie eine voll ausgerüstete Gaststätte haben, mussten das selbst finanzieren oder sie mussten es dem vorigen Pächter, der vorigen Pächterin abkaufen. So läuft das nämlich im Gastgewerbe, nachher sprechen noch Kollege Ebi, der hat da mehr Erfahrung, der wird es dann wahrscheinlich sagen. Nun soll es also neu ausgeschrieben werden und es wird nur neu ausgeschrieben über, wenn dann dass staatliche Manna stattdessen ausgeschüttet wird, das, finde ich, macht es nicht besser.

Dies erklärt die grundsätzliche Opposition meiner Person, eines Teils der LDP, zum vorliegenden Beschlussantrag. Über die Belegung der Aussenfläche habe ich jetzt noch gar nicht gesprochen. Eine Aussenfläche, bei der immer versprochen wurde, dass sie eben nicht kommerziell genutzt werden soll, dass es auch noch eine Ecke geben soll an dieser Kaserne, wo man einfach sein kann, wo man zum Beispiel den Boule-Spielern zuschauen kann oder eben selber Boule spielen kann. Für diese Boule-Spieler sei nun gesorgt, wird gesagt, nun ein klassisches Zitat zum Schluss: Die Nachricht höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die faktischen Umstände, die schon heute bestehen, dass nämlich die bestehenden Aussenwirtschaften immer mehr sich expandieren, immer mehr ausbreiten und schon heute es etwas schwierig wird, daran vorbeizukommen, wird sich das auch später auswirken, es wird dann also schlussendlich die Boule-Spieler verdrängen.

Ja, es stimmt, die vorliegende Vorlage ist das Produkt einer völlig verkorkten Planung. Da können wir nichts mehr ändern, aber wir können verhindern, dass noch verkorkstere Beschlüsse jetzt dazu kommen. Deshalb sage ich, deshalb sagt ein Teil der LDP, nein zu diesem Bericht.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir sind in Kleinbasel, wir sind dort, wo der Bär tanzt, wie man so schön sagt. Und wenn schöne Tage sind, wie wir schon gehört haben, dann ist wirklich dort der Bär los. Das finden wir alle super, das finden aber nicht nur die super, die von Beiz zu Beiz torkeln, sondern das finden natürlich auch alle anderen super. Das finden die Kinder super, man kann am Rhein unten sitzen, ein paar grillieren dort unten, ein paar tanzen zu Musik, zu südamerikanischer Musik, zu Handörgeli, dort unten passiert wirklich viel in diesem Bereich zwischen Wettsteinbrücke und Mittleren Brücke weiter runter bis zur Johanniterbrücke.

Wir wollen jetzt nochmal die Kaserne umgestalten. Wir wollen sie nochmal verbessern, wir wollen nochmal eine Beiz hineinsetzen. Das ist ja grundsätzlich nicht einfach falsch, es gibt ja schon viele, wir haben zwar schon hunderttausend Buvetten, aber die laufen im Sommer, auch da wieder, sie laufen im Sommer. Wir haben auf der Kaserne oben ein wunderbares Türmchen, das auch schon schön vermietet ist mit einer wunderbaren Bar, mit einer Bar darunter. Also an dieser Kaserne, dem ganzen Rhein entlang, an diesen Buvetten, das ist ein wunderschöner mediterraner Ort, den wir hier in Basel haben.

Und jetzt kommen 3,5 Millionen, mit denen man einen Teil von dem ganzen Bereich zwischen Wettsteinbrücke und Johanniterbrücke subventionieren will. Man will jemandem, der dann diesen Zuschlag bekommt, im Gegensatz zu den anderen, die das alles selber zahlen mussten, 3,5 Millionen Unterstützung geben, damit sie ein ausgezeichnetes, ausgebautes Restaurant auf die Beine stellen können. Vielleicht brauchen sie diese Küche gar nicht, vielleicht brauchen sie den ganzen Abzug dort drinnen gar nicht und trotzdem wird das einmal gemacht. Vielleicht kommt der neue Mieter, weil das doch nicht rentiert und sagt, ich brauche das gar nicht, dann haben wir das Geld wieder hinausgeworfen. Aber zahlen soll man es, amortisieren soll man, 3,5 Millionen amortisieren. Meine Damen und Herren, 3,5 Millionen amortisieren, in was? In einem Jahr, in zwei Jahren, in zehn oder in 100 Jahren in eine Beiz, wo es schon hundert andere Beizen rundherum hat. Also ich drücke da die Daumen, das wäre also grosse Klasse. Wenn das so wäre, bewerbe ich mich also auch, wenn man mit dieser Beiz in fünf Jahren 3,5 Millionen amortisieren kann, dann wäre ich nach zehn Jahren Multimillionär, das wäre grosse Klasse.

Es wird jetzt abgeschwächt. Man sagt jetzt, nein, nicht mehr, 2 Millionen können wir sonst irgendwo verstecken, es geht nur um 1,2 oder 1,4 Millionen, die man amortisieren muss. Und ja, vielleicht kommen wir dann doch wieder entgegen, weil es dann halt doch nicht geht, jetzt haben wir A gesagt, jetzt müssen wir auch B sagen und dem noch einmal eine Chance geben. Ich höre es jetzt schon, das kommt wieder zurück hier in den Rat und wir werden kein bisschen schlauer sein, sondern genau am gleichen Ort stehen wie jetzt.

Das ist das eine und das zweite ist, ich finde es unglaublich ungerecht, wenn man jemandem die Möglichkeit gibt, wer auch immer das ist, eine so wunderbare Lage, ein so wunderbares Restaurant voll neu ausgebaut nach den eigenen Wünschen zu einem ultraattraktiven Zins zur Verfügung zu stellen. Das ist ungerecht. Das ist nicht für mich freiheitliches, kapitalistisches LDP-Denken und darum kann ich das echt nicht unterstützen. So toll ich Michael Hug finde und alles schätze, was in dieser LDP passiert, es ist ja die geilste Partei.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Ebi, nehmen Sie die Zwischenfrage von René Brigger an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Alex Ebi, die neue Ausschreibung wird ja dann durchaus marktgerecht sein. Der Zins ist eine Höhe, was wird ausgebaut, etc. Sie können sich auch bewerben. Das ist schon die Chance, ein sauberes Verfahren sauber wieder aufzugleisen, fair.

Alex Ebi (LDP): Also ich glaube, die Boule-Spieler haben zu wenig Platz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Das sei eine lernende Debatte, diese Floskel habe ich heute zum ersten Mal gehört. Mein erstes Learning ist, ein rechter Teil von Ihnen weigert sich, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Wir sind vor einem failed Project und ich glaube, Herr Ebi hat das sehr drastisch geschildert und andere auch, also es ist mir völlig unverständlich, aber das haben schon viele angeführt.



Dann wurde als grosses Argument für diesen genialen neuen Vorschlag noch gesagt, der Präsident oder die Präsidentin und Vizepräsident, Vizepräsidentin der BRK dürfen dann in die Jury gehen. Ja, was ich gelernt habe, Sie treten die Gewaltenteilung mit Füßen. Das ist eine Vermischung, das ist ja toll eingefädelt von der Finanzdirektorin. Dann sind beide Ratschälften eingebunden in diese Vergabe, eine exekutive Vergabe, die Bisshemmungen dann in der parlamentarischen Kontrolle sind vorprogrammiert. Das verstösst gegen alle Public Corporate Governance-Vorgaben. Wir haben uns selber aus allen möglichen Kommissionen, jetzt zuletzt auch aus der Museumskommission entfernt und das wurde von der Regierung vorangetrieben und jetzt wollen Sie da das Wohlwollen des Parlamentes, sich sichern oder eben den mangelnden Zugriff der Kontrolle, indem Sie die Spitzen einer Kommission in eine Jury nehmen. Da habe ich wirklich gestaunt und wenn das eine lernende Debatte ist und das Beispiel ist, wie dass dieses Geschäft behandelt wird, dann sehen wir, über was wir dann sprechen in ein paar Jahren.

Ich glaube, die Rückweisung ist das einzig richtige.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland nochmals das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für diese ausführlichen und offenen Voten. Vielleicht hinten angefangen, David Jenny, also ich meine, Sie sind jetzt schon bereits mit der Beratung dieses Geschäfts und mit den Wünschen, die an uns gestellt werden, teilweise ein wenig in unseren Bereichen hinübergerutscht. Das erleben wir immer wieder, dass auch der Grosse Rat gerne etwas exekutiv tätig ist und ich glaube, diese Grenzen haben sich schon lange etwas verwischt und das Geschäft kommt ja nachher nicht nochmal in Grossen Rat. Es ist auch keine formelle Kommission, wir fallen nicht unter das Beschaffungsgesetz. Theoretisch könnte das wahrscheinlich auch ich alleine entscheiden.

Wir machen häufig bei Immobilien Basel-Stadt, dass wir ein Team machen, das zusammen anschaut, welches Konzept ist gut, die Richtlinien werden ja vorher festgesetzt, da gibt es ja nicht mehr viel zu drehen. Aber die Schwierigkeit ist häufig die Transparenz und anscheinend interessiert dieses Kasernengebäude, was dort genau passiert, wirklich en détail. Also wenn Sie der Debatte zugehört haben, ich habe das, en détail interessiert alles, wo, wie, was, wer stuhlt wohin, wer hört wo Musik, am liebsten möchten Sie regeln, wo darf man den Stuhl stellen und den Stuhl vom Walther darf man aber nicht drei Meter weiter stellen. Gut, das finde ich auch schwierig, muss ich sagen.

Und was ich sehr schwierig finde, zu sagen, dass unser Rheinboard kommerzialisiert sei und dass man dort nirgends mehr hinsitzen könne und Musik hören. Da kenne ich ganz andere, viele Anwohner, die sagen, überall kann man einfach hinsitzen und Musik hören, das stört. Also ich glaube, das Rheinbord ist nicht überkommerzialisiert. Da können Sie mal schauen gehen im Sommer, also liebe Tonja Zürcher, das sollten Sie auch wissen, da können Sie wirklich hinsitzen, grillieren, da können Sie Musik hören, bis dass die Kollegen der Polizei, bis Herr Hochuli vorbeikommt und sagt, so jetzt ist Sendepause, ich verwarne Sie einmal und nachher gibt es die Busse. Also, ich glaube, es macht wirklich Sinn, hier doch auch bei den Fakten zu bleiben. Sie haben Platz am Rheinbord und dieser enge Platz vor der Kaserne ist ja nicht der einzige mit Blick auf den Rhein. Und es ist klar, dass wir nicht die Boule-Spieler verjagen wollen und verdrängen wollen, das will niemand und, um das auch noch zu sagen, im Ratschlag steht nirgends etwas von 300 m², wie Tonja Zürcher gesagt hat, das ist falsch. Es hat sich nicht geändert, es war dort gar noch nicht dargestellt, wie viel es überhaupt gibt und die Allmendbehörde bewilligt das, wie viel Aussenraum Sie erhalten und diese Bewilligungen werden auch immer wieder erneuert. Da wird man Rücksicht nehmen, selbstverständlich.

Und dann, ob das Projekt falsch war oder ob man etwas falsch geplant hat, ich bin nicht Historikerin, ich bin Regierungsrätin und mein Job ist es, zu schauen, was sind die Materialien, was steht im Ratschlag, über was hat das Volk abgestimmt und was ist der Sinn und Zweck, was wollte man. Und ja, man wollte das Restaurant, man wollte diese Nutzung, man wollte auch Mieteinnahmen generieren. Man hat es als etwas positives gesehen, ein Restaurant, heute höre ich jetzt wieder, das sei nicht positiv, das Bier ist zu teuer. Gut, also Sie können in der Kaserne im Hauptbau mittendrin Ihr Bier aus dem Aldi, Lidl, Denner, wo auch immer, konsumieren und die anderen, die wollen, könnten dann ins Restaurant gehen. Ob es zu teuer ist, also ich glaube, die Marge in der Gastronomie ist nicht so hoch, das kann Ihnen dann vielleicht Franz-Xaver Leonardt erklären, ob man wirklich so reich wird mit einem Restaurant. Soweit ich weiss, ist das nicht so, die Margen sind sehr klein und ich glaube nicht, dass das Bier da unfair zu teuer ist.

Wir haben uns an den Sinn und Zweck gehalten und es war eine schwierige Aufgabe. Ich habe das übernommen aus einem anderen Departement, bereits einen Versuch gemacht, hat mit der Ausschreibung nicht funktioniert, jetzt haben wir es anders gemacht und ich finde es in Ordnung, wenn wir heute jetzt nochmal einen anderen Weg gehen. Und ich spüre, ich weiss nicht genau, ob ich spüre, ob alle jetzt eifersüchtig sind, wenn ich den BRK-Präsidenten und Vize einlade in die Jury. Ich finde, es ist ein guter Vorschlag, Transparenz herzustellen, wo ich es nicht besser machen kann. Mir ist Transparenz wichtig, ich kann es aber nicht anders machen. Ich kann Ihnen nicht die Protokolle schreiben lassen in der Jury und die dann überall verteilen. Daher ist das ein Angebot, das muss man ja auch nicht annehmen.



Und subventionieren tun wir nicht. Wir bauen auch bei anderen Gastronomen manchmal in den Gebäuden etwas mehr aus, das ist üblich. Die Frage ist nur, bis woher man ausbaut, wie viel Miete man verlangen kann. Da muss man auch immer schauen, wo ist eine Gastronomie. Also IBS ist sich das gewohnt, ist da immer nah am Markt und es ist unterschiedlich. Aber jetzt haben wir eigentlich nicht vor, eine Subvention zu geben, das machen wir nicht, aber der Bau, wie das schon gesagt wurde, es ist ein vollkommener Rohbau, da können Sie niemanden hineinlassen und wenn der Wunsch ist, ein Restaurant zu machen, muss man etwas investieren.

Ich bitte Sie sehr, heute das nicht zurückzuweisen und wenn Sie den Vorschlag der BRK gutheissen, werden wir dies auch so ausführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland, nehmen Sie die Zwischenfrage von Tonja Zürcher an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Wenn Sie mir schon hier vorwerfen, dass ich Falschaussagen mache, ich aber nicht gesagt, dass Quadratmeter im Ratschlag gestanden sind, aber haben Sie die Pläne gesehen, die im Ratschlag drin waren zum kHaus-Ausbau? Das sind auf der Ebene Rhein ganz klar Tische drauf. Haben Sie ausgemessen, wie viele Quadratmeter die ausmachen und falls ja, was ist Ihre Zahl, wo Sie draufkommen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das waren, glaube ich, drei Fragen. Nein, das war eine Illustration, das habe ich nicht nachgemessen, aber die Fläche, die gebraucht wird für die Gastronomie, ist die gleiche wie heute.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Vielen Dank für diese angeregte und interessante Diskussion. Ich glaube, wenn man das alles zusammenbricht, muss man sich einfach selbst als Parlamentarier, als Parlamentarierin die Frage stellen, will man hier ein Restaurant oder will man es nicht. Das Konzept, das vorliegt, sieht ein Restaurationsbetrieb an dieser Stelle vor. Die Bau- und Raumplanungskommission stellte sich diese Frage, ob man das Konzept quasi abschliessen möchte mit dem Bau eines Restaurants oder mit der Möglichkeit, dass man ein Restaurant dort baut, oder ob man das nicht möchte, und die Kommission kann zum Schluss, man möchte das, zähneknirschend mit viel Kritik an dem ganzen Prozess, von der Ausschreibung bis zu den Modalitäten.

Dann möchte ich kurz ein paar Bemerkungen machen. Nennen Sie es, wie Sie möchten. Ein Pudding an die Wand nageln oder auch eine Zirkusveranstaltung, werte Kollegen Thüning und Urgese. Aber die Arbeit der Kommission, wie es auch Kollege André Auderset schon gesagt hat, möchte ich nicht in diesem Sinne kritisiert wissen, dass wir unseriös gearbeitet haben. Es ist nämlich so, dass die Änderungsanträge, die Sie heute lesen, im Dezember schon auf dem Tisch gelegen sind und wir mussten und wollten nicht diese durch das Parlament direkt zur Abstimmung bringen, weil eine Neuausschreibung rechtlich geprüft werden musste. Darum haben wir uns diese Zeit genommen und das ist doch seriös, dass wir das geprüft haben. Ansonsten haben wir auch nichts Wesentliches geändert an den Änderungsanträgen. Wir haben sie geprüft und wir haben sogar in einer ordentlichen BRK-Sitzung das Thema nochmal aufgerollt und gemeinsam geschaut, ob wir einen Änderungsantrag finden, der eine Mehrheit findet, im Interesse, dass wir nicht rückweisen müssen, dass wir nicht wieder Zeit verlieren, dass die Verwaltung nicht nochmal sich darüber beugen muss und nochmals Steuergelder in diese Hand genommen werden und Zeit in der Verwaltung, weil wir wissen, das Resultat wird nichts Bahnbrechendes zu Tage fördern. Entweder es gibt ein Restaurant und wenn Sie es heute zurückweisen oder ablehnen, dann gibt es halt etwas anderes, da bin ich überzeugt.

Wenn Sie ein Restaurant wollen, dann können Sie heute unter der Bedingung des Änderungsantrags der BRK gut zustimmen, weil wir haben viele wichtige Punkte adressiert, die Sie bemängelt haben. Zum einen die Aussenflächen, die wir reduziert haben, zum anderen die Marktkonformität oder die wettbewerbsverzehrenden Elemente, sie wurden minimiert und wir haben eine Neuausschreibung. Das heisst, eigentlich kann sich niemand beklagen, der ein Restaurant an dieser Stelle will.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung hingegen wurde beantragt von Luca Urgese, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Zurückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Zurückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 52 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005499, 15.01.25 17:58:29]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird nicht zurückgewiesen mit 52 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen.

Damit fahren wir fort mit der Detailberatung des Grossratsbeschlusses gemäss Tischvorlage.

Titel und Ingress

Hier haben wir einen Antrag des GAB. Die BRK hat einen geänderten Beschluss vorgelegt, der Ihnen aufgelegt wurde. Die Fraktion GAB hat dazu ihren Änderungsantrag eingereicht, der Ihnen ebenso vorliegt.

Wir eröffnen die Debatte. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur BRK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des GAB

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005501, 15.01.25 17:59:48]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der BRK zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Version BRK obsiegt mit 64 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen.

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

fehlerhafte Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein weiterer Versuch.

Schlussabstimmung

fehlerhafte Abstimmung.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wäre jetzt zu schön gewesen, vor 6 Uhr die Abstimmung noch zu machen. Ich mache einen weiteren Versuch für die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 30 Nein, 12 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005507, 15.01.25 18:01:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurants Kaserne, Kasernenhof 6, 4058 Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 3'425'000 zulasten der Investitionsrechnung (Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 54 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der 48. Sitzung

18:01 Uhr



Protokoll

der 49. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 20:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Textfassung

Abwesende: *Anina Inneichen (GAB), Daniela Stumpf (SVP), Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

14. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR 2
15. Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)», Ausgabenbericht des RR 5
16. Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK 9
17. Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK 15
94. Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die Jahre 2024 bis 2027 20
18. Zehnter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK 22
19. Petition P480 "Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen", Bericht der PetKo .. 25
20. Petition P481 "Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche", Bericht der PetKo 28



Beginn der 49. Sitzung

Mittwoch, 15. Januar 2025, 20:00 Uhr

14. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotenum (Anti-Chaoten-Initiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

[15.01.25 20:00:58, 24.1437.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Wir eröffnen dazu die Debatte.

Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet in der ersten Runde. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da spricht für die SVP Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP Basel-Stadt hat im September 2024 die Anti-Chaoten-Initiative mit über 3'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Selbstverständlich ist diese Initiative rechtlich zulässig. Wir haben das auch abgeklärt und mit einem fundierten Text diese Initiative geschrieben. Das sieht nicht nur die SVP so, auch Rechtsprofessor Markus Schefer musste zugeben, dass diese Initiative wohl durchdacht ist und kein Schnellschuss ist.

Trotz aller Freude können wir natürlich nicht alles im Raum stehenlassen, was jetzt im Bericht des Regierungsrates geschrieben wird. Es wird etwa suggeriert, dass es problematisch sei mit den Grundrechten in gewissen Bereichen, und das ist mit Verlaub ein Schwachsinn. Es wundert mich nicht wirklich, denn der Rechtsdienst hat ja auch in der Vergangenheit fast schon hobbymässig Initiativen für ungültig erklärt. Er ist von den Gerichten häufig gerügt worden und hat dann gemerkt, dass man so mit demokratischen Rechten nicht mehr weiter umgehen kann.

Aber zurück zu unserer Initiative. Unsere Initiative ist überhaupt kein Problem bezüglich Grundrechte. Es wird ganz klar darauf ausgelegt, dass es sich um das Störerprinzip handelt, an dass wir keine illegalen Demonstrationen wollen. Es gibt kein Grundrecht darauf, ein Störer im verwaltungsrechtlichen Sinne zu sein und Demonstrationen sind grundsätzlich auch zu bewilligen. Was wir aber nicht wollen, und das kann ich auch hier ganz klar sagen, ist diese Narrenfreiheit, welche Linksextreme in den letzten Jahrzehnten in diesem Kanton haben. Diese wollen wir verhindern und diese wollen wir auflösen. Hier hat auch der Regierungsrat in den letzten Jahrzehnten sehr wenig unternommen, und es kann nicht sein, dass hier Linksextreme sich erlauben können, was sie wollen in diesem Kanton, ohne auch nur ansatzweise dafür bestraft zu werden. Ich erinnere nur an diese Free-Palestine-Bewegung in den letzten Monaten, welches sich von illegalen Demonstrationen über tagelange Unibesetzungen bis hin zu grässlichem Antisemitismus in diesem Kanton alles erlaubt hat und es keine Folgen gibt. Diesen Personen sagt die SVP den Kampf an, das wollen wir in diesem Kanton nicht und ich hoffe auch jeder mit gesundem Menschenverstand möchte solche Situationen nicht mehr.

Ich kann aber auch die Linken in diesem Saal beruhigen. Ich erinnere an eine Situation, ich glaube es war vor zwei Jahren, als ein paar Personen der Jungen Tat das Gefühl hatten, sie müssten auf das Bahnhofsdach klettern und ein Transparent hissen. Die haben sich ebenfalls strafbar gemacht und es gab einen Polizeieinsatz. Wäre damals bereits die Anti-Chaoten-Initiative im Sinne der SVP in Kraft gewesen, hätte man ihnen diesen Polizeieinsatz aufbrummen können und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hätten nicht dafür geradestehen müssen.

Es ist auch so, dass wir in unserem Initiativtext verankert haben, dass Spontankundgebungen jederzeit selbstverständlich zulässig sein sollen. Ich erinnere an ein Beispiel, wenn es irgendwo auf der Welt einen Angriffskrieg gibt und eine betroffene Community spontan eine Demonstration durchführen will, dann soll es auch in Zukunft möglich sein, aber es soll auch in Zukunft klare Regeln geben. Man soll mit den Behörden, mit der Polizei kommunizieren. Es sind keine Straftaten zu verüben und es sind Routen, welche die Polizisten oder beziehungsweise die Organisatoren der Polizei vorlegen. Die sind dann auch einzuhalten und dementsprechend ist es eigentlich aus unserer Sicht relativ klar, was das Störerprinzip ist und was das Störerprinzip nicht ist. Dementsprechend sehen wir auch hier kein Problem einer Einschränkung von irgendwelchen Grundrechten, weil selbstverständlich alle anderen rechtsstaatlichen Prinzipien ja auch nicht aufgelöst werden.

Und jetzt stellt sich noch die Frage, ob wir diese Initiative direkt dem Volk vorlegen wollen oder dem Regierungsrat zur Berichterstattung. Die SVP ist einstimmig der Meinung, dass wir hier auch diese Debatte wollen. Wir wollen hier auch mit



anderen Parteien und Fraktionen diese Debatte führen und haben uns auch dafür entschieden, dass wir diese Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen wollen. Wir sind auch offen für Kompromissvorschläge. Man soll uns dann einfach auch anhören, und da appelliere ich auch an die Mitglieder der JSSK, dass man nicht wieder das gleiche vollzieht wie bei den Initianten hinsichtlich der Abschaffung des Präsidialdepartements, sondern dass man hier auch wirklich einen sauberen Prozess aufgleist. Dann kann man auch mit der SVP und mit der SVP-Fraktion gute Lösungen finden und eventuell gäbe es dann vielleicht auch einen Gegenvorschlag. Wenn das dann nicht der Fall wäre, dann haben wir aber auch überhaupt keine Angst, diese Initiative dem Volk vorzulegen, denn die Zustimmung in der Bevölkerung während dem Sammeln war relativ stark und dementsprechend können wir das hier relativ locker angehen. Ich freue mich jetzt auch diese Debatte im Parlament lanciert zu haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für das GAB ist die Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Die meisten Leute hier drin haben wahrscheinlich sehr wenig Erfahrungen mit Demonstrationen. Ich weiss nicht, ob Pascal Messerli überhaupt schon jemals an einer Demonstration teilgenommen hat. Einige hier finden sie vielleicht auch eher lästig, ärgern sich, wenn mal das Tram zu spät kommt. Alle hier drin aber haben das Privileg, hier vorne an das Rednerpult zu kommen, ihre Meinung öffentlich kundzutun. Aber das haben nicht alle, das haben nur sehr wenige in diesem Kanton. Man kann alles von Demonstrationen halten, was man will, ob man hingehen möchte oder auch lieber nicht, Demonstrationen sind und bleiben ein zentraler Bestandteil jeder lebendigen Demokratie.

Was die SVP hier macht, ist Angstmacherei. Sie greift die Grundrechte frontal an. Sie greift das Recht zu demonstrieren an und behauptet, dass in diesem Kanton gemacht werden kann, was man möchte. Ich erinnere hier nochmals an den massiven Polizeieinsatz vom 1. Mai 2023, an andere Polizeieinsätze. In diesem Kanton steht das Grundrecht zu demonstrieren bereits jetzt unter Druck und die SVP befeuert uns dieses Grundrecht weiter.

Demonstrationen erfüllen essenzielle Funktionen und müssen unbedingt geschützt werden. Sie ermöglichen es Menschen, ihre Ansichten und Überzeugungen öffentlich zu äussern, insbesondere dann, wenn sie auch von der Mehrheitsmeinung oder den Entscheidungen der politischen Institutionen, also zum Beispiel von uns, sich unterscheiden. Die Demonstrationen sind sehr wichtig, sie geben allen Menschen unabhängig von ihrem Stimmrecht die Möglichkeit, Missstände aufzuzeigen und politische Entscheidungen zu kritisieren. Sie sind ein Mittel der direkten Einflussnahme auf die öffentliche Meinung und politische Prozesse.

Auch wenn man selbst keine Demonstration besucht, es profitieren alle von den demokratischen Errungenschaften, die oft auch unter Protest erkämpft wurden, vom Frauenstimmrecht bis hin zu besseren Arbeitsbedingungen. Viele Fortschritte wären ohne Demonstration nicht möglich gewesen.

Die Initiative der SVP möchte das Recht auf Protest einschränken. Sie möchten den Personen Angst machen, die an Demonstration gehen, mit einer Unterscheidung oder einer Dämonisierung von ganzen Demonstration, auch wenn es dort Einzelpersonen gibt, die stören. Und das ist auch jetzt schon so. Es gibt keine Straffreiheit in diesem Kanton. Es gibt auch massive Polizeieinsätze.

Die SVP-Initiative gefährdet die Versammlungs- und Meinungsfreiheit in unserem Kanton. Sie baut eine Drohkulisse für alle Demonstrierenden auf, was einen negativen Effekt auf die Wahrnehmung der Grundrechte haben kann. Mögliche Konflikte mit den Grundrechten beschreibt der Regierungsrat im Bericht gut und ausführlich. So hält er zum Beispiel fest, dass auch Kundgebung ohne Bewilligung von den Grundrechten erfasst werden und deshalb nicht grundsätzlich aufgelöst werden dürfen. Der Regierungsrat beschreibt eben diese Konflikte gut und darauf möchte ich nicht weiter eingehen. Er führt auch aus, dass die Initiative nicht per se unzulässig ist, vor allem deshalb, weil es sich um eine unformulierte Initiative handelt.

Aufgrund der wahrscheinlichen Konflikte mit den Grundrechten soll der Regierungsrat die Initiative nun vertieft prüfen und dem Grossen Rat Bericht erstatten. Und die Zwischenfragen nehme ich nicht an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich anfangen damit, dass ich nicht häufig hier stehe und grundsätzlich die Verwaltung oder Stellungnahmen des Regierungsrates verteidige, aber wenn in diesem Kontext zu den Stellungnahmen des Regierungsrates behauptet wird, «das ist Schwachsinn» was da steht in Bezug auf die Grundrechte, dann finde ich das ziemlich gewagt und in diesem Kontext auch sehr interessant, weil der Redner der SVP ja sonst sehr ausführlich und wortreich begründen kann, warum man dem JSD mehr zumuten soll.

Es wird von Kampfansagen gesprochen, und das ist genau das Vokabular, das Problem dieser Initiative ist. Es wird einfach populistisch geschrien. Es ist einfach ein bisschen komplizierter als es der Redner der SVP-Fraktion hier gesagt hat. Die



Erfahrungen aus den anderen Kantonen zeigen eben, dass es nicht so einfach ist mit dieser Idee der Abwälzung der Kosten, und genau wie es der Regierungsrat relativ gut in seiner Stellungnahme dargestellt hat, weil es einen Konflikt gibt mit den Grundrechten. Pascal Messerli, wenn das für Sie dann «irgendwelche Grundrechte» sind, dann sind wir genau am Kern der Diskussion. Es sind eben nicht «irgendwelche Grundrechte», sondern es sind zentrale Grundrechte, die je nachdem beschnitten werden und das ist genau das Problem und das hat der Regierungsrat ausführlich dargestellt. Darum ist es auch so unglaublich gefährlich, was mit dieser Initiative auf uns zukommt.

Ich möchte anknüpfen an den, was Nicola Goepfert gesagt hat. Politik findet eben nicht nur in diesem Saal statt und ich glaube, das ist einfach mal eine Realität. Man kann noch so sehr versuchen, Demos einzuschränken, man kann noch so sehr versuchen, die Meinungsbildung einzuschränken. Es ist einfach ein Fakt, dass Politik nicht allein im Parlament gemacht wird. Und ein Weg, um politische Forderungen, um politische Bedürfnisse zu klären, ist der Demonstrationsweg. In diesem Kontext gibt es einen Aushandlungsprozess. Und es ist natürlich klar, dass gewisse Anliegen, die bisher nur von einer Minderheit vertreten werden, die Mehrheitsgesellschaft nicht immer super findet. Das ist ja klar. Man kann auf die 1. Mai-Demonstrationen zurückgehen in der Geschichte. Selbst innerhalb der 1. Mai-Demonstrationen gab es Auseinandersetzungen, wer welchen Platz einnehmen kann und seine Sichtbarkeit. Und das ist ja genau das Zentrale. Es ist eben nicht so, dass die Mehrheitsgesellschaft einfach sagen kann, wir wollen von diesen Forderungen nichts hören, sondern es ist eine Realität, dass wir diese Rechte schützen für Menschen, wenn sie ihre Meinung kundtun wollen.

Und das Gefährliche an dieser Initiative ist eben genau das, dass wir am Ende an dem Punkt landen, dass diese Rechte eingeschränkt werden und dass wir eine Einschüchterung haben, die wir teilweise versuchen aufzuarbeiten, wenn wir zum Beispiel Polizeieinsätze oder Repressionsmassnahmen haben, die zu weit gehen. Es geht aber darüber hinaus, denn die Idee ist nämlich, dass man die Kosten eins zu eins abwälzen kann.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns mit dieser Initiative seriös auseinandersetzen. Ich glaube aber auch, dass wir uns kritisch damit auseinandersetzen müssen, und das hat der Regierungsrat in der ersten Stellungnahme sehr gutgemacht aus meiner Sicht. Ich bin natürlich auch dafür, dass wir diese Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstatte überweisen. Aber es ist auch klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir bei gewissen Widersprüchen und Aushandlungsprozessen im Rahmen dieser Initiative auch zugestehen werden müssen, dass es Rechte gibt, die uns vielleicht je nach politischem Couleur gerade nicht passen, wenn für etwas demonstriert wird, was wir gerade nicht vertreten. Aber das ist geschützt und das ist das Recht dieser Menschen. Und das ist einfach etwas Zentrales und das sollten wir uns von nirgendwo niederschreiben lassen, egal wie populistisch oder populäre es gerade tönt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfragen annehmen? Sie werden abgelehnt. Pascal Messerli hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Vielleicht an meine linken Vorredner, welche jetzt Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit hier herumjammern und nicht einmal in der Lage sind, Zwischenfragen zu beantworten, noch einmal etwas ganz Kurzes. Es gibt sehr wohl einen Unterschied, ob man ganz legal seine Meinung kundtut und an einer Demonstration teilnimmt oder ob man ein verwaltungsrechtlicher Störer ist und deshalb Sachschäden und Polizeieinsätze verursacht. Unsere Initiative zielt ganz klar auf das verwaltungsrechtliche Störerprinzip und nicht auf Personen, welche ihre Meinungsfreiheit kundtun wollen oder an Demonstrationen teilnehmen. Das ist ein grosser Unterschied. Und dass die beiden Fraktionssprecher von SP und GAB diesen Unterschied nicht kennen oder nicht kennen wollen, ist ja schon ziemlich bezeichnend.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Das Verhalten der beiden linken Sprecher ist doch sehr erstaunlich, dass sie die Diskussion verweigern. Ich hätte es verstanden, wir hätten Pascal Messerli als Vertreter der Initianten angehört und dann abgestimmt, weil sowieso klar ist, wie wir abstimmen. Aber wenn man die Debatte beginnt, dann finde ich das etwas komisch.

Ich hätte folgende Zwischenfrage gestellt: Beda Baumgarten hat ja kühn eine Hierarchisierung der Grundrechte angetönt, indem man einzelne, wie das Demonstrationsrecht mit all seinen Folgerungen zu einem zentralen Grundrecht erklärt hat. Ich hätte ihn gefragt, ob das bedeute, dass es auch nicht so zentrale Grundrechte gebe. Und ich hätte ihn gefragt, ob ich in meiner Annahme richtig gehe, dass für ihn die Eigentums- und die Wirtschaftsfreiheit nicht zentrale Grundrechte sind. Sie können sich ja die Antwort vorstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn es keine neuen Wortmeldungen gibt, dann geht in der zweiten Runde das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.



RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die bereits schon hitzig angefangene Diskussion. Ich wollte mich eigentlich noch gar nicht inhaltlich schon äussern, denn das ist noch nicht der Zeitpunkt. Es geht ja mehr darum, wie wir jetzt in der Vorgehensweise weitergehen. Der Regierungsrat möchte ja die Initiative zur Berichterstattung überwiesen bekommen innert sechs Monaten, während denen wir diese Auslegeordnung machen können, welche bestehenden Gesetze wir haben, welche Vergleichswerte es mit anderen Kantonen gibt, die vielleicht schon ähnliche Erfahrungen gemacht haben mit Initiativen oder mit Regelungen. Das ist genau das, was wir im Moment in diesem ersten Schritt machen wollen, und dann, gestützt auf diesen Bericht, können wir dann wirklich die inhaltliche Diskussion führen.

Ich möchte mich aber doch verwehren gegen den Vorwurf von Pascal Messerli, dass mein Rechtsdienst Schwachsinn schreibt. Das ist ein hartes Wort. Ich denke, es ist eine differenzierte Stellungnahme. Recht ist keine exakte Wissenschaft, aber so pauschal den Vorhalt in den Raum zu stellen, das akzeptiere ich nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde zwar kein Antrag gestellt, die Initiative als rechtlich unzulässig zu behandeln, aber wir müssen trotzdem über die rechtliche Zulässigkeit abstimmen. Eintreten ist obligatorisch. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmung

JA heisst rechtlich zulässig NEIN heisst rechtlich unzulässig.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005510, 15.01.25 20:20:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'023 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative «JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung – NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten- Initiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 87 Ja-Stimmen keine Nein-Stimme bei zwei Enthaltungen bedeuten rechtlich zulässig. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Sie haben die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von sechs Monaten überwiesen.

15. Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)», Ausgabenbericht des RR

[15.01.25 20:20:41, 24.0962.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin. Barbara Heer.



Barbara Heer (SP): Ich berichte mündlich für die JSSK und empfehle Ihnen, dem Antrag der Regierung zu folgen und dann auch den Nachkriegskredit zu bewilligen, zu dem der Präsident der Finanzkommission auch noch sprechen wird.

Als kantonale Besonderheit ist die Kriminalpolizei in Basel-Stadt ja seit den 1930-er Jahren nicht Teil der Kantonspolizei, sondern von dieser personell und organisatorisch unabhängig in der Staatsanwaltschaft integriert. Der Grosse Rat hat der Regierung im Juli 2023 mit der Motion Messerli und Konsorten den politischen Auftrag gegeben, diese kantonale Besonderheit abzuschaffen, die Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft auszugliedern und mit der Sicherheitspolizei organisatorisch zusammenzuführen. Die politischen Beweggründe haben wir hier drin ausführlich diskutiert, darauf gehe ich nicht ein. Das war auch in der JSSK kein grosses Thema mehr.

Diesen politischen Auftrag jetzt umzusetzen, bedingt eine grosse Reorganisation. Deswegen hat das JSD das Programm Reorganisation der Strafverfolgung kurz ReoS ins Leben gerufen. Für die Initialisierungsphase dieses Programms beantragen wir Ihnen einstimmig, der Regierung zu folgen. Konkret geht es um die Bewilligung von Ausgaben in der Höhe von 1,13 Millionen Franken, wovon 540'000 Franken bereits im vergangenen Jahr 2024 angefallen sind. und dafür braucht es einen Nachtragskredit, der andere Teil, die der das Budget 2025 betrifft, ist bereits im Budget eingestellt worden. Die Kostenfolgen für den restlichen Teil, für die folgenden Phasen des Programms werden uns nach Abschluss der Initialisierungsphase vorgelegt.

Wir haben das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt, es wurde uns vorgestellt von der Vorsteherin des JSD, dem Generalsekretär und insbesondere der Programmleiterin von ReoS. Ich danke für die immer gute Zusammenarbeit und ich denke, für die Beratung war es wirklich auch sehr wichtig, uns mit der verantwortlichen Person austauschen zu können.

Wir haben uns auch im letzten Juni und erneut in diesem Dezember mit der Regierungsrätin und im Dezember auch mit dem neuen Polizeikommandanten über die laufenden getroffenen Massnahmen zur Personalsituation bei der Kapo ausgetauscht und konnten also auch diese Informationen berücksichtigen, das war für uns wichtig, das auch hier einzubetten.

Das Geschäft war letztlich unbestritten. Wir haben aber einen grossen Wert darauf gelegt, vertieft nachzuvollziehen, wie die aktuellen Themen, die die Stammorganisation, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei beschäftigen, in die Planung und Steuerung dieser grossen doch gewichtigen Reorganisation einfliesst. Wir haben Nachfragen gestellt zu drei Themen: Erstens mal zu den Fragen rund um den Kulturwandel rund um den Bericht Schefer, der ja eben einen grossen Bedarf für eine Transformation bei der Kantonspolizei ausgelöst hat, wir haben auch nachgefragt zum Bewusstsein, dass es hier eben um das Zusammenführen verschiedener Organisationen geht, die aktuell stark gefordert und auch im Fluss sind. Dann haben wir nachgefragt zum Thema der Ressourcenschonung, mit Blick auf den Fachkräftemangel bei der Polizei, mit Blick auf die Thematik, dass es eine hohe Anzahl Projekte bei der Kantonspolizei im Moment gibt und auch mit Blick auf den hohen Pendenzenberg bei der Staatsanwaltschaft. Drittens haben wir nachgefragt zum Umgang mit internen Widerständen in der Stammorganisation, damit diese Reorganisation nicht nur einfach vom Parlament oder dann natürlich auch vom Regierungsrat als Chance gesehen wird, sondern es ist sehr wichtig, dass auch die Mitarbeitenden mitgenommen werden und auch die Führungsebenen der Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kapo das mittragen. Denn nota bene hatten auch die Führungsebenen der Stawa und der Kripo zum Zeitpunkt der parlamentarischen Grundsatzdiskussion diese Motion nicht begrüsst.

Wir möchten der Regierung und der Programmleitung mit auf den Weg geben, dass diese drei Themen sehr wichtig sind und ein sorgfältiger Umgang damit auch wirklich entscheidend ist, damit diese Reorganisation zu fliegen kommt. Und die Programmleiterin und natürlich auch die Regierungsräte konnten uns letztlich aufzeigen, dass sie mit diesen kritischen Themen doch systematisch und strategisch umgehen.

Dann möchte ich hier auch im Namen der JSSK dem Departement signalisieren, dass wir weiterhin für Austausch und Feedback zum laufenden Prozess zur Verfügung stehen. Das JSD hat einen ausführlichen Zwischenbericht angekündigt im Verlaufe dieses Jahres, wo dann die Ergebnisse dieser Initialisierungsphase und auch das angestrebte Zielmodell uns dem Parlament wieder vorgestellt wird. Das ist ein sehr wichtiger Schritt. Wichtig zu wissen für uns als Parlament ist auch, dass mit dieser Reorganisation verschiedenste gesetzliche Grundlagen werden angepasst werden müssen. Da werden wir ja auch als Parlament wieder eine sehr aktive Rolle haben und noch länger damit beschäftigt sein.

Noch kurz zwei, drei Punkte, die für uns spannend waren hinsichtlich des Umgangs mit den internen Widerständen. Das Departement hat uns informiert, dass das ein wichtiger Teil ist, dass jetzt Organisation übergreifende Fachteams an der Arbeit sind, eine Art ganzheitlich Analyse zu machen in dieser Initialisierungsphase, sodass auch wirklich in den gemischten Fachgruppen Stawa, Kripo, Kapo und JDS hier zusammenarbeiten, und dass diese Organisation und eben vor allem auch Hierarchie übergreifend sind, um eine positive Dynamik zu entwickeln. Dass jetzt mit einer ganzheitlichen Analyse angefangen wird, ist aus Sicht der JSSK sehr wichtig, damit die Motion auch im Gesamtzusammenhang von aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an der Strafverfolgung dann umgesetzt wird.



Betreffend Ressourcen ist sicher noch zu wissen, dass wir hier Löhne für die Programmleitung bewilligen, für das Programm Office, aber eben auch Kosten für externe Unterstützung. Externe Fachpersonen werden natürlich auch dazu beitragen, mit einer neutralen und kritischen Aussenperspektive innere Widerstände abzubauen.

Dann noch der Blick auf den Zusammenhang mit dem Bericht Schefer. Wir haben auf unsere Rückfrage hin erfahren, dass es durchaus dazu geführt hat, dass im Sommer das Programm etwas an Fahrt verloren hatte, jetzt aber gut weiterläuft. Wir haben die zuständige Regierungsrätin gefragt, was denn jetzt wäre, wenn das ein Projekt der Regierung wäre und nicht ein parlamentarischer Auftrag, ob denn die Regierung das Programm jetzt gestoppt hätte nach dem Bericht Schefer und den vielen Themen. Regierungsrätin Stephanie Eymann führt das vielleicht nachher selber noch aus, sie hat uns versichert, dass sie auf jeden Fall auch persönlich klar für die Fortsetzung des Projektes in dieser hypothetischen Situation gewesen wäre, weil sie es eben wirklich als eine grosse Chance sieht, auch die organisatorischen Fragen rund um die Strafverfolgung anzuschauen mit Blick eben auf die aktuelle Überlastung der Strafverfolgung.

Betreffend Kulturwandel ist vielleicht noch wichtig zu wissen, dass wir informiert wurden, dass die Kriminalpolizei an der Erarbeitung eines aktuell neuen Leitbildes ist. Die Kantonspolizei ist ja mitten in einer Neuorientierung und daraus wird sich erst ein neues Leitbild ergeben. Innerhalb dieses Programms gibt es ein Fachteam, das sich wirklich von Anfang diesen Themen der Kultur annimmt, also Führungsverständnis, Führungsgrundsätze. Daher hatten wir auch wirklich den Eindruck, dass das systematisch miteinbezogen wird und diese schwierigen Themen wirklich ein Teil dieses Programms sind.

Die Ausgangssituation ist komplex. Es sind Organisationen mit unterschiedlichen Kulturen, Strukturen und bestehenden Problematiken. Die werden jetzt zusammengeführt. Es ist eine komplexe Herausforderung, aber auch eine sehr grosse Chance, weil durch die Integration und Neuausrichtung wird die Grundlage geschaffen für eine zukunftsfähige Strafverfolgung. Auch aus Sicht der JSSK soll und kann diese Reorganisation ein Labor und auch ein Motor für positive Veränderungen sein innerhalb der betroffenen Organisationen und auch an ihren Schnittstellen.

Wichtig ist uns einfach noch zu sagen, dass die Reorganisation ja nicht alle bestehenden Herausforderungen lösen kann, Probleme wie Unterbestand an Personal oder organisatorische Schwierigkeiten innerhalb der Organisationen bleiben bestehen. Es ist ganz wichtig, dass diese parallel aktiv weiterhin angegangen werden. Also es ist wichtig, dass die bestehenden Probleme jetzt nicht einfach aufgeschoben werden, bis die Reorganisation abgeschlossen ist, sondern laufend die Themen parallel bearbeitet werden.

Der letzte Punkt, der der JSSK ganz wichtig ist, ist folgender: Wir sprechen ja jetzt auch Ressourcen für eine sehr professionelle Steuerung dieses Programms und die Erwartung ist ja auch, dass es eine aktive und laufende Information der Mitarbeitenden gibt. Das ist ein ganz wichtiges Element. In dem Sinne wünsche ich jetzt im Namen der JSSK den Programmverantwortlichen ReoS und allen beteiligten Mitarbeitenden viel Erfolg für diese wichtige Reorganisation, bedanke mich für ihr Engagement und beantrage Ihnen, dem vorliegenden Grossratsbeschluss zuzustimmen und diese Gelder für die Initialisierungsphase zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Sprecherin der JSSK hat bereits ausgeführt, weil es sich auch um einen Nachtragskredit handelt für das Jahr 2024, musste auch die Finanzkommission dieses Geschäft beraten. Sie hat es auf die Basis des Berichtes oder des Ratschlages des Regierungsrates gemacht mit der ergänzenden Information, dass diese Ausgabenbewilligung von der JSSK so beschlossen wurde.

Die Finanzkommission kann sich hier diesem Entscheid der JSSK einstimmig anschliessen. Sie empfiehlt Ihnen, den Nachtragskredit für das Jahr 2024 in der Höhe von 540'000 Franken ebenfalls anzunehmen und den Beschluss entsprechend zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank vorab an die JSSK und die Finanzkommission für die einstimmige Unterstützung dieses Nachtragskredit und der Ausgabenbewilligung. Ich schätze das sehr, weil ich denke, wir haben hier einen grossen Auftrag mit der Motion Messerli. Wir haben ein umfassendes Reorganisationsprojekt zweier Organisationen, das nicht zu unterschätzen ist, das es aber auch eine grosse Chance ist, die Strafverfolgung wirklich zu reformieren, neu zu denken. Aber das bedingt natürlich, dass man die Prozesse zweier Organisationen anschaut, anpasst und natürlich auch den Change-Prozess in beiden Organisationen sehr ernst nimmt. Das werden wir tun. Deshalb haben wir auch die Signale nach dem Schefer-Bericht, die wir zwar vorher schon erkannt haben, aber jetzt noch deutlicher geworden sind, ernst genommen. Wir können die Organisationen nicht einfach noch mehr mit Grossprojekten belasten. Seit dem Bericht Schefer wurde diese



Projektliste der Kantonspolizei schon massiv gekürzt und deshalb ist es wichtig, wenn man ein Projekt weiterverfolgt – und ich denke, dieses Projekt ist wichtig weiterzuverfolgen –, dann müssen wir das, was wir können, auch extern unterstützen lassen, damit wir die Stammorganisationen nicht zu sehr belasten. Das haben wir getan mit dieser Programmleitung. Wir haben das gemacht mit der externen Unterstützung, und deshalb denke ich, ist es eine gute Mischung auch mit den Fachteams. Es braucht Fach-Know-How aus den Organisationen, aber da, wo man entlasten kann, sollten wir das tun, und deshalb geht es heute ja auch um die Finanzierung dieser Leistungen.

Was die JSSK-Präsidentin angesprochen hat, ist, dass ich signalisiert habe, dass ich mit einem Zwischenbericht ins Parlament kommen möchte. Der Auftrag der Motion Messerli ist relativ sec formuliert und das Verständnis davon, wie wir den Auftrag umsetzen, bedingt schon noch einmaleine parlamentarische Auseinandersetzung, auch um abzusichern, ob wir den Auftrag so umsetzen, wie das die Motionäre wollten. Nach der Phase Initialisierung in diesem Jahr wird dieser Bericht dann an Sie überwiesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Das GAB unterstützt diesen Ratschlag auch. Ich möchte nur noch eine Anmerkung betreffend des Ratschlags machen und zwar dass man sich in diesem Prozess auch die Aufsicht ansehen muss. Ich meine nicht die Aufsicht durch das Parlament, die ist natürlich sehr gut, vielmehr die administrative Aufsicht durch den Regierungsrat selbst und seine Kommission in der Polizei selber, wie man das organisiert. Das wäre mir einfach ein Anliegen, dass man sich auch diesen Punkt anschaut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Die Strafverfolgung ist eine tragende Säule unseres Rechtsstaates. Ihre Effizienz, Transparenz und Resilienz entscheiden darüber, wie glaubwürdig und leistungsfähig unser Justizsystem ist.

Angesichts gesellschaftlicher und technologischer Veränderungen sowie steigender Anforderungen an Ermittlungsbehörden und Gerichten ist es unabdingbar, die Strukturen und Prozesse fortlaufend zu überprüfen und anzupassen. Genau das ist in diesem Bereich, also Polizei, Kripo und Stawa dringend angezeigt und bietet vor allem eine grosse Chance, das ineffiziente Basler System, welches sind weitere Vergangenheit vielleicht tatsächlich ist einmal effizient war, den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Das Programm ReoS verfolgt genau das Ziel, unsere Strafverfolgungsbehörden optimal auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft vorzubereiten. Konkret geht es darum, die Kripo dort anzugliedern, wo ein neu Sinn macht, also die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kriminalpolizei zu stärken oder besser gesagt, erst wirklich möglich zu machen. Bis jetzt war das nur sehr bedingt und mit grossen Umständen möglich. Die internen Prozesse zu modernisieren, die digitale Transformation voranzutreiben, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen zu optimieren als auch diverse Gesetzestexte anzupassen. Diese Massnahmen dienen nicht nur der Effizienzsteigerung, sondern auch der Wahrung der Rechtssicherheit und vor allem auch der Entlastung der Mitarbeitenden. Hier wird aus meiner Sicht intern teilweise im Moment noch viel zu viel Pessimismus ausgestrahlt. Ich kann Ihnen versichern, die Polizistinnen und Polizisten, die sind nicht blöd und die allermeisten wissen ganz genau, was neu zu tun sein wird und haben das in der Ausbildung auch gelernt. Das zeigen ja deutlich die sehr vielen Abgänge, welche in anderen Kantonen problemlos arbeiten können, also dort, wo die Kripo eben genau bei der Polizei angegliedert ist.

Die Investitionen in ReoS sind notwendig und die Modernisierung wird langfristig ganz sicher zu einer effizienteren Ressourcennutzung führen. Zudem stellt das Programm sicher, dass man auch in Zukunft auf komplexe und dynamische Herausforderungen wie Cyberkriminalität und vor allem die organisierte Kriminalität reagieren kann. Basel darf nicht weiter als die kriminellste Stadt der Schweiz gelten, und das wird nachher nicht mehr der Fall sein, das verspreche ich Ihnen.

Ich möchte betonen, dass das Programm ReoS kein Selbstzweck ist. Es geht um nichts weniger als um die Sicherstellung einer funktionierenden Strafverfolgung, was in der jetzigen Form nicht mehr vollumfänglich möglich ist, zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, zur Wahrung der Rechtsordnung und zur Stärkung des Vertrauens in unseren Rechtsstaat. Ich bitte Sie daher, der Ausgabenbewilligung und dem Nachtragskredit zuzustimmen und den Weg für eine erfolgreiche und vor allem schnellstmögliche Umsetzung von ReoS zu ebnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein zweites Votum, ebenso Joël Thüring und Barbara Heer. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.



Detailberatung Grossratsbeschluss 1 und Abstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss 1 zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005513, 15.01.25 20:40:49]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initialisierungsphase des Programms «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'130'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartementes bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat stimmt einstimmig zu. mit 92 Ja-Stimmen.

Dann haben wir noch die Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Nachtragskredit und Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zu Grossratsbeschluss 2, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005514, 15.01.25 20:41:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initialisierungsphase des Programms «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 540'000 bewilligt (Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Generalsekretariat, Fr. 269'000 Kostenartengruppe 30 Personalaufwand und Fr. 271'000 Kostenartengruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier haben wir ein einstimmiges Ja und zwar mit 90 Stimmen.

16. Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

[15.01.25 20:41:43, 24.0798.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage gemäss Tischvorlage zuzustimmen. Gemäss FD kann bei befristeten Beiträgen nicht von wiederkehrenden Ausgaben gesprochen werden. Zudem ist der Gesamtbetrag aufzuführen. Deshalb gibt es eine Tischvorlage.

Das Wort geht an die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich freue mich, berichten zu können zum schriftlichen Bericht der JSSK. Wir haben dieses Geschäft doch einigermaßen intensiv diskutiert und können Ihnen einen Kompromissvorschlag vorlegen. Vielleicht noch ganz kurz zum Formellen: Die Tischvorlage ist einfach eine formell leicht angepasste Variante des Grossratsbeschlusses, wie wir ihn im Bericht publiziert hatten. Da war ein Wort zu viel und die Summe der Beträge hatten wir versäumt, in den Grossratsbeschluss einzunehmen. Aber es ist inhaltlich exakt das Identische wie der Antrag der JSSK im Bericht.

Jetzt aber zum Inhalt: Die Mitarbeitenden der Rettung und der Kantonspolizei Basel-Stadt ziehen sich heute in ihrer Freizeit um. Sie erscheinen vielleicht ungefähr eine Viertelstunde vor Dienstbeginn, ziehen sich um und stellen auch sicher, dass sie die nötige Ausrüstung auf sich tragen und prüfen teils auch deren Funktionsfähigkeit. Denn wichtig ist, die Einsatzbereitschaft muss genau ab der ersten Minute des Dienstbeginns gegeben sein.

Bislang bestanden bei der Arbeitgeberin Basel-Stadt keine verbindlichen Vorgaben und auch keine einheitliche Handhabe zum Thema Umkleidezeit. Mit zwei neuen Bestimmungen in der Verordnung zum Personalgesetz schafft jetzt der Regierungsrat die Rechtsgrundlage für die Entschädigung der Umkleidezeit. Diese neue Regelung beinhaltet, dass eben angeordnete Umkleidezeit grundsätzlich als Arbeitszeit zu gelten hat, aber unter dem Vorbehalt sachlicher Gründe, dass anstelle der Anrechnung von Arbeitszeit eine Geldpauschale entrichtet werden kann. Was wir jetzt tun, ist selbstverständlich nicht, diese Verordnung zu verabschieden, das ist die Kompetenz der Regierung, sondern die dafür nötigen Gelder zu sprechen.

Die Vorlage steht im Gesamtzusammenhang mit der Thematik, dass wir bei der Polizei, zunehmend aber auch bei der Sanität, einen starken Fachkräftemangel haben. Die Einführung dieser Entschädigung ist auch im Gesamtzusammenhang eines grösseren noch offenen Massnahmenpakets des Regierungsrats zu verstehen, der die Arbeitgeberattraktivität des Kantons steigern will.

Wir haben uns an fünf Sitzungen mit der Vorlage befasst, weitgehend im Beisein der Departementsvorsteherin des JSD, verantwortlichen Mitarbeitenden des JSD und des FD und danke auch hier für die gute Zusammenarbeit. Allerdings erlaube ich mir die Bemerkung, dass man doch dem Geschäft einigermaßen angemerkt hat, dass zwei Departemente hier involviert waren.

Uns war grundsätzlich eine zügige Beratung wichtig, weil es dahinter auch das Anliegen eines sogenannten Quick Wins gibt, um jetzt rasch Signale zu senden, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Im Laufe der Beratung ist dann aber klar geworden, dass im ursprünglichen Antrag der Regierung die Arbeitgebendenbeiträge nicht eingerechnet worden sind und wir mussten dann auf das Rektifikat warten. Wir gehen jetzt aber davon aus, dass, wenn wir das heute so beschliessen und dann auch die Referendumsfrist noch abgelaufen ist, dies bereits in diesem Frühling bis zum Ende der Laufzeit, die wir Ihnen vorschlagen, umgesetzt werden kann.

Wir beantragen Ihnen, die Geldpauschale von 60 auf 80 Franken zu erhöhen und sehen das aber auch als Übergangslösung, die eine schnelle Umsetzung erlaubt, sind aber grundsätzlich der Ansicht, dass nicht eine Geldpauschale, sondern ein Wechsel auf Zeitgutschriften respektive ein Auftrag zur Integration in die regulären Einsatzpläne der richtige Weg ist. Schlussendlich aber ist diese Verordnung in der Kompetenz der Regierung. Wir sprechen hier die Gelder und haben das jetzt zeitlich limitiert. Um das anders zu machen, sind wir der Ansicht, dass wir die Vorlage hätten zurückweisen müssen an die Regierung. Eine erneute Ausarbeitung der Vorlage wäre dann nötig geworden und das hätte zu einer deutlichen Verzögerung der Umsetzung geführt. Deshalb haben wir uns gegen Rückweisung entschieden, aber eben für diese zeitliche Begrenzung bis 2027.

Deshalb haben wir diese vielleicht etwas ungewöhnliche formale Ausgangslage, dass diese Verordnung zwar in der Kompetenz der Regierung ist, wir aber heute die Gelder sprechen, was in unserer Kompetenz ist, verknüpft mit der Erwartung, dass die Regierung dann die Verordnung entsprechend anpasst. Wir verbinden mit dem Entscheid eigentlich die Erwartung, dass die Regierung dann die Angemessenheit der Varianten prüft, allenfalls Anpassungen an den Arbeitszeitmodellen vornimmt und dann für die Zeit ab 2028 mit einem neuen Ausgabenbericht ans Parlament gelangt.

Klar ist aber, dass wir das für eine langfristige Änderung nicht über diesen Weg machen, sondern es schlussendlich eine Motion braucht, eine solche wird jetzt dann auch kommen, die fordert, dass die Geldpauschale nicht nur überprüft, sondern abgeschafft wird. Wir haben diskutiert, ob es eine Kommissionsmotion sein soll, aber ein Teil der Kommissionsmitglieder war da nicht vollends davon überzeugt, deswegen wird es dann eine persönliche Motion von mir sein, und wer diese noch unterschreiben möchten, kann das sehr gerne tun.



Es gibt grundsätzlich drei Varianten, wie Umkleidezeit als Arbeitszeit entschädigt werden kann, also durch Geldpauschalen, durch Zeitpauschalen oder durch Integration in Schicht. Im Benchmark mit anderen Kantonen im Bereich Polizei, Rettung und Spital haben wir gesehen, dass alle drei Varianten in Gebrauch sind. Die Polizei in Luzern beispielsweise hat es in die Schichtspläne integriert. Die Polizei des Kanton Zürich entschädigt es mit 60 Franken, was also der Variante Regierung entspricht. Wir haben diesen Benchmark vor folgendermassen interpretiert: Erstens macht es aus unserer Sicht Sinn, wenn wir uns mit Blick auf den akuten Fachkräftemangel bei unserer Polizei im oberen Teil des Benchmark positionieren, weswegen wir eben die 80 Franken anstatt die 60 Franken beantragen, und zweitens hat der Benchmark auch gezeigt, dass es in anderen Kantonen durchaus möglich ist, Umkleidezeit in die Dienstpläne zu integrieren oder als Arbeitszeit abzugelten. Und dann kann Basel das auch.

Bei den Varianten haben wir neben der Haltung der Regierung, die wir ja dann sicher von der zuständigen Regierungsrätin gleich hören werden, auch die Haltung des Polizeibeamtenverbandes beigezogen und diesen zu einer Anhörung eingeladen. Der Polizeibeamtenverband ist der Ansicht, dass diese sachlichen Gründe zur Gewährung einer Geldpauschale so nicht gegeben sind und stellt auch die Rechtmässigkeit der Geldpauschale in Frage. Die Auswirkungen von Zeitgutschriften auf die Dienstplanung ist aus ihrer Sicht im Vergleich zu den zahlreichen Extraeinsätzen der Mitarbeitenden der Kantonspolizei nur marginal. Ob Arbeitszeit in Geld oder Zeit vergütet werde, ändert aus Sicht des Polizeibeamtenverbandes nichts an der Tatsache, dass Umkleidezeit Arbeitszeit ist und faktisch werde die Arbeitszeit bereits heute überschritten, indem die Mitarbeitenden eine Viertelstunde früher auf der Wache erscheinen.

Die vorgesehene Geldpauschalen sehen sie auch als ungerecht, weil es eben die benötigte Zeit in keiner Weise abdeckt und auch unabhängig der Lohnstufe immer gleich hoch ausfällt. Deswegen sind sie der Ansicht, dass es Zeitgutschriften oder Integration in die Schichten braucht, auch wenn sie darauf hinweisen, dass es durchaus auch Mitarbeitende gibt, insbesondere jüngere, denen eine finanzielle Entschädigung lieber wäre.

Ein Teil der Kommission fand zu Beginn, dass Abgeltung von Umkleidezeit in Form einer Geldpauschale in der Schweiz üblich ist und auch gegenüber den Mitarbeitenden der Kantonspolizei und der Rettung doch ein deutliches Entgegenkommen bedeutet. Die gegenüber der Geldpauschale kritischen Stimmen setzten sich dann aber im Verlauf der Beratung durch, zumindest auch mit Blick auf das am Schluss einstimmige Abstimmungsergebnis betreffend der zeitlichen Begrenzung der Geldpauschale. Wichtiges Argument der Kommission ist sicher, dass Mitarbeitende mit Schichtmodellen und ohne das Privileg auf flexible Arbeitszeiten jetzt auch nach dem Nachteil einer deutlich schlechteren Entschädigung der Umkleidezeit in Form einer Geldpauschale in Kraft nehmen müssen. Das steht aus Sicht der Kommission im Widerspruch zur angestrebten Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und zur Gleichbehandlung.

Auswirkungen auf Dienstpläne und Fachkräfte sind aus Sicht der JSSK kurzfristige Themen, aber nicht mittel- und langfristig eine geeignete Lösung und mittel- und langfristig auch kein sachlicher Grund. Jetzt gilt es, Schichtarbeit attraktiver zu machen und eben nicht Geldpauschalen zu wählen.

Auch zu der Höhe der Pauschale haben wir diskutiert. Zum Antrag der Regierung wurde bei uns diskutiert, dass er entsprechend der Stadtpolizei Zürich sei, kritisiert wurde aber innerhalb der JSSK, eine Kritik, die sich letztlich durchgesetzt hat, dass das eine sehr geringe Summe ist, die nur einem Stundenlohn von 14 Franken entspricht. Wir haben auch noch einen deutlich höheren Antrag von 150 Franken diskutiert, der dann einem Stundenlohn entspräche, der den Medianlohn der betroffenen Mitarbeitenden widerspiegelt. Dieser Betrag wurde dann aber von der Kommission als zu hoch angeschaut, weil er doch deutlich ausserhalb des Benchmark liegt, und auch weil Mitarbeitende, die einen tieferen Lohn als den Medianlohn haben, dann plötzlich besser für das Umkleiden als für den Rest der Arbeit entschädigt wurde. Ganz im Stil der JSSK haben wir dann einen Kompromiss gefunden und haben uns auf die Pauschale von 80 Franken geeinigt, im Sinne dessen, dass es sich im oberen Teil des Benchmark positioniert, aber nicht darüber und doch ein deutliches Zeichen der Wertschätzung ist.

Wie gesagt, wir sind der Meinung, dass es nur eine vorübergehende Lösung sein soll und stellen deshalb den Antrag auf die zeitliche Befristung für die Jahre 2025, 2026 und 2027, verbunden mit der Erwartung an die Regierung, notwendige Anpassungen vorzunehmen und dann mit einem neuen Ausgabenbericht zu kommen. Die Departementsvorsteherin hat uns informiert, dass sowieso bei der Kantonspolizei eine Evaluation der Arbeitszeitmodelle stattfindet und wir sehen das deshalb als einen besonders guten Zeitpunkt, als eine Chance, die Thematik der Umkleidezeit direkt in diese laufenden Überlegungen einzubeziehen.

Im dem Sinne beantrage ich Ihnen, den Antrag der Regierung, der ja noch gestellt wird, abzulehnen und der JSSK zu folgen mit der Erhöhung auf 80 Franken unter zeitlicher Begrenzung und dann auch die nötigen Nachtragskredite zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Joël Thüring hat für die Finanzkommission das Wort.

Joël Thüring (SVP): Auch hier kann ich Ihnen im Namen der Finanzkommission nur mitteilen, dass wir diesen Nachtragskredit in unserer Kommissionssitzung entsprechend behandelt haben und Ihnen heute beantragen, diesen Nachtragskredit für das Jahr 2025 in der Höhe von 530'000 Franken zu bewilligen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei der Präsidentin der JSSK und beim Präsident der Finanzkommission für die einstimmige Unterstützung. Das ist ein sehr schönes und ein sehr wichtiges Zeichen, auch gegenüber den Blaublichtorganisationen. Diese Umkleidezeit ist ein Thema, das schon lange an mich getragen wurde, dass das ein Thema ist, was gelöst werden muss.

Dennoch hält der Regierungsrat fest an den ursprünglichen Anträgen. Die betreffen zum einen die Höhe der Entschädigung. Wir haben ja 60 Franken vorgeschlagen. Wir haben dies gestützt auf einen Benchmark so festgelegt, einen Mittelwert, den wir als angemessen erachtet haben, insbesondere auch, weil Zürich denselben Ansatz hat und Zürich sonst auch gerne zum Benchmark beigezogen wird. Wir sind der Meinung, dass nicht diese Pauschale die Probleme die Arbeitgeberattraktivität löst. Das ist ein Baustein, ein Puzzleteil, ein Zeichen der Wertschätzung, aber selbstverständlich – und die Präsidentin der JSSK hat es auch angesprochen – müssen weitere Massnahmen folgen. Und das ist ja dieses Paket Arbeitgeberattraktivität steigern, das noch weitere Themenbereiche auch enthält, die Entlöhnung, Gesundheit, Personalentwicklung, Rekrutierung. Diese Themen müssen genau so mit Nachdruck weiterverfolgt werden, damit wir dann am Schluss wirklich auch ein ganzheitliches Paket haben, das zur Attraktivität beiträgt und hoffentlich auch diesen bestehenden Fachkräftemangel und die Abgänge etwas auffängt.

Der Regierungsrat hält auch am Antrag fest, das Ganze nicht zu befristen. Wir haben die Verordnung ja auch entsprechend alternativ formuliert, also Geldpauschale oder Zeit. Natürlich teile ich den Eindruck, dass, wenn wir Arbeitszeitmodelle anschauen, wir das in der Stossrichtung tun sollen, die Umkleidezeit zu integrieren. Ich denke, bei der Polizei ergibt sich diese Gelegenheit, weil wir da doch sehr vieles anschauen im Moment.

Es ist nur so, dass es auch Arbeitszeitmodelle gibt im JSD, und ich spreche da explizit von der Sanität, die genauso zur Zufriedenheit beitragen, dass die Mitarbeitenden hier gerne arbeiten und da müssen wir einfach schauen, dass wir nicht ohne Not Modelle anfassen, die dann am Schluss zum Modell führen, das zu Unzufriedenheit führt. Aber ich denke, das ist jetzt die Zeit, die Sie uns geben mit der Befristung, wenn Sie dem Antrag der JSSK folgen, in denen wir diese Dinge auch anschauen und prüfen können. Also ich sehe das relativ entspannt.

Ich möchte nur auch sagen, dass der Regierungsrat selbstverständlich bereit ist, wenn der Grosse Rat den Kommissionsanträgen folgen sollte, diese Verordnung zeitnah auch ändern werden, so dass wir wirklich, wenn die Referendumsfrist dann abgelaufen ist, die Umkleidezeit auch entschädigen können, sodass nicht immer nur eine Ankündigung ins Korps und in die Blaublichtorganisation kommt, sondern wir auch mal sagen können, dass wir etwas umsetzen können. Deshalb danke ich für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich möchte mich nur ganz kurz äussern, weil ich denke, dass Barbara Heer alles Relevante schon in ihrem Votum gesagt hat. Vielleicht einfach noch kurz zu dieser Höhe. Ich möchte das nochmals betonen. Der Regierungsrat hat sich entschieden, den Grundsatz in der Verordnung festzuhalten, dass Umkleidezeit Arbeitszeit ist. Und richtig wäre zu sagen, dass das dann auch wie Arbeitszeit angeschaut werden soll, dass das in die Schichtspläne genommen werden soll, dass das so abgegolten werden soll.

Wenn das nicht möglich ist – und wir anerkennen, dass es momentan mit den aktuellen Schichtsplänen und mit dem Fachkräftemangel nicht möglich ist, dann kann man ausnahmsweise eine Geldpauschale ausnahmsweise sprechen. Aber wenn wir dem Grundsatz treu bleiben wollen, dass es Arbeitszeit ist, dann muss doch diese Pauschale annähernd dem einem Lohn entsprechen oder einer Entlöhnung für diese effektiv geleistete Zeit. Wir haben es gerechnet, wenn man 10 Minuten pro Tag rechnet für die Umkleidezeit, dann ist man bei einem Stundenlohn von 14 Franken mit einer Pauschale von 60 Franken. Wenn man jetzt sagt, das dauert nicht so lange, es sind nur 7 Minuten, wie gewisse Studien sagen, dann sind wir bei 23 Franken, also knapp beim Mindestlohn.

Ich denke, aus diesem Grund ist es wichtig, dass man hier symbolisch auf 80 Franken hoch geht und dass man eben sagt, dass das nicht das letzte Wort sein soll in dieser Frage, sondern dass wir das zeitnah wieder anschauen sollen. Deswegen mache ich hier auch nochmals kurz Werbung für die Motion, die Barbara Heer einreichen wird, die klar sagt, dass der Grundsatz, dass Umkleidezeit Zeitarbeitszeit ist, auch so gelebt werden soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Voten eingetragen. Regierungsrätin Stephanie Eymann und Finanzkommissionspräsident Joël Thüring verzichten auf ein zweites Votum. Damit geht das Wort an Barbara Heer.



Barbara Heer (SP): Besten Dank für die Voten und die kurze Debatte. Nur auf einen Punkt möchte ich noch eingehen, auf den Regierungsräten Stephanie Eymann richtigerweise hingewiesen hat, dass bei der Sanität eine grosse Zufriedenheit herrscht mit den aktuellen 12 Stunden-Touren. Das haben wir als JSSK gehört und auch explizit einbezogen in unseren Bericht. Wir sind der Meinung, dass die der Variante Zeitgutschriften auch bei der Sanität geeignet wäre, denn das bedeutet zum Beispiel, dass dann die Personen am Ende des Jahres einen Ferientag oder zusätzliche Freitage erhalten und das funktioniert, ohne dass dieses Tourenmodell angepasst werden muss. Die Gutschrift erfolgt dann nicht in der Form von Geld, sondern in der Form von Arbeitszeit, die dann in der Jahresarbeitszeit entsprechend berücksichtigt werden kann.

Und dann möchte ich mich zum Abschluss einfach auch noch kurz bei den Kommissionsmitgliedern für die gute und intensive Beratung dieses Geschäfts bedanken und beantrage, der JSSK zu folgen und nicht der Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt Detailberatung Grossratsbeschluss 1 gemäss Tischvorlage. Hier liegt nun der Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er hält an seinem Antrag fest und beantragt wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 940'000 Franken.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Wünscht nochmals jemand das Wort? Das scheint nicht der Fall zu sein, das heisst, wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 79 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005516, 15.01.25 21:02:23]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 10 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter. Publikations- und Referendums klausel.

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zu Grossratsbeschluss 1 NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005517, 15.01.25 21:02:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entschädigung der Umkleidezeit am Arbeitsort der Mitarbeitenden werden für die Jahre 2025, 2026, 2027 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'756'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt Referendum.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 90 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Dann haben wir noch die Detailberatung Grossratsbeschluss 2 Nachtragskredit. Auch hier gibt es den Änderungsantrag des Regierungsrates. Er hält an seinem Antrag fest und beantragt einen Nachtragskredit von 218'000 Franken. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 79 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005519, 15.01.25 21:04:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entschädigung der Umkleidezeit am Arbeitsort der Mitarbeitenden wird dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kantonspolizei Basel-Stadt und Rettung Basel-Stadt, Dienststellen 5060 und 5090, jeweils Kostenartengruppe 30) für das Jahr 2025 ein Nachtragskredit von Fr. 530'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

Dann gibt es nur noch die Publikationsklausel in der Detailberatung und die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zu Grossratsbeschluss 2 Nachtragskrediten, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005520, 15.01.25 21:04:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Entschädigung der Umkleidezeit am Arbeitsort der Mitarbeitenden wird dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (Kantonspolizei Basel-Stadt und Rettung Basel-Stadt, Dienststellen 5060 und 5090, jeweils Kostenartengruppe 30) für das Jahr 2025 ein Nachtragskredit von Fr. 530'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 88 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimme bei einer Enthaltung.



17. Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[15.01.25 21:04:55, 24.1514.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an BKK-Mitglied David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe die Ehre, für die Bildungs- und Kulturkommission zu diesem Geschäft und zum dringlich traktandierten Geschäft betreffend einer Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm Unternehmer Campus zu sprechen. Unsere Kommission hat diese beiden Geschäfte praktisch gleichzeitig beraten. Bei beiden Geschäften weichen wir mit unseren Anträgen aus teilweise ähnlichen Gründen von den Anträgen des Regierungsrates ab.

Die allgemeinen Bemerkungen der Kommission zur Behandlung dieser Geschäfte durch den Regierungsrat respektive durch das primär zuständige Departement und das Finanzdepartement sind praktisch identisch. Ich werde daher bei diesem Geschäft auch Aspekte des Geschäftes Unternehmer Campus einbeziehen, dies in der Hoffnung, dadurch Zeit zu sparen.

Bei beiden Geschäften hat die relevante Zeitperiode schon am 1. Januar 2024 begonnen. Der Gewerbeverband Basel-Stadt als potenzieller Empfänger von Staatsbeiträgen hat jeweils rechtzeitig im Jahre 2023 seine Gesuche eingereicht. Dass der Gewerbeverband keine Schuld an der langen Behandlungsdauer der beiden Geschäfte trägt, ist unbestritten. Gerne hätte die BKK die Beratung und beide Geschäfte unter das Motto gestellt. «was lange währt, wird endlich gut». Dies ist aber zumindest nicht vollständig der Fall, dies lassen unsere Anträge erkennen.

Die Erwartung, falls eine solche bestanden hätte, dass lange Dauer mit sehr gründlicher Bearbeitung beider Geschäfte gleichzusetzen ist, würden leider etwas enttäuscht. Das Erziehungsdepartement hat gegenüber der Kommission dargelegt, warum es aus seiner Sicht so lange dauerte, um die Ausgabenberichte in diesem Geschäft durch den Regierungsrat zu beschliessen. Wie wir im Kommissionsbericht in Sachen Unternehmer Campus festgestellt haben, sind die späten Publikationen der Ausgabenberichte für die BKK trotz der Erläuterungen des Erziehungsdepartementes nicht vollständig nachvollziehbar. Die Kommission erwartet, dass in der Zukunft die Fristen bei der Ausarbeitung solcher Vorlagen beachtet und auch eingehalten werden. Bei beiden hier zu beratenden Geschäften ist der Gewerbeverband auf eigenes Risiko jeweils in Vorleistung gegangen. So wurde zum Glück die Berufs- und Weiterbildungsmesse ohne Leistungsvereinbarung 2024 durchgeführt.

Beide zu behandelnde Geschäfte sind, dies hat sich in der Kommissionsberatung erwiesen, inhaltlich politisch unbestritten. Die jeweiligen finanziellen Beträge sind auch nicht ungeheuer gross für unsere Verhältnisse in Basel-Stadt. Es sind ja auch keine Ratschläge, es sind Ausgabenberichte. Dass die Berufs- und Weiterbildungsmesse sehr wertvoll ist, hat die Regierung in ihrem Bericht sehr gut ausgeführt. Die Kommission schliesst sich dieser Beurteilung vollständig an. Dass die Berufslehre speziell in unserem Kanton zu fördern ist und dafür die Berufs- und Weiterbildungsmesse unverzichtbar ist, steht für alle Beteiligten fest.

Die Kommission und somit auch das Plenum des Grossen Rates befassen sich zum ersten Mal mit Beiträgen an die Berufs- und Weiterbildungsmesse. Früher wurden nämlich für die Finanzierung Mittel des Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit des WSU in Anspruch genommen. Aufgrund eines Anstosses der Finanzkommission wurde diese Ausgabe in das ordentliche Budget des Erziehungsdepartementes überführt. Im Rahmen dieser Überführung erfolgte auch eine Erhöhung des budgetierten Betrags pro vom Gewerbeverband durchgeführte Messe von 300'000 auf 500'000 Franken. Diese doch gewichtige Erhöhung der Finanzhilfe ist auch ein Grund dafür, die nun vorgelegten Budgets gründlich zu prüfen.

Der Gewerbeverband führt die fragliche Messe in den geraden Jahren in der Messe Basel durch, in den ungeraden Jahren organisiert die Wirtschaftskammer Baselland, unterstützt durch den Kanton Basel-Landschaft, die Berufsschau Baselland. Die Basler Schülerinnen und Schüler besuchen diese Messe in den ungeraden Jahren, in den geraden Jahren pilgert die Schülerschaft aus dem Partnerkanton nach Basel.

In der Kommissionsberatung wurden diverse Fragen zu einzelnen Positionen im vorgelegten Budget für die Messen 2024 und 2026 gestellt. Diese wurden teilweise vom Departement und vom Gewerbeverband beantwortet, aber noch nicht so detailliert, wie es aus Sicht der BKK notwendig gewesen wäre. Die Kommission wollte aber das Geschäft, das schon eine grosse zeitliche Verspätung erlitten hatte, nicht weiter verzögern. Der Gewerbeverband hat die Berufs- und Weiterbildungsmesse 2024 in guten Treuen im Einklang mit dem vorgelegten Budget durchgeführt. Die BKK beantragt Ihnen deshalb, für die Messe 2024 den vollständig beantragten Betrag von 500'000 Franken zu sprechen. Das sind dann im Beschluss zwei Tranchen zu je 250'000 Franken.

Zu einzelnen Positionen im Budget für die Messen 2024 und 2026 führe ich aufgrund der Kommissionsberatungen folgendes aus. Dass die Berufs- und Weiterbildungsmessen Ressourcen schonend und nachhaltig durchgeführt werden, ist löblich und



wird von der Kommission ausdrücklich begrüsst. Für die Begleitung dieser Massnahmen durch das Ökozentrum für die Messe 2024 wurden 82'000 Franken eingesetzt. Der gleiche Betrag ist für die nächste Ausgabe im Jahr 2026 budgetiert. Im Budget 2024 findet sich unter dem Posten Divers auch nicht näher ausgewiesene Ausgaben für die Umsetzung klimabewusster Massnahmen.

Dass eine Folgemesse nochmals Kosten in der gleichen Höhe verursachen und soll, ist für die BKK nicht auf Anhieb nachvollziehbar. Aus ihrer Sicht wäre es durchaus denkbar und zu erwarten, dass eine Zweitbegleitung weniger intensiv wäre, da es dort vor allem darum gehen wird, die Massnahmen, die anlässlich der Ausgabe 2024 implementiert wurden, feinzustimmen. Eine Neuerfindung des Rads sollte nicht notwendig sein. Falls dies aber der Fall wäre, müsste wohl auch der externe Partner ausgetauscht werden.

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit pro Messe werden auf 180'000 Franken veranschlagt. Wenn davon ausgegangen wird, dass der grösste Teil der Besucherinnen und Besucher, nämlich die Schülerschaft, obligatorisch die Messe zu besuchen hat, erstaunt die Höhe der Ausgaben bezüglich Öffentlichkeitsarbeit. Dem Gewerbeverband steht es selbstverständlich frei, solche Kampagnen durchzuführen, in welchem Umfang aber eine staatliche Finanzierung angebracht ist, ist eine andere Frage. Dies wird im Ausgabenbericht des Regierungsrats, falls Sie unseren Anträgen folgen, für die Messe 2026 detailliert zu klären sein.

Sowohl die Berufs- und Weiterbildungsmesse wie auch der Unternehmer Campus werden vom Gewerbeverband zu einem grossen bis rechten Teil mit eigenem Personal durchgeführt, also vor allem die Organisation, die einzelnen Messestände werden ja von den Ausstellern bewirtschaftet. Im Budget 2024 wurden für Personalkosten 2000 Stunden à 120 Franken, somit 240'000 Franken eingestellt. Ob diese Kosten im Detail nachvollziehbar sind, wird sich bei der Analyse der Rechnung der Messe 2024 – diese liegt noch nicht vor - durch sowohl den Gewerbeverband wie auch die Verwaltung zeigen. Ein Ergebnis einer solchen Analyse mag sein, dass die tatsächlich benötigten Personalkosten geringer sind als budgetiert. Denkbar ist auch, dass eine Kürzung der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit auch zu einer entsprechenden Kürzung interne Personalkosten führen würde.

Noch zwei generelle Bemerkungen: Die Festsetzung der richtigen Höhe eines Staatsbeitrags scheint in den Fällen, in denen nicht die gesamte Institution zu fördern, anspruchsvoll zu sein. Dies ist nicht eine Problematik, die spezifisch auf Institutionen zutrifft, die aus dem Budget des Erziehungsdepartementes gefördert werden. Vielleicht wären da departementsübergreifende Lösungen angezeigt. Die BKK stellt auch fest, dass bei den Departementen unterschiedliche Vorstellungen bestehen, welche Informationen über die zu fördernden Institutionen den Ratsschlägen respektive den Ausgabeberichten beizulegen sind. Das Präsidialdepartement liefert in der Regel Revisionsstellenberichte für die drei letzten Jahre mit. Beim Erziehungsdepartement fehlen diese Angaben. Somit ist die Sicht auf die gesamte finanzielle Situation einer Institution erschwert. Auch hier wäre es angezeigt, wenn sich die Departemente auf ein einheitliches Vorgehen einigen könnten.

Die Kommission erwartet, dass die Verwaltung die von der Kommission aufgeworfenen Fragen zusammen mit dem Gewerbeverband rasch klärt und danach einen Ausgabebericht für die Messe 2026 vorlegen kann. Es ist nicht die primäre Erwartung der BKK, dass der dann begehrte Betrag deutlich unter 500'000 Franken liegt. Wenn die Begründungen vom Gewerbeverband und Verwaltung nachvollziehbar und überzeugend sind, könnte auch der Betrag von 500'000 Franken bewilligt werden. Aufgrund des heutigen Kenntnisstandes geht die Kommission aber davon aus, dass zumindest in dem Posten Externe Begleitung von klimafreundlichen Massnahmen und Öffentlichkeitsarbeit gewisse Einsparungen möglich sein sollten, die in keiner Weise den Erfolg der sehr wichtigen Berufs- und Weiterbildungsmesse gefährden.

Aus diesen Erwägungen ersucht Sie die Kommission, für die Jahre 2024 und 2025 500'000 Franken zu bewilligen. Dies ist für eine Messe, die schon durchgeführt wurde. An dieser Stelle möchte ich abschliessend dem Gewerbeverband für seinen grossen und erfolgreichen Einsatz in Sachen Berufs- und Weiterbildungsmesse und auch Unternehmer Campus danken. Der Dank gilt auch der Verwaltung für die Begleitung der Kommissionsberatungen und für die Bereitschaft, unsere zahlreichen Fragen zu beantworten. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir danken der Bildungs- und Kulturkommission für die sorgfältige Prüfung der von uns eingereichten Geschäfte. Mit ihrem Bericht hat sie den Finger auf wichtige Schwachstellen in unserem ursprünglichen Budgetantrag gelegt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Kommission nun die Mittel nur für die Jahre 2024 und 2025 gesprochen hat. Ein neuer Ausgabenbericht für die Jahre 2026 und 2027 mit der Klärung aller offenen Fragen werden wir nun so rasch wie möglich ausarbeiten und vorlegen.

Lassen Sie mich nun zu der im Bericht der Kommission geäusserten Kritik Folgendes sagen: Wir wollen nun zusammen mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt die einzelnen Budgetposten genau aufschlüsseln und erneut auf ihre Angemessenheit prüfen. Die Zahlungen an das Ökozentrum für eine nächste Leistungsperiode werden dabei allenfalls eingehend analysiert.



Eine externe Evaluation des Begleitprogramms der Berufs- und Weiterbildungsmesse nehmen wir als Empfehlung gerne entgegen.

Wichtig finde ich aber zu betonen, die Berufs- und Weiterbildungsmesse hat für unsere Jugendlichen im Berufswahlprozess einen hohen Stellenwert. An der Messe können Jugendliche und ihre Eltern das umfangreiche Lehrstellenangebot in unserem Kanton kennenlernen. Es ist für unser modernes Image der Berufsbildung und höheren Berufsbildung essenziell, eine solche Plattform für ihre Angebote zu haben. Der Gewerbeverband führt seit nun mehr als 20 Jahren diese Messe durch und leistet somit einen äusserst wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft, Branchenverbände und Institutionen in der Bildung, damit das attraktive Lehrstellenangebot für unsere Jugendlichen und ihre Eltern sichtbar und auch anpassbar gemacht wird.

Die vergangenen zehn Ausgaben der Berufs- und Weiterbildungsmesse sind dabei jedes Mal höchst professionell und mit hoher Anerkennung von Besuchenden als auch Ausstellenden anerkannt worden. Es ist mir ein Anliegen hier zu sagen, dass die Berufsbildung auch für mich persönlich ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit als Erziehungsdirektor darstellt. Daher liegt mir die weitere Durchführung der Berufs- und Weiterbildungsmesse sehr am Herzen, da diese, wie eben ausgeführt, auf die Stärkung der Stellung der Berufsbildung in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich für die SVP Joël Thüring zuerst gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission folgen. Wir sind auch der Meinung, dass die Bildungs- und Kulturkommission hier eine gute Lösung gefunden hat und nun Ihnen deshalb auch beantragt, die Gelder nur für zwei Jahre zu sprechen in der Höhe von eben insgesamt 500'000 Franken.

Und trotzdem ist es auch für die SVP sehr wichtig, an dieser Stelle noch einmal festzuhalten, dass wir schon der Ansicht sind, dass das Vorgehen bei diesem Geschäft, so wie es auch im Kommissionsbericht steht, nun wirklich nicht geht. Wir ersuchen den Vorsteher des Erziehungsdepartements, in seinem Departement für Ordnung zu sorgen. Es kann nicht sein, dass wir regelmässig Ratschläge oder Ausgabenberichte derart spät erhalten. Wir haben es bei den Lehrstellenberichten im letzten Monat erlebt, wir haben den Lehrstellenbericht des vorvergangenen Jahres erst jetzt behandeln können, derjenige des letzten Jahres dann gemeinsam mit demjenigen, und das finden wir unerklärlich, weil es sich um ein Standard-Geschäft gehandelt hat.

Hier handelt es sich, das hat der Kommissionssprecherin richtig gesagt, zwar nicht um ein Standard-Geschäft, weil das Erziehungsdepartement das Geschäft in dieser Form zum ersten Mal dem Grossen Rat vorlegt, aber wir müssen ja trotzdem festhalten, dass diese Messe schon stattgefunden hat. Das heisst, der Gewerbeverband ist in Vorleistung gegangen und er hat damit auch ein gewisses Risiko auf sich genommen, denn letztlich könnten wir heute Abend Nein sagen dazu. Das heisst, dass der Gewerbeverband Basel-Stadt eine Berufs- und Weiterbildungsmesse durchgeführt hat, ohne dafür Staatsgelder zu erhalten.

Es ist insofern sehr löblich, dass der Gewerbeverband nicht gesagt hat, wir warten den Entscheid des Parlamentes ab, wir gehen quasi in das Risiko, dass uns diese Gelder dann nicht gesprochen werden. Aber das kann es ja nicht sein, meine Damen und Herren, es hätte auch genauso gut eine andere Institution sein können, die nicht bereit gewesen wäre, dieses Risiko einzugehen.

Und das ist für uns auch die Kernbotschaft an die Adresse des Erziehungsdepartements, dass wir schon die Hoffnung haben, dass künftig solche Ratschläge früher in die parlamentarische Beratung kommen können und dann auch die entsprechenden Involvierten, in diesem Fall der Gewerbeverband, dann tatsächlich auch frühzeitig, also bevor eine Veranstaltung durchgeführt wird, über die entsprechenden Mittel verfügen kann oder aber zumindest weiss, dass sie die Mittel bekommen oder eben auch nicht bekommen. Das scheint uns für die Zukunft sehr wichtig zu sein.

Die entsprechenden Ausführungen des Erziehungsdepartements, weshalb dies nun nur so verspätet möglich gewesen ist, erscheinen uns nicht stichhaltig genug, ich möchte das hier wirklich in aller Deutlichkeit noch einmal sagen. Das ist schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar, dass dieser Prozess so lange gedauert hat, insbesondere wenn man auch hört, wann der Gewerbeverband zum ersten Mal die entsprechenden Unterlagen beim Erziehungsdepartement eingereicht hat. Und wenn man dann diese Unterlagen hat und sie prüft, dann muss man als zweite Kritik an an die Adresse des Erziehungsdepartements dann schon festhalten, dass dann die Überprüfung den Unterlagen aus unserer Sicht nur sehr durchschnittlich war, um es einmal etwas freundlich zu formulieren. Die vorberatende Bildungs- und Kulturkommission musste sehr viele Nachfragen stellen. Sie musste sehr viele Dokumente einverlangen und konnte deshalb auch das Geschäft nur verzögert beraten, weil uns zuerst diese Informationen zugestellt werden mussten. Wir erwarten, und da schliessen wir uns auch dem Votum von David Jenny an, dass man auch im Erziehungsdepartement ein bisschen umfangreicher eine vorberatende Kommission auch schriftlich vor der Beratung dokumentiert, um solche Nachfragen und Verzögerungen zu verhindern. Das ist ein Appell an den immer noch neuen Departementsvorsteher, Regierungsrat Mustafa



Atici, der dieses Geschäft ja letztlich auch ein stückweit übernommen hat. Aber wir möchten ihn schon bitten, dass dies nun anders wird. Heute haben Sie die Gelegenheit, ihm die Chance zu geben, das möglichst rasch anders zu machen, wenn wir nun «nur» für 2024 und 2025 die Gelder sprechen. So hat das Erziehungsdepartement nun Zeit, rechtzeitig den Antrag für die Berufsmesse 2026 und 2027 vorzulegen.

Auch die SVP-Fraktion bekennt sich zu dieser Berufs- und Weiterbildungsmesse. Wir bekennen uns auch zur Höhe des Vertrages. Wo wir tatsächlich Potenzial sehen ist bei der Frage dieser Beratung einer nachhaltigen Messe. Da sind wir schon der Ansicht, dass dies eine einmalige Leistung sein sollte, diese Beratung von einer externen Stelle. Wir mussten auch etwas schmunzelnd zur Kenntnis nehmen, dass offensichtlich an der Messe keine Fleischprodukte mehr angeboten worden sind oder nicht angeboten werden konnten, aber der Metzgermeisterverband dann trotzdem noch einen Stand haben konnte. Hier erschliesst sich uns zumindest nicht ganz die Logik dieser beiden doch nicht ganz stimmenden Konzepte und wir würden uns auch wünschen, dass sich vielleicht der Gewerbeverband künftig noch überlegt, wie er solche Messen dann organisiert.

Wir stimmen heute also dem Antrag der BKK zu und bitten aber wirklich den Departementsvorsteher, diese doch jetzt vielleicht auch etwas starke Kritik zu Herzen, aber nicht persönlich zu nehmen und im Erziehungsdepartement dafür zu sorgen, dass dies künftig besser läuft im Austausch mit einer vorberatenden Kommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Einige von uns haben ja eine Lehre gemacht und wie Sie wissen, ist der Weg der Berufsbildung oder einer Ausbildung nicht vorhersehbar. So arbeiten einige von uns ja nicht mehr im Beruf, den sie zuerst gelernt haben. Unser duales Bildungssystem bietet viele attraktive Möglichkeiten, eine Karriere zu starten. Aber wem sage ich das? Die meisten hier drin gehen mit mir einig, vermute ich.

Aber wie kommt diese Erkenntnis an die jungen Menschen, die sich für eine Lehre, einen Beruf entscheiden müssen und vor allem, wie kommt das zu ihren Eltern? Als Mutter einer Tochter in dem Alter bin ich positiv überrascht, wie sehr die Berufsbildung und die Möglichkeiten bei den jungen Menschen beworben werden. Trotzdem, es klappt noch nicht. Das Problem ist vielschichtig. Die Bemühungen und das Engagement sind auf verschiedenen Seiten spürbar, beim Gewerbeverband, den KMU, der Handelskammer und dem ED. Ein wichtiger und sinnvoller Anlass ist diese Berufs- und Weiterbildungsmesse, die der Gewerbeverband zweijährlich organisiert. Auch hier sind wir uns ja alle einig gewesen in der BKK und das wurde ja auch im Bericht festgehalten, das ist eine gute Sache.

Viel Einigkeit und doch hat Frau Mazzotti hier vorne noch etwas zu sagen. Für die SP-Fraktion ist es ein sehr positiver Schritt, dass sich der Gewerbeverband für den Grossanlass um Nachhaltigkeit gekümmert hat, auch ohne Auftrag des ED, was ihnen, wie wir gehört haben, auch zum Vorwurf gemacht wird. Ich gehe davon aus, dass der Gewerbeverband das gemacht hat, weil er einerseits die Notwendigkeit sieht und auch seinen Auftrag mit einer Vorbildfunktion sieht. Vielen Dank dafür.

Wenn wir hier drin über Gesetze oder Vorschriften für den Klimaschutz diskutieren, heisst es gerade auch von bürgerlicher Seite, es brauche nicht immer Vorschriften, die Leute sollten dies freiwillig tun. Nun hat sich der Verband, der eine grosse Aussenwirkung hat, dafür entschieden, proaktiv und ohne verpflichtende Aufforderung, die Messe möglichst nachhaltig zu gestalten. Dafür haben sie professionelle Beratung geholt und, meine Damen und Herren, diese Beratung kostet. Von bürgerlicher Seite werden Sie mir jetzt entgegnen, dass der Gewerbeverband dafür Steuergelder beantragt, ohne dass er die Messe hätte nachhaltig machen müssen. Diese Perspektive kann man einnehmen, oder die Perspektive, dass die Steuergelder in Anbetracht des notwendigen Klimaschutzes und der Sensibilisierung dafür kurz- und längerfristig sinnvoll eingesetzt wurden, kurzfristig, weil am Anlass der CO₂-Ausstoss gesenkt wurde, wahrscheinlich auch, weil es kein Fleisch gab, und längerfristig, weil die Teilnehmenden verstehen, dass es möglich ist und dass sie als Veranstalter eine Verantwortung übernehmen und damit auch neue Leitlinien setzen. Ja, warum macht das der Vermieter nicht selber, die MCH Group? Ja, das möchte ich eigentlich auch gerne wissen.

Aber dafür das Bestreben des Gewerbeverbands zu hinterfragen und zu bemängeln, hat nichts damit zu tun, dass die BKK und die Gelder für zwei Jahre bewilligt hat. Das kann ich nachvollziehen. Was aber weniger mit dem Gewerbeverband zu tun hat, er hat ja im Sommer 2023 den Antrag schon gestellt, also anderthalb Jahre vor dem Anlass. Dass wir den Ratschlag erst im November 2024 behandeln, also nachdem die Berufsmesse ja schon stattgefunden hat, ist seltsam und das löst natürlich auch Fragen aus. Der Gewerbeverband wird also sehr bald einen neuen Antrag stellen und ich möchte an dieser Stelle sie als Veranstalter der Berufsmesse weiterhin ermutigen, ihren Beitrag an die Basler Klimaziele zu verfolgen und weiterhin klimaneutrale Massnahmen zu implementieren. Dass der Gewerbeverband auch erneut mit einer professionellen Beratungsfirma zusammenarbeiten wird, unterstützen wir von der SP. Schliesslich muss man eine Auswertung machen und das ganze weiterentwickeln. Vielleicht verkaufen sie ja dann ihr Know-How der MCH Group.

Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung wurden noch angesprochen. Das sehe ich etwas anders, denn ich denke, das ist auch eine wichtige PR für die Berufsbildung an sich. Das sehen die Grossmütter, die Onkeln, die Tanten



anderer Freunde, da läuft was, da ist eine Messe und das ist ein unterstützendes Umfeld für die Jugendlichen. Man kann die Berufsbildung nicht genug propagieren und Werbung für sie machen. Dass junge Menschen sich heutzutage für eine sehr vielfältige Palette der Angebote der Berufsbildung entscheiden, dafür braucht es Aufklärung und Arbeit. Und die Messe ist nur ein Rädchen davon.

Ein anderes unterstützenswertes Programm ist das Talentförderprogramm Unternehmen Campus, ein anderer Ansatz, um die Berufsbildung als mögliche Karriere zu propagieren. Aber das, meine Damen und Herren, ist nur ein Nebeneffekt. Es geht darum, junge talentierte Menschen zu fördern und auch als Führungskräfte auszubilden, und zwar auf Ebene der KMU. Mittelschulen haben ja in der Zusammenarbeit mit Unis und Hochschulen schon eine Begabungs- und Talentförderung und Grossunternehmen haben interne eigene Ressourcen. Bei der Berufsbildung gibt es so etwas bis jetzt nicht Campus Unternehmen ist schweizweit ein einzigartiges Projekt des Gewerbeverbandes und hat sich als effektive Förderplattform etabliert. Auch hier danke ich dem innovativen Geist des Gewerbeverbandes.

Was meine Begeisterung etwas trübt und leider einen schalen Geschmack hinterlässt, sind diese Mietkosten für den Campus-Raum, die zu 100 Prozent im Budget berechnet wurden, aber nur 25 Prozent genutzt werden. Eingereicht hat es der Gewerbeverband, geprüft hat es das ED und das FD, und aufgefallen ist es der Kommission, deren Job es wahrlich nicht ist, Budgets zu überprüfen, allerdings natürlich wie wir wissen, Budgets zu hinterfragen, und da fällt einem so etwas halt auf.

Unsere dringliche Bitte, dass das ED die Berufsbildung ernst nimmt, haben wir in unserem Bericht festgehalten und wir haben von Regierungsrat Mustafa Atici auch gehört, dass ihm das wichtig ist. Ich freue mich, wenn die nächste Beratung der kommenden Anträge des Gewerbeverbands zeitig und korrekt in der Kommission ankommen, was nichts mit dem Gewerbeverband zu tun hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich zitiere: «Die Übertrittsquote von 25 Prozent nach der obligatorischen Schulzeit der Schülerinnen und Schüler in eine berufliche Grundbildung ist gegenüber der Übertrittsquote in Mittelschulen von 49 Prozent im Kanton Basel-Stadt nach wie vor zu gering.» Diese Feststellung findet sich schon mantraartig in jedem Bericht, bei dem es um den Übergang von der obligatorischen Schulzeit in die berufliche Grundbildung geht. Die Weiterbildungsmesse leistet zur Orientierungshilfe für eben diesen Moment einer Schülerberufslaufbahn einen unschätzbaren Wert.

Also auf der einen Seite haben wir das Problem und auf der anderen Seite einen sehr wertvollen Beitrag zu dessen Verbesserung. Aber das scheint bei der Regierung irgendwie nicht angekommen zu sein, denn sie scheint ihre Prioritäten völlig anders zu setzen. Denn nur so wird es verständlich, dass die Regierung es nicht für nötig hält, den rechtzeitig eingegangenen Antrag des Gewerbeverbandes zur Durchführung der Messe auch rechtzeitig zu behandeln und an die Kommission zu überweisen, mit dem Resultat, dass die BKK das Geschäft erst behandeln konnte, nachdem die erste der beiden Messen bereits Geschichte war.

Gerne erinnere ich auch noch an den viel zu spät eingegangenen Lehrstellenbericht. Beide Beispiele zeigen die Dringlichkeit des Problems tiefe Übertrittsquote einfach nicht ernstgenommen wird und nach wie vor scheinbar ignoriert wird. Es ist sehr zu hoffen, dass die neue Leitung diesem Thema mehr Beachtung und Sorgfalt schenkt als die bisherige.

Ein weiterer Ausdruck dieser unsorgfältigen Vorgehensweise war auch die Qualität des Antrags selbst, was weniger dem Antragsteller als der Begleitung durch das ED, welche ungenügend war, anzulasten ist. Hier kann man schon fast von Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht sprechen. Hier wurden grosse Beträge einfach durchgewunken, wie eben zum Beispiel die Miete, und nachher, wie wir von Sasha Mazzotti vorher gehört haben, durch die BKK dann korrigiert.

Mit Freude konnte ich aber feststellen, dass sich der Gewerbeverband bei der Durchführung der Messe darum bemüht hat, diese möglichst klimaneutral zu gestalten und dazu das Ökozentrum hinzugezogen hat, um Massnahmen zu entwickeln und zu implementieren, zugegebenermassen zu einem recht gesalzenen Preis, der im Budget genannt ist. Hier stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, dass nun jeder Messeorganisator ein eigenes Konzept zur Klimaneutralität erarbeiten muss oder ob es nicht sinnvoller wäre, dass die Profis der Messe Schweiz solche Konzepte erstellen und diese dann den jeweiligen Organisationen zur Verfügung stellen. Nun geht es hier also in die andere Richtung und wir können erwarten, dass die Erkenntnisse aus der Weiterbildungsmesse dann der Messe Schweiz zur Verfügung stehen und so auch andere Messen in der Zukunft davon profitieren werden.

Abschliessend können wir die Kritikpunkte, welche die BKK in ihrem Bericht vorbringt und die ich hier nicht alle wiederholen möchte, ganz und gar unterstützen und begrüssen daher den Antrag der BKK, dass eine Finanzierung lediglich über die Jahre 2024 und 2025 gesprochen wird.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat Regierungsrat Mustafa Atici in der zweiten Runde das Wort. Er verzichtet. Für die BKK spricht aber David Jenny.

David Jenny (FDP): Zur Frage, ob diese Messe wirklich ganz fleischlos war: Also wenn ich richtig verstanden habe, dann durfte der Metzgermeisterverband Fleisch servieren, und dieses Angebot sei auf regen Zuspruch gestossen.

Dann hat Sasha Mazzotti gesagt, es brauche einen neuen Antrag des Gewerbeverbandes. Dies ist aus meiner Sicht unnötig. Der Gewerbeverband hat rechtzeitig für die ganze Periode einen Antrag gestellt. Der ist es einfach in zwei geteilt worden. Ich bitte auch Regierungsrat Mustafa Atici, da nicht wieder ein bürokratisches Fass aufzumachen.

Und ja, die Schnittstellen zu MCH sind wahrscheinlich auch anzuschauen. Aber wir haben ja da nicht direkten Zugriff auf die MCH. Aber in diesem Sinne danke ich Ihnen und danke auch der Regierung, dass sie den Anträgen der BKK folgt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005522, 15.01.25 21:42:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt werden dem Gewerbeverband Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2025 Ausgaben von insgesamt Fr. 500'000 (Fr. 250'000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bis auf eine Enthaltung haben alle Ja gestimmt. Wir haben 89 Ja-Stimmen.

94. Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die Jahre 2024 bis 2027

[15.01.25 21:42:15, 24.1513.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen, wie wir von David Jenny schon gehört haben. Er hat trotzdem noch einmal das Wort, falls er es wünscht.

David Jenny (FDP): Die BKK dankt für die dringliche Traktandierung. Ich kann für die allgemeinen Ausführungen auf das, was ich und die Mitdebattierenden vorher gesagt haben, verweisen. Das Unternehmer Campus ist eine etablierte Förderplattform, die sich wachsender Beliebtheit erfreut. Die Wichtigkeit der dualen Berufsausbildung haben wir auch schon unterstrichen in der vorherigen Debatte. Die beiden Förderprogramme und des Unternehmer Campus Youngpreneur und New Leader wurden vom Regierungsrat ausführlich dargestellt und ich will da nichts wiederholen.



Lanciert wurde das Unternehmer Campus 2016, die Kosten werden seitdem je zu einem Drittel von unserem Kanton, vom Gewerbeverband und durch weitere Förder- und Sponsoringbeiträge gedeckt. Dieser Finanzierungsschlüssel wird weiterhin als angemessen von Regierung und Kommission beurteilt.

Wie Sasha Mazzotti vorweggenommen hat, über die hohen eingestellten jährlichen Mietkosten stolperten wir in der Kommissionberatung und wir waren doch etwas erstaunt, dass weder ED noch FD dies hinterfragt haben. Wir haben den Gewerbeverband angehört und der hat dann anschliessend schriftlich mitgeteilt, dass bei der Budgetierung irrtümlicherweise eine hundertprozentige Auslastung des betreffenden Raumes, der zum gesamten Raumprogramm des Gewerbeverbandes gehört, eingestellt wurde. In Wirklichkeit beträgt die Auslastung durch den Unternehmer Campus etwa 25 Prozent. Somit betragen die relevanten Mietkosten per annum nur noch 14'370 Franken. Wir haben daher eine entsprechende Kürzung des Beitrages vorgeschlagen und bitten Sie, einen Staatsbeitrag für vier Jahre von gesamthaft 340'000 Franken zu bewilligen. Das sind meine Ausführungen zu diesem Geschäft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir danken der Bildungs- und Kulturkommission auch bei diesem Geschäft für die sorgfältige Arbeit zu den von uns eingereichten Anträge. Mit ihrem Bericht weist die Kommission auf wichtige Schwachstellen in unserem ursprünglichen Budgetantrag hin. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Lassen Sie mich in aller Klarheit sagen, dass wir diese Kritik ernstnehmen.

Auch bei diesem Geschäft wollen wir nun zusammen mit dem Gewerbeverband sicherstellen, dass in Zukunft alle Ausgabenpositionen des Talentförderungsprogramms Unternehmer Campus korrekt und für alle nachvollziehbar sind. Diese sollen in den nächsten Anträgen dann auch entsprechend dargestellt werden.

Wichtig ist es auch hier, der Unternehmer Campus des Gewerbeverbands Basel-Stadt hat sich als beliebte Förderplattform etabliert. Er findet sowohl bei Betrieben als auch bei Lernenden Anklang. Die Programme Campus während der Lehre und Campus nach der Ausbildung schulen ehrgeizige und talentierte Berufsleute. Dabei stehen ihre Sozial- und Selbstkompetenzen sowie unternehmerische Themen im Fokus. Diese Schulungen fördern den Unternehmergeist und stärken die Persönlichkeit. Zudem eröffnen sie neue Karrieremöglichkeiten.

Seit Januar 2016 haben über 190 Talente aus der Region das Programm erfolgreich abgeschlossen. Auch diese Plattform stellt ein wichtiges Instrument dar, um die Berufsbildung in unserem Kanton zu stärken und weiter bekannt zu machen. Wir werden weiterhin jede Möglichkeit, die zu einer Stärkung der Berufsbildung führt, mit aller Kraft unterstützen. Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir haben ja auch schon Voten zu diesem Thema gehört.

Regierungsrat Mustafa Atici und David Jenny verzichten auf die Wortmeldung in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005524, 15.01.25 21:48:29]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Talentförderungsprogramm in der dualen Ausbildung «Unternehmer Campus» werden dem Gewerbeverband Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 340'000 (Fr. 85'000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie stimmen dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung zu.

18. Zehnter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK

[15.01.25 21:48:46, 24.1595.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die GSK stellt Ihnen den 10. Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss Paragraph 67 vor und bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Seit 2015 erscheint der jährliche Bericht des Regierungsrates zu den Gesundheitskosten und erfüllt damit einen gesetzlichen Auftrag. Der 50-seitige Bericht liefert einen wichtigen Überblick über die entscheidenden Finanzströme, welche einen direkten Einfluss auf die Krankenkassenprämien haben. Dabei handelt es sich wesentlich um die Kosten für die Abgeltung der Pflichtleistungen nach obligatorischer Krankenpflegeversicherung nach KVG. Der Bericht des Regierungsrats vom 13. November fokussiert weitgehend auf das Jahr 2023. Die Bedingungen und die Datengrundlage haben sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Weil die Bereitstellung der Daten für das Vorjahr jeweils sehr spät erfolgt, erscheint der Bericht zu den Daten der Gesundheitskosten vom Vorjahr jeweils erst gegen Ende Jahr. Dafür können die aktuellen Entwicklungen sowie die im Herbst kommunizierten Prämien für das nun aktuelle Jahr in die Berichterstattung mit einfließen.

Auch wenn es so scheint, dass all die Kostendämpfungsmassnahmen aufgrund von Widerstand diverser Interessenverbänden oder Anpassungsleistungen der Leistungserbringer sich in Luft auflösen und kaum Wirkung erzeugen, sind staatliche Regulierung und Prüfung wichtig und notwendig. Die jährliche Berichterstattung über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen liefert deshalb eine wichtige Diskussionsgrundlage und eine sehr gute Übersicht hinsichtlich der Kostenentwicklung, um lenkende Massnahmen überhaupt zu entwickeln.

Im Gegensatz zu früheren Jahren hat sich die GSK für das Jahr 2023 keine vertiefte Analyse zu einem Einzelbereich gewünscht. Die GSK hat das Geschäft in 2 Sitzungen behandelt, wie in den Jahren zuvor haben an der Vorstellung des Berichts der Departementsvorsteher, die Leiterin des Bereichs Gesundheitsversorgung und der Leiter Abteilung Finanzen und Dienste teilgenommen. Ich danke dem Gesundheitsdepartement im Namen der GSK für die detaillierte Zusammenstellung und die fachkundigen Erläuterungen zu den verschiedenen Punkten, Teilbereichen und Fragen aus der Kommission.

Ich werde mich eher kurz halten und mich bei der Berichterstattung auf die Schwerpunkte im Kommissionsbericht beschränken. Für die detaillierten Ausführungen verweise ich auf den umfassenden Bericht des Regierungsrats. Es ist aber erkennbar, dass sich die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung nach den Pandemie Jahren wieder ein wenig stabilisiert haben. Seit dem 1. Januar 2024 sind einige Massnahmen aus dem ersten Kostendämpfungspakets des Bundes in Kraft getreten. Es handelt sich dabei um Massnahmen in Bereichen der Tarife, der Rechnungsstellung, Pilotprojekte, preisgünstige Arzneimittel sowie der Kostenüberwachung. Zudem wurde am 24. November von der schweizerischen Stimmbevölkerung die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen EFAS angenommen. Es wird sich erst in ein paar Jahren zeigen, welche Wirkung die neue Finanzierungsweise auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen erzielen wird. Ein weiteres Kostendämpfungspaket ist in Verhandlungen mit dem Ziel, die Versorgung stärker zu koordinieren.

Erfreulich ist, dass sich das eher schwerfällige elektronische Patientendossier ein wenig in Bewegung gesetzt hat. Am 16. Oktober des letzten Jahres, vielleicht erinnern Sie sich noch, haben wir hier im Grossen Rat die finanziellen Mittel für die Übergangsfinanzierung beschlossen, mit dem Ziel, EPD-Eröffnungen zu fördern.



Nun zur Entwicklung der OKP: In den letzten 10 Jahren haben sich die Pro-Kopf-Bruttoleistungen in unserem Kanton mit durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr oder insgesamt bei plus 20,6 Prozent moderater entwickelt als im gesamtschweizerischen Durchschnitt, dort betrug das Wachstum knapp 30 Prozent. Dies ist positiv zu bewerten, jedoch unter dem Aspekt, dass unsere Kosten bereits auf einem hohen Niveau sind. Auch im Bericht 2023 war das Wachstum unterdurchschnittlich, 3,6 gegenüber 4,6 Prozent beim schweizerischen Durchschnitt, gegenüber dem Jahr 2022 hat das Wachstum aber wieder deutlich zugelegt. In absoluten Zahlen weist Basel-Stadt mit 5'509 Franken pro Person und Jahr die dritthöchsten OKP-Ausgaben aus.

Nach Kostengruppe aufgeteilt, sind die Ausgaben mehrheitlich mit dem schweizerischen Durchschnitt vergleichbar. Einzig bei der spitalambulanten Behandlung und der Spitex liegen wir darunter. Im spitalambulanten Bereich kam es nach zwei Jahren kontinuierlichen Wachstums im Jahr 2023 zu einer Abnahme. Dafür stieg der stationäre Bereich wieder an. Schauen wir aber auf die letzten fünf Jahre zurück, liegt das ambulante Wachstum höher als das stationäre, was dem gewünschten Behandlungsansatz «ambulant vor stationär» entspricht.

Seit mehreren Jahren entwickeln sich die Spitex-Kosten unterdurchschnittlich. Seit 2019 beträgt das Wachstum bei uns 1,4 Prozent pro Jahr, was deutlich unter dem schweizerischen Mittel von 5,3 Prozent liegt. Weshalb dies so ist, kann das Departement nicht abschliessend begründen und erscheint der GSK rätselhaft. Deswegen wünscht sich die GSK für die Berichterstattung 2024 eine vertiefende Betrachtung zu den Spitex-Diensten.

Ein starker Anstieg von 5 auf 14 Prozent wurde im 2023 in der Kategorie Rest verzeichnet. Darunter fallen Physiotherapie, Laboranalysen, ergo-, chiro- und logopädische Leistungen, Geburtshilfe und Komplementärmedizin. Der Sprung war aber gesamtschweizerisch zu verzeichnen und geht insbesondere auf die selbstständige Abrechnungsmöglichkeit von psychologischen Psychotherapien zurück. Diese sind neu in dieser Kategorie verortet.

Noch kurz zu den Prämien: Wie schon 2024 steigen die Prämien schweizweit auch im 2025 stark an. Die Erhöhung liegt bei durchschnittlich 6 Prozent. Erneut weist Basel-Stadt den geringsten Prämienzuwachs auf, dieser liegt bei 1,5 Prozent und somit vier mal tiefer. Aufgrund der langjährigen unterdurchschnittlichen Kostenentwicklung hat sich der Abstand zum schweizerischen Prämien Durchschnitt verringert. Dieser ist in den letzten Jahren von 132 Prozent auf 120,5 Prozent gesunken. So hat Basel-Stadt nur noch die drittbeste Prämie nach Genf und Tessin. Die finanzielle Belastung durch die Krankenkassenprämien pro Kopf oder auch pro Familie ist aber weiterhin sehr hoch und belastet das monatliche Budget weiterhin sehr stark.

Dann wurden noch drei weitere Themen beleuchtet: Die Einführung von EFAS wird einen nicht zu unterschätzenden administrativen Mehraufwand mit sich bringen. Der Systemwechsel hat zur Folge, dass die Abrechnung der stationären Leistungen nicht mehr zuerst an den Kanton gehen, sondern an die Versicherungen. Die Steuerung bei der Verrechnung ist somit erschwert. Zudem sind während der Umstellung bis 2032 die Kostenteile zu justieren und der staatliche Mindestkostenanteil zu sichern. Dazu müssen anforderungsreiche Prognosen erstellt und allenfalls mittels höheren Kantonsbeiträgen stabilisierend auf die Prämienentwicklung eingewirkt werden. Zurzeit ist vieles noch zu wenig bekannt. Der Kanton erwartet insgesamt jedoch eine finanzielle Entlastung.

Zudem plant der Kanton mit verschiedenen Partnern weitere Präventionsprogramme. Ein Schwerpunkt liegt auf der Vernetzung und der Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise die Informationskampagne «Mein Kind ist krank», mit der die überleitete Inanspruchnahme von Spitalleistungen oder des Notfall reduziert werden soll. Eine Auswertung liegt aber noch nicht vor.

Die Bewilligungen zur ärztlichen Berufsausübung im Jahr 2023 haben sowohl in der Grundversorgung als auch bei den Spezialisten erneut zugenommen. Jedoch bestehen weiterhin grosse Bedenken, ob angesichts der zu erwartenden Pensionierungswelle die Grundversorgung in den nächsten Jahren noch gewährleistet werden kann. Ein Teil der Zunahme der Bewilligung ist auch einer Gesetzesänderung geschuldet, bei der in ambulanten Einrichtungen und im Spital die Bewilligungspflicht ausgeweitet wurde. Zudem spielt auch der Trend zur Teilzeitarbeit mit hinein. Mehr Bewilligungen sind nicht automatisch mehr Stellenprozente. Mit der kommenden Zulassungssteuerung sollten die Zahlen zu den regulierten Fachgebieten aber klar werden.

Ich bedanke mich nochmals im Namen der GSK beim Gesundheitsdepartement für den spannenden Einblick in den Rahmen der Berichterstattung zu den Gesundheitskosten. Die GSK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat im Dezember 2014 den Auftrag zur Erstellung eines jährlichen Berichts über die Leistungskosten und Prämienentwicklung sowie zu unseren Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten erteilt. Mit dem vorliegenden Bericht kommen wir diesem Auftrag zum zehnten Mal nach und ich



danke dem Präsidenten der GSK für die Begleitung und Diskussion in der Kommission und auch dafür, dass er die wesentlichen Zahlen Ihnen bereits referiert hat.

Die dominanten Entwicklungen im Gesundheitswesen sind unverändert. Die demografische Entwicklung mit dem wachsenden Anteil Älterer respektive Betagter und die technologische Erweiterung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten. Das sind im Kern, und ich glaube es ist wichtig, das festzuhalten, positive Entwicklungen, von denen viele unter uns profitieren. Gleichzeitig aber natürlich belastet uns der Preis des Fortschritts finanziell.

Es ist mir wichtig, das in einem etwas weiteren zeitlichen Kontext zu sehen. Zwischen 2013 und 2023 sind die Bruttokosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Basel-Stadt pro Kopf um rund 20 Prozent gestiegen. Das sind im Durchschnitt 1,9 Prozent pro Jahr. Und wenn wir jetzt schauen, was das Bruttoinlandprodukt gemacht hat in dieser Zeit, das wir für Basel-Stadt auch berechnen können, dann ist das stärker gewachsen, um 2,5 Prozent pro Jahr im Durchschnitt. Man kann also durchaus sagen, dass sich die Gesundheitskosten kongruent zur Gesamtwirtschaft und zur Gesellschaft entwickeln.

Der Blick über die letzten zehn Jahre zeigt denn auch, dass sich die Gesundheitskosten in Basel-Stadt moderater als im schweizweiten Durchschnitt entwickelt haben. Der Kommissionspräsident hat Ihnen das geschildert, sowohl die Kosten pro Kopf als auch die Prämien haben sich eben moderater entwickelt als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Wir sehen das besonders deutlich jetzt in der Prämienrunde 2024/25, wo wir für die mittlere Prämie im Durchschnitt 1,5 Prozent Erhöhung hatten für Basel-Stadt und schweizweit 6 Prozent. Das dürfen wir nicht für bare Münze nehmen, das wird nicht auf Dauer so auseinander liegen, aber es ist doch ein Indikator dafür, dass wir eine etwas mildere Entwicklung, wenn auch auf hohem Niveau, hatten und haben.

Natürlich bleibt die Kostenentwicklung dennoch eine gesundheitspolitische Hauptsorge und wir arbeiten deshalb zusammen mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft weiterhin intensiv an einer Angebotsplanung und an einer Angebotssteuerung, die eine bedarfsgerechte Versorgung garantiert und kostentreibende oder unnötige Strukturen vermeidet.

Als zweite grosse Herausforderung sehen wir die finanzielle Situation unserer Versorgungseinrichtungen. Diese werden durch weiterhin steigende Personalkosten aufgrund des Fachkräftemangels auch künftig unter Druck bleiben. Neben den Häusern selber, die für ihre betriebliche Effizienz verantwortlich sind, sind hier auch die Tarifpartner angesprochen. Es ist zu verhindern, dass die Leistungserbringer in eine Abwärtsspirale geraten. Dies würde zu Lasten der Qualität und auch der notwendigen Investitionen gehen. Insofern ist auch das verstärkte Engagement der öffentlichen Hand von grosser Bedeutung, sei dies im Bereich der Pflegeausbildung oder auch mit Blick auf die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die wir Ihnen im Verlauf dieses Jahres dann auch wieder zur Genehmigung vorlegen werden.

Ich möchte Ihnen danken für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Sie bitten, unseren Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich möchte diese Nachtsitzung zwar nicht unnötig verlängern, aber Regierungsrat Lukas Engelberger hat jetzt gerade sehr zutreffend gesagt, die Entwicklung der Gesundheitskosten und damit insbesondere für unser eigenes Portemonnaie sei schmerzlich spürbar. Die Entwicklung der Prämien ist halt eine Hauptsorge und das ist die einzige Möglichkeit, über die wir uns unterhalten können aufgrund des gesetzlichen Auftrages, den wir dem Gesundheitsdepartement erteilt haben. Wie entwickeln sich diese Kosten und welchen Erfolg haben die Bemühungen des Departements, diese Kosten zu dämpfen und deshalb finden wir es doch angebracht, ganz wenige Worte dazu zu verlieren.

Sehr vieles wurde aber jetzt schon gesagt. Auch uns ist der vergleichsweise tiefe Anstieg der Spitexleistungen aufgefallen. Wie das möglich ist, konnte der Kommission auch nicht schlüssig erklärt werden. Auf der anderen Seite haben wir immer noch eine deutliche Zunahme der OKP-Bruttoleistungen, möglicherweise aufgrund von Verschiebungen erklärbar. Sind wir da noch richtig unterwegs auf unserem Weg «ambulant vor stationär». Ich bin der Kommission dankbar, dass sie diese Frage vertieft abklären lassen möchte und am Thema dran bleibt beim nächsten Bericht.

Und dann noch eine letzte Bemerkung. Es wurde auch gesagt, die Umstellung zu EFAS, wie wir schweizweit nun beschlossen haben, führe zu administrativen Mehrbelastungen und kann eben halt auch zu Prämienschwankungen und Anstiegen führen. Es ist positiv zu erwähnen, wenn im Bericht der Kommission steht, dass hier auch seitens der Regierung avisiert wird, dass man allenfalls diese dämpfen muss mit höheren Kantonsbeiträgen als minimal und als gesetzlich vorgeschrieben. Da müssen wir wirklich wachsam sein.

Somit möchte ich für diesen Bericht und die damit verbundene Arbeit von Regierung und Departement im Namen meiner Fraktion danken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrat Lukas Engelberger hat noch in der zweiten Runde das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Christine Keller, dass sie sich die Zeit genommen hat, auch zu später Stunde, in diese Diskussion einzusteigen und ich möchte kurz etwas sagen zum Thema Spitex, das zwei Mal angesprochen wurde. Ich glaube, wir sehen an der Entwicklung der Spitex-Kosten genau so auch wie bei den Pflegeheimkosten, wenn wir den Vergleich machen zwischen der Entwicklung Basel-Stadt und der Entwicklung schweizweit, dass wir eine flachere Entwicklung haben, und ich glaube, die naheliegende Erklärung ist, dass die übrige Schweiz in einem stärkeren demografischen Schub ist als unser Kanton. Wir sind ja jetzt der Kanton mit der mit der proportional grössten Gruppe der Hundertjährigen, also der Hochbetagten. Das zeigt an, dass im urbanen Umfeld dieser Alterungsschub durch die Gesellschaft früher erfolgte als in den übrigen Gebieten der Schweiz und ich meine darin ist vermutlich eine Erklärung zu sehen, dass wir entsprechend jetzt in diesen Bereichen, die natürlich kostenintensiv sind, auch eine flachere Entwicklung machen. Aber wir nehmen das natürlich gerne mit dann auch für den nächsten Bericht, wo wir das fundierter abklären können als ich jetzt hier in der Nachtsitzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher der GSK verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

ja heisst Zustimmung zum Grossratsbeschlusskenntnisnahme. Nein heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005526, 15.01.25 22:06:38]

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme des Berichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben einstimmig Kenntnis genommen mit 86 Ja-Stimmen.

19. Petition P480 "Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen", Bericht der PetKo

[15.01.25 22:06:50, 24.5327.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort geht an den Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P 480 «Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen» wie folgt.

Zum Anliegen der Petentschaft: Die Petentschaft kritisiert die Verlegung der Tramhaltestelle Tellplatz der Linie 15 Richtung Bruderholz. Seit Dezember 2023 befinden sich diese nicht mehr in der Bruderholzstrasse, sondern in der Güterstrasse vor dem Gundeli-Casino, wie die Haltestelle der Linie 16 Richtung Schiffflände. Die Haltestelle der Linie 16 Richtung Bruderholz bleibt unverändert in der Güterstrasse vor dem Tellplatz. Passagiere, die von der Linie 16 auf die Linie 15 umsteigen, müssen nun die Güterstrasse überqueren und den Tellplatz passieren, während sie zuvor ohne Strassenquerung von der Güterstrasse in die Bruderholzstrasse wechseln konnten.



Laut Petentschaft nutzen vor allem Fahrgäste mit Ziel Westplateau Bruderholz diesen Umstieg. Der neue Weg sei nicht nur länger, sondern auch unsicherer, da die stark befahrene Güterstrasse überquert werden muss. Die Unzufriedenheit über die Verlegung sei gross und die Petition zur Rückverlegung der Haltestelle in die Bruderholzstrasse, wo sie seit 1910 bestand, fand im Quartier breite Unterstützung. Hauptgrund für die Petition ist die Verkehrssicherheit. Viele Fahrgäste überqueren den Tellplatz direkt, um Anschlüsse nicht zu verpassen. Angesichts des Verkehrsaufkommens auf dem Platz, das Autos, Fahrräder und Motorräder umfasst, wird ein Unfall als wahrscheinlich angesehen. Die Petentschaft vermutet, dass die Verlegung der Haltestelle mit dem Behindertengleichstellungsgesetz zusammenhängt. Sie betont jedoch, dass die Verschiebung der Haltestelle der Linie 5 sind angesichts des Widerstandes gegen andere Änderungen der Tramlinie 15 und 16 auf dem Bruderholz nicht prioritär gewesen sei.

Als Alternative schlägt die Petentschaft vor, die Haltestilstelle der Linie 16 in Richtung Bruderholz auf die andere Seite des Tellplatzes zu verlegen. So lägen die Haltestellen der Linien 15 und 16 näher beieinander und Umsteigende müssen nur noch die Strasse überqueren. Eine genaue Zahl der Umsteigenden konnte die Petentschaft nicht angeben, betonte aber, dass der Andrang hoch sei und regelmässig Menschen beobachtet würden, die den Platz eilig und auf direktem Weg überqueren, um die Anschlüsse zu erreichen.

Zur Stellungnahme der Verwaltung: Die Verlegung der Haltestelle Tellplatz der Linie 15 in die Güterstrasse wurde damit begründet, dass der Ausstieg in der Bruderholzstrasse direkt auf die Fahrbahn erfolgt und der Höhenunterschied der Einsatz der Klapperrampe verhindert hat, was die Nutzung für Rollstuhlfahrer unmöglich macht. Seit dem 1. Januar 2024 müssen laut Behindertengleichstellungsgesetz alle Haltestellen autonom zugänglich sein. Wo dies nicht möglich ist, muss der Kanton einen Rollstuhl-Taxidienst anbieten, der jedoch hohe Kosten verursacht. Um dies zu vermeiden, wurde die Haltestelle in die Güterstrasse verlegt. In der Bruderholzstrasse wäre die Errichtung einer behindertenkonform Haltekannte wegen der Lage von Garageinfahrten und einem Polizeiposten nicht umsetzbar gewesen. Alternative Lösungen wie eine Kistenhaltekannte waren aufgrund der verteilten Garageinfahrten ebenfalls nicht realisierbar.

Auch die Haltestellen in der Güterstrasse sind derzeit nicht vollständig niveaugleich, aber die Klapperrampe kann genutzt werden. Geplant ist im Rahmen eines noch zu beschliessenden Projekts, alle Haltestellen am Tellplatz vollständig barrierefrei zu gestalten. Dabei sollen die Haltestellen vor den Knotenpunkt verlegt werden, um die Trams zum Pulkführer zu machen. Die Haltestelle der Linie 15 Richtung Bruderholz bleibt in der Bruderholzstrasse, während die Linie 16 Richtung Tellplatz weiterhin in der Güterstrasse hält. Ein alternativer Standort für die Linie 16 vis-à-vis des Gundeli Casinos wurde geprüft, aber wegen Platzmangels für eine 27 cm hohe Haltekannte und der Notwendigkeit, den Baumgartenweg anzubinden, verworfen. Zudem widerspricht dieser Standort dem Prinzip, Haltestellen vor Knotenpunkten zu platzieren.

Die BVB haben Massnahmen ergriffen, um die Umstiege zwischen den Linien 15 und 16 am Tellplatz zu gewährleisten. Nach 20 Uhr gibt es eine Anschlusssicherung, bei der Wagenführer bei Verspätungen angewiesen werden, auf umsteigende Fahrgäste zu warten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Anschlusszüge beziehungsweise -trams trotz Verzögerungen erreichbar bleiben.

Ich komme zu den Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt fest, dass sich am ehemaligen Standort der Haltestelle Tellplatz der Tramlinie 15 mit Fahrtrichtung Bruderholz, keine dem Behindertengleichstellungsgesetz gerecht werdende Haltekannte realisieren lässt. Da der Kanton bei Aufrechterhaltung der Haltestelle ab Beginn des Jahres 2024 einen Ersatz-Rollstuhl-Taxidienst hätte anbieten und finanzieren müssen, kann sie die Verschiebung aus der Bruderholzstrasse in die Güterstrasse vor das Gundeli Casino nachvollziehen. Auch dort kann zwar noch nicht niveaugleich in das Tram eingestiegen oder ausgestiegen werden, die Höhenunterschiede zwischen Tram und Haltekannte sind aber geringer, weshalb der Einsatz der Klapperrampe möglich ist. Das Argument der Petentschaft, beim Umsteigen der Linie 16 auf die Linie 15 sei die Gehdistanz grösser geworden, lässt sich nicht entkräften. Dass jedoch die Verlegung der Haltestelle wie im Petitionstext ausgeführt vor allem für Personen mit Mobilitätseinschränkungen, Betagte und Personen mit Kinderwagen zu einem mühseligen Umsteigeprozess führe, ist für die Petitionskommission nicht nachvollziehbar. Gerade für diese Personengruppe war die bisherige Haltestelle zum Ein- und Aussteigen vom Tram direkt auf die Strasse sehr herausfordernd. Im Rahmen der Erneuerung der Güterstrasse sollen zudem alle Haltekannten, wie bereits erwähnt, am Tellplatz erhöht und niveaugleicher Ein- und Ausstieg ermöglicht werden.

Wenig glaubwürdig ist für die Petitionskommission auch die Aussage der Petentschaft, die Passagiere würden den Tellplatz im Eilschritt und ohne sich auf den Verkehr zu konzentrieren diagonal überqueren, um das Tram der Linie 15 zu erreichen. Die Fussgängerinnen und Fussgänger haben auf der gesamten Strecke zwischen den beiden Haltestellen, sowohl auf dem Fussgängerstreifen über die Güterstrasse wie danach bei der Trottoirüberfahrt beim Tellplatz Vortritt gegenüber dem Strassenverkehr. Die Petitionskommission weist weiter darauf hin, dass aus der Innenstadt umsteigefrei mit der Linie 15 auf das Westplateau des Bruderholz gefahren werden kann. Gemäss Onlinefahrplan der BVB beträgt die Fahrzeit zwischen dem Barfüsserplatz und dem Tellplatz auf der Linie 16 neun Minuten, auf der Linie 15 neun beziehungsweise zehn Minuten. Für die Petitionskommission sind die von der Vertretung der Verwaltung genannten Gründe für die Verschiebung der Haltestelle der Linie 15 sind aus der Bruderholzstrasse in die Güterstrasse überzeugend und schlüssig. Da aus ihrer Sicht weder Handlungsbedarf noch weiterer Abklärungsbedarf besteht, beantragt sie dem Grossen Rat, die Petition als erledigt zu erklären.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion bittet Sie, diese Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Vor bald einem halben Jahr wurde die Haltestelle des Richtung Bruderholz fahrenden Trams der Linie 15 an der Haltestelle Tellplatz verlegt. Der Tellplatz ist die wichtigste Umsteigestation der Linie 16 auf die Linie 15 ins Bruderholz. Die Verlegung der Haltestelle hat zur Folge, dass die Anschlüsse nicht mehr vollständig gewährleistet werden und sind, entgegen dem, was die BVB sagt. Umsteigende Passagiere müssen neu die viel befahrene Güterstrasse und die Bruderholzstrasse überqueren, um an die neue Haltestelle zu gelangen. Dies ist, wie Beobachtungen vor Ort zeigen, gefährlich, da die Passagiere, um das allenfalls wartende Tram der Linie 15 noch zu erreichen, den Tellplatz im Eilschritt überqueren müssen und dabei kaum auf den Verkehr achten. Es ist eine Frage der Zeit, bis es da zu einem Unfall kommt.

Die Verlegung der Haltestelle führt zudem dazu, dass der Umsteigeprozess vor allem für Personen mit Mobilitätseinschränkungen, Betagte und Personen mit Kinderwagen viel mühsamer ist als die vorherige Lösung. Weiter wird beobachtet, dass das Tram 15 sehr oft vor allem in der Nacht die Situation nutzt, um den Tellplatz zu queren, wenn der sechzehner Tram an der Haltestelle steht, mit dem Effekt, dass die Umsteigenden, die über die beiden Strassen rennen, den Fünfzehner verpassen und während dem Tag 7 und in der Nacht 15 Minuten am Tellplatz auf den nächsten warten müssen. Und dies soll echter Service Public sein!

Mit der von vielen Quartierbewohnern unterzeichneten Petition fordert die FDP deshalb, dass die Verlegung der Haltestelle rückgängig gemacht wird. Alternativ hätte man auch die Verlegung an die Haltestelle der Linie 16 machen können, was aber offensichtlich die Verwaltung auch ablehnt. Die Petitionskommission hat zwar die Petentschaft Ende Oktober angehört, aber auf eine Begehung vor Ort würde verzichtet. Dies ist bemerkenswert. Vermutlich wegen fehlender Ortskenntnisse kommt die Kommission zu ihrem Bericht zum Schluss, nicht auf das Quartierbegehren einzutreten und es ohne weitere Massnahmen abzuschreiben.

Die Petenten und die FDP hoffen, dass der Grosse Rat heute diesen Entscheid korrigiert, damit der Tellplatz nicht zu einem Unfallschwerpunkt wird. Die Einwohner des Bruderholzquartiers goutieren die Rolle der PetKo überhaupt nicht, werden doch nahezu alle Petitionen an den Regierungsrat überwiesen, ausser denjenigen aus dem Bruderholz. Man könnte meinen, dass der Grosse Rat aber auch die Verwaltung dies mit Absicht machen. Es ist nicht das erste Mal, dass eine Petition aus dem Bruderholz entweder nicht bearbeitet wird, wie die UVEK das gemacht hat, oder eben von der Petitionskommission abgeschrieben wird, unabhängig davon, ob es 100, 500, 700 oder 1'500 Unterschriften gibt.

Aber ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, ich weiss nicht, ob ich mit einer Abschreibung heute nicht sogar noch grössere Freude habe als mit einer Überweisung. Die letzten beiden nicht behandelten Petitionen betrafen auch den öffentlichen Verkehr, nämlich die Haltestelleaufhebungen respektive Haltestellenverschiebung auf dem Bruderholz. Sie mögen sich erinnern. Gegen die Pläne, welche auch der Grosse Rat abgesegnet hat, ist die Quartierbevölkerung ans Bundesverwaltungsgericht gelangt. Zur Überraschung vieler hat das Bundesverwaltungsgericht die Klage angenommen und wird sie beurteilen. Einer der Gründe, warum es das entgegengenommen hat, ist der Paragraph 55 Mitwirkung der Bevölkerung in unserer Kantonsverfassung. Verwaltung und Parlament haben die Quartierbevölkerung weder in den Planungsprozess mit einbezogen noch hat das Parlament die Anliegen der Bevölkerung aufgenommen.

Liebe Mitglieder des Grossen Rats, Sie haben heute ein echtes Dilemma. Entweder überweisen Sie die Petition heute und korrigieren den Fehler am Tellplatz oder Sie unterstützen die Argumentation des Quartiers im Bundesverwaltungsgericht, dass wir laufend mit unseren Anliegen übergangen werden. Sie haben es jetzt in der Hand, das zu korrigieren. Wir von der FDP haben uns entschieden, Ihnen zu empfehlen, die Petition an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Präsident der Petitionskommission verzichtet auf ein zweites Votum.

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Erich Bucher beantragt, sie an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petko, NEIN heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme.

Ergebnis der Abstimmung



69 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005528, 15.01.25 22:20:45]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 69 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen bedeuten, dass die Petition erledigt ist.

20. Petition P481 "Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche", Bericht der PetKo

[15.01.25 22:20:59, 24.5352.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort geht an deren Präsidenten Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich zur Petition P481 «Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche».

Zum Anliegen: Die Petentschaft verlangt, dass die Spielfelder der Sportanlage Schützenmatte für Nichtvereinsmitglieder, insbesondere Kinder und Jugendliche, zugänglich gemacht werde. Nach Ansicht der Petentschaft wird die Nutzung durch mehrere Faktoren erschwert. Die Plätze sind häufig durch Vereine, Training oder Spiele belegt, abgesperrt ohne Tore oder schlecht beleuchtet. Insbesondere in der kalten Jahreszeit seien die Naturrasenplätze oft nicht bespielbar und die Tore des D-Platzes verschlossen. Für kleinere Spiele ist ein komplettes Spielfeld nicht notwendig, aber Tore sind unverzichtbar. Diese sind derzeit nur auf dem Kunstrasenplatz und dem Hartplatz vorhanden.

Die Petentschaft schlägt vor, die Zugänglichkeit verschiedener Plätze und des Tennenplatzes durch eine Verkürzung der Sperrzeiten und die Bereitstellung von Toren zu verbessern. Ein weiterer Kunstrasenplatz könne die Nutzungsmöglichkeit erhöhen und den Pflegeaufwand verringern. Eine App zur Übersicht über die freien Plätze wäre hilfreich, da es immer schwieriger wird, einen freien Platz zu finden. Alternativen wie der Buschweilerhof oder Sankt Jakob erfordern Anfahrtszeiten und bieten keine Garantie auf freie Plätze. Gerade für Kinder und Jugendliche und deren Eltern sei ein wohnnahes Angebot wichtig. Freies Fussballspielen wird als sinnvolle niederschwellige Freizeitbeschäftigung gesehen, die ohne Eintritt zugänglich sei.

Zur Stellungnahme der Verwaltung. Die Vertretung des Erziehungsdepartements bezeichnete Rückmeldungen aus der Bevölkerung als hilfreich, um das Sportangebot zu verbessern. Sport werde als zentral für Gesundheit, Integration und sozialen Zusammenhalt angesehen und der Kanton fördere sportliche Aktivität. Aufgrund der begrenzten Fläche ist der Nutzungsdruck auf die Sportanlagen jedoch hoch. Das kantonale Sportkonzept 2019 priorisierte den organisierten Sport, da die Vereine Planungssicherheiten für Trainings- und Wettkämpfe benötigen. Dennoch sollten die Sportanlagen auch für den unorganisierten Sport geöffnet werden.

Dies wird begrüsst, führt aber zu Konflikten. Für den ungebundenen Sport wurden in den letzten Jahren neue Angebote wie Streetworkanlagen, Box-up-Station, Pumptracks und eine Bike Washing Station geschaffen. Eigene Rasenflächen für den ungebundenen Sport fehlen aufgrund der beschränkten Platzverhältnisse. Die Sportanlage Schützenmatte wird hauptsächlich von den Old Boys genutzt, die dort Fussball und Leichtathletik betreiben. Weitere Spielfelder können aufgrund der bebauten Umgebung nicht angelegt werden. Ein kleiner Teil der Turnmatte wird durch den Bau einer Tennishalle beansprucht, was die Petition nicht ablehnt, da es sich dabei ebenfalls um eine Sportanlage handelt.

Die Petition schlägt vor, den Zugang zu Vereinfussballspielen zu erleichtern. Ab 2025 sollen Tore mit einem «Fünfliber»-System eingeführt werden, bei dem die Nutzer eine Kautions hinterlegen, die bei ordnungsgemässer Rückgabe rückerstattet wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die Tore zur Verfügung stehen, ohne dass sie täglich eingesammelt werden müssen. Eine neue Software soll es ausserdem ermöglichen, die Belegung aller Sportstätten online einzusehen. Eine App-Version wird geprüft. Eine Excel-Liste ist bereits auf der Website des Sportamtes verfügbar.

Geprüft wird auch der Bau eines zweiten Kunstrasenfeldes auf der Schützenmatte. Kunstrasen ermögliche mehr Belegungen, da die Witterungsabhängigkeit nicht vorhanden ist. Ein entsprechendes Projekt für die Anlage Rankhof wurde



bereits eingereicht und Workshops mit den Nutzern sollen klären, welche Anlagen priorisiert werden. Als Alternative zur Schützenmatte wurde der Buschweilerhof mit einem Kunstrasenfeld und die Puntruttermatte genannt. Letztere wird weniger vom Vereinssport genutzt und verfügt seit 2024 über Tore. Für weitere sportliche Aktivitäten könnte der Schützenmattpark genutzt werden, wo bei Bedarf ein zweiter Basketballkorb aufgestellt werden könnte.

Ich komme zu der Erwägung der Petitionskommission: Die Petitionskommission kann den Wunsch der Petentschaft, die Verfügbarkeit der Spielfelder auf der Schützenmatte für den ungebundenen Sport zu erhöhen, nachvollziehen. Dass der organisierte Sport gegenüber dem ungebundenen Sport Vorrang hat, stuft sie allerdings als richtig ein. Eine höhere Belegung dürfte nur mit einem weiteren Kunstrasenfeld möglich sein. Diesbezüglich sind in der Verwaltung bereits erste Schritte unternommen worden. Die Sperrung der Naturrasenfelder erfolgt aus guten Gründen und zur Wahrung der langfristigen Spielbarkeit.

Die Forderung, auf den hinteren Feld und Tore zur Verfügung zu stellen und die Transparenz der Belegung mit einer App oder einer anderen IT-Lösung zu erhöhen, stuft die Petitionskommission als gerechtfertigt ein. Die Vertretung des Erziehungsdepartements hat am Hearing zum Ausdruck gebracht, auf diese Anliegen eingehen zu wollen. Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Wichtig ist hier, dass die beiden kurzfristig umsetzbaren Anliegen tatsächlich auch kurzfristig umgesetzt werden. Dass es in Basel sowohl für den organisierten als auch für den ungebundenen Sport zu wenig Flächen gibt, ist ein Problem, das auf anderem Weg angegangen werden muss. Aus der Diskussion über den weiteren Umgang mit der Petition gibt die Petitionskommission dem Regierungsrat zudem zwei weitere Ideen zur Prüfung mit.

Ich komme zum Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen, das heisst einstimmig, die Petition für eine verbindliche und freie Mitnutzung der Old Boys-Matte in Basel durch Kinder und Jugendliche an den Regierungsrat zur abschliessend Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Adrian Iselin, der bestimmt einen Antrag stellen wird.

Adrian Iselin (LDP): Der Wunsch der jugendlichen Petentschaft, die Verfügbarkeit der Spielfelder auf der Schützenmatte für den ungebundenen Sport zu erhöhen, ist nachvollziehbar. Allerdings geht es hier um das Feld D. Dieses ragt ins Baufeld von Old Boys. Wenn man dem zustimmt, werden die Petenten Einsprache gegen die Baubewilligung erheben mit Verweis auf die angenommene Petition. Entsprechend der Diskussion zum Bebauungsplan Old Boys sollen nun nicht einzelne Anspruchsgruppen Areale planen, sondern die Regierung soll eine Gesamtarealplanung vornehmen.

Hinzuzufügen ist auch noch, dass der Schützenmattpark jeweils offensteht für Fussballspiele. Die LDP-Fraktion bittet Sie deshalb, die Petition als erledigt zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Ich möchte einfach für das Protokoll gerne noch festhalten, dass ich es extrem sinnvoll fände, wenn wir da bei der Digitalisierung vorwärtskommen und eine gute, übersichtliche Lösung schaffen würde für die jungen Leute, denen wir in der Schule schon I-Pads mitgeben und lehren, wie alles digital funktioniert, damit sie nicht auf einer Excel-Tabelle herausfinden müssen, ob sie einen Platz nutzen können. Das wollte ich einfach noch einmal festhalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Der Präsident der Petitionskommission verzichtet auf ein zweites Votum. Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Adrian Iselin beantragt, sie als erledigt zu erklären. Wir Stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005530, 15.01.25 22:30:04]



Der Grosse Rat beschliesst

die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 60 Ja-Stimmen 19 Neinstimmen und eine Enthaltung, das heisst die Petition geht an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, gemäss Antrag Petitionskommission.

Schluss der 49. Sitzung

22:30 Uhr



Protokoll

der 50. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. Januar 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Brigitte Gysin (Mitte/EVP), Johannes Sieber (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	3
22.	Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)	3
23.	Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)	6
24.	Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidentialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)	8
25.	Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS) .	12
26.	Budgetpostulat 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidentialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Förderung professionelle Vokalensembles)	14
27.	Motion 1 Nicole Kuster-Simon und Konsorten betreffend Finanzsicherung Bachelor Studiengang Sustainable Development	15
28.	Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht	15
29.	Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle	19
30.	Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Stärkung des Zugangs in den für Diagnostik, Beratung, Betreuung und Pflege spezialisierten Institutionen für demenzerkrankte Personen mit Migrationsgeschichte	21
31.	Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer- Hegenheimerstrasse Verkehrsregime	21
32.	Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime	24
33.	Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Steuererklärung per Todestag	25
34.	Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos	26
35.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR ...	28
36.	Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR	31
36.1.	Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreisel für Velofahrende, Schreiben des RR	34
37.	Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend intelligente Parkplätze auf öffentlichem Grund: Flexible Marktpreise und sozial-ausgleichende Verwendung der Parkeinnahmen, Schreiben des RR	35
38.	Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR	36
38.1.	Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR	39



38.2. Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend einer beispielhaften und ökologisch verträglichen Stadtrandentwicklung Ost, Schreiben des RR	39
--	----



Beginn der 50. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[22.01.25 09:00:19]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zum letzten Sitzungstag unserer Legislatur und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Kaffeespense heute Morgen und auch heute Nachmittag: Semseddin Yilmaz und René Brigger spendieren an ihrer letzten Sitzung den Kaffee, Semseddin am Morgen und René am Nachmittag. Ich möchte den beiden ganz herzlich für diese grosszügige Geste danken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Verabschiedet werden alle Scheidenden Ratsmitglieder heute Nachmittag vor Ende der Sitzung.

Abgabeschluss persönliche Vorstösse: Das Geschäftsverzeichnis für die Sitzung vom 5. und 12. Februar wird bereits diesen Freitag verschickt. Damit Vorstösse noch abgedruckt werden können, müssen diese bis heute Mittag um 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden. Bitte senden Sie Ihre Vorstösse auch gleich per Mail an den Parlamentsdienst, dann können diese einfacher verarbeitet werden.

Anlass der ILK: Am 4. April findet die Frühjahrstagung der ILK zum Thema «Wie Kantone gemeinsam Sicherheit schaffen» statt. Sie werden heute im Lauf des Tages die Einladung dazu erhalten. Ausgedruckte Exemplare liegen auch hier vorne auf dem Tisch.

Rathausführung heute über Mittag: Um 13.45 Uhr findet die letzte der geplanten Rathausführungen für Ratsmitglieder statt, extra für jene Kommissionen, die bisher nicht teilnehmen konnten, weil sie immer Sitzung hatten über Mittag. Falls Sie nicht mehr wissen, ob Sie sich angemeldet haben für diese Rathausführung dürfen Sie sich gerne an Beat Flury wenden. Er hat auch eine Liste. Oder wenn Sie noch dazukommen möchten, ist das die letzte Gelegenheit.

Und dann habe ich noch einen Hinweis für heute Abend: An unserem Schlussabend habe ich spontan entschieden, dass wir ein Tischtennisturnier anbieten. Also Tischtennis ist auf jeden Fall auf dem Programm, aber wer am Tischtennisturnier mitmachen möchte, ist ganz herzlich eingeladen, sich da vorne in die Liste einzuschreiben. Ich kann Ihnen noch nichts sagen zum Modus oder ob wir einzeln oder Doppel spielen. Das hängt davon ab, wie viele wirklich teilnehmen. Ich hoffe, es sind viele. Wir werden dann über Mittag entscheiden, wie wir das genau umsetzen. Bitte schreiben Sie sich ein, wenn Sie Lust haben, mit dabei zu sein.

22. Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)

[22.01.25 09:03:38, 24.5537.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bei allen Budgetpostulaten nicht bereit, sie entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Regierungsrat Lukas Engelberger meldet sich zu Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Gewährleistung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe und betrifft ein sehr komplexes Thema, das von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird, Sie wissen das. Wir haben dazu bereits



verschiedentlich berichtet, unter anderem in Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Amina Trevisan betreffend das Problem der fehlenden freien Psychotherapieplätze. Wir haben dabei festgehalten, dass Basel-Stadt im interkantonalen und auch im internationalen Vergleich über ein sehr dichtes und ein sehr leistungsstarkes Angebot verfügt. Dieses wird von der anhaltend starken Nachfrage aber noch übertroffen.

Unsere Abklärungen zwischen den involvierten Stellen im Kanton, den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel-Stadt und den niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben gezeigt, dass insbesondere Faktoren wie Mehrfachbelastungen, ein niedriger sozialer Status, Sprachbarrieren oder das Auftreten bestimmter psychischer Erkrankungen die Suche nach einem Therapieplatz erschweren. Der Regierungsrat verfolgt deshalb das Ziel, die psychotherapeutische Versorgung im Kanton weiter zu verbessern. Wir sind diesbezüglich bereits mannigfaltig engagiert, namentlich im intermediären Bereich werden verschiedene Angebote vom Kanton unterstützt. Dazu gehören zum Beispiel die Tageskliniken und das sogenannte Home Treatment. Die Finanzierung dieser Leistungen wird dem Grossen Rat alle vier Jahre zum Beschluss unterbreitet. Die nächste Periode dauert von 2026 bis 2029. Wir werden also uns in diesem Jahr noch über einen entsprechenden Ratschlag hier auch unterhalten.

Unabhängig davon sind die Leistungserbringer bestrebt, der erkannten Versorgungslücke durch zusätzliche Therapieangebote zu begegnen. Als Beispiel können die UPK mit dem Angebot einer Eltern-Kind-Behandlung und der Frühinterventions-Tagesklinik für junge Menschen von 15 bis 25 Jahren genannt werden. Ergänzend dazu werden die Präventionsprogramme Psychische Gesundheit, Prävention in der Gesundheitsversorgung sowie Chancengleichheit und Gesundheitskompetenz weitergeführt, die direkt oder indirekt die psychische Gesundheit der Bevölkerung stärken. Darin enthalten sind die Massnahmen wie SomPsyNet, die Aktionstage Psychische Gesundheit, Schulworkshops wie wie Start Now oder Irre normal, die Senioren- und Seniorinnentreffpunkte Café Balance und Kaffee Dialog, Fantische, Spirit sorgsam oder Catching Fire.

Diese Programme und Aktivitäten tragen einerseits zur psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung bei, helfen andererseits aber auch, die Bevölkerung für psychische Belastungen zu sensibilisieren, frühzeitig Unterstützungsbedarf zu erkennen und den Zugang zu Therapieangeboten möglichst gerecht zu gestalten. Zusätzlich wird 2025 ein neues Programm gegen Einsamkeit lanciert, dass soziale Isolation reduzieren und damit indirekt die psychische Gesundheit fördern soll.

Um noch genauere Daten zu den vorhandenen Therapieangeboten zu erhalten, wird im Jahr 2025 ein Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung eingeführt. Die laufenden Massnahmen und Programme zielen darauf ab, die Versorgung nachhaltig und strukturiert zu verbessern. Durch eine Kombination aus gezielter Evaluation, fortlaufender Anpassung der Strategie und langfristigen Investitionen kann die bestehende Versorgung weiter verbessert werden.

Wir sehen das vorliegende Budgetpostulat durchaus als Zeichen der Unterstützung für unsere Bemühungen, möchten Sie aber um Verständnis dafür bitten, dass wir beim verabschiedeten Budget bleiben möchten. Falls sich zusätzlich zu den laufenden Verpflichtungen des Kantons konkrete und erfolgversprechende Handlungsmöglichkeiten ergeben, werden wir die notwendigen Anträge dafür stellen. Das Budgetpostulat beschreibt aus unserer Sicht zu wenig, inwiefern die zusätzlichen Mittel effektiv zur Verbesserung der Therapiesituation im Alltag der Betroffenen beitragen könnte. Folglich beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Amina Trevisan gemeldet.

Amina Trevisan (SP): Ich halte heute mein Votum für die Fraktionen der SP und des GAB.

In den diversen Vorstösse von linker und bürgerliche Seite haben wir in diesem Parlament schon mehrmals darauf verwiesen, dass die gegenwärtige psychotherapeutische Versorgung unzureichend ist. Es gibt einen Mangel an Psychotherapieangeboten und die Wartelisten sind lang. Insbesondere vulnerable Menschen wie Kinder und Jugendliche, Traumatisierte und Gewaltbetroffene sowie Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung müssen lange auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung warten. Für psychisch Erkrankte bedeutet die langen Wartezeit auf einen Therapieplatz eine weitere Belastungssituation.

Schon seit längerem gibt es in der Schweiz und eben auch im Kanton Basel-Stadt zu wenige Fachpersonen aus dem Bereich Psychiatrie und Psychologie, sowie psychologische Psychotherapeut:innen im Verhältnis zur Anzahl Patientinnen und Patienten. Parallel dazu ist die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die SP-Fraktion und die GAB-Fraktionen anerkennen die Dringlichkeit, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, um die psychotherapeutische Versorgung rasch zu verbessern. Ich freue mich, dass hier schon ganz viel gemacht wird.

Die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion unterstützen deshalb die Forderung nach einer Bedarfsanalyse, die maximal 200'000 Franken kosten darf, aus der Massnahmen abgeleitet werden und in umsetzbare Handlungsanweisungen fliessen sollen. Ziel ist eine Reduktion der gegenwärtigen Mangellage an psychotherapeutischer Unterstützung. Auch wenn die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion die Forderung nach einer Berichterstattung zur psychotherapeutischen Mangellage unterstützen, weil das



Problem in diesem Bereich gross ist, nehmen sie gleichzeitig gegenüber dem Vorgehen eine kritische Haltung ein. Statt eines Budgetpostulats hätten die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion es begrüsst, wenn die Forderungen in Form eines Anzugs zum Beispiel eingereicht worden wären. Dennoch bitten wir Sie, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und es zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Vieles ist gesagt worden, das völlig korrekt ist und hinter dem auch die LDP steht. Wir lehnen aber das Budgetpostulat ganz klar ab, weil eine Untersuchung alleine nicht mehr Plätze generiert. Es ist wie wenn ich eine Diagnose stelle, aber nachher keine Therapie habe. Und das Geld, die 200'000 Franken, ist unserer Ansicht nach völlig unnötig, weil sie einfach nirgends hinführen und genau diese Problematik, die auch die Amina Trevisan aufgezeigt hat, völlig korrekt, die aber auch unser Regierungsrat aufgezeigt hat, völlig korrekt. Aber es schiesst am Ziel vorbei.

Und die Verwaltung bläst das Ganze noch mehr auf. Wir brauchen das Geld wirklich an der Front, wo man wirklich diese Fachpersonen braucht. Und dann haben wir noch ein Kosten-Nutzen-Verhältnis, das wir hinterfragen sollte. Eine Erhöhung des Budgets ist völlig unverhältnismässig, der Nutzen ist ja nicht einmal klar definiert. Ich will doch wissen, wofür ich Geld ausbebe und doch nicht einfach, weil sich das gut anhört. Wir sind alle einig, dass wir viel zu wenige Plätze haben. Das ist eine Tatsache, aber mit so einem Budgetpostulat erreichen wir gar nichts. Darum stimmen wir hier als LDP geschlossen dagegen, auch wenn wir angesichts der Kreuztabelle keine Chance haben. Aber ich finde es schade, wenn man wieder Geld aus dem Fenster schiesst für nichts und wieder nichts, ohne Resultat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Postulant Niggi Daniel Rechsteiner das Wort.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich danke für die Rückmeldungen zum Budgetpostulat. Es ist ja nicht unbedingt einfach das Geld zum Fenster rausgeworfen, sondern es ist ein Kostendach. Wenn ich jetzt Regierungsrat Lukas Engelberger dazugehört habe, läuft ja schon sehr viel. Das wissen nicht alle, und dann wird das Kostendach ja nicht ausgeschöpft. Man muss ja nicht 200'000 Franken ausgeben, sondern man kann auch nur 50'000 Franken ausgeben.

Es geht uns alle an. Die Situation ist nicht gut, und mit den Mitteln sollte eigentlich die Grundlage geschaffen werden, um notwendige Massnahmen oder weitere Massnahmen zu ergreifen. Stellen Sie sich vor, Sie gehen in der Frühe aus dem Haus und laufen an einen Unfall mit Schwerverletzten. Sie helfen vor Ort und es sind allenfalls auch tragische Situationen. In der Folge denken Sie immer wieder an das Ereignis, es tauchen schreckliche Bilder auf und Sie leiden plötzlich an Schlafstörungen. Das ist der Moment, in dem es Sinn macht, psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen, um die Erlebnisse zu verarbeiten, um einer posttraumatischen Störung vorzubeugen.

In diesem Fall kann ich mir vorstellen, dass Sie froh wären, wenn Sie nicht in ein halbes Jahr auf eine Abklärung und Behandlung warten müssen. Das ist, wie wir gehört haben, die Realität. Die ist nicht gut. Die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt ist kritisch, Fachpersonen und Fachstellen beklagen sich über einen Mangel an psychotherapeutischen Ressourcen und sie haben das Gefühl, es ginge zu langsam vorwärts. Lange Wartezeiten für Betroffene sind die Folge, für den Krankheitsverlauf hat das auch schwere Folgen.

Es wurden in der Vergangenheit einige Vorstösse eingereicht, das weiss ich, die sind auch behandelt und teilweise beantwortet und die weisen auch auf diese Situation hin. Es war mir und auch dann involvierten Stellen bis Regierungsrat Lukas Engelberger das ausgeführt hat, nicht bekannt, dass schon mehrere Massnahmen ergriffen worden sind zur Verbesserung. Vor zwei Jahren hat der Regierungsrat eine schriftliche Anfrage beantwortet und festgehalten, dass er gewillt ist, die psychotherapeutische Versorgung im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Das ist gut und das soll auch so bleiben.

Psychische Beeinträchtigungen nehmen seit Jahren aufgrund unterschiedlicher Faktoren zu. Oftmals ist das Umfeld auch von den Auswirkungen betroffen und in vielen Fällen liegen gewalttätiges Verhalten beispielsweise, auch psychische Beeinträchtigungen zugrunde, und es ist davon auszugehen, dass rasches Abklären und Behandlungen zusätzlich einen präventiven Charakter haben. Zahlreiche Studien berichten über die Auswirkungen von zu späten Behandlungen. Diese haben neben den Auswirkungen auf die Gesundheit auch eine Steigerung der Sozialkosten zur Folge. Unbehandelte psychische Erkrankungen erhöhen das Risiko körperlicher Erkrankungen. Das zeigt, dass es wirklich notwendig ist, einen Gang zuzuschalten, um näher an die Problemlösung zu kommen.

Unbehandelte Kinder und Jugendliche haben schlechte Perspektiven. Denken Sie an mein Eingangsbeispiel. Wollen wir Kinder und Jugendliche mit traumatischen Erlebnissen oder psychischen Beeinträchtigungen sich selbst überlassen, um sich danach über die komischen Kreuze in den nächsten Generationen zu beschweren.



Was soll mit dem Budgetpostulat erreicht werden? Mit dem geforderten Kostendach – und ich betone, es ist ein Kostendach –, soll eine umfassende Analyse im Kontext der hängigen Vorstösse des allgemeinen Bedarfs, ganzheitlich und bereichsübergreifend durchgeführt werden. Es sollen verschiedene Aspekte evaluiert werden, also fehlende Stellen, möglicher Einbezug von Assistenzberufen, neue Wege in der Rekrutierung, vereinfachte Anerkennung von ausländischen Fachabschlüssen. Die Reduktion von Folgekosten aufgrund von zu später Abklärung und Behandlung ist ein weiteres Ziel. Es eilt, eine Verzögerung verursacht Mehrkosten, die Gefahr einer Chronifizierung bei nicht oder zu spät behandelten Personen erhöht sich auch bei Verzögerungen.

Ich hoffe, dass meine Ausführungen die Notwendigkeit eine Beschleunigung durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel aufgezeigt haben. Aufgrund der Wichtigkeit der Angelegenheit bitte ich um Überweisung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über das Budgetpostulat ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005682, 22.01.25 09:19:21]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Postulat wird überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

23. Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)

[22.01.25 09:19:36, 24.5538.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und haben eine Wortmeldung von Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat Battaglia für eine mobile-Beleuchtung für Sportanlagen abzulehnen.

Die Wassersportanlagen werden sehr gut genutzt und die Infrastruktur für den Breitensport ist begrenzt. Gerade auch hinsichtlich der Legacy-Massnahmen im Zusammenhang mit der Women's Euro 2025 wird eine erhöhte Belegung erwartet und angestrebt. Um die Belegung zu optimieren, prüft das Sportamt derzeit gemeinsam mit den Sportvereinen verschiedene Optionen. Dazu gehören einerseits organisatorische Massnahmen wie zum Beispiel Belegungsoptimierung oder Angebote ausserhalb der oft genutzten Trainingszeiten. Andererseits werden auch bauliche Möglichkeiten geprüft. Mit fixen oder mobilen Beleuchtungsanlagen können die Kapazitäten in den Abendstunden und im Wintersemester auf den Sportanlagen erhöht werden. Wenn die Nachfrage das aktuelle Angebot an beleuchteten Rasenfeldern übersteigt, sind mobile Beleuchtungen unter Umständen eine gute Möglichkeit, um weitere Rasenfelder auch am Abend und im Winter nutzen zu können. Mobil bedeutet in diesem Fall, dass unterschiedliche Flächen beleuchtet und damit genutzt werden können. Das erhöht die betriebliche Flexibilität.



Gleichzeitig müssen solche Beleuchtungsanlagen die Anforderungen an Sicherheit, Beleuchtungsstärke Handling, Bewilligungspflicht usw. erfüllen. Diese Fragen müssen zuerst geklärt werden. Das Sportamt ist betreffend die Klärung dieser Fragen mit dem schweizerischen Fussballverband sowie mit dem Regionalverband im Austausch. Damit soll sichergestellt werden, dass die zur Verfügung stehenden Produkte allen Anforderungen entsprechen und keine Testphase notwendig wird. Sollte sich das Sportamt für die Anschaffung eines oder mehrerer solcher Systeme entscheiden, werden die effektiven Kosten ins Budget einfließen.

Das Budgetpostulat fordert bereits jetzt eine konkrete Erhöhung der Abschreibung für die Anschaffung mobiler Beleuchtung. Da zum jetzigen Zeitpunkt sowohl der konkrete Bedarf als auch die Machbarkeit noch nicht geklärt sind, kann eine Erhöhung noch nicht gesichert werden und kommt deshalb zu früh. Aus diesen Gründen bittet der Regierungsrat, das Budgetpostulat abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Die FDP lehnt dieses Budgetpostulat ab, ebenfalls die Budgetpostulate Nr. 3, 4 und 5.

Die Forderungen sind teils nicht so einfach umsetzbar, wir haben es gerade gehört. Andere gehören eher zur Kategorie Nice to Have, weil in diesem Bereich schon einiges gemacht wird. Aus diesem Grund kann die FDP die Postulate nicht unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, ist die SP hier offen. Wir haben dieses Budgetpostulat relativ breit diskutiert und auf der einen Seite hat sich ein Teil der Fraktion danach dazu entschlossen, dieses Budgetpostulat nicht zu unterstützen, insbesondere auch aufgrund der Argumentation, die teilweise schon von Regierungsrat Mustafa Atici ausgeführt wurde, dass es eben eine relativ kurzfristige Lösung sei, dass man das längerfristig planen müsse und dass man dann durchaus den Sport und das Anliegen auch unterstützen könne, aber eben nicht im Sinne eines jetzt so kurzfristigen Budgetpostulats.

Auf der anderen Seite hat ein Teil der Fraktion überzeugt, dass im Sommer ja die Euro stattfinden wird und in diesem Rahmen eben auch das Ziel, die Legacy, wie es genannt wird, im Raum steht, dass man die Anzahl Spieler:innen verdoppeln möchte und damit eben einen Kapazitätsausbau jetzt auch relativ in naher Zukunft erfolgen sollte. Aufgrund dieser Überlegungen und eben auch aufgrund der Tatsache, dass es Kapazitätsengpässe gibt und dass mobile Anlagen eine Hilfe sein können, hat sich die andere Hälfte der Fraktion entschlossen, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Postulant Olivier Battaglia das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): 90'000 Franken und dann noch irgendwann Abschreibungen – ich habe eigentlich ursprünglich ein Budgetpostulat mit 90'000 Franken beantragt und das FD hat mir gesagt, dass das eine Investition ist und entsprechend auf 10 Jahre aufgeteilt werden muss. Also wir reden hier nicht von einer riesigen Investition, aber mit einer sehr grossen Wirkung. Wie die FDP gesagt hat, die Wirkung dieses Vorhabens ist einerseits schon erprobt. Regierungsrat Mustafa Atici hat auch schon erwähnt, dass es Engpässe gibt, dass nicht alle in den dunklen Jahreszeiten Sport treiben können und mit diesem Vorhaben wurde auch zusammen mit den Vereinen und mit dem Sportverband angeschaut, ob die Möglichkeit besteht, dass wir für 2000 zusätzliche Spiel oder Sportler Platz schaffen können, und dass wir dort entsprechend mit ganz bescheidenen Mitteln wirklich eine grosse Wirkung erzielen können.

In dem Sinne ist diese Lösung, die vorgeschlagen worden ist, bereits erprobt und wird in Bern eingesetzt und hat dort auch schon gezeigt, was für einen Effekt es haben kann. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Budgetpostulat zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über Budgetpostulat von Olivier Battaglia ab. Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005684, 22.01.25 09:27:37]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 26 Neins-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

24. Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[22.01.25 09:27:49, 24.5539.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Wir öffnen die Debatte mit Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Man ist, was man isst. Die Ernährung hat einen enormen Impact auf unsere eigene Gesundheit, aber auch auf die Gesundheit unseres Planeten. 25 Prozent aller Umweltbelastungen werden durch das Ernährungssystem verursacht. Wir haben darum sehr zu Recht in Basel-Stadt eine Strategie zur nachhaltigen Ernährung, die SNEBS. Sie nennt verschiedene Massnahmen, welche die Bevölkerung zu einem klimafreundlichen und gesunden Ernährungsverhalten motivieren können, darunter auch die Sicherstellung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Um die Ziele der Strategie für nachhaltige Ernährung 2030 zu erreichen, braucht es konkrete Aktivitäten.

Jetzt kann man natürlich sagen, dass wir ein sehr kleiner Kanton sind und auf unserer geringen Bodenfläche nicht viel ausrichten können. Aber die meisten Ressourcen werden in den städtischen Regionen verbraucht. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung ist eben gerade hier bei uns wichtig. Wir Stadtmenschen haben es nicht so leicht, am eigenen Leib zu erfahren, mit eigenen Händen erkunden zu können, wie aufwendig, aber auch wie eindrücklich und sinnstiftend der Lebensmittelanbau ist. Solche Erfahrungen führen zu mehr Wertschätzung und zu weniger Food waste, auch dies Ziele der Ernährungsstrategie 2030. Plankton bietet Mitmachtage für Kinder und Erwachsene, angeleitet von Fachpersonen. Und auch mit Institutionen arbeitet Plankton toll zusammen, um den Eigenanbau zu fördern, so auch mit dem Kunstmuseum oder dem Kräuterdach auf der Oetlingerbuvette.

Wenn wir unsere städtischen Grünräume vermehrt für Lebensmittelanbau nutzen, kleinteilig und biodivers, tun wir nicht nur etwas Entscheidendes für die Artenvielfalt hier bei uns, sondern auch für die Ernährungssouveränität und die regionale Wertschöpfung. Plankton konnte dank einer Anschubfinanzierung sehr gut anlaufen. Der Bedarf ist da, Sinn und Nutzen liegen auf der Hand und sind in unserer Ernährungsstrategie auch kantonal verortet. Auch konnten Drittmittel akquiriert werden. Es braucht aber weitere Mittel und es macht Sinn, diese einzusetzen in einer bereits existierenden und gut organisierten privaten Struktur.

Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Budgetpostulat eine äusserst nachhaltige Verwendung der Mittel bewirken. Die Unterstützung der Vermittlungsangebote von Plankton ist eine der effizientesten Massnahmen, die wir zur Sensibilisierung der Menschen in unserem Kanton erwirken können, besser als jede Plakatkampagne. Den Weg der Lebensmittel vom Feld bis auf den Teller aufzuzeigen, unser wertvollstes Gut Boden aktiv zu pflegen, das Lokale und das Gemeinsame zu stärken, das sind höchst klimanützliche und ganz konkreten Beiträge unseres Kantons. Auch die Angebote für Schulklassen sind wichtig und beliebt und sie bieten Entlastung für die vollen Wartelisten bei den Angeboten der Meriangärten. Die jüngste



Generation scheint höchst interessiert, die Dinge bei der Lebensmittelproduktion und beim Klima selbst in die Hand zu nehmen. Lassen wir sie ran!

In diesem Sinne beantrage ich im Namen der SP-Fraktion eine Überweisung dieses Budgetpostulates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich begründe Ihnen gerne kurz, weshalb der Regierungsrat dieses Budgetpostulat auch ablehnt. Ich tue das in Vertretung von Regierungspräsident Conradin Cramer.

Wir anerkennen grundsätzlich den wertvollen Beitrag des Projekts Plankton für den Klimaschutz und für die Biodiversität. Das ist auch der Grund, dass der Regierungsrat das Projekt zwischen 2022 und 2024 in der Pilotphase als Schwerpunktprojekt über den Swisslos-Fonds unterstützt hat. Der Regierungsrat möchte die Projekte dieser Art künftig durch den Swisslos-Fonds Förderschwerpunkt Klimaschutz und Biodiversität unterstützen. Dieser Förderschwerpunkt ist Teil des Klimaschutzaktionsplans Netto Null 2037 und wird derzeit durch das PD und das JSD erarbeitet. Dieser zeitlich befristete Förderschwerpunkt soll Ideen, Projekte und Initiativen von Akteurinnen und Akteuren fördern, die zu den kantonalen Klima und Biodiversitätszielen beitragen.

Der Förderschwerpunkt zielt darauf ab, Projekte im Kantonsgebiet zu unterstützen, die sich an eine möglichst breite und vielfältige Zielgruppe richten und konkrete Angebote für die Bevölkerung beinhalten. Er soll zeitlich befristet auf die Jahre 2025 bis 2028 eingerichtet werden. Während dieser Zeit sollen Erfahrungswerte gesammelt und bei sich abzeichnendem Erfolg eine Lösung zur Anschlussfinanzierung gesucht werden. Wir werden dazu im ersten Quartal des Jahres noch berichten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich habe Regierungsrat Lukas Engelberger zugehört, aber ich habe jetzt nicht ganu verstanden. Sie haben jetzt einen Fördertopf, aber der ist noch nicht so weit und deshalb kann man das jetzt nicht fördern. Das verstehe ich jetzt nicht. Aber die Idee finden Sie trotzdem gut. Die Leute von Plankton, die jetzt im Moment daran sind, Landwirtschaft zu betreiben und Nahrung zu produzieren, können nicht einfach aufhören und warten bis auch die Regierung so weit ist, um die richtigen Förderplätze bereitzustellen. Daher kann ich diesen Einwand nicht nachvollziehen.

Basel-Stadt möchte die nachhaltige Ernährung fördern und ist deshalb 2015 infolge der Expo in Milano gemeinsam mit 200 anderen europäischen Städten dem Urban Food Policy Pact beigetreten. Darin verpflichten sich diese Städte, ihre Ernährung nachhaltig, Klima verträglich, regional und sozialverträglich zu gestalten. Der Verein Plankton, um dessen Unterstützung es sich in diesem Budgetpostulat dreht, vereint alle diese Forderungen. Hier hat sich eine Gruppe sehr engagierter, zumeist Frauen zusammengetan, um in Stadtnähe und in diesem Fall auch auf Riehener Gebiet Nahrung in einem Agrarökosystem zu produzieren, das die Biodiversität auf den Produktionsflächen erhält und fördert, die in diesem Gebiet eher minderwertigen Böden regeneriert und damit schlechtes Ackerland zu produktivem Ackerland aufwertet. Wie die Fachfrauen dies machen, welche Methoden sie anwenden, das vermitteln sie der lokalen Bevölkerung in spezifischen Kursen. Nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft können Konsument:innen aus der Region die Produkte zum einen erstehen und teilweise auch bei der Produktion mithelfen. Damit wird der oft beklagten Entfremdung der Bevölkerung von der produzierenden Landwirtschaft entgegengetreten und das Verständnis für die ökologische Landwirtschaft gefördert.

Es ist für das GAB nur schwer nachvollziehbar, dass der Kanton den Anträgen des Vereins in Anbetracht des grossen Mehrwertes für die lokale Bevölkerung, die Biodiversität und das Verständnis für die Landwirtschaft nur sehr teilweise entgegengekommen ist und damit gerade so wenig Unterstützungsgelder gesprochen hat, dass die Zukunft des Vereins nicht als gesichert gelten kann.

In den vergangenen Jahren konnte die Crew beweisen, dass sie fähig ist, gutes Gemüse auf den vorhandenen Böden zu produzieren. Natürlich braucht es gerade dort, wo die Böden wiederhergestellt werden müssen, einfach mehr Zeit und soll sich das Businessmodell langfristig tragen, benötigt es auch das nötige Startkapital über einen etwas längeren Zeitraum. Auch ist angedacht, dass das Modell auf mehr Fläche zu vergrössern sei, um mehr produzieren zu können, damit mittelfristig über den Verkauf und die Wissensvermittlung der nötige Selbstfinanzierungsgrad erreicht wird.

Das GAB bittet Sie daher, diese wertvolle Arbeit nicht in diesem entscheidenden Moment abzuwürgen und die benötigten zusätzlichen Mittel von 35'000 Franken zu sprechen, die im vorliegenden Antrag genannt werden. Würdigen wir damit die immense Leistung, welche die Antragstellerin bereits verbracht hat.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Felix Wehrli. Möchten Sie sie annehmen? Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): So gut das Projekt ist, aber ich verstehe etwas nicht, was bei Plankton steht. Was bedeutet das, wenn hier steht, dass sie sich für den Einbezug einer feministischen Perspektive in der Landwirtschaft einsetzen?

Béla Bartha (GAB): Also Tatsache ist, dass es ein von Frauen getragener Verein ist und dass sich dort vor allem Frauen engagieren in der Landwirtschaft und halt auch die die ganze die Bewegung vorantreiben und auch die wirtschaftliche Koordination machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich sehe, dass das eine Frage ist, auf die man etwas länger antworten müsste. Das können Sie vielleicht noch bilateral fortsetzen. Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich werde die Genderdiskussion natürlich hier überhaupt nicht weiterführen, denn das ist sinnlos. Aber was ich gerne sagen würde, ist, dass die LDP auch dieses Budgetpostulat nicht annimmt. Das sind jetzt einfach Argumente, die aus unserer Sicht einleuchten. Inhaltlich hat niemand etwas gegen die Nachhaltigkeit bei der Ernährung, wir unterstützen dies sogar. Wir wollen keinen Food waste. Das ist etwas vom Schlimmsten auch in meinen Augen als Ernährungsspezialist. Als Arzt habe ich den Titel des Ernährungsspezialisten. Ich muss sagen, Plankton macht wahrscheinlich eine gute Arbeit. Ich weiss es aber nicht, es ist nicht evaluiert worden meines Wissens. Dazu kann sich vielleicht Tonja Zürcher nachher noch äussern oder, oder die Regierung. Ich weiss es nicht, ist die Evaluation nachdem man schon eine Unterstützung gegeben hat durch den Swisslos-Fondswirklich so gut ausgefallen wie es beschrieben wird? Nur zu sagen, es seien Frauen und es ist alles schön und es ist nachhaltig und alles gut, das reicht mir nicht. Ich möchte eine Evaluation haben und auch von der Regierung hätte ich gerne eine Antwort auf meine Frage, die ich da stelle. Und sind diese Mittel wirklich effizient und auch zielgerichtet eingesetzt worden? Auch da habe ich keine Ahnung. Das möchte ich schon noch wissen. Und auch, ob das Kosten-Nutzenverhältnis überzeugend ist oder nicht.

Wenn man etwas als Pilotprojekt – das ist auch so ein Modewort heutzutage – deklariert, erhält man zunächst eine Anschubfinanzierung, die CMS macht das ja auch häufig. Machen wir nun aus allen Pilotprojekte staatlich subventionierte Geschichten? Da sind wir Liberalen absolut dagegen. Das ist nicht der Sinn dahinter, sondern der Sinn dahinter ist wirklich eine Anschubfinanzierung, und dann sollte sich so ein Verein wie Plankton irgendwann einmal selber unterhalten können. Als ich die Website von Plankton angeschaut habe, war ich sehr beeindruckt, in wie vielen Kooperationen sie da zusammenarbeiten. Wo sind denn die Gelder? Immer nur zu sagen, es sei toll, reicht nicht, und dann noch den Steuerzahler zu holen, der wieder Steuergelder in so etwas eingeben muss. Nein, da machen die Liberalen wirklich nicht mit.

Dann ist Plankton nicht einzigartig mit diesem Ziel. Wir haben wir haben diverse andere, die sich auch genau so mit viel Werf und viel Engagement hier einsetzen. Das könnte dann wieder Parallelstrukturen geben, Parallelforderungen auch, und ich glaube wie der Regierungsrat richtig gesagt hat, müssen wir uns jetzt konzentrieren. Ich bin froh, dass Regierungsrat Lukas Engelberger von der Existenz dieser Kasse gesprochen hat. Machen Sie vorwärts, das ist richtig und wichtig. Aber es gibt schon etwas und es wird daran gearbeitet und darum erachtet es die LDP als völlig unnötig, da ein Budgetpostulat einzureichen. Darum sind wir dagegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu Tonja Zürcher, die dieses Budgetpostulat eingereicht hat.

Tonja Zürcher (GAB): Vielleicht zuerst zu meinem Vorredner. Es gibt natürlich hier ganz grosse Berichte, in denen alles aufgezählt wird, was gemacht wurde. Ich hätte Ihnen das gerne geschickt, was es dich tatsächlich interessiert hätte, hätten Sie mich ja vorher fragen können. Jetzt kann ich das nicht alles vorlesen in diesen fünf Minuten.

Ich möchte aber nochmals auf den Grundsatz kommen, und zwar möchte ich Regierungsrat Lukas-Engelberger zitieren: «Das Basler Ernährungssystem soll vom Feld bis zum Teller nachhaltiger werden, ohne Zeigefinger und Verbote, dafür mit Genuss und Wertschätzung.» Und genau darum geht es dem Verein Platon, und um das geht es hier bei diesem Antrag für die Vermittlungsarbeit. Es geht darum, mehr Wissen zu schaffen in der Bevölkerung, aber vor allem auch mehr Wertschätzung für die Produktion von landwirtschaftlichen Produkten und damit auch um das Vermeiden von Food waste. Das soll aber nicht abstrakt auf irgendeinem Plakat stehen, wie wir das sonst so kennen, oder in einer Broschüre oder vielleicht in einem Kurslokal vermittelt werden, sondern direkt auf dem Feld, und nicht nur indem man zuschaut und vielleicht zuhört, was die Leute da machen, sondern selbst mit anpackt. Die Mitmachtage sind das Kernstück der Vermittlungsangebote, über die wir heute sprechen und die finden auch nicht irgendwo statt, sondern bei uns im Kanton und



ich denke, das ist auch spannend. Ich glaube nicht alle in unserem Kanton zumindest im städtischen Teil wissen, dass in Basel-Stadt Landwirtschaft betrieben wird. Ich denke, nur schon das ist sicher interessant zu wissen und wirklich mal hier auf das Feld geht.

Dazu kommen eben Angebote für Schulklassen, auch die gehen aufs Feld, es gibt Führung, es gibt Veranstaltungen, es gibt die Präsenz an verschiedenen Themenmärkten und so weiter. Und mit all diesen Angeboten fördert Plankton ganz konkret die Wertschätzung für die lokale Produktion, für die lokalen Produkte und eben auch für die Menschen, die hinter dieser Nahrungsmittelproduktion stehen, also eben auch für die Bäuerinnen und Bauern. Und ich denke gerade alle die sich sonst sehr für die Landwirtschaft einsetzen, sollten hier das auch sehen und dafür sein.

Noch zur Finanzierung: Es wurde bereits gesagt, es gab diese Teilfinanzierung vom Swisslos-Fonds für die Pilotphase. Diese wurde erfolgreich abgeschlossen und jetzt geht es um die Frage, wie geht es weiter? Es wurde sehr viel aufgebaut. Es gibt bereits einen grossen Teil der Vermittlungsangebote. Es gibt diese Mitmachtage an verschiedenen Nachmittagen über das ganze Jahr. Selbst im Winter kann man auf das Feld, wenn man sich das zumuten mag, und vielleicht auch da spüren, was Bäuerinnen und Bauern auch im Winter machen müssen.

Es geht jetzt aber darum, dass das weitergeführt werden kann. Es ist schön, wenn in Aussicht gestellt wird, dass es vielleicht in Zukunft, wenn es diesen Klimafinanzierungstopf über den Swisslos-Fonds irgendwann gibt, darüber stattfinden kann. Aber das hat zwei grosse Nachteile. Das eine ist eben, jetzt wissen wir das noch nicht, das heisst, es wird jetzt unterbrochen, es kann nicht weitergehen. Und es ist auch dann wieder befristet. Solche Angebote gerade im Bildungsbereich, im Sensibilisierungsbereich, sollte nicht einfach nur auf zwei bis drei Jahre gemacht werden, sondern es braucht auch Zeit, bis das alle mitbekommen, bis auch die Schulklassen das integriert haben.

Noch vielleicht zur Klärung: Es gibt bei Plankton zwei Bereiche bei der Finanzierung. Es gibt einerseits die Nahrungsmittelproduktion im engeren Sinn, die das Ziel hat, selbsttragend zu werden. Da ist man auch schon relativ weit, obwohl man sehr erschwerte Bedingungen hat mit Böden, die wie gesagt nicht sehr gut sind. Es sind auch kleine Flächen, die eine sehr effiziente Bewirtschaftung schwieriger machen, und es braucht eben auch Zeit. Aber in diesem Bereich ist man wirklich auf gutem Weg. Wir sprechen hier nicht über die Nahrungsmittelproduktion, sondern über die Vermittlung. Und wenn Sie niederschwellige Bildungsveranstaltungen, Vermittlungsangebote machen wollen, dann können Sie nicht 100 Franken verlangen für einen Tag mitten in der Woche, das funktioniert nicht. Deshalb können diese in dieser Form nicht selbsttragend werden. Sie haben sich sehr bemüht auch um Unterstützung von verschiedenen Stiftungen, zum Beispiel zahlt auch die Roche bereits einen Beitrag daran. Es gibt auch einen Beitrag vom Swisslos-Fonds, aber es reicht eben nicht.

Also wenn wir möchten, dass wir auf eine praktische, anpackende Art und Weise gegen Food waste vorgehen möchten und vermitteln wollen, was die Arbeit auf dem Feld bedeutet, dann bitte ich Sie jetzt, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über das Budgetpostulat von Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005686, 22.01.25 09:47:12]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



25. Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS))

[22.01.25 09:47:24, 24.5540.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wie gehabt ist der Regierungsrat nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Vielleicht kennen Sie das Sprichwort «leine Kinder kleine Sorgen, grosse Kinder grosse Sorgen». Es ist klar, dass dies im Leben nicht immer so stimmt, aber das Erwachsenwerden ist heutzutage sicher nicht einfacher geworden.

Die FMS Basel ist eine wichtige Bildungseinrichtung im Anschluss der obligatorischen Schulbildung und ein Sprungbrett für attraktive und anspruchsvolle Ausbildungen an Fachhochschulen. Über 1000 Schüler und Schülerinnen im Alter von 15 bis 19 Jahren besuchen die FMS und die Schülerzahl ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Es ist also eine beliebte Schule. In diesem Alter befinden sich die Schüler und Schülerinnen in einer entscheidenden Lebensphase mit vielen Herausforderungen und Möglichkeiten, aber auch des Zweifelns und persönlicher Probleme Schulabschluss, Ablösungsprozesse von den Eltern, Berufsfindung oder Auswahl des Studiums, erste Liebesbeziehung, aber auch Schulstress, Streit zu Hause, Drogenkonsum, Gewalt, psychische Erkrankung, Mobbing, tiefe Lebenskrise bis hin zu Suizidalität.

Die Schulsozialarbeit hat sich seit Jahrzehnten an den Schulen auf der Primar- und Sekundarstufe bestens etabliert. Sie ist als Angebot nicht mehr wegzudenken. Übrigens ist sie entstanden damals aus der Schliessung der Notschlafstelle für Jugendliche, also eigentlich in einem anderen Bereich vom Alterssegment her.

Aus Sicht der Jugendhilfe kann ich Ihnen sagen, die Schulsozialarbeit wäre auf der Oberstufe dringend notwendig. Die hohe Zahl von Lernenden, die aufgrund persönlicher wie struktureller Problemen wieder ausscheiden, könnte sicher minimiert werden. Es war mir schon immer ein Rätsel, weshalb die Schulsozialarbeit ab einem Alter von 15 Jahren nicht mehr notwendig sein sollte. Es wäre wichtig, in schwierigen Lebens- beziehungsweise Schulmomenten einen niederschweligen Hilfefzugang garantieren zu können und deswegen braucht es Schulsozialarbeit eben auch vor Ort an den Schulstandorten, auch an der FMS, aber auch an den Gymnasien. Der schulppsychologische Dienst ist auch zu weit weg und hat auch einen anderen Fokus. Dies könnte je nach Fragestellung anschliessend zum Zuge gekommen.

Das GAB unterstützt das vorliegende Budgetpostulat um die Lancierung eines Pilotprojekts der Schulsozialarbeit, die man ja schon lange kennt an der FMS. Dies ist schon seit Jahren überfällig und es ist an der Zeit, hier nun vorwärts zu machen. Und es versteht sich von selbst, dass sich die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe inhaltlich anders ausrichten muss und andere Konzepte entwickelt werden müssen. Die Vernetzung in Zusammenarbeit mit anderen Unterstützungsangeboten ist da enorm wichtig. Die Schulsozialarbeit auf der Oberstufe kann sich nicht allein auf die Arbeit im Schulhaus beschränken. Sie muss zwingend systemisch ausgerichtet sein und Elemente der Früherkennung, der Prävention und der Elternarbeit miteinbeziehen. Besten Dank für die Unterstützung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion hat sich entschieden, der Überweisung dieses Budgetpostulats nicht zuzustimmen. Diese Entscheidung basiert jedoch nicht auf inhaltlichen Aspekten, sondern beruht vielmehr auf formalen Gesichtspunkten, die wir für entscheidend halten. In unserer Position sind wir uns der Bedeutung der Schulsozialarbeit voll und ganz bewusst. Daher sind wir der Überzeugung, dass die Forderung nach der Einführung von Schulsozialarbeit, wie sie in diesem Budgetpostulat formuliert ist, mit einem grösseren Weitblick und einer geeigneten Steuerung in Form einer Motion angegangen werden sollte. Eine solche Herangehensweise würde es uns ermöglichen, Schulsozialarbeit flächendeckend an allen Mittelschulen einzuführen und gleichzeitig einen umfassenden Überblick über die bestehenden Angebote zu gewinnen. Auf diese Weise könnte gezielt eruiert werden, wo es noch Lücken im Angebot gibt und welche zusätzlichen Massnahmen nötig sind, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen. Den Schülerinnen und Schülern der Mittelschulen steht das Unterstützungsangebot Loop zur Verfügung, welches speziell für junge Menschen in schwierigen psychosozialen Situationen ins Leben gerufen wurde. Ursprünglich als Pilotprojekt gestartet, ist es seit 2022 ein Regelangebot.

In Anbetracht dieser Entwicklungen erachten wir den im vorliegenden Budgetpostulat geforderten einmaligen Betrag für ein Pilotprojekt, dass sich ausschliesslich auf die FMS konzentriert, als nicht zielführend. Vielmehr wäre es, wie gesagt, von weit



grösserer Relevanz und Wirkung die Schulsozialarbeit an sämtlichen Mittelschulstandorten anzubieten. Dadurch könnte gewährleistet werden, dass alle betroffenen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, ein niederschwelliges Beratungs- und Präventionsangebot in Anspruch zu nehmen. Natürlich hat dieser erweiterte Ansatz ein Preisschild, doch wir wissen alle, je früher junge Menschen die notwendige Unterstützung erhalten, desto besser sind ihre Chancen und Perspektiven für die Zukunft. Aus diesem Grund ist es sowohl finanziell als auch gesellschaftlich sinnvoll, die notwendigen Mittel in ein umfassendes Konzept der Schulsozialarbeit für die Mittelschulen zu investieren.

Wir sind uns bewusst, dass eine rasche Umsetzung von grosser Bedeutung ist und von vielen Seiten gewünscht wird. Wir teilen diese Einschätzung voll und ganz. Es ist uns aber ebenso wichtig zu betonen, dass eine Motion für die Schulsozialarbeit an sämtlichen Mittelschulen, die im Einklang mit den bestehenden Angeboten und Strukturen steht, ebenfalls rasch und effizient umgesetzt werden kann. Dies würde letztlich nicht zu einer kurzfristigen, sondern zu einer langfristig tragfähigen Lösung führen, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht wird.

In Anbetracht dieser Überlegungen bitten wir Sie daher, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das Budgetpostulat von Sasha Mazzotti möchte ein Pilotprojekt für eine Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS. Ich halte mich kurz: Grundsätzlich möchte ich erwähnen, dass die Schulsozialarbeit an unseren Schulen eine tolle Arbeit macht und dazu beiträgt, dass Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in schwierigen Situationen Hilfe und Unterstützung erhalten. In diesem Bereich hat das Erziehungsdepartement in der Vergangenheit auch immer wieder wichtige Investitionen unternommen.

Aus finanzpolitischen Überlegungen lehnt der Regierungsrat eine Erhöhung des Budgets für das Erziehungsdepartement 150'000 Franken zur Einrichtung eines vorerst zeitlich begrenzten Pilotprojekts Schulsozialarbeit an der FMS ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt dieses Budgetpostulat. Es stimmt, dass die sozialen Belastungen steigen. Die führt auch zum Absentismus der Schülerinnen und Schüler, was das Erziehungsdepartement auch bekämpfen möchte, aber indem es den Zugang zu den Abschlussprüfungen erschwert. Mit diesem Pilotprojekt können eben die nötigen Daten erfasst werden, gegen Absentismus ein anderes Instrument zu finden als eines, das auf Verbote setzt, wie es das Erziehungsdepartement gerne möchte. Zudem begrüssen wir sehr, dass jetzt von linker Seite ein Pilotprojekt lanciert wird und nicht gleich wie üblich flächendeckend ihre Idee umgesetzt werden soll. Ich denke, wir können daraus sehr gute Schlüsse ziehen und ich danke Ihnen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Postulantin die Sasha Mazzotti das Schlusswort.

Sasha Mazzotti (SP): Vor Jahren noch in der letzten Legislatur hatte ich eine schriftliche Anfrage eingereicht zum Thema Schulsozialarbeit auf der Sek 2-Stufe. Der Antwort entnahm ich, dass da ein Bedürfnis besteht und wir haben das heute auch von anderen Rednerinnen und Rednern gehört.

Es verging einige Zeit. Ich wollte dann einen Anzug einreichen und habe Kontakt aufgenommen mit dem ED. Der damalige Leiter hat gesagt, es läuft alles bestens und ich müsse mich nicht weiter darum kümmern. Dem war leider nicht so.

In Anbetracht der Kreuztabelle gehe ich jetzt nicht weiter darauf ein, welche Angebote auf der Sekstufe vorhanden sind respektive nicht vorhanden sind. Viel wichtiger, warum ist es notwendig auf der Sek 2 Stufe? Oliver Bolliger hat da einiges schon erwähnt. Es gibt ja auf der Volksstufe 1 bis 2 Schulsozialarbeitende an den Primar und Sek 1-Schulen. Sie sind die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Problemen und Sorgen an der Schule, aber eben auch familiäre Sorgen, Konflikte, Mobbing, psychische Probleme, um nur ein paar zu aufzuzählen. Wo Schulsozialarbeitende nicht direkt helfen können, und das erscheint mir auch wichtig, machen sie eine Triage, denn sie wissen, wo man welche Hilfe kriegen kann und wie. Die Lehrpersonen sind für diese Arbeit nicht ausgebildet und müssen sich wahrlich um andere Sachen in diesem Zusammenhang Schule kümmern.

Mit diesem Budgetpostulat geht es also darum, ein Angebot zu schaffen für Schülerinnen und Schüler, die eigentlich schulisch leistungsstark wären, aber aus psychischen und familiären Gründen nicht mithalten können. Es ist hier uns im Rat immer wieder ein Anliegen, dass möglichst viele Menschen einen Abschluss machen. Es gibt zurzeit ja auch zwei Vorstösse



zu dem Thema aus unterschiedlichen politischen Lagern. Mit grossem Interesse und Zuversicht habe ich dem jetzigen Leiter der Mittelschulen zugehört, als er uns in der Kommission vom Vorhaben des ED berichtet hat, wie die Ausbildungsabschlussquote erhöht werden soll. Es gibt also verschiedene Möglichkeiten und Wege, junge Menschen zu unterstützen, damit sie einen Schulabschluss bekommen.

Das Budgetpostulat für ein Pilotprojekt an der FMS ist da nur ein Rädchen im Getriebe. Obwohl es längerfristig ein Bestreben ist, dass auch an anderen Standorten der Sek 2 die Schulsozialarbeit implementiert werden soll, erscheint es uns wichtig, anhand eines Pilotprojektes herauszufinden, wie das genau aussehen soll, wie sich das Angebot auf der Sek 1- und der Primarstufe unterscheidet und was sinnvoll und gewinnbringend ist.

Zur Finanzierung: Da logischerweise nicht jedes Jahr ein Budgetpostulat eingereicht werden kann, ist die Idee, dass es fürs erste Jahr reicht. Das ist der Lohn einer 80 Prozentstelle plus eine Evaluation. Das ED wird dann innerhalb des Departements das Geld auftreiben müssen oder einen Ratschlag machen, oder – Danke an die LDP – wir machen eine Motion. Interessant ist ja, dass wir hier zuerst einen Pilot machen möchten, damit man da möglichst sinnvoll das Geld einsetzen kann und nicht direkt alles in eine Motion stecken muss.

Die Zahl 155'000 Franken ist nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt. Ich komme folgendermassen auf die Zahl: In Zürich wird pro Schülerinschüler für die Schulsozialarbeit mit einem Betrag von rund 240 Franken gerechnet, wobei sie in Zürich höhere Löhne haben. Das Pilotprojekt könnte mit einer 80 Prozent-Stelle besetzt werden. Schulsozialarbeitende in der Volksschule sind Lohnklasse 14 und bei einer 100 Prozent-Stelle wären das 150'00 Franken, es ist eine 80 Prozent-Stelle, da bleibt noch etwas für eine Evaluation oder eine wissenschaftliche Begleitung. Das Pilotprojekt sollte erstmal an der FMS stattfinden, da dort der Anteil der belasteten Schülerinnen und Schüler hoch ist.

Und bevor Sie fragen, ob die Politik jetzt nicht hier wieder irgendeine Idee überstülpen möchte, was sie für sinnvoll erachten: Ich habe, nachdem ich das Budgetpostulat eingereicht habe mit der Schulleitung Kontakt aufgenommen, auch mit dem Verband FSS. Sie finden das sehr sinnvoll. Bitte unterstützen Sie auch daher dieses kleine, aber in Einzelfällen vielleicht auch lebensrettende Rädchen im Getriebe, dass es gut läuft. Vielen Dank für die Überweisung des Budgetpostulats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über Budgetpostulat Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005688, 22.01.25 10:02:11]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem RR zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wird überwiesen, es liegen 70 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und eine Enthaltung vor.

26. Budgetpostulat 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Förderung professionelle Vokalensembles)

[22.01.25 10:02:23, 24.5541.01]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen und der Postulant möchte uns etwas mitteilen.

Bruno Lötscher-Steiger: Ich ziehe dieses Budgetpostulat zurück, einerseits aufgrund der Kreuztabelle aber andererseits auch, weil ich gesehen habe, dass dies nicht das richtige parlamentarische Instrument ist, das ich hier verwendet habe. Ich wollte wohl etwas zu schnell vorwärtsgen, weil ich überall gehört habe, der Handlungsbedarf sei anerkannt, es sei ein echtes Problem, man müsse etwas machen, aber die Ansprechgrundlage sei noch nicht geschaffen. Wie heute mehrfach gesagt wurde, um Pilotversuche zu machen, ist das Budgetpostulat oft tatsächlich nicht das richtige Instrument ist. Ich möchte festhalten, es ist ein echter Bedarf vorhanden, es braucht eine gewisse Strukturförderung, wenn wir möchten, dass in diesem Umfang weiterhin so hoch klassische Vokalensemble weiterbestehen können, wir haben für andere Ensemble andere Möglichkeiten. Die Abteilung Kultur hat dies anerkannt. Wahrscheinlich ist es das beste, wenn wir das analog zum Orchesterfördermodell machen würden, dass einen gewisse Strukturförderung möglich wird. Ich akzeptiere, dass dies auf diesem Weg nicht möglich ist und hoffe, dass die Verwaltung einen Weg findet, vielleicht noch in diesem Jahr, um aufzuzeigen, wie das gehen könnte und ziehe dieses Budgetpostulat formell zurück.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Budgetpostulat wurde zurückgezogen.

27. Motion 1 Nicole Kuster-Simon und Konsorten betreffend Finanzsicherung Bachelor Studiengang Sustainable Development

[22.01.25 10:05:02, 24.5498.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde zurückgezogen.

28. Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht

[22.01.25 10:05:10, 24.5474.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Pascal Messerli bestreitet dies.

Pascal Messerli (SVP): Wenn die Kreuztabelle nicht so eindeutig ist, bin ich zumindest formell der Meinung, dass wir doch darüber abstimmen sollten. Das ist der erste Grund, weshalb ich mich jetzt spontan melde und den Anzug bestreite, ohne etwas vorbereitet zu haben. Aber es ist ja auch so, dass es doch schon einige Angebote gibt in diesem Bereich, beispielsweise die GGG Migration, über die sehr viele Anwälte immer mal wieder eine unentgeltliche Rechtsauskunft geben, wo man auch 15 Minuten reingehen kann und dann eine entsprechende Auskunft erhält. Es gibt ja auch die unentgeltliche Rechtspflege, wenn man mittellos ist und das Verfahren nicht aussichtslos ist.

Wir sind der Meinung, dass es bei diesem Angebot bleiben sollte. Wir sind nicht der Meinung, dass man zusätzliche Angebote oder zusätzliche unentgeltliche Rechtsprechungen in Anspruch nehmen sollte, wenn das Verfahren beispielsweise völlig aussichtslos ist oder wenn es gewisse Leute gibt, welche etwas querulantisch tätig sind. Da sind wir dann schon der Meinung, dass die Rechtsprechung und dieses System, das wir jetzt haben, in dieser Art und Weise so sinnvoll ist und genügt und es nicht noch zusätzliche Angebote benötigt im Sozialhilferecht.

Aus diesem Grund bestreite ich im Namen der SVP-Fraktion die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächst der Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.



Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorausschauend und präventiv melde ich mich jetzt kurz bevor es heisst, die GLP sei nicht liberal und unterstütze den Ausbau von Fachstellen und trage somit zu einer Kostenexplosion bei.

Ich verstehe den Anzugstext als Fragestellung und Aufforderung zur Abklärung der Möglichkeiten zur Gewährung einer Unterstützung im Fall von Problemen von Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe. Das ist auch kein Misstrauensvotum gegenüber den Fachleuten bei der Sozialhilfe Basel-Stadt. Es gibt aber immer wieder Fälle, die auf den ersten Blick vielleicht klar und unkompliziert aussehen und im regulären Prozess gewisse Faktoren übersehen werden können, die eine Ablehnung oder Reduktion der Unterstützungsleistungen zur Folge haben. Betroffene Personen, welche sich an die Sozialhilfe wenden, sind meist von der Situation selbst überfordert und sehen sich bürokratischen Hürden gegenüber. Zurecht müssen Nachweise zu Einkommen und Vermögen beigebracht werden und die Abklärungen sind wichtig.

In Problemsituation sehen die Klienten sich aber meist nicht imstande und haben auch nicht die erforderlichen juristischen Kenntnisse, um ihre Rechte wie beispielsweise Einsprachen geltend zu machen. Es braucht für diese Fälle eine Beratungsmöglichkeit, um mögliche Massnahmen abzuschätzen und die Ausschöpfung der Rechtsmittel nur dann zu empfehlen – und das ist wichtig –, wenn dies auch wirklich Sinn macht und gerechtfertigt ist. So können Kosten eingespart werden und es entstehen bei den Betroffenen keine falschen Hoffnungen.

Ich unterstütze diesen Anzug, weil ich der Ansicht bin, dass es eine lokale juristische Beratung geben soll, auch wenn es schon andere juristische Beratungsstellen gibt, aber mit einem anderen Zweck. Der Regierungsrat soll demgemäss prüfen und berichten, wo ein möglicher Bedarf ausgemacht werden kann, wie gross das Volumen überhaupt ist und mit welchen Mitteln juristische Unterstützung von betroffenen Personen gewährleistet werden kann, allenfalls auch mit bestehenden Beratungsstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die Sozialhilfe ist das letzte Netz im System der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Wer durch die Maschen dieses Netzes fällt, der fällt tief und er fällt so tief, dass es oft schwierig ist, wieder aufzusteigen.

Konflikte zwischen der Sozialhilfe und ihren Klienten können daher schwerwiegende Konsequenzen haben. Für die Betroffenen geht es um nichts weniger als um die Sicherung ihrer materiellen Existenz. Der Rechtsschutz in der Sozialhilfe ist ja aus diesem Grund ein sensibles und ein wichtiges Thema. Der Zugang zum Recht und zum Rechtsschutz ist gerade in diesem Bereich umso wichtiger. Und dafür genügt es eben nicht, wenn der Rechtsweg im Gesetz garantiert wird, und es genügt auch nicht, wenn die betroffenen Personen via Rechtsmittelbelehrung auf die rechtlichen Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Und es genügt eben auch nicht, die Menschen in die 10-minütige Rechtsberatung bei den Gewerkschaften oder bei der Advokatenkammer zu schicken. Ich mache diese Rechtsberatungen regelmässig selbst und diese 10 Minuten reichen, wenn es hochkommt, gerade einmal dazu, das Problem zu erfassen. Inhaltliche, konkrete Unterstützung oder gar Begleitung ist schlicht nicht der Zweck von diesen Beratungsangeboten. Und es genügt auch nicht, auf die unentgeltliche Rechtspflege zu verweisen, denn diese wird gerade in den Sozialhilfefällen nicht gewährt, weil es die Untersuchungsmaximen gib oder weil dann im Nachhinein gesagt wird, das Anliegen sei von Beginn aussichtslos gewesen. Ich kenne hier Fälle, da werden auf drei Seiten die Argumente auseinandergenommen und danach wird gesagt, es sei im übrigen sowieso aussichtslos gewesen.

Nein, das genügt nicht. Es ist vielmehr die staatliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Recht auf Rechtsschutz gerade von den weniger privilegierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewährt wird. Der Staat hat eine aktive Pflicht zum Handeln, um dafür zu sorgen, dass der Rechtsweg und die Rechtsweggarantie nicht nur ein Versprechen auf dem Papier ist, sondern Realität für alle Menschen. Und dafür braucht es eine gezielte Stärkung von niederschweligen Rechtsberatungsstellen und ihre Ressourcen und Kompetenzen. Dies beinhaltet eine Sicherstellung und gegebenenfalls auch der Ausbau der Beratungskapazitäten, aber auch eine Förderung der Vernetzung zwischen den Akteuren und des fachlichen Austausch. In anderen Rechtsbereichen – ich denke hier an die Opferhilfe oder auch an das Sozialversicherungsrecht – sind solche Rechtsberatungen gang und gäbe, etabliert und anerkannt, und ich denke, es ist Zeit, dass wir dies nun auch im Bereich der Sozialhilfe machen. Daher bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Bei jedem staatlichen Handeln besteht die grundsätzliche Problematik, dass das Handeln nicht transparent und nicht verständlich ist oder gar Unrecht erzeugt. Seit bald 30 Jahren arbeite ich in der sozialen Arbeit und die Fragestellung über das Gewähren beziehungsweise das Nichtgewähren von finanziellen Leistungen aus den



Sozialversicherungen wie beispielsweise aus der Invalidenversicherung oder der Sozialhilfe gehört zum Alltag und taucht wahrscheinlich wöchentlich an Teamsitzungen der sozialen Institutionen in dieser Stadt auf, in irgendeiner Weise.

Dies müssen wir nüchtern akzeptieren und lässt sich auch mit der besten Arbeit nie wirklich verhindern. Unabhängige Rechtsberatungsstellen sind deswegen von grosser Bedeutung. Deshalb wurde beispielsweise vor Jahrzehnten auch die Pro Cap gegründet, die heisst jetzt unterdessen anders, um die Rechtsberatung für Betroffene gegenüber der Invalidenversicherung zu stärken.

Im Sozialhilferecht und gegenüber den Behörden der Sozialhilfe besteht ebenfalls seit langem ein Bedarf an einer unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht, wie wir dies vom Kanton Zürich her kennen. Sozialhilfe ermöglicht das Überleben in grosser finanzieller und persönlicher Not. Eine unabhängige Fach- und Rechtsberatungsstelle wäre gerade in diesem sehr heiklen Bereich von grosser Bedeutung und es ist an der Zeit, die entsprechenden Strukturen auch in Basel auf- und auszubauen beziehungsweise zu etablieren.

Der Forschungsbericht Rechtsberatung und Rechtsschutz Armutsbetroffener in der Sozialhilfe vom Januar 2021 zeigt die bestehenden Lücken auf und empfiehlt entsprechende Massnahmen. Auch hier liegt der Fokus auf unabhängiger Rechtsberatung und Ombudsstellen in der Sozialhilfe. Diese Studie ist Teil der nationalen Plattform gegen Armut. An deren Veranstaltungen haben sich wiederholt armutsbetroffene Menschen für eine solche niederschwellige und unabhängige Rechtsberatung ausgesprochen. Bestehende Beispiele zeigen auf, dass solche Angebote deeskalierend und auch qualitätsfördernd wirken.

Auch die SKOS unterstützt grundsätzlich diese Stossrichtung. Neben der Notwendigkeit, unabhängige Beratungsstellen im Asylverfahren zu haben, ist es eigentlich offensichtlich, dass auch im Sozialhilferecht ein solcher Bedarf besteht. Daher brauchen wir auch in Basel die von vielen Kreisen geforderte unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht. Die Überweisung dieses Anzugs an die Regierung ist deswegen deutlich angezeigt und das GAB steht voll dahinter und wird den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich möchte Oliver Bolliger zuerst ein bisschen korrigieren. Er hat gesagt, dass staatliches Handeln sehr oft intransparent und nicht rechtmässig sei. Das ist nicht so. Ich war lange genug am Gericht, dass ich das verneinen kann.

Die LDP ist dagegen und zwar aus folgenden Gründen: Man muss die grösseren Zusammenhänge sehen und Zusammenhänge, dass man jetzt in jedem Rechtsgebiet, im Arbeitsrecht, im Mietrechte, bei der Opferhilfe, im Sozialrecht, im Asylwesen, solche Einzellösungen macht. Wenn schon, muss man die unentgeltliche Rechtsberatung gesamthaft anschauen und nicht so Einzellösungen anstreben, dann die führen dann tatsächlich zu Ungerechtigkeiten.

Und dann gilt es auch darauf hinzuweisen, dass es selbstverständlich solche Angebote gibt. Es ist ja nicht so, dass es noch gar nichts gibt. Es gibt das, man sollte das ausbauen und nicht ständig neue Fachstellen oder neue Beratungsstellen aufbauen und damit die Rundumversorgung unserer Bevölkerung noch weitertreiben, immer auf Kosten der Steuerzahler.

Und dann haben Sie etwas ganz Wichtiges erwähnt. Es gilt nämlich in diesem Bereich die Untersuchungsmaxime. Es ist ja nicht so, dass da Zweckparteien aufeinandertreffen, die sich spinnefeind sind und Sozialhilfeberater oder die Sozialhilfe ist grundsätzlich gegen die Anliegen der Sozialhilfeempfänger, sondern es ist ja eine Untersuchungsmaxime, was bedeutet, dass der Staat verpflichtet ist, vor allem auch die Interessen abzuwägen, auch diejenigen des Petenten oder der Petentin.

Und das ist eigentlich der Hauptgrund, warum die LDP dagegen ist. Es braucht es nicht. Es ist auch nicht so, dass ständig die Missstände da sind. Als die Sozialhilfe noch bei der Bürgergemeinde war, sass ich selber schon am Schalter, und zwar während Tagen, weil mich das interessiert hat. In der Regel ging es darum, wie man dem Sozialhilfeempfänger helfen kann und nicht, wie wir etwas ablehnen können. Jetzt das Gegenteil daraus machen zu wollen, dass es eine konträre Auseinandersetzungssituation wäre wie zum Beispiel an einem Zivilgericht, wo zwei Parteien miteinander streiten, ist falsch. Die LDP lehnt den Anzug ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Bolliger an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Geben Sie mir recht, dass es möglich ist beim Sozialhilferecht? Ich habe selber auch auf der Sozialhilfe gearbeitet, als sie noch bei der Bürgergemeinde der Stadt Basel war.

Lukas Faesch (LDP): Klar, wenn das Wörtchen Kann nicht wär, dann ist alles möglich.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Anzugsstellerin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Debatte zu diesem Anzug. Ich habe ja fast nicht mehr damit gerechnet. Und in diesen verschiedenen Voten wurde auch schon sehr vieles gesagt, was mir sehr wichtig ist. Vielleicht noch einmal ganz kurz zurück, eine Ebene darüber. Ich habe das im Anzugstext auch bereits ausgeführt. In der Bundesverfassung in Artikel 29 und 29a wird festgehalten, dass für alle Bürger:innen allgemeine Rechtsverfahren und Rechtsweggarantien und Beschwerden in sozialhilferechtlichen Verfahren garantiert werden. Wir haben dann aber eben auch gehört – und das hat Hanna Bay sehr schön ausgeführt –, dass es sehr oft aufgrund von geringen formalen Anforderungen, die diesen Prozessen zugeschrieben werden, oft nicht so weit kommt, dass ebendiese unentgeltliche Rechtspflege zum Tragen kommt und die Leute auf diese Unterstützung zählen können.

Das ist ein Problem, das entspricht nicht unserem grundsätzlichen Rechtsverständnis. Wir haben dann auch gehört, dass es verschiedene Angebote schon gibt. Es gibt tatsächlich verschiedene Angebote, aber eben nicht, wenn es um das Sozialhilferecht geht, nicht, wenn es um Rechtsberatungen in diesem sehr spezifischen Bereich geht. Und da bin ich nicht einig mit Lukas Faesch, der vorhin gesagt hat, man solle das nicht fragmentieren und unterschiedliche Angebote schaffen. Diese verschiedenen Angebote zeigen eben, dass es sehr, sehr unterschiedliche Bereiche sind und dass es sehr wichtig ist, in diesen Bereichen eben auch auf fundierte Expertise zurückgreifen zu können. Da ist es schon auch wichtig, dass wir eben diesen schwächsten Menschen, die schon sehr grosse Herausforderungen im Leben meistern müssen, die aufgrund von Schicksalsschlägen oft in diese Situation gelangen, auch diese Unterstützung bieten und dass wir da dieses unabhängige am Rechtsangebot schaffen.

Dass es eine Nachfrage danach gibt, zeigt das Beispiel der unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht UFS in Zürich. Diese begleitet und vertritt Armutsbetroffene kostenlos bei Anliegen zum Sozialhilferecht und unterstützt sie eben auch dabei, möglichst selbstständig weitere Lösungen zu finden, sie zu begleiten und zu unterstützen in ihren Prozessen. Und dieses Angebot ist masslos überlastet. Dieses Angebot wird so breit nachgefragt, auch von Personen weit ausserhalb des Kantons Zürich, dass die Leute lange warten müssen und es nicht vorwärtsgeht. Und mittlerweile ist es auch so, dass das Angebot nicht mehr von basel-städtischen Armutsbetroffenen genutzt werden kann.

Also noch einmal kurz zusammengefasst: Das Sozialhilferecht ist ein sehr spezifisches Recht und die Expertise und Angebote in diesem Fachbereich sind sehr rar. Kinder und Alleinerziehende bilden die grösste Gruppe der Sozialhilfeempfänger. Sie stellen eine sehr vulnerable Bevölkerungssicht dar und Ihnen kommt eine unabhängige Rechtsberatung in besonderem Masse deshalb zugute. Die Auswirkungen von solchen Entscheiden sind für die betroffenen Menschen lebensbestimmend und wir haben als Kanton ein Interesse daran, eine fundierte Rechtsprechung auch gerade im Sozialhilferecht wahrzunehmen und eine Verantwortung, dies zu ermöglichen.

Wir stimmen hier auch, um das einfach nochmals zu verdeutlichen, über einen Anzug ab, der eine Auslegeordnung und Lösungsvorschläge fordert. Falls diese Analyse dann Mängel aufzeigt in der Rechtsberatung, dann sollen auch entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Eine unabhängige Rechtsberatungsstelle würde zudem eben auch nicht nur die Rechte der Betroffenen besser schützen, sondern wäre auch so eine Art externe Kontrolle oder Unterstützung für den Staat. Und das ist ja wahrscheinlich im Interesse von uns allen.

Aufgrund all dieser Überlegungen habe ich den Anzug eingereicht und würde mich sehr freuen, wenn Sie ihm heute zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug Melanie Eberhard und Konsorten. Die Überweisung wird bestritten von Pascal Messerli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005693, 22.01.25 10:23:30]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

29. Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle

[22.01.25 10:23:49, 24.5475.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Anzug nicht an das Ratsbüro zu überweisen. Die Diskussion über die Transparenz und Publikation solcher Entschädigungen ist eine alte. Sie wird häufig geführt und sie wurde zuletzt im Laufe des letzten Jahres geführt, als es auch eine entsprechende BAZ-Berichterstattung dazu gab. Bei dieser Berichterstattung konnte letztlich jeder angeben, was er angeben möchte. Deshalb, glauben wir, ist der Weg, den wir bisher gegangen sind, nicht falsch. Die Entschädigungen kann jedes Grossratsmitglied, wenn es es denn möchte, bereits heute veröffentlichen. Es kann es auf seiner Homepage machen, es kann es twittern, es kann es irgendwo sonst bekanntgeben. Dafür braucht es nun keine neue gesetzliche Grundlage in der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Uns scheint dieser Wille, hier eine gesetzlich vorgeschriebene Transparenz zu schaffen, nicht notwendig zu sein, weil tatsächlich ja eben heute schon die Möglichkeit auf freiwilliger Basis besteht, dies zu tun. Auch der Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft, der im Vorstoss erwähnt wird, ist nur halb korrekt aus unserer Sicht. Auch im Kanton Basel-Landschaft ist es nicht so, dass die Entschädigungen veröffentlicht werden müssen. Dort hat jedes Ratsmitglied ebenfalls die Möglichkeit zu sagen, dass es nicht veröffentlicht werden soll oder darf.

Die Höhe der Entschädigungen ist nicht der Punkt dafür, weshalb die SVP-Fraktion dagegen ist. Im Gegenteil sind wir der Meinung, dass das Parlament, zumindest generell aus unserer Sicht die allermeisten Kantonsparlamente in der Schweiz, für den Arbeitsaufwand, den die einzelnen Parlamentarier haben, gerade auch in der in der Kommissionsarbeit, sicherlich nicht überdurchschnittlich gut entschädigt sind. Wenn in der Bevölkerung allenfalls der Eindruck entsteht, dass dies eine überdurchschnittlich hohe Entschädigung ist, dann kann man sicher sagen, dass dem nicht so ist. Das alleine scheint uns aber zu wenig ein Grund zu sein, nun vom bestehenden System abzuweichen, was wir durchaus auch in einer gewissen Art und Weise als unschweizerisch erachten. Wir glauben, dass die Publikation von solchen Entschädigungen nichts ist, was verpflichtend sein soll. Jeder, der es möchte, kann es tun, soll es auch tun, und die, die es nicht wollen oder möchten, müssen es und sollen es auch weiterhin nicht tun müssen.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jessica-Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Transparenz schafft Vertrauen, und wir alle wurden gewählt, weil die Menschen in unseren Wahlkreisen uns vertrauen, weil sie uns zutrauen, in ihrem Sinne zu entscheiden. Mit diesem Vertrauen sollten wir sorgsam umgehen. Die antiquierte Haltung «Über Geld redet man nicht», teile ich gar nicht. Was wäre denn das Schlimmste, was passieren könnte, wenn wir regelmässig offenlegen würden, wer wie viel Entschädigung erhält? Es würde doch lediglich aufzeigen, wie unterschiedlich hoch das bezahlte politische Engagement ist. Für uns hier drin ist zum Beispiel völlig klar, dass eine Kommissionspräsidentin mehr Entschädigung erhält als ein einfaches Kommissionsmitglied. Das ist ja logisch, weil sie hat ja auch einen höheren Aufwand. Wer aber nicht so nah am Politbetrieb ist, für den ist es vielleicht nicht so klar. Durch die Offenlegung der Mandatsabgaben können wir zu mehr Verständnis für unsere Arbeit beitragen.

Ich finde, dass die Menschen, die uns gewählt haben und auch die, die es nicht getan haben, ein Anrecht darauf haben zu wissen, was ihre Politikerinnen und Politiker für einen Teil der politischen Arbeit bekommen. Ich glaube nämlich, dass ganz viele Leute auch überrascht sein werden, wie viel Geld wir bekommen oder eben auch nicht.



Ich finde es auch ein bisschen komisch, dass die SVP, die ja letztes Mal diesen Vorstoss eingereicht hat, jetzt diesen Zickzackkurs fährt und jetzt dagegen ist. Letztes Mal hat Ihr Kollege Alexander Gröflin nämlich diesen Vorstoss eingereicht und jetzt sind Sie dagegen. Joël Thüring, Sie haben unter anderen diesen Vorstoss von Alexander Gröflin unterschrieben. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie daher um die Überweisung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich muss mich im Ratsbüro nicht mehr um diesen Vorstoss kümmern. Ich bin relativ ergebnisoffen. Aber vielleicht zwei Sachen: Es wird zum Teil auf den Kanton Basel-Landschaft verwiesen. Dort haben wir eben ein Opting Out, also die Transparenz ist freiwillig. Und die wirklich interessanten Informationen, wenn es obligatorisch ist, sind nicht das Geld, das kann jeder berechnen, weil die Ansätze ja transparent sind, sondern eher, wer wie oft in den Kommissionssitzungen fehlt. Da sieht man, dass jemand in zwei Kommissionen eigentlich viel mehr Geld erhalten sollte, und dann wird eigentlich offengelegt, wie die Anwesenheit in der Kommissionsarbeit ist. Das ist eine ziemlich interessante Information, die könnte man auch sonst bekanntgeben, ohne diese Berechnungen. Diese sind aufgrund der erhaltenen Informationen relativ einfach zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Ratsbüro viel Spass bei der Beantwortung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wir vom GAB sind auch klar dafür, dass wir hier Transparenz schaffen. Ich glaube, wir können Transparenz schaffen, sowohl zu unseren Sitzungsteilnahmen wie auch zu unserem Sitzungsgeld, weil am Schluss sind unsere Sitzungen hier drin öffentlich. Wir sagen immer, man muss in diesem hohen Haus sorgfältig umgehen mit unseren Finanzen, mit unseren Steuergeldern, weil gerade die Bevölkerung wissen möchte, was damit geschieht. Dann soll sie auch wissen, was wir verdienen, was hier drin quasi als Entschädigung ausbezahlt wird, wie wir teilnehmen an den Sitzungen.

Ich glaube, mehr Transparenz schafft am Ende auch mehr Vertrauen in ein System, das dringend Vertrauen nötig hat. Wir müssen einfach auch dafür sorgen – und damit kann sich dann das nächste Ratsbüro beschäftigen -, zu erklären, wie diese Entschädigungen zustandekommen, wie diese Beiträge zustandekommen, was es bedeutet, dieses Milizamt auszuüben. Und ich glaube, dass am Ende diese Transparenz uns alle stärken wird und das System stärken wird und wir da auch nicht in diesem schweizerischen oder nichtschweizerischen «Wir sagen nicht, was wir verdienen» verharren. Ich bin sowieso dafür, dass wir mehr darüber reden, wie viel Geld wir haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat die Anzugsstellerin Salome Bessenich das Schlusswort.

Salome Bessenich (SP): Meinen Vorrednerinnen ist nicht viel hinzuzufügen. Ich kann mich kurz halten.

Entscheidend für mich und für uns war, dass die Frage immer wieder kommt, eben nicht nur letzten Sommer von der BAZ, sondern auch von den Politikern oder bei Schulführungen. Auch im privaten Umfeld wird immer wieder gefragt, ob das denn gar nicht entlohnt wird oder wie viel, ob es ein guter Lohn ist. Und ich glaube, wie wir schon von Jessica Brandenburger und Jo Vergeat gehört haben, Transparenz schafft Vertrauen, aber sie schafft dieses Vertrauen eben nur, wenn es für alle gilt. Deshalb haben wir uns hier entschieden, das auch für alle einzufordern.

Im übrigen war das auch die klare Haltung des Grossratsbüros bei der Antwort auf den Anzug Alexander Gröflin, der eigentlich dieselbe Forderung hatte. Da war die klare Haltung des Büros, dass so etwas nur eingeführt werden soll, wenn es für alle gilt. Deswegen haben wir uns hier auch für diese Version entschieden.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich für den Hinweis von David Jenny. Auch für uns ist es absolut entscheidend, dass hier nicht einfach eine Zahl publiziert wird, sondern dass es eben eine Kontextualisierung gibt, dass eben ersichtlich wird, wofür diese Entschädigung ausbezahlt wird, in welchen Kommissionen, in welchen Ämtern, in welchen Funktionen.

In diesem Sinne danke ich für die Überweisung an das Ratsbüro.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den Anzug Salome, Bessenich und Konsorten ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005695, 22.01.25 10:34:15]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

30. Anzug 3 Zaira Esposito und Konsorten betreffend Stärkung des Zugangs in den für Diagnostik, Beratung, Betreuung und Pflege spezialisierten Institutionen für demenzerkrankte Personen mit Migrationsgeschichte

[22.01.25 10:34:29, 24.5476.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Möchte jemand die Überweisung bestreiten? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

31. Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer- Hegenheimerstrasse Verkehrsregime

[22.01.25 10:35:08, 24.5485.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Ich muss zugeben, Kollege Philip Karger hat mich mit seinem Anzug schon ein bisschen getriggert. Er schreibt von den armen Autofahrern und Autofahrerinnen, die durch das neue Verkehrsregime an der Colmar-, Hegenheimer- und Türkheimerstrasse aus heiter hellem Himmel von den Verkehrsregeln überrascht werden. Hingegen schiebt er die Schuld für die tatsächlich gefährlichen Situationen, die entstanden sind, den korrekt fahrenden Velofahrerinnen und Velofahrern in die Schuhe. Ich finde das schon ein starkes Stück. Und dann kommt die Forderung, weil sich Autofahrerinnen und Autofahrer nicht an die Regeln halten wollen oder können oder überfordert sind damit, dass einfach die Regeln abgeschafft werden sollen.

Ich bin deshalb auch bei diesem Anzug etwas erstaunt, wer das alles mit unterschrieben hat. Geschätzter Christoph Hochuli, wir sind ja beide etablierte Law and Order-Politiker. Wenn der Vollzug bei Lärmklagen nicht funktioniert, fordern wir dann bessere Werkzeuge, um geltendes Recht durchzusetzen oder fordern wir einfach die Abschaffung der betreffenden Regeln?



Ich bin deshalb sehr froh über den Vorstoss meines Fraktionskollegen Jean-Luc Perret, der zu diesem Thema einen deutlich faktenbasierten Vorstoss geschrieben hat und der gleich nachher behandelt wird, und bestreite hiermit im Namen der SP-Fraktion diesen Anzug und bitte Sie, ihn nicht zu überweisen, dafür dann den nachfolgenden Vorstoss von Jean-Luc Perret.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich weiss nicht ganz genau, welchen Anzug mein Vorsprecher gelesen hat, oder ob er ihn überhaupt gelesen hat.

Jeder, der einmal vor Ort war und geschaut hat, wie diese Markierung erstmals gemacht wurde, der muss sagen, hier wurde wirklich ein Schildbürgerstreik gemacht. Die Markierung zeigte, dass die Leute, die das gemacht haben, eigentlich keine Ahnung haben, wie der Verkehr in so einer Stadt funktioniert. Aber Gott sei Dank ist man ja schlauer geworden und hat das neu markiert. Und die neue Markierung ist mindestens so verständlich, dass man sieht, wenn man dahin fährt, was man einmal bezwecken möchte. Somit hat sich eigentlich der Anzug von Jean-Luc Perret erledigt. Es geht da ja primär um die Markierung.

Ich darf hier im Namen der FDP und der SVP sprechen. Ich bin oft in diesem Quartier unterwegs und gehe in den Stadt bekannten Lebensmittelladen, wie viele von Ihnen vielleicht auch. Und da ist der Unmut in der Bevölkerung sehr gross, der Unmut ist vor allem auch gross, weil viele Autos jetzt durch das Quartier fahren müssen und umgeleitet werden. Das stört die Leute sehr stark. Mit dieser Massnahme hat man glaube ich das Gegenteil erreicht, man hat alle wütend gemacht im Quartier. Die Leute verstehen die Situation nicht mehr, sie erreichen nicht mehr das, wo sie hinwollen. Sie müssen einen Riesenumweg machen und die Anwohner sind unzufrieden.

Also daher sollte man diese Massnahmen rückgängig machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Das ist eine sehr ineffiziente Sache, zwei Vorstösse zum gleichen Thema. Ich rede deshalb nur einmal. Es wird weniger erstaunen, dass das GAB der Anzug von Jean-luc Perret überweisen wird und den von Philip Karger nicht.

Wir finden diese Massnahme eigentlich sinnvoll. Es ist auch ein Wunsch der Quartierbevölkerung dort, dass der Durchgangsverkehr auch von vielen Pendlern, die durch das Quartier gefahren sind, eingedämmt wird. Das ist auch im städtischen Verkehrskonzept vorgesehen. Also es steht für uns ausser Frage, dass die Kreuzung dort die Verkehrsführung erhält. Es ist natürlich auch ein bisschen befremdlich, dass sich die Autofahrenden nicht an die Regeln halten, wo dort gelten. Das wirft man eigentlich immer nur den Velofahrenden vor. Aber es ist auch ein stückweit verständlich wegen der Markierung und der Signalisation, die dort hingekommen ist. Wir sehen eigentlich tatsächlich auch den Weg, dass man vielleicht dort sich noch einmal etwas anderes überlegt. Man könnte dort Pfosten hinstellen, versenkbare Poller, damit die Blaulichtorganisationen durchkommen. Wir verstehen auch, dass man dort nicht einfach mit Bauelementen zumachen kann, wie das an anderen Kreuzungen im Hegenheimerquartier schon erfolgreich gemacht worden ist. Man sollte die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer auf dieser Kreuzung verbessern mit dieser neuen Signalisation. Und natürlich soll man die Ausweichrouten durch den Kembserweg und andere kleine Tempo 20-Strassen verhindern, indem man sie schliesst.

In diesem Sinne bitten wir Sie, den Anzug von Philip Karger jetzt nicht zu überweisen, dafür dann später den von Jean-Luc Perret.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Aus Gründen der Effizienz spreche ich auch gleich zum nachfolgenden Anzug Jean-Luc Perret. Die neue Verkehrsregelung an der Kreuzung Colmarer-, Türkheimer- und Hegenheimerstrasse hat das Ziel, den Durchgangsverkehr namentlich von Pendlerinnen und Pendlern aus dem Elsass durch die Quartierstrassen des Iselin zu unterbinden. Das entspricht den Verkehrszielen unseres Kantons und den Wünschen der Quartierbevölkerung. Der Durchgangsverkehr soll weg von den Quartierstrassen auf die Hauptverkehrsachsen. Diese Ziele unterstützt die grünliberale Fraktion natürlich.

Der Anzug Karger verdreht aus unserer Sicht die Tatsachen. Weil die Autofahrenden das neue Verkehrsregime nicht einhalten, soll es aufgehoben werden. Sich korrekt verhaltende Velo- und Mofafahrende werden als Gefahr dargestellt,



obwohl die Gefahr eigentlich von den Autofahrenden ausgeht. Und der unterbundene Durchgangsverkehr soll zum Mehrverkehr im Quartier führen. Das sehen wir nicht so. Wenn die Markierung nicht funktioniert, muss diese eben verbessert, durch bauliche Massnahmen wie versenkbare Poller ergänzt und/oder durch die Polizei besser durchgesetzt werden. Wenn die Autopendler:innen statt auf die Hauptverkehrsachsen auf andere Quartierstrassen ausweichen, braucht es eben Massnahmen, um diesen Ausweichverkehr ebenfalls zu unterbinden. Das ist die Stossrichtung des Anzugs Perret..

Aus diesen Gründen wird die grünliberale Fraktion den Anzug Karger nicht überweisen, dafür aber den Anzug Perret unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich komme an meinem letzten Tag doch noch einmal nach vorne und bekenne mich auch gleich als einer der Betroffenen, da ich nämlich genau hinter dieser Kreuzung wohne oder etwas in einer Seitenstrasse hinter dieser Kreuzung. Und das beweist mir jeden Tag, wenn ich mit dem Auto unterwegs bin, dass es wirklich, wie Kollege Seiler schon gesagt hat, ein Schildbürgerstreich ist. Man wollte den Schleichverkehr durch die Quartiersträsschen durch Tempo 20-Zonen vermeiden. Man hat ihn nicht vermieden, man hat ihn geschaffen, denn wenn ich jetzt zum Beispiel vom Burgfelderplatz zu mir in die Pfefferstrasse muss, dann muss ich entweder eben durch den bereits erwähnten Kembserweg oder ich muss mich durch andere kleine Strassen dort durchschlängeln, meist dort mit versetzt parkierten Autos, was auch ein gewisses Gefahrenpotenzial für Zweiradfahrzeuge bietet. Früher wäre ich einfach durch die Colmarerstrasse gefahren und dann links abgebogen.

Das gleiche gilt auch für alle, die nichts anderes vorhaben als eben vom Burgfelderplatz zum Morgartenring oder umgekehrt fahren zu wollen. Das war eine einfache, kurze, gerade Strecke. Jetzt schlängeln sie sich eben durch die ganzen Quartierstrassen. Wenn man jetzt sagt, nun, dann behindern wir eben den Verkehr auch in den Quartierstrassen, dann wird der Verkehr einfach noch grossflächiger sich überall durchschlingern. Der Verkehr ist bekanntlich wie Wasser, er sucht sich immer seinen Weg.

Darum geht es eigentlich nicht darum, ob die Markierung gut oder weniger gut oder ganz lausig ist, sie gehört einfach weg. Man sollte wieder den Zustand von vorher herstellen, der war nämlich sowohl für die Anwohnenden wie auch für diejenigen, die dort eben passieren müssen, besser. Freiwillig fährt da niemand durch, da fährt derjeinge durch, der wirklich muss, aber der sollte so schnell wie möglich da durchfahren, nicht von der Geschwindigkeit her, sondern vom Zeitaufwand her, den er braucht und von den Kilometern her, die er braucht. Denn umweltfreundlich ist es auch nicht, wenn man noch sechs oder sieben mehr Strassen befahren muss, bis man dann am Ziel ist. Also bitte Frau Regierungsrätin Esther Keller, machen Sie diesen Unsinn wieder weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind beim Anzugsteller angelangt, das Schlusswort hat Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Falsches Quartier, falsche Kreuzung, falscher Grund, das sagt eigentlich alles über die aktuellen Verkehrsführungen an der Kreuzung Colmarer-, Türkheimer- und Hegenheimerstrasse. Bevor die neuen Markierungen angebracht wurden, funktionierte die Kreuzung einwandfrei. Die heutige Verkehrsleitung, auch wenn inzwischen die Markierung korrigiert wurde, schafft mehr Probleme als sie löst. Seit 2016 hat sich direkt an der Kreuzung ein leichter Verkehrsunfall ohne Beteiligung eines Autos ereignet. In der näheren Umgebung gab es zwei weitere Unfälle, ebenfalls ohne Beteiligung eines Autos, was die Funktionstüchtigkeit der Kreuzung vor der Umgestaltung deutlich macht.

Laut BVD will man mit der neuen Verkehrsführung den Durchgangs-, Gewerbe- und Parksuchverkehr im Quartier eindämmen. Man will ein Problem lösen, das gar nicht existiert. Der Verkehr war nicht zu dicht und es gab kaum gefährliche Situationen, weil alle vorsichtig waren. Der Durchgangsverkehr verlagert sich nun in die kleinen Nebenstrassen und die Quartierbewohner:innen müssen bei der Suche nach einem der wenigen Parkplätze viel mehr Umwege in Kauf nehmen. Die Anwohner:innen der kleinen Nebenstrassen haben das Nachsehen. Einerseits haben sie viel mehr Verkehr in ihren Gassen. Sie müssen längere Wege zu ihren Wohnungen zurücklegen und weil der Verkehr nun durch ihre Strassen fliesst, sind diese viel unsicherer geworden. Auch wenn die Markierungen nochmals geändert wurden, werden sie immer noch von vielen Autofahrer:innen einfach ignoriert, was zu gefährlichen Situationen führt. Aber auch die Velofahrenden beachten die Markierung nicht. Sie fahren einfach quer über die Linien und Flächen und gefährden damit sich selbst, die Fussgänger:innen und anderen Verkehrsteilnehmer. Es scheint, dass das BVD einfach eine Möglichkeit gesucht hat, den Verkehr zu behindern und sich nicht um das Chaos kümmert, dass es anrichtet.

Man muss sich auch fragen, warum ausgerechnet hier die Umleitung fest signalisiert wurde und nicht zuerst getestet wurde, ob diese neue Verkehrsführung überhaupt Sinn macht. Der Anzug stellt einige Fragen, um die Umstände zu klären, die zu



der neuen Verkehrsführung geführt haben. Es wird auch gefragt, wie in Zukunft mit den Markierungen umgegangen werden soll. Ziel ist ein gesundes Miteinander der Verkehrsteilnehmenden.

Deshalb bitte ich Sie, Kolleginnen und Kollegen auch im Namen der LDP, diesen Anzug anzunehmen. Gleichzeitig bitte ich Sie, den Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten abzulehnen, da er eine Verschlechterung des Miteinander im Verkehr und zum Nachteil der Fussgänger:innen, des motorisierten Verkehrs und auch der Situation im Quartier fordert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug Philip Karger und Konsorten. Die Überweisung wird bestritten von Daniel Sägesser.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005698, 22.01.25 10:49:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird nicht überwiesen, wir haben 53 Nein-Stimmen und 42 Ja-Stimmen so wie keine Enthaltung.

32. Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime

[22.01.25 10:49:37, 24.5500.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es wurde vorher schon gesagt, dass dies bestritten wird. Wir nehmen dies als Bestreitung. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zum Schlusswort des Anzugstellers Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Diese beiden Vorstösse zeigen wirklich eindrucksvoll, wie derselbe Sachverhalt zu völlig gegensätzlichen Schlüssen führen kann. Auch ich wohne nicht weit weg von dieser Kreuzung. Als ich das erste Mal die beiden Linien gesehen habe, fragte ich mich tatsächlich auch, ob das wohl gut kommt. Gleichzeitig freute ich mich aber auch, wie ich mich eigentlich fast immer freue, wenn irgendwo etwas mit ein bisschen Mut umgesetzt wird. Das eingeführte Prinzip, dass man nämlich mit dem Auto nicht mehr quer über eine Kreuzung fahren darf, ist nicht neu und bewährt sich in anderen Städten, insbesondere auch in den oft zitierten Superblocks. Nur so schafft man es, den Durchgangsverkehr wirklich aussen herumzuführen und nicht quer durch.

Es geht auch nicht um die Sicherheit in erster Linie, denn wir sollten nicht vergessen, die neue Verkehrslenkung ist eine späte Konsequenz des von uns selbst verabschiedenden Ausgabenberichts Städtische Verkehrslenkung Basel. Dieser hat unter anderem gefordert, dass der Durchgangsverkehr die Siedlungsstrassen verlassen und auf die Nationalstrassen gelenkt werden solle. Und die Colmarerstrasse ist nun halt eine Siedlungsstrasse.

Jetzt ist es natürlich so, dass das nicht auf Anhieb geklappt hat. In dieser Beobachtung bin ich auch mit Philip Karger und den anderen Vorrednern einig. Aktuell geht die grösste Gefahr nach meiner Beobachtung von Automobilistinnen und Automobilisten aus, welche die neue Verkehrslenkung erst im letzten Augenblick realisieren und das Steuer abrupt herumreissen, ohne sich zuvor zu vergewissern, ob noch ein Velo in der Nähe ist. Was ich ebenfalls beobachtet habe, das



wurde auch schon erwähnt, ist dass es Ausweichverkehr gibt. Man kann die Kreuzung umfahren, wenn man zum Beispiel durch eine Spielstrasse fährt. Das ist natürlich nicht die Idee. Um dies zu unterbinden, braucht es aber nicht eine Aufhebung des neuen Verkehrsregimes, sondern eine Ausweitung.

Mein Vorschlag ist daher, direkt auf der Kreuzung zusätzliche bauliche Massnahmen wie zum Beispiel Poller zu installieren. Diese könnten so gestaltet werden, dass sie von Blaulichtorganisationen umfahren oder abgesenkt werden können, gleichzeitig aber eine klare und unübersehbare Barriere für den geradeaus fahrenden Verkehr darstellen. Darüber hinaus sollten weitere Massnahmen ergriffen werden, um den Ausweichverkehr wirksam zu unterbinden. Und by the way, ich habe auch noch nie jemanden ausser meinen ehemaligen Fraktionskollegen Steffi Lüthi gesehen, der dort Kontrollen macht und allenfalls Bussen verteilt.

In diesem Sinn und Geist habe ich diesen Anzug formuliert. Ich gebe es gerne zu, auch um dem vorherigen Anzug von Philip Karger eine gegenteilige Interpretation entgegenzustellen und die Verbesserung nicht schon im Keim wieder zu ersticken. Auch wir haben Reaktionen bekommen und zwar wohlwollende, von Anwohnerinnen und Anwohnern. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen und hoffe auf weitere Verbesserungen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug von Jean-Luc Perret. Die Überweisung wurde beim letzten Traktandum schon bestritten zum Beispiel von Philip Karger.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005700, 22.01.25 10:53:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

33. Anzug 6 Stefan Suter und Konsorten betreffend Steuererklärung per Todestag

[22.01.25 10:53:54, 24.5486.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Damit eine abstruse Forderung ihre Berechtigung verliert, wird sie als Bedürfnis deklariert. Ich hätte nicht gedacht, dass es noch eine Steigerung zur Velo-Initiative geben könnte, aber es gibt sie: Das Verlangen nach totaler Sperrung von Strassen für jegliche Mobilität, ausser für das Velo.

Eine solch groteske zusätzliche Pflasterpolitik darf unseres Erachtens sicher nicht unterstützt werden. Wir haben es auch letzten Mittwoch umfassend gehört. Basel-Stadt hat bereits in den letzten Jahren bedeutende Investitionen in den Ausbau



des Velonetzes getätigt. Auch genug Velostrassen wurden eingeführt, alles mit dem Ziel, die Sicherheit der Velofahrenden zu erhöhen und den Veloverkehr zu fördern, dies auch in unser aller Sinn.

Ich finde, statt weiter neue einseitige Massnahmen auf Strassen zu ergreifen, sollten wir, und zwar alle Verkehrsteilnehmende und inklusive Velofahrende, die geltenden Regelungen akzeptieren und sie nicht, wie es einem gerade passt, individuell und nach eigenem Gutdünken beachten oder sogar ignorieren. Regeln und Vorschriften einhalten würde bereits viel für den täglichen Komfort auf unseren Strassen bewirken.

Mit den vorliegenden Vorschlägen zur Metamorphose von Velostrassen geht der Anzug für uns mehrere Schritte zu weit. Typisch Basler Finish-Denken eben. Und dies nicht nur auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs und eventuell des öffentlichen Verkehrs, sondern vor allem auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner und der ansässigen Gewerbebetriebe, die auf gute Erreichbarkeit und auf Freiflächen auch in bereits vorhandenen Velostrassen angewiesen sind.

Auch der ewige Vergleich mit den Niederlanden und Deutschland ist langsam müssig, denn es werden immer nur Fragmente des Guten erwähnt. Auch in diesen Ländern ist beim Velofahren nicht immer alles Gold, was glänzt. Weit über 90 Prozent der Fahrradstrassen in Deutschland sind nicht autofrei und man hat sogar Fahrradstrassen wieder aufgehoben, da der Nachteil für den MIV deutlich grösser war als der potenzielle Nutzen für Velofahrende. Und die enorm hohen Zahl an Velo-Unfällen in Holland, ohne Beteiligung des MIV, wird wohl nie mit einem Satz in einem basel-städtischen Bericht erwähnt werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der LDP, sich gegen eine weitere Umgestaltung von Velostrassen auszusprechen und stattdessen eine ausgewogene Verkehrspolitik im Sinne aller zu unterstützen.

34. Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos

[22.01.25 10:57:47, 24.5499.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Nicole Strahm hat eigentlich das Wesentliche schon gesagt. Nachdem wir letzte Woche darüber diskutiert haben und wir erwähnt haben, dass es eben leider für diese Velo-Vorzugsrouten ja auch keinen Plan gibt, wie man das umsetzen will, will man jetzt auf diesen Velostrassen, die man einfach in bestehende Quartiere gepflanzt hat, die Autos einfach weg bringen. Da wohnen Anwohner, da hat es Gewerbe, eine dieser Velostrassen geht auch bei mir beim Tennisclub vorbei. Ich erlebe eigentlich diese Velostrassen als etwas Gutes. Das funktioniert miteinander. Ich habe da noch nie Probleme gesehen. Dass man jetzt einfach die Autos wieder da vertreiben will, ist für mich eine ganz komische Art von einem Miteinander im Verkehr. Wir werden das noch weiter miteinander diskutieren dieses Jahr wahrscheinlich, aber ich finde es schade, dass wir das nicht zusammen lösen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Wir kennen die Velostrassen seit einigen Jahren. Wir waren der Kanton, der auch das Pilotprojekt für Velostrassen eingeführt hat. Damals, als wir die Velostrassen für den Bund geprüft haben, hatten wir ein Signal, da stand darauf «Autos zu Gast». Das Prinzip der Velostrassen war ursprünglich, eine Strasse zu schaffen, wo Velofahrende den Vortritt geniessen, nicht nur gegenüber Rechtsvortritt in der Tempo 30-Zone, sondern eben auch, dass man darauf nebeneinander fahren kann, dass man darauf sicher ist, dass man nicht von einem Auto überholt wird, dass dort die Familien mit Kindern auch mit dem Fahrrad sicher unterwegs sein können, im Wissen darum, dass eben sie dort den Platz einnehmen dürfen und die Autos im umgekehrten Sinne zu Gast sind.

Nun, der Bund hat die Velostrassen nun gestattet, sie werden überall eingeführt. Dieses Auto zu Gast hat leider nicht Eingang gefunden in das Konzept der Velostrasse, aber es gibt vom Bund die Möglichkeit, Velostrassen motorfahrzeugfrei einzuführen und zu gestalten, so dass eben genau dieses nebeneinanderfahren, das Gefühl, auf dem Velo auf der Strasse Vorrang zu haben und Sicherheit zu empfinden, denn noch eingeführt werden kann. Das ist eine Möglichkeit, die der Bund geschaffen hat. Es ist kein Basler Finish, und es ist etwas, was ich als sehr wichtig empfinde, gerade wenn wir an die Velo-Vorzugsrouten denken, die wir höchstwahrscheinlich machen werden, sofern dann die Abstimmung positiv verläuft.



Es ist auch etwas, das an gewissen Orten wichtig ist. Daniel Seiler hat ein Beispiel vor dem Tennisplatz erwähnt. Ich kenne diese Velostrasse in Grossbasel West auch. Ich denke, dort ist die Situation eine andere. Dort gibt es nicht sehr viel Autoverkehr und dort braucht es vielleicht auch keine motorfahrzeugfreie Velostrasse. Wenn man aber auf die Velostrassen zum Beispiel in Kleinbasel schaut, ist es doch sehr anders. Dort nutzen viele Autofahrende die Velostrasse als eine Strecke, wo sie zügig, weil der Rechtsvortritt aufgehoben ist, die Strasse befahren können und zügig vorankommen, und dann lockt es sozusagen die Autofahrenden direkt auf die Velostrasse, was eigentlich nicht der Sinn einer Velostrasse ist. Gerade dort wären eben motorfahrzeugfreie Velostrassen sinnvoll.

Ich möchte daran erinnern, dass wir Klimaziele haben und daher auch dem Veloverkehr einen Vorrang geben müssen. Ich bitte Sie daher, den Vorstoss zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler beantworten? Die Zwischenfrage wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Velos nebeneinander fahren lassen auf solchen Strassen – haben Sie das Gefühl, dass das zum Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden beiträgt?

Raffaela Hanauer (GAB): Ich denke, es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn auch Velofahrende genauso wie Autofahrende miteinander unterwegs sprechen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Velostrassen machen nur Sinn und werden ihrem Namen gerecht, wenn sie für die Velos auch tatsächlich gut beziehungsweise besser als auf gewöhnlichen Strassen befahrbar sind. Zu viel motorisierter Individualverkehr stellt aber genau dies in Frage. Es ist daher sinnvoll zu untersuchen, wie viel Autoverkehr auf den Velostrassen herrscht und wie dies allenfalls reduziert werden kann.

Basel muss attraktiver werden fürs Velo. Wir haben Klimaziele, wir haben das bereits gehört, und wir haben einen beschränkten Platz in unserer Stadt. Dass also mindestens auf Velostrassen Velos gut und sicher fahren können, ist folgerichtig.

Daher bittet die SP Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch die SVP bittet Sie, den Anzug abzulehnen. Ich meine, es ist klar, man will einfach nichts anderes, als das Auto wegzuhaben. Das können wir nicht mitmachen und Raffaella Hanauer, es gibt auch Elektrovelos, welche die Autos überholen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Lukas Bollack hat das Schlusswort.

Lukas Bollack (GLP): Velostrassen sind als Massnahme zur Förderung des Veloverkehrs gedacht, der aufgehobene Rechtsvortritt erlaubt ein zügiges Vorankommen und idealerweise kann man sich in einer autoarmen Tempo 30-Zone sicher fühlen. Wie Raffaella Hanauer vorher schon korrekt ausgeführt hat, ist Basel-Stadt ja ein Pionierkanton beim Thema Velostrassen und war eine der am schweizweiten Pilotversuch beteiligten Städte und hat danach als erste Schweizer Stadt gleich acht zusätzliche Velostrassen umgesetzt.

Mancherorts ist das aus meiner Sicht gut gelungen, wie zum Beispiel auf der Achse Oberwilerstrasse Leimenstrasse. Die Linienführung ist sinnvoll, man kommt zügig aus dem Raum Zolli in die Innenstadt und umgekehrt, und es hat nicht zu viele fahrende oder parkierte Autos, was Sicherheit und Komfort gewährleistet. Andere Velostrassen sind ebenfalls nach meiner Meinung weniger gut gelungen. Also wenn Sie zum Beispiel schon einmal an einem schönen Tag am Wochenende versucht haben, den Sankt Alban Rheinweg mit dem Velo entlang zu fahren, wissen Sie, wovon ich spreche. Die Fahrbahn ist durch die beidseitig parkierten Autos eng. Man muss sich vor aufgehenden Autotüren in acht nehmen. Das Kreuzen mit dem



entgegenkommenden Verkehr ist schwierig und es hat teilweise einen enormen Parkplatzsuchverkehr, angezogen von den vielen Parkplätzen an dieser attraktiven Promenade.

Hier setzt die erste Forderung des Anzugs an. Wo Velostrasse draufsteht, soll auch Velostrasse drin sein. Das Velo soll dort also klar priorisiert werden. Es gäbe diverse Massnahmen, um das zu erreichen, wie zum Beispiel eine angepasste Verkehrsführung, die Aufhebung von Parkplätzen. Grundsätzlich wird der Regierung aber offen gelassen, wie Sie dieses Ziel genau erreichen will.

Dann noch kurz zur zweiten Forderung des Anzugs, den motorfahrzeugsfreien Velostrassen. Hier möchte ich einfach klarstellen, dass der Anzug diese ja nicht einfordert. Es ist einfach so, das Handbuch Velobahnen des ASTRA führt diese als mögliche Führungsform für Velobahnen aus. Velobahnen heissen in Basel-Stadt Velo-Vorzugsrouten. Der Anzug will von der Regierung nur wissen, bei welchen Velo-Vorzugsrouten sie solche motorfahrzeugsfreie Velostrassen als sinnvolle Lösungen sehen würde. Sie müssen also jetzt nicht Angst haben, dass bei einer Überweisung des Anzugs dann alle Velostrassen sofort mit einem MIV-Fahrverbot belegt werden. Das entscheidet dann immer noch die Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab über den Anzug von Lukas Bollag. Die Überweisung wurde bestritten von Nicole Strahm- Lavanchy.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005703, 22.01.25 11:07:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 51 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und eine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

35. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR

[22.01.25 11:08:00, 23.5532.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Zuerst geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller, welche jedoch verzichtet. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und da hat sich zuerst Luca Urgese für die FDP gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich zuerst positiv würdigen, dass der Regierungsrat versucht hat, eine möglichst schnelle Lösung in Aussicht zu stellen, bereits für den letzten Herbst, und jetzt wahrscheinlich wegen des spürbaren Widerstands jetzt doch zuerst diese Debatte abwarten möchte.

Der Vorschlag, den man in der Anzugsbeantwortung findet, ist mit diversen Problemen behaftet. Ich halte ihn nicht für eine gute Lösung. Wenn man in der Sankt Jakob-Strasse so wie das vorgeschlagen wurde, einen Velostreifen markiert, dann bedeutet das, dass die Autos weiter links fahren müssen. Wenn die Autofahrer weiter links fahren, dann befinden sie sich auf dem Tram-Trasse. Das ist normalerweise kein Problem, denn man fährt ja, aber zu Stosszeiten stauen sich natürlich die Fahrzeuge auf dem Tram-Trasse. Und jetzt stellen Sie sich vor, was dann zu Stosszeiten passiert, wenn ein Tram von



hinten zu fahren kommt, dann wird sich das wahrscheinlich akustisch bemerkbar machen, weil die Trampspur ist ja dann entsprechend blockiert. Autofahrer werden dann nach rechts ausweichen, damit sie dem Tram nicht mehr im Weg stehen und werden somit dann auf die Velospur kommen. Wenn dann halt dann von hinten ein Velo herangeradelt kommt, dann kann das zu überaus gefährlichen Situationen führen. Das ist sicher etwas, was wir vermeiden sollten.

Und der zweite Punkt ist folgender: Das grösste Problem besteht eigentlich im Abschnitt zwischen Gartenstrasse und Aeschenplatz und genau dort soll der Velostreifen dann aufhören. Also genau dort, wo das Problem am akutesten ist, will man die Situation eigentlich so belassen, wie sie heute ist, so dass das Problem eigentlich gar nicht gelöst wird. Also die vorgeschlagene Lösung verschlimmert die Probleme eher, als dass sie sie löst, wenn Sie sie überhaupt löst.

Für mich ist nicht ganz nachvollziehbar, welche Aversionen bestehen, auf einem solch breiten Trottoir, wie wir es in der Sankt Jakob-Strasse kennen, eine gemeinsame Lösung für Velos und Fussgänger zu finden. Man kann dort klar getrennte Spuren markieren. Es gibt kaum ein Trottoir, das so breit ist wie dort, man kann sich auch bauliche Massnahmen überlegen. Ich verstehe ja, dass man, wenn man als Fussgänger Angst hat, dass es zu Konfliktsituationen kommt. Man sollte also versuchen, entsprechende bauliche Lösungen zu finden. Wenn Sie sich ein bisschen in Europa bewegen, dann sehen Sie in verschiedensten Städten Lösungen, dort funktioniert das einwandfrei und hier scheinen wir offenbar grössere Ängste gegenüber solchen Lösungen zu haben.

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass es da gewisse Normbreiten gibt, die vorgegeben sind. Ich kann sie nicht immer ganz nachvollziehen, wie man auf diese Normbreiten kommt, eben gerade bei solchen breiten Trottoirs. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit eigentlich gute Lösungen verunmöglichen, nur weil irgendjemand mal gesagt hat, in der ganzen Schweiz gelten entsprechende Normbreiten, egal wie die Situation dann konkret vor Ort ist. Und wir haben in der Sankt Jakob-Strasse nach meiner Kennung eine der breitesten Strassen in unserem Kanton, und wenn wir es dort nicht schaffen, diese verschiedenen Verkehrsmittel aneinander vorbeizubringen, wo bitte wollen wir es dann sonst schaffen?

Nun, die Situation ist wie sie ist, und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen und zwar verbunden mit einem konkreten Lösungsvorschlag, den ich den Regierungsrat bitte zu prüfen, sofern Sie diesem Antrag folgen.

Wir haben auf dem Trottoir in der Sankt Jakob-Strasse verschiedene Bäume mit den Baumrabatten. Man könnte sich überlegen, diese Baumrabatten auf der Trottoirseite um die nötigen Zentimeter zu kürzen, das dürften wahrscheinlich 20 bis 30 cm sein, damit wir die nötige Breite erreichen, dass wir eben Velospur und Trottoir aneinander vorbeibringen. Und jetzt ist mir natürlich durchaus bewusst, Grünflächen zu reduzieren ist ein Problem, das wollen wir natürlich nicht und deshalb kann man, um das zu kompensieren, auf diversen Asphaltflächen, die heute ungenutzt sind. Diese könnte man dann im Gegenzug entsiegeln, begrünen, so dass man dann unter dem Strich gleichviel oder vielleicht sogar ein bisschen mehr Grünfläche hat, als das heute der Fall ist. Aus meiner Sicht ist das eine Win-Win-Situation. Wir bringen die verschiedenen Verkehrsmittel konfliktfrei aneinander vorbei, erhalten oder vermehren vielleicht sogar die Grünflächen und könnten so eine gute Lösung erreichen. Ob das funktioniert, kann ich jetzt nicht abschliessend sagen, aber die Bitte wäre, sofern Sie diesen Anzug stehenlassen, das entsprechend zu prüfen. Ich danke Ihnen, wenn Sie das mit Stehenlassen möglich machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich mache hier gleich transparent, dass ich länger mit Luca Urgese telefoniert habe darüber, ob es wirklich Sinn macht, diesen Anzug stehen zu lassen. Ich war am Anfang jetzt auch nicht so überzeugt, ob es wirklich einen Mehrwert bringt. Wir haben uns auch mit Hilfe von Google Streetview noch einmal virtuell in der Strasse bewegt und es ist natürlich so, wie Luca Urgese sagt, es ist tatsächlich eine Strasse mit einem für Basler Verhältnisse aussergewöhnlich breiten Querschnitt, und es wäre wirklich schade, wenn wir uns dort verschenken, noch ein bisschen intensiver nach kreativen Lösungen zu suchen.

Die SP-Fraktion ist deshalb bereit, dem Stehenlassen zuzustimmen. Wir sind offen für eine kreative Lösung, gerade auch mit vielleicht einer anderen Anordnung auch von entsiegelten Flächen etc., und wir sind sehr gespannt, was man herausfindet, welche Lösung dort vielleicht noch denkbar wäre. Es ist so, dass es gerade dort, so nahe am Aeschenplatz, wirklich wichtig ist, Sicherheit für die Velofahrenden schaffen können.

Was für uns ganz klar ist, ist, dass eine solche kreative Lösung nicht auf Kosten der Trameigentrassees gehen darf und dass selbstverständlich auch keine Gefährdung des Fussverkehrs dadurch begünstigt werden sollte. Aber ich denke, das liegt auf der Hand und wir lassen das stehen, um zu schauen, welche Lösungen es noch gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Jérôme Thiriet.



Jérôme Thiriet (GAB): Auch das grünalternative Bündnis ist für Stehenlassen dieses Anzugs. Es ist wirklich aktuell ein Problem dort in der St. Jakob-Strasse. Ich habe zwar keine Google Streetview-Analyse vorgenommen, aber es ist mein Arbeitsweg und ich habe mich ein bisschen mehr darauf geachtet und gerade und gerade letzte Woche hat sich der Verkehr gestaut bis hinten zum Denkmal, also in Richtung Aeschenplatz und das ist genau so ein Beispiel. Wenn jetzt dort ein Velostreifen wäre und die Autos würden auf dem Eigentrassee des Trams stehen, dann würde einfach der Tramverkehr behindert werden. Insofern bin ich nicht sehr überzeugt von dieser Sofortmassnahme, die in dieser Anzugsbeantwortung gekommen ist, denn so benachteiligen wir einfach die Menschen, die im Tram unterwegs sind.

Ich könnte mir vorstellen, dass der Vorschlag, den Luca Urgese gemacht hat, eine Lösung sein könnte, sofern man sich noch etwas eingehender damit beschäftigt, so dass die Velofahrer:innen und Fussgänger:innen dort auf dem Trottoir aneinander vorbeikommen. Ich habe auch noch ein bisschen analysiert, wie das Verhalten der Velofahrenden aktuell ist. Es ist wirklich so, wenn man sich legal verhalten will, dann steht man im Stau mit den Autos. Man kommt einfach nicht vorwärts muss dort hinten anstehen. Viele Menschen mit dem Lastenvelo mit Kindern machen das auch, viele weichen aber einfach aufs Trottoir aus und eine andere Variante, die ich auch sehr häufig sehe, ist, dass dann einfach die Velofahrer die Sperrfläche des Trams befahren. Das wäre eine kreative Lösung, die ich mir vorstellen könnte, dass man sagt, man hebt die Sperrfläche auf, die Velofahrer:innen dürfen links die stehende Kolonne überholen und kommen so ein bisschen flüssiger voran. Ich sehe dort auch die Nachteile, es sind Tramschienen, die nicht jeder gerne überfährt, es sind die Autofahrer, die nicht damit rechnen, dass jemand links vorbeifährt. Aber vielleicht prüft man das ja auch, dass man den Platz in der Mitte der St. Jakob-Strasse klüger nutzen kann, nicht nur für das Tram, aber sicher nicht für die Autos.

Also ich bin froh, wenn wir das stehenlassen und Regierungsrätin Esther Keller das noch einmal überarbeiten lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Alle haben sich jetzt positiv dazu geäussert. Anhand der Kreuztabelle sieht man, dass nicht alle Fraktionen dieser Meinung sind. Ich habe mich jetzt kurzfristig entschieden, hier auch etwas dazu zu sagen.

Ich bin dezidiert gegen den Mischverkehr auf den Trottoirs. Welche Folgen das hat, darüber diskutieren wir im Bereich der Solitude schon sehr lange und wir fanden keine Lösung, welche wirklich gut ist. Die älteren Menschen der Alterswohnungen trauen sich nicht mehr, dieses Trottoir zu benützen und dem Rhein entlang zu spazieren. Das ist tatsächlich so.

Meine Frau benützt von Montag bis Freitag auf ihrem Arbeitsweg täglich mehrmals das nun in diesem Anzug betroffene Trottoir. Wenn nun plötzlich Velos, Kistenvelos usw. dieses Trottoir nutzen würden, würde sie sich vermutlich einen anderen Weg suchen oder dann halt mit dem Auto an ihren Arbeitsplatz fahren. Das dortige Trottoir ist für den Mischverkehr, der Regierungsrat hat es ausgeführt, schlichtweg zu Man müsste, wenn man dort sich an die Regeln halten würde, einfach die Bäume fällen. Wir diskutieren auch in Riehen genau über dasselbe Problem. Wenn es für den Anzugstellenden, trotz der Sicherheitsbedenken der dafür verantwortlichen Spezialisten zumutbar ist, dass es für die Fussgänger somit gefährlich werden könnte, nur weil ein paar Velofahrer mal etwas warten müssen und nicht gefährdet sind, dann verstehe ich nicht, weshalb er in seinem Anzug nicht das Velofahren einfach auf allen Trottoir in der Stadt Basel fordert, ob es zu schmal ist oder zu breit, das ist ja wohl egal.

Ich bitte Sie, den Fussgänger in unserer Stadt den Schutz zu gewähren, welchen sie verdient haben und sie nicht unnötigen Gefahren auszusetzen, zumal es sich dabei meist um ältere Menschen handelt oder eben Arbeitnehmende, die mit dem ÖV zu Arbeit fahren wollen. Der Regierungsrat hat zudem bereits signalisiert, dass er verbesserte Massnahmen treffen wird, um den Fluss der Velofahrenden zu verbessern. Überweisen Sie also diesen Ansatz bitte nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: In der zweiten Runde geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich bin froh, dass das Votum von Felix Wehrli noch kam. Ich hatte schon etwas Sorge, dass die Interessen der Bäume und der Zufussgehenden etwas zu kurz kommen. Ich habe mir das nicht nur auf Google Maps angeschaut, sondern sogar nochmals ganz konkret vor Or. Und die Stelle ist wirklich zu schmal. 3,5 Meter, dann noch aufgeteilt in zwei Spuren oder sogar noch Mischverkehr aber aufgeteilt beispielsweise in zwei Spuren für Zufussgehende und Velos, das schafft wirklich eine sehr sehr ungute Situation. Die Baumrabbatten an dem Ort anzupassen um wenige 10 cm, das wiederum schadet wirklich den Bäumen, die haben dort ohnehin schon zu wenig Wasser. Das sind grosse Bäume dort, und grössere bauliche Massnahmen wären natürlich auch schwierig.

Ich bin wirklich auch sehr kritisch gegenüber Mischverkehr. Ich glaube, wir sehen was passiert. Wir sehen auch was passiert, wenn diese Flächen zu schmal sind. Die Menschen fühlen sich dort nicht wohl, wir müssen wirklich auch an ältere Menschen denken, denen nicht wohl ist, wenn Velos so nahe vorbeifahren.



Also wir sind da wirklich der Meinung, das ist nicht die richtige Stelle. Man muss es auch zu Ende denken. Sogar wenn dort die Stelle breiter wäre, kommen Sie dort raus, wo heute der Bus hält. Das heisst, Sie würden genau dort, wo sowieso der Engpass ist, wieder auf die St. Jakob-Strasse kommen, und deshalb braucht es grössere bauliche Massnahmen, die wir auch machen werden im Rahmen der Sanierung der Strasse, aber das ist erst in einigen Jahren. Und wenn wir diesen Anzug jetzt stehen lassen fürchte ich, dass es wenig neue Erkenntnisse bringen wird, denn noch einmal, diese Stelle ist schmal. Sogar wenn wir da etwas machen würden, das den Bäumen schaden könnte, hätten wir das Problem mit der Bushaltestelle. Und deshalb bittet der Regierungsrat, den Anzug abzuschreiben, zumal – und das können Sie gerne auf Google Maps nachschauen – der Umweg dort über die Gartenstrasse-Engelsgasse und zurück dann weiterr Richtung beispielsweise Münsterplatz oder Wettsteinplatz nur 200 Meter beträgt. Also ich glaube, das ist wirklich zumutbar.

Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Anzug abschreiben würden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug als erledigt abschreiben. Das haben wir gerade eben wieder gehört. Luca Urgese hingegen möchte ihn stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen Lasten gemäss Antrag Luca Urgese.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 78 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005705, 22.01.25 11:23:30]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehengelassen, wir haben 78 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

36. Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR

[22.01.25 11:23:43, 22.5259.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, beide Anzüge als erledigt abzuschreiben. Wir eröffnen dazu die Debatte. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der ersten Runde. Damit geht das Wort an Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Im Sinne der Effizienz spreche ich für das GAB und die SP und auch gleich für beide folgenden Anzüge. Der Grossrat hat hier zwei Anzüge überwiesen und es wurde ein Gartenzwerg geboren, einer mit erhobenem Zeigefinger. Dabei, da bin ich sicher, wollten beide Anzugstellerinnen deutlich mehr als nur einen rosa Gartenzwerg. Der Kreisverkehr ist für Velofahrende gefährlich. Das führt zu Auswegoptionen über das Trottoir, insbesondere bei Kindern, zu Recht. Wir wissen, dass es gefährlich ist. Das zeigt einerseits die Unfallkarte, die das ASTRA seit 2011 führt, die öffentlich zugänglich ist für uns alle, auch für die Basler Verwaltung, und auf der wir klar sehen können, dass Fahrradunfälle sich häufen rund um Kreisel. Wir wissen es aber auch, weil wir selber immer wieder über Kreisel fahren oder die Kreisel benutzen oder zuschauen. Ich bin überzeugt, bei der Vielfalt an Kreiseln in Basel ist das schon jedem von uns geschehen, dass wir eine heikle Situation erlebt oder beobachtet haben.

Gleichzeitig werden im Wissen, dass diese Kreise sehr gefährlich sind für Velofahrende und auch für andere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer neuer Kreisel gebaut, nota bene Kreisel, die wieder nicht der Norm entsprechen



und das zeigt sich dann auch wiederum in der Unfallstatistik. Als Beispiel hervorheben möchte ich den Kunstmuseumskreisel, der ja noch nicht sehr alt ist. Dort gibt es bereits sechs Unfälle mit Fahrradbeteiligung, beim neuen Kreisel beim Viertelkreis einen Unfall. Zum Glück alles Unfälle ohne schwerverletzte Personen. Trotzdem stellen sie eine Gefahr dar für uns.

Um diese Situation zu beseitigen, reicht ein Gartenzwerg nicht aus. Es reicht auch nicht aus, eine Kampagne zu machen. Es reicht ein Plakat nicht aus. Wir alle hatten zumindest in der Schule eine Verkehrsschulung, die meisten von uns haben eine Autoprüfung. Wir wissen schon, wie man sich verhalten muss im Kreisel. Wir wissen auch, dass man fair sein muss im Verkehr. Jeder hat ein ureigenes Interesse zu überleben. Nun ist es aber so, dass halt gewisse Verkehrsteilnehmer schwächer sind. Das sind die Fahrradfahrer, das sind die Fussgängerinnen und Fussgänger. Die müssen wir besonders schützen.

Es wird schön aufgezeigt in der Beantwortung dieser beiden Anzüge, wo Probleme sind und es sind sehr viele Probleme. Es wird keine Lösung aufgezeigt oder nur in sehr wenigen Fällen und auch dort nur im konjunktiv: Wir werden es irgendwann gemacht haben. Das reicht halt einfach nicht. Darum bitten wir Sie im Namen des GAB und der SP, mdiese Anzüge stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Vielleicht kurz vorweg: Viele Anliegen von Velofahrenden geraten mir sofort in den Verdacht, dass sie Teil dieser grossen Auseinandersetzungen zwischen Auto- und Velolobby sind, aber ich glaube, bei den beiden vorliegenden Anzüge geht es wirklich nicht darum, es soll kein anderer Verkehrsteilnehmer, keine andere Verkehrsteilnehmerin irgendwie geschädigt oder benachteiligt werden. Denn es ist ja auch klar, Kreisel sind ja grundsätzlich eigentlich eine sehr gute Sache. Sie sind einfach, es wurde auch von Anina Ineichen gesagt, für Velofahrende potenziell gefährlicher als für andere Verkehrsteilnehmende. Und darum geht es eben in diesen beiden Anzügen, um die Sicherheit für die Velofahrer:innen in den Kreiseln. Man soll sich also nicht gegen den Autoverkehr richten oder andere Verkehrsteilnehmende, sondern nur versuchen, die Nachteile, die Gefahren, die für Velofahrende im Kreisel bestehen, zu minimieren.

Es ist auch klar, dass es in unserem beengten Stadtraum nicht überall möglich ist, die optimale auch baulich gestaltete Verbesserung durchzuführen, umzusetzen. Aber die Antwort des Regierungsrats (ich hätte jetzt nicht von einem Gartenzwerg gesprochen) scheint auch mir ein bisschen gar einfach. Es steht, weil die Mehrheit der Kreisel in Basel unkritisch sei, erachte die Regierung eine flächendeckende Analyse sämtlicher Kreise als nicht zielführend. Ich muss zugeben, bei der Forderung nach der flächendeckenden Überprüfung habe ich schon auch gedacht, dass das sehr viel Aufwand ist. Aber die Frage wäre ja, was ein anderer Massstab wäre, nach dem man es überprüfen soll. Die Antwort der Regierung bildet nicht genügend ab, wie die Situation ist.

Die Regierung hat ja nämlich gesagt, sie hätten die Kreisel untersucht, die einen statistischen Unfallschwerpunkt darstellen. Das waren vier Kreisel, bei denen man plant, etwas zu tun. Dabei wird aber etwas Wesentliches nicht beachtet, dass nämlich, wenn diese Unfallschwerpunkte angeschaut werden und die Unfallstatistik genutzt wird, viele Velounfälle gar nicht in Erscheinung treten. Gemäss Beratungsstelle für Unfallverhütung sind in Polizeistatistiken neun von zehn Velo-Unfällen gar nicht aufgeführt.

Selbst wenn die Polizei gemeinsam mit an einem Unfall Beteiligten das europäische Unfallprotokoll ausfüllt, erscheint dieser Unfall dann zum Beispiel nicht in der offiziellen Statistik. Dann kommen noch so Fast-Unfälle hinzu. Und nicht alle sind durch Velorowdys hervorgerufen – und das gibt es sicher auch, Velofahrende, die sich nicht richtig verhalten, aus welchen Gründen auch immer. Aber auch wenn man die abzieht, bleiben noch diverse weitere Fast-Unfälle, auch die erscheinen in keiner Statistik.

So wurden andere als problematisch bekannte Kreise auch nicht genau angeschaut, wie zum Beispiel ein Bundesplatz oder der Dornbach oder an anderen Stellen. Aus diesen Gründen scheint es mir doch notwendig, jetzt die Suche nach problematischen Stellen und Verbesserungsmöglichkeiten über diese vier in der Antwort genannten Kreisel hinaus auszudehnen, um dieses Gefahrenpotenzial möglichst auszumerzen und so eine Situation zu schaffen, die dann wirklich für alle Beteiligten besser ist. Ich bin überzeugt, auch die Autofahrer haben es lieber, wenn sie im Kreisel eine Situation vorfinden, in der es möglichst für alle, auch für die Velofahrenden, nicht gefährlich ist und sie da nicht in einen Unfall verwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, diese Anzüge nicht abzuschreiben, sondern stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.



Lukas Bollack (GLP): Wir Grünliberalen gehen nicht mit der Regierung einig, wenn sie sagt, dass die Mehrheit der Kreisel aus Sicht der Verkehrssicherheit unkritisch sei. Die Verkehrsunfallstatistik zeigt klar, dass Kreuzungen die Verkehrssituationen sind, in denen die meisten Velounfälle passieren und dass Kreisel von allen Kreuzungstypen die gefährlichsten für Velofahrende sind. Dass nicht alle Kreisel Unfallschwerpunkte sind, widerlegt diese Tatsachen aus unserer Sicht nicht. Die Verkehrsmengen und die Anzahl Unfälle in unserem Kanton reichen schlicht nicht dafür aus, dass jetzt alle Kreisel als Unfallschwerpunkte klassifiziert werden können. Wir geben auch, wie Brigitte Gysin schon gesagt hat, zu bedenken, dass neun von zehn Velounfällen der Polizei gar nicht gemeldet werden. Wenn sich die Regierung bei der Analyse auf die Unfallschwerpunkte beschränkt, macht sie es sich deshalb aus unserer Sicht zu einfach.

Wir möchten deshalb die beiden Anzüge stehenlassen in der Hoffnung, dass die Regierung hier noch mal ein bisschen in sich geht, das Problem der Gefährlichkeit von Kreiseln für Velofahrende ernst nimmt und Lösungen dafür sucht. Eine Möglichkeit wären die auch schon oft genannten holländischen Kreisel, bei denen die Velos auf einer eigenen Fahrspur um den Kreisel herumgeführt werden. Diese Art der Veloführung ist erwiesenermassen sehr viel sicherer als ein herkömmlicher Kreisel. Wir finden, dieser Ansatz hätte wenigstens einen Pilotversuch verdient.

Ich weiss, es werden hier immer die beengten Platzverhältnisse als Grund dafür angeführt, warum solche Kreisel bei uns nicht möglich sein sollen. Wer schon mal in den Niederlanden war, weiss aber, dass die Platzverhältnisse dort auch nicht überall sehr grosszügig sind. Trotzdem geht es irgendwie, sichere Kreisel zu installieren oder eben, wenn das nicht geht, auf einen anderen sichereren Kreuzungstyp auszuweichen.

Wir Grünliberale werden deshalb für Stehenlassen der beiden Anzüge stimmen und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der LDP sind für Abschreiben dieser beiden Anzüge und zwar haben wir den Eindruck, es hat sich viel getan, auch im Austausch, und viele von uns fahren Velo. Wir haben festgestellt, dass doch auch in den verschiedenen Umfeldern, in denen wir uns bewegen, mehr Leuten inzwischen klar ist, dass man in der Mitte fahren soll als Velofahrerinnen und Velofahrer in Kreiseln und dass durchaus auch die Kampagnen gesehen werden.

Klar gibt es da weiterhin Potenzial, auch für die Unfälle braucht es immer zwei Parteien. Einerseits gibt es sicher sehr viele sehr schwungvolle Velofahrerinnen und Velofahrer, aber auch sehr viele uninformatierte Autofahrende. Da haben wir zur Kenntnis genommen, dass eben nur ein Drittel der in Basel-Stadt fahrenden Autos tatsächlich von hier kommt, was es mit der MFK-Kampagne etwas schwieriger macht, die sicher sinnvoll wäre und wir zählen darauf, dass die weiterhin stattfindenden Unfälle auch vom Regierungsrat verzeichnet werden und in weitere Handlungsfelder aufgenommen werden, auch wenn wir hier nicht stehenlassen, weil wir eben durchaus schon Verbesserungen verzeichnen.

Deswegen sind wir für Abschreiben, können aber auch damit leben, wenn, wie die Kreuztabelle verrät, stehengelassen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Vielleicht ein Wort zum Kunstmuseumskreisel. Ich fahre eigentlich fast täglich da durch. Ich bin absolut einverstanden, dass wir das zusammen anschauen müssen. Das ist auch in der Kampagne nicht berücksichtigt worden. Was man dort einfach feststellt, ist, dass obwohl die Einfahrt künstlich verengt wird von den Velofahrern, natürlich dauernd Velos von rechts überholen, wenn man in den Kreisel hineinfährt, und die Situation ist halt die, dass der Velofahrer auf der einen Seite einen rechts überholt und innerhalb des Kreisels kommt noch einer auf der linken Seite an einem durch und will dann vorher noch schnell rein.

Also das ist wirklich ein Problem, das wir angehen müssen. Ich habe dort die Lösung auch nicht, aber entweder macht man den Kreisel grosszügig, dass man kann als Velofahrer reinfahren kann, und wenn man ihn verengt, wie man es beim Kunstmuseum gemacht hat, dann muss man halt wahrscheinlich auch mit einer Signalisation arbeiten. Also ich bin da völlig einverstanden, dass wir da etwas machen, wir sind aber trotzdem für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.



RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte Debatte. Also Kreisverkehr ist anspruchsvoll. Anina Ineichen, Sie haben den Kunstmuseumskreisel genannt. Ich darf einfach erinnern, der Kunstmuseumskreisel ist hier drin durch das Parlament gegangen. Es wurde entschieden, dort einen Kreisel zu bauen und ganz ehrlich, ich glaube, niemand möchte zurück zur alten Kreuzung. Kreisel eignen sich dort, wo ein hohes Verkehrsaufkommen ist, und wenn ein Kreisel richtig befahren wird von allen Verkehrsteilnehmenden, dann ist er grundsätzlich auch sicher. Und hier fängt es an, und deshalb auch die Kampagne der Verkehrspolizei. Ob die mir jetzt persönlich gefällt oder nicht, das müssen Sie mich jetzt nicht fragen, aber ich glaube, Aufklärungsarbeit ist definitiv immer noch wichtig.

Ich sehe sehr viele Velofahrende, die nicht in der Mitte fahren und ich höre sehr viele Velofahrende, die gar nicht wissen, dass sie in der Mitte fahren sollen. Also da gibt es tatsächlich noch ein grosses Informationsdefizit. Wir müssen die Menschen informieren, dass sie eben in der Mitte fahren sollen.

Und deshalb glaube ich, müssen wir bezüglich Prävention und Information dranbleiben und wir müssen aber auch bei konkreten Kreiseln dranbleiben. Es muss beispielsweise gute Umfahrungsmöglichkeiten geben, damit diejenigen Verkehrsteilnehmer, die sich nicht sicher fühlen in den Kreiseln, einen anderen Weg, möglicherweise einen Umweg, aber einen anderen Weg wählen können.

Nochmals kurz zum holländischen Kreisel, Lukas Bollack, wenn Sie mir eine Kreuzung zeigen, die so gross ist, dass ein holländischer Kreisel Platz hat, ich garantiere Ihnen, wir schauen uns das an. Fakt ist, in Basel haben wir meines Wissens keine Kreuzung, die so gross ist, dass man rund um den Kreisel herum noch eine separate Velospur machen könnte, übrigens wahrscheinlich auch mit dem Zusatz, ohne Bäume fällen zu müssen, weil man natürlich dann zusätzliche Fläche versiegeln muss. Also ich glaube, das wird schwierig und ich finde auch Ideen, dass man doch den Velostreifen anders markieren soll, da müssen wir auch einfach schweizweit einheitlich bleiben. Stellen Sie sich vor, Sie gehen auf eine Velotour, und in Freiburg sind die Kreisel anders als in Sion, sind anders als irgendwie in einem anderen Kanton. Also dann ist das Chaos perfekt.

Deshalb müssen wir es weiterhin gleich markieren, die Menschen sorgfältig informieren und Ausweichrouten schaffen für diejenigen, die sich nicht wohlfühlen. Und da bleiben wir dran. Ich glaube, dafür brauchen wir aber die beiden Anzüge nicht. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Regierung, diese abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen zweimal ab über die beiden Anzüge. Einerseits ist es der Anzug von Beatrice Isler und Konsorten und dann der Anzug Brigitte Gysin und Konsorten. Der Regierungsrat möchte beide abschreiben. Anina Ineichen hat bei beiden den Antrag gestellt, sie stehen zu lassen. Zuerst zum Anzug Isler.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005707, 22.01.25 11:39:40]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 61 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.1. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende, Schreiben des RR

[22.01.25 11:39:55, 22.5519.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über den nächsten Anzug ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 60 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005709, 22.01.25 11:40:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 60 Nein-Stimmen und 31 Ja-Stimmen sowie keine Enthaltung bedeuten, dass auch dieser Anzug stehengelassen wird.

37. Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend intelligente Parkplätze auf öffentlichem Grund: Flexible Marktpreise und sozial-ausgleichende Verwendung der Parkeinnahmen, Schreiben des RR

[22.01.25 11:40:36, 18.5168.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in der ersten Runde. Raffael Fuhrer hat sich als Einzelsprecher gemeldet. Er hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Dieser Vorstoss ist mittlerweile fast sieben Jahre alt und es geht um Parkplätze. Ich finde, das Thema hat sich in den letzten Jahren zum Glück etwas beruhigt. Trotzdem bedauere ich, dass gerade in dem Feld leider der Markt nicht spielen darf. Ich bin bei vielen Themen sehr skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber einer Lösung, wo einzig und alleine der Markt das Sagen hat, aber gerade hier finde ich es vielleicht doch keine schlechte Idee und hätte mir schon auch erhofft, dass, wenn eine Grünliberale das BVD übernimmt, dann eben solche liberalen Ansätze vielleicht wieder etwas Aufwind haben. Denn für mich ist nach wie vor klar: Gewisse Parkplätze sind einfach von der Lagegunst her geeigneter, haben eine höhere Nachfrage, und der Eindruck der fehlenden Parkplätze entsteht eben genau dort. Und wenn wir die Preise so anpassen würden, wie das zum Beispiel San Francisco seit mehreren Jahren macht, dass eben diese Parkplätze etwas teurer sind und die anderen, die vielleicht nicht so gut liegen und die meiste Zeit auch frei sind, etwas billiger machen, dass sich dann das Fahraufkommen der Autofahrenden so anpasst und auch besser verteilt und wir eine Entspannung hinbekommen.

Ich denke, wir müssen an diesem Thema dranbleiben, denn die Anzahl Parkplätze ist ja, wie wir wissen, volatil und hoffe, dass in Zukunft wieder jemand so einen Vorstoss wagt und vielleicht das Thema doch wieder aufgenommen wird oder dass auch von der Verwaltung aus eine solche Lösung angestrebt wird. Wenn wir nun die Flexibilisierung nach Grösse des Autos anstreben, warum nicht auch nach Auslastung? Das Thema fände ich spannend, weiterzuverfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde kein Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



38. Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse, Schreiben des RR

[22.01.25 11:43:05, 18.5412.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist bei den beiden Motionen um vier Jahre zu erstrecken. Gemäss GO § 43 Abs. 4 bis ist es gar nicht möglich, vier Jahre zu erstrecken. Das Maximum sind zwei Jahre. Wir sprechen also über zwei Jahre und nicht über vier und eröffnen die Debatte. Regierungsrätin Esther Keller, wünschen Sie das Wort einleitend? Das ist nicht der Fall. Damit hat der Vertreter des GAB Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GAB): Ich beantrage Ihnen im Namen des GAB, die Motion von Beatrice Isler abzuschreiben, ebenfalls die zweite Motion und auch den Anzug, der auch in diesem Geschäft jetzt behandelt wird. Wir sehen als Fraktion die Aufträge, die in diesen Vorstössen eingereicht wurden, mit dem vorliegenden Zwischenbericht als abgeschlossen und erledigt. Mit dieser Ideenstudie konnten diverse neue Gesichtspunkte aufgebracht und genauer angeschaut werden, und es gab für uns auch durchaus interessante Erkenntnisse aus diesen Studien, die da vorgelegt wurden.

Bei allen diesen Varianten, die uns der Regierungsrat jetzt präsentiert, gibt es weniger grosse oder grössere Pferdefüsse. Das ideale Projekt oder die ideale Variante sehen wir bis jetzt noch nicht. Wir sehen es aber wirklich als grossen Entwicklungsschritt, dass jetzt da viele neue Aspekte berücksichtigt wurden, es wird versucht, möglichst alle Anliegen, alle möglichen Stakeholder miteinzubeziehen und diese dann auch zu berücksichtigen. Das begrüssen wir sehr. Und das sehen wir wirklich als positive Entwicklung in dieser ganzen Diskussion.

Was wir aber auch noch betonen wollen, schlussendlich bleiben wir bei unserer Haltung, die wir immer vertreten haben. Sie mögen sich alle erinnern an diese emotionale Abstimmung zur Stadtrandentwicklung Ost und dass es da ein klares Verdikt gibt der Stimmbevölkerung, die gesagt hat, sie wolle keine Entwicklung in diesem Gebiet, und dieses Verdikt wollen weiterhin aufrechterhalten. Wir als Fraktion sehen weiterhin das grosse Potenzial, dass es angegangen werden muss bei der Entwicklung der Transformationsareale. Da haben wir noch viel zu tun, da gibt es wahnsinnig grosse Chancen, auch neuen Wohnraum und neue Gewerbefläche zu schaffen. Zudem ist auch immer ein Credo von uns, dass wir genauer schauen, wo wir noch innerhalb der gebauten Stadt eine innere Verdichtung erreichen können. Daher beantragen wir Ihnen als Fraktion Abschreiben dieser drei Vorstösse und wir bitten Sie natürlich, uns in diesem Anliegen zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich im Namen meiner Fraktion vollständig dem Votum von Harald Friedl anschliessen. Die SVP-Fraktion war damals zusammen mit der grünen Partei die Partei, die gegen diese Betonierung unserer wichtigen Naherholungsflächen und Grünflächen das Referendum ergriffen hatten. Es war vor allem die SP gemeinsam mit anderen bürgerlichen Parteien, die damals dafür waren, dass man dort viele neue Wohnungen baut und damit wichtige Grünflächen vernichtet. Die Stimmbevölkerung hat damals sehr klar gesagt, dass sie das sowohl in diesem Gebiet wie auch beim zweiten Projekt, bei der zweiten Stadtrandentwicklung, die auf dem Bruderholz stattgefunden hat, nicht will.

Und diese Vorstösse, die wir heute behandeln, sind doch auch sehr kurz nach diesem Volksentscheid eingereicht worden und es gibt aus unserer Sicht keine neuen Erkenntnisse, die jetzt dazu führen würden, dass wir dafür wären, diese Motionen hier nun stehen zu lassen. Die Stimmbevölkerung möchte dies nicht und ich glaube auch in Zeiten der Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes ist es doch etwas widersprüchlich, wenn Sie einerseits immer für Klimaschutz sind, diesen Klimaschutz hier in diesem hohen Haus auch einverlangen, und dann aber dafür sind, dass wichtige Grünflächen und Naherholungsgebiete in unserem Stadtgebiet vernichtet werden.

Dass der Regierungsrat diese Haltung vertritt, ist nichts Neues. Der Regierungsrat ist bekannt dafür, dass er alle Grünflächen im Kanton am liebsten vernichten möchte. Er ist bekannt dafür, dass er kein Herz für Freizeitgartenareale hat und ist auch bekannt dafür, dass er mehr Bäume fällt als pflanzt. Aber ich hoffe doch sehr, dass zumindest die Parteien, die das Wort grün in ihrem Parteinamen tragen oder aber zumindest sonst immer an vorderster Stelle sich als grün bezeichnen, hier nun ebenfalls dafür sind, diese Motionen abzuschreiben, so wie es eben auch der Wille letztlich der basel-städtischen Stimmbevölkerung schon vor einigen Jahren war.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Aus der Perspektive der LDP hoffen wir, dass wir bei diesem Areal den Rank finden, anders als Ratskollege Christoph Hochuli soeben. Wir wollen, dass die Planung dort weitergeht. Die Volksabstimmung fand statt unter anderen Vorzeichen, die Wohnungsnot war nicht so akzentuiert wie sie heute ist. Man liest in mehreren Dokumenten und unter anderem dem Wirtschaftsflächenbericht ist klar zu entnehmen, dass viele bauliche Entwicklungen, gerade die immer so hochgepriesenen Transformationen noch lange auf sich warten lassen.

Es wird also noch einige Zeit vergehen, bis weiterer Wohnraum entstehen kann und in den bestehenden gebauten Gebieten der Stadt findet diese Entwicklung kaum mehr statt. Das ist auch bekannt, das heisst wie haben ein Problem, dass wir immer weniger Wohnraum haben werden und das Zeichen, das wir jetzt setzen würden, dass wir diese Planung quasi durch das Abschreiben nicht weitertreiben wollen als Parlament wäre das falsche Signal, denn wir haben einen Common Sens hier, der weit getragen wird, dass wird mehr Wohnraum benötigen.

Wieso Stehenlassen? Es heisst ja, dass man jetzt eine gesamte Planung weitertreiben möchte mit allen Anspruchsgruppen und ich denke auch nicht, dass einfach der Grünraum zubetoniert wird. Das zeigt auch das Beispiel von anderen Planungen im Kanton, wo der Grünraum auch sehr fest mitgedacht wird. Es wäre nun also sehr wichtig, vom Parlament hier dieses Zeichen zu setzen und nicht abzuschreiben, sondern die Motion stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Herzlichen Dank, Michael Hug, für Ihre Einleitungen. Ich glaube, die SP-Fraktion kann sich dem anschliessen. Und auch Harald Friedl, herzlichen Dank für die Einleitung, weil diese Ideenstudien wirklich eine interessante Sache sind. Ich glaube, hier wurde gut gearbeitet, so dass wir eine Grundlage haben. Das begrüssen wir sehr. Wir kommen zu einem anderen Schluss. Selbstverständlich kennen wir die Situation, wie diese Stadtwrweiterungsideen im Osten von Basel von der Bevölkerung respektiert wurden, aber insbesondere diese Ideenstudien machen hier eine breite Auslegeordnung. Und es ist noch überhaupt nicht klar, wie dann diese Entwicklung aussehen wird oder auch kann. Ich glaube, hier geht es nicht darum, dass wir konkret über ein Projekt verhandeln. Für meine Fraktion ist es wichtig, dass man Umwelt breit versteht. Es geht nicht nur quasi um das, was schon da ist, sondern es geht vor allem auch um die Akteur:innen mit ihren verschiedenen Ansprüchen, mit ihren verschiedenen Interessen und wir glauben, dass diese Ideenstudien dafür eine Grundlage bilden. Ich habe das letzte Mal einer lernenden Debatte gesprochen. Ich glaube auch an eine lernende Planung. Und das ist die Voraussetzung.

Es wurde gesagt, wir reden hier über Stehenlassen mal für zwei Jahre. Die Regierung in ihrem ursprünglichen Vorschlag wollte sogar vier Jahre. Da sehen Sie, über welche Prozesse und Zeiträume wir hier sprechen.

Ich glaube, es ist wichtig, diese ersten zwei Motionen stehenzulassen, weil sie die richtigen Impulse gesetzt haben und weil jetzt mit diesen Ideen und weiteren Abklärungen Grundlagen geschaffen wurden. Und was auch klar wird – und das ist für mich wichtig - gebaute Umwelt heisst auch Infrastrukturen, und ich finde der Regierungsrat macht hier etwas Sinnvolles, dass er sagt, wir wissen noch gar nicht, ob diese Infrastrukturprojekte alle kommen werden, aber diese sind wichtige Kontextbedingungen, was da überhaupt möglich ist und was da vor allen Dingen auch sinnvoll ist.

Und in diesem Sinne glaube ich, sollte man das heute stehenlassen, um den Impuls aufrechtzuerhalten und hier einfach nicht irgendeine abgeschlossenen Planungen zu produzieren, die dann mühselig von unseren Nachgänger:innen wieder aufgebrochen werden müssen.

Die SP-Fraktion bittet Sie daher, die ersten zwei Motionen stehenzulassen und die letzte abzuschreiben, weil die in diesen Grundlagen, die wir jetzt haben mit diesen Ideenskizzen, zur Verfügung stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Felix Wehrli gemeldet.

Felix Wehrli (SVP): Die Überbauung Basel Ost wurde 2019 durch den Volksentscheid abgelehnt. Auch ich war bei der Gegnerschaft, was richtig und auch wichtig war.

Nun liegt uns die Planung Basel Ost 2.0 vor. Eine Planung, welche auf die Vorbehalte der Gegnerschaft Rücksicht nimmt, sollte weiterverfolgt werden können. Das priorisierte Gleisstück Rank nimmt hierzu praktisch alle Vorbehalte auf, die damals aufgeführt wurden: Grüngürtel, Schutz von Flora und Fauna und so weiter. Sämtliche Entwicklungsideen, weil zum Beispiel durch die HHF-Architekten vorgestellt wurden oder aufgezeigt wurden, sind sowohl mit dem Beibehalten der Freiräume des



wichtigen Grüngürtels als auch mit der künftigen Realisierung der strategischen Reserve im kommunalen Richtplan Riehen kompatibel. Mit Fokussierung der baulichen Entwicklung auf das Gleisdreieck Rank wird nicht nur der Erschliessungsvorteil der unmittelbar angrenzend geplanten S-Bahnstation Solitude optimal genutzt, sondern auch das Sportzentrum Rankhof und der Freiraumkorridor zwischen Wiese und Rhein vom Nutzungsdruck entlastet, was der wichtigste Punkt der damaligen Ablehnung war.

Die grossen Vorteile eines städtebaulichen Schwerpunktes im Gleisdreieck Rank rechtfertigen es, dass sich der Kanton trotz der vorerst bestehenden Unwägbarkeiten in der anstehenden Infrastrukturplanung zu Gunsten eben dieses Dreiecks Rank als städtebauliche Entwicklungsoption für den Stadtraum Ost einsetzt. Es ist damit zu rechnen, dass die oben erwähnten Unbekannten bei den Infrastrukturplanungen im Umfeld des Stadtraum Ost erst in einigen Jahren mit der notwendigen Sicherheit beantwortet werden können.

Das Zeitfenster für grössere städtebauliche Entwicklungen in diesem Bereich beginnt voraussichtlich erst in 20 Jahren, unter anderem nach Verortung der Flächen für die Baustelleninstallation des S-Bahn-Herzstücks, sollte es irgendwann tatsächlich kommen, gegebenenfalls noch später. Eine detaillierte Gesamtplanung für den Stadtraum Ost ist deshalb kurzfristig noch nicht sinnvoll, zumal man abwarten sollte, wie die Areale Klybeck Plus, Klybeck Kleinhüningen, Volta Nord, Rosental, Dreispitz, Wolf, Walkeweg etc. entwickelt werden.

Das Gebiet soll bis dahin aber auch nicht eingefroren werden. Die Erkenntnisse der Ideenstudien ermöglichen es den kantonalen und kommunalen Fachstellen in der Zwischenzeit bei einzelnen kurzfristig anstehenden Vorhaben die langfristigen Entwicklungspotenziale im Stadtraum Ost zu berücksichtigen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motionen Isler und von Wartburg stehen zu lassen und den Anzug Lüchinger abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bevor wir abstimmen, hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank auch für das letzte Votum. Ich denke auch, es ist ein Raum mit grossem Potenzial, insbesondere wenn eben die Haltestelle Solitude eröffnet ist. Und es geht hier wirklich um ein Weiterüberlegen. Wir sind uns absolut bewusst, dass es aufgrund des Abstimmungsergebnisses vor einigen Jahren eine sensible Frage ist, wie es mit diesem Stadtraum Ost weitergeht. Wir gehen deshalb auch sorgfältig vor. Wir haben jetzt mit dieser Ideenstudie Möglichkeiten ausgelotet, um sie dann eben mit Interessensgruppen zu spiegeln, und es ist klar, wenn es dann weitergeht, dann gibt es auch formelle Mitwirkungen. Diesen Auftrag zur Mitwirkung, auch diesen Auftrag zur Weiterentwicklung haben wir ja von Ihnen als Parlaments erhalten.

Nochmals, wir treiben das nicht unter Hochdruck voran, aber wir möchten dranbleiben. Es ist eine langfristige Option, auch weil es noch von Infrastrukturprojekten abhängt, weil wir uns eben auf dieses Gleisdreieck beim Rankhof konzentrieren möchten. Deshalb ist es eine langfristige Option, die wir weiterverfolgen möchten und wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie die beiden Motionen stehenlassen würden und den themenverwandten Anzug abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über die Motionen einzeln ab. Es gibt den Antrag auf Fristerstreckung des Regierungsrates und es gibt einen Antrag auf Abschreiben von Harald Friedl. Zuerst stimmen wir über die Motion Beatrice Isler und Konsorten ab.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005712, 22.01.25 12:00:35]

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Fristerstreckung um zwei Jahre, 70 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und eine Enthaltung liegen vor.

38.1. Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR

[22.01.25 12:01:10, 18.5410.05]

2/3-Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005714, 22.01.25 12:01:11]

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Fristerstreckung wird gewährt mit 68 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

38.2. Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend einer beispielhaften und ökologisch verträglichen Stadtrandentwicklung Ost, Schreiben des RR

[22.01.25 12:01:23, 14.5671.06]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier wurde kein anderer Antrag gestellt. Es liegt auch jetzt keine Wortmeldung vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Schluss der 50. Sitzung

12:01 Uhr



Protokoll

der 51. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. Januar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Textfassung
Abwesende: *Brigitte Gysin (Mitte/EVP), Johannes Sieber (GLP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

39.	Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Berücksichtigung Kostenmiete bei Berechnung der Mehrwertabgabe, Schreiben des RR	3
40.	Anzug Pascal Messerli und Joël Thüning betreffend "Sicherer Badespass im Rhein - dank besseren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten", Schreiben des RR	3
41.	Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Nachtrag Klima" zum Gestaltungskonzept Innenstadt, Bericht des RR.....	3
42.	Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette, Schreiben des RR	3
43.	Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität, Schreiben des RR	4
44.	Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR.....	4
45.	Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR	6
46.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwarteallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR.....	8
47.	Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR	10
48.	Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR	13
49.	Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen, Schreiben des RR	15
50.	Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR	15
51.	Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage, Schreiben des RR	17
52.	Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage, Schreiben des RR	18
53.	Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR.....	18
54.	Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR	21
55.	Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm, Schreiben des RR	22
57.	Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus, Schreiben des RR.....	22
58.	Motion Joël Thüning und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR	23



59.	Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Unterzeichnung der Lohngleichheitscharta aller Betriebe mit kantonalen Beteiligung, Schreiben des RR	26
60.	Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR	27
61.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung, Schreiben des RR	28
62.	Anzug Raffaella Hanauer betreffend Schlüsse ziehen aus der Coronakrise für die Klimakrise, Schreiben des RR	28
63.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR	28
64.	Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgei betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, Schreiben des RR	31
65.	Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur, Schreiben des RR	32
66.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR.....	32
67.	Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23, Schreiben des RR.....	33
68.	Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen, Schreiben des RR.....	34



Beginn der 51. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2025, 15:00 Uhr

39. Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Berücksichtigung Kostenmiete bei Berechnung der Mehrwertabgabe, Schreiben des RR

[22.01.25 15:00:23, 22.5334.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Anzug Pascal Messerli und Joël Thüring betreffend "Sicherer Badespass im Rhein - dank besseren Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten", Schreiben des RR

[22.01.25 15:01:05, 22.5352.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

41. Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Nachtrag Klima" zum Gestaltungskonzept Innenstadt, Bericht des RR

[22.01.25 15:01:33, 22.5177.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

42. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten gegen das Wildparken von E-Trottinette, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:06, 22.5513.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

43. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Umnutzung von Strassenflächen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Lebensqualität, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:31, 20.5234.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

44. Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

[22.01.25 15:02:59, 20.5341.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Gibt es hier Anträge? Das ist der Fall, das Wort geht an Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Dem Schreiben der Regierung hat die GAB-Fraktion entnommen, dass an diversen Stellen bereits Verbesserungen gemacht wurden oder geplant sind. Das ist natürlich sehr erfreulich, denn für die Bevölkerung nördlich der Bahnlinie ist es unabdingbar, dass die Verbindungen sicher gestaltet sind, um mit dem Velo sicher in die Stadt und zurück auf die andere Seite der Bahnlinie zu gelangen.

Dem Schreiben ist jedoch auch zu entnehmen, dass einige Verbesserungen noch in Planung sind und erst in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten umgesetzt werden können. Aufgrund der Bedeutung dieser Stellen und der Wichtigkeit von sicheren Verbindungen durch diese Nadelöhre hindurch möchten wir diesen Anzug daher stehen lassen und beantragen dies. Zusätzlich gäbe es in unseren Augen auch weiterhin mehr Potenzial für Sofortmassnahmen, beispielsweise durch Tempo 30, Neuzuteilung des Strassenraums oder indem verstärkt mit dem ASTRA oder mit Deutschland auch Kontakt aufgenommen wird und dort Verbesserungen eingefordert werden.

Das GAB erachtet es unter der Berücksichtigung der Bedeutung dieser Querungsstellen für Velofahrende aus dem Hirzbrunnen und aus Riehen und auch aus dem angrenzenden Ausland für angemessen, hier wirklich mit Nachdruck und konsequent Besserungen zu planen. Wir hoffen, dass Sie uns folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Raffaella Hanauer hat einen wichtigen Punkt bereits genannt, nämlich die Tatsache, dass viele der angesprochenen oder zum Teil auch nur angedachten Projekte noch nicht irgendwie im Umsetzungsstadium sind und dass man hier zum Teil auch davon noch relativ weit entfernt ist, dass es auch eine langfristig wichtige Aufgabe ist, da die Veloverkehrsverbindung zu verbessern an diesen Durchgangsstellen, wo man quasi über das Bahngleis und die Autobahn



gelangt. Ich denke, das ist eine wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit der Attraktivitätssteigerung für den Veloverkehr mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit im Interesse aller Verkehrsteilnehmenden und von dort her denken wir, es ist wichtig, dass man den Anzug stehen lässt, auch weil wir an einigen Stellen auch noch etwas zu unverbundlich sind. Ich denke, dass gerade auch das grosse Wachstum des Veloverkehrs über die letzten zehn Jahre rechtfertigen würde, dass man für infrastrukturelle Verbesserungen gewisses Geld in die Hand nimmt. Das ist definitiv auch im Interesse anderer Verkehrsteilnehmenden, wenn man da vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle eine Entflechtung erreichen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Das Velo ist mehr als nur ein Fortbewegungsmittel, das ist richtig. Es ist ein Symbol für umweltfreundliche, gesunde, zukunftsorientierte Mobilität. In einer Zeit, in der Klimaschutz, Lebensqualität und effiziente Verkehrslösungen immer drängender werden, muss auch das Velonetz zum Hirzbrunnenquartier verbessert werden. Viele Eltern wünschen sich auch sichere und direkte Velowege für ihre Kinder, insbesondere auf den Schulwegen. Fehlende Sicherheit führt dazu, dass Kinder oft im Auto zur Schule gebracht werden, ein Teufelskreis, der den Verkehr weiter belastet. Mehr Veloverkehr bedeutet weniger Lärm, weniger Stau und mehr Bewegungsfreiheit, kurzum, eine höhere Lebensqualität für alle.

Das Hirzbrunnenquartier, eingebettet zwischen Grünflächen und Wohngebieten, bietet grosses Potenzial für nachhaltige Mobilität. Doch die Realität zeigt, die Veloverbindung von und ins Quartier lassen zu wünschen übrig. Schmale Wege, unzureichende Beschilderungen und fehlende sichere Übergänge erschweren vielen Menschen den Umstieg auf das Velo, sei es auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten. So weit, so gut.

Nun, der Regierungsrat hat in seinem ausführlichen Bericht aufgezeigt, es wurde schon viel getan und es wird viel getan. Alles Mögliche zu genau den geforderten Massnahmen, vor allem in den Verbindungsachsen Bäumlihofstrasse, Wettsteinallee sowie in der Riehenstrasse und Maulbeerstrasse. Wenn die Mitglieder der Parteien, die Regierungsräte haben, zu denen kein Vertrauen haben oder besitzen, dann tun mir Ihre Regierungsräte tatsächlich ein bisschen leid.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tatsächlich ist einiges passiert, auch auf diesen Routen, das wird beschrieben in unserer Berichterstattung. Einiges ist im Moment am Tun und einiges, und das ist auch der Grund, weshalb es aus Sicht der Regierung wenig Sinn macht, den Anzug stehen zu lassen, einiges dauert einfach noch sehr lange. Wir reden hier beispielsweise bei einem Bahnübergang vom Jahr 2031, wo wir dann bauliche Massnahmen ergreifen können. Das ist einfach auch dem geschuldet, dass das eine massive Infrastrukturbauwerke dort ist, die man nicht mal schnell, schnell anpasst und deshalb ist auch das Stehenlassen etwas schwierig, weil ich wüsste da nicht, was wir in zwei Jahren oder vier Jahren oder sechs Jahren dann wieder berichten sollten. Also ich glaube, wir lassen sehr gerne Anzüge stehen, wenn etwas zeitnah noch erfüllt wird, aber hier, glaube ich, geht es einfach mit der Berichterstattung zu lange. Ich darf Ihnen versichern, dass wir einerseits mit den neuen Standards für den Veloverkehr, die jetzt veröffentlicht sind, aber auch mit dem Veloroutennetz und den vielen Vorstössen auch und Rahmenausgabenbewilligungen, die wir haben, dass wir weiterhin Verbesserungen tätigen und dass es hier das Stehenlassen dieses Anzugs nicht benötigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Raffaella Hanauer beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005724, 22.01.25 15:11:22]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 50 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

45. Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:11:30, 20.5340.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte dazu mit Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Die SP-Fraktion ist sehr enttäuscht über die Anzugsbeantwortung des Regierungsrates. Ich beantrage deshalb im Namen meiner Fraktion hiermit das Stehenlassen dieses Anzugs.

Der Regierungsrat möchte offenbar grundsätzlich keine neuen Kunstbauten für das Velo wie Überführungen oder Unterführungen. Das ist eine legitime Haltung, auch wenn wir diese Haltung in dieser Pauschalität nicht teilen, insbesondere weil wir ja mit der Kreiselunterführung bei der Thomaskirche ein sehr gutes funktionierendes Beispiel bereits in dieser Stadt haben. Enttäuschend ist aber vor allem auch, dass der Regierungsrat keine konkreten Alternativvorschläge macht, um die ja der Anzug explizit auch bittet. Er verweist lediglich einmal mehr auf den neuen Teilrichtplan Velo, der aber auch jetzt noch nicht vorliegt. Aber auch keine Spur von konkreten Lösungen an den genannten Problemkreuzungen. Velofahrerinnen und Velofahrer werden also weiterhin auf dem Weg aus den Quartieren in die Innenstadt bei den Ringstrassen minutenlang vor einer kaum überwindbaren Blechwand stehen, statt schnell und sicher voranzukommen. Das ist sehr schade.

Die SP-Fraktion stimmt deshalb für Stehenlassen und bittet Sie, das Gleiche zu tun.

Herr Präsident Herr Statthalter, geschätzte Frau Regierungsrätin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das war es von meiner Seite. Ich hoffe, es war recht, es war mir eine Ehre und eine Freude. Vielen Dank. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Der Anzug datiert vom 14.09.2020, seither hat sich die Situation stark zu Gunsten der Velofahrenden verändert und kann somit abgeschrieben werden. Wie die Regierung schreibt, soll der Fokus auf der Optimierung der Verkehrsflächen liegen und nicht auf einer komplizierten Verkehrsinfrastruktur mit Unter- und Überführungen. Dies würde zu mehr versiegelten Flächen im Kanton führen, was dem Klima schadet. Der Kreisel bei der Thomaskirche ist entgegen der Aussage im Anzug kein gutes Beispiel. Ich beobachte dort, dass viele Velofahrer*innen den gefährlichen oberirdischen Weg durch den Kreisel nehmen, aus welchen Gründen auch immer. Mit Lösungen, wie grosse Aufstellbereichen für Velos vor Ampeln, Rechtsabbiegen bei Rot und indirektem Linksabbiegen, ist die Regierung bereits jetzt dabei, es den Velofahrenden so einfach und bequem wie möglich zu machen.

Ich bin selber oft mit dem Velo unterwegs und begrüsse diese Massnahmen, hoffe aber, dass die Regierung es nicht übertreibt. Im Verkehr müssen alle Teilnehmer*innen aufeinander Rücksicht nehmen und eine starke Übervorteilung eines der Verkehrsmittel führt zu einem Ungleichgewicht und damit auch zu einer Verschlechterung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen. Gerade im Westen gibt es viele wenig befahrene Nebenstrassen. Als Velofahrer benutze ich diese Nebenstrassen zu meiner eigenen Sicherheit, wo immer möglich, und fahre damit sehr gut. Oft sind das nicht einmal Umwege.

Wenn aber das Velo dazu benutzt wird, den MIV zu verdrängen, kommt es unweigerlich zu Konfliktsituationen und es wird gefährlich, notabene auch für die Velofahrenden. Warten wir also den neuen Veloroutenplan und die Einführung der



Standards für den Fuss- und Veloverkehr ab und beobachten wir, wie das BVD, wie es schreibt, Verbesserungen für den Langsamverkehr, insbesondere an Kreuzungen vornimmt.

Aus diesen Gründen beantragt die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Karger, möchten Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod annehmen? Sie wird abgelehnt. Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Dann nicht in Form einer Zwischenfrage. Anzumerken ist, dass Philip Karger das Beispiel der Thomaskirche, diese Velo-Unterführung, als schlechtes Beispiel genannt hat. Können Sie sich vorstellen, dass es im Quartier Eltern gibt von jugendlichen Schulkindern, die sehr froh sind, diesen Kindern sagen zu können, dass sie diese Unterführung nehmen sollen und unter keinen Umständen oberirdisch durchfahren sollen, dass das also ein grosser Vorteil ist? Ich glaube, das wäre meine Frage gewesen, aber ich glaube, es ist offensichtlich, dass es da in Bezug auf die Verkehrssicherheit auch wirklich ein nicht unerheblicher Vorteil mit sich bringt. Dass es dann einige gibt, die leider das Risiko auf sich nehmen oberirdisch, ist ärgerlich, aber das heisst nicht, dass es nicht gut ist, dass es diese unterirdische Variante gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Cuénod, nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Entschuldigung, Blechlawine, Sicherheit, Risiko auf sich nehmen, um eine Kreuzung zu fahren in dieser Stadt, also bitte, bisschen weniger Polemik hier.

Tim Cuénod (SP): Die Frage ist mir als Frage nicht verständlich. Ich verstehe allerdings nicht, wo die Polemik liegt, an Kreuzungen, die wirklich stark befahren sind, wo ich auch viele Autofahrer kenne, die sich freuen, dass dort weniger Velofahrer unterwegs sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, es ist vielleicht gerade ganz gut, dass sich jetzt einige BVD-Vorstösse angesammelt haben über die letzten Monate. Man sieht nämlich, wie viele Vorstösse im Bereich Velo hängig sind und jeder dieser Vorstösse hat ein Dutzend von konkreten Stellen und Massnahmen und Ideen und ich glaube, hier ist der Punkt, dass die Regierung sagt, lassen Sie uns die Fäden wieder zusammennehmen. Wir können nicht wie ein Feuerlöschkommando überall dem nachgehen, was jetzt gerade mit einem Vorstoss aktuell ist respektive doch, wir machen das, wo kleine Dinge möglich sind, aber wir müssen strukturiert vorgehen. Und das tun wir, indem wir in den vergangenen Monaten auch basierend auf dem neuen Bundesgesetz Standards erarbeitet haben, die nun überall zur Anwendung kommen, wo wir was verändern, und natürlich indem wir das neue Veloroutennetz erarbeiten und da wirklich systematisch dran herangehen.

Glauben Sie mir, da sind auch diese Stellen, die Sie hier nennen, auf dem Radar und wir werden diese bearbeiten, aber ich denke, Sie sind sicher einverstanden mit mir, wenn es Sinn macht, dass ich meine Leute für die Erarbeitung dieser Dinge beschäftige und dass wir einen Teil der Vorstösse mittlerweile wirklich abschreiben können, damit die Leute eben an diesen konkreten Dingen arbeiten können, weil sonst wirklich der Aufwand auch für die Beantwortung dutzender Velo-Vorstösse wirklich sehr gross ist.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, wie gesagt, wir bleiben dran, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das wird bestritten von Daniel Sägesser. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag

Ergebnis der Abstimmung



47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005726, 22.01.25 15:20:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

46. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwarteallen erhalten statt verschrotten, Schreiben des RR

[22.01.25 15:21:10, 23.5530.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte. Das Wort geht zuerst an Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich möchte Ihnen beliebt machen und ich beantrage auch, den Anzug stehen zu lassen. Die Antwort ist für mich in mehrerlei Hinsicht unbefriedigend. Generell beruht sie vor allem auf Behauptungen und nicht wirklich auf handfesten Argumenten.

Ich fange an mit der Bemerkung, die Wartehallen haben die veranschlagte Nutzungsdauer von 25 Jahren erreicht. Hier wird meiner Meinung nach die Nutzungsdauer mit der buchhalterischen Abschreibungsdauer vermischt. Kein Haus oder anderes Bauwerk muss nach der Abschreibungsdauer einfach abgerissen werden. Man versucht durch Renovationen die Lebensdauer zu verlängern. Dann steht, eine Weiterverwendung sei weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch das klingt für mich wie eine Behauptung. Ich hätte hier eigentlich Zahlen erwartet.

Im Bericht steht, aufwendiges und kostenintensives Versetzen der Wartehallen im Zuge der BehiG-Umgestaltungen. Eine Furrer-Wartehalle ist mit vier Stellschrauben am Boden befestigt und die Gewindeanker sind erst noch höhenverstellbar. Gemäss dem Architekten, das hat er mir persönlich mitgeteilt, könne man den Unterstand in zehn Minuten lösen und an einem neuen Ort bzw. auf einem erhöhten Niveau wieder befestigen. Und auch wenn es vielleicht doch nicht ganz so schnell gehen sollte, ein Riesenproblem scheint es wirklich nicht zu sein. Die ganze Verankerung ist übrigens aus rostfreiem Stahl gefertigt. Ich kann mir also fast nicht vorstellen, dass sie massive Korrosionsschäden haben und falls doch bin ich gerne bereit, mir das mit eigenen Augen anzuschauen.

Das bringt mich auch zum nächsten Punkt, die Wartung. Es ist nämlich durchaus so, dass Renovationen möglich sind. Am Bernerring zum Beispiel wurde eine Schuhschachtel-Haltestelle aufgefrischt, neu gestrichen und frisch verglast, sieht schon wieder ganz anders aus. Und auch die Furrer-Wartehallen können neu gestrichen und mit einer LED-Beleuchtung versehen werden. Wenn man sie ein bisschen pflegt und ab und zu ein Teil ersetzt, lassen sich die Haltestellen länger erhalten. Und das mit dem Pflegen, das gilt auch für die neuen Parapluie-Unterstände, von denen man hört, dass auch bei diesen da und dort schon Unterhaltsarbeiten nötig waren. Das dünkt mich völlig normal bei öffentlicher Infrastruktur.

Aus heutiger Sicht scheint es einfach nicht mehr zeitgemäss, bestehende und funktionstüchtige Warte-Unterstände zu entsorgen, besonders wenn sie wie die Unterstände des Typs Furrer einen soliden Charme ausstrahlen und das Stadtbild prägen. Die bestehenden Wartehallen schützen im Vergleich zum neueren Modell sogar besser vor schlechtem Wetter, sie sind grösser und bieten mehr Sitzgelegenheiten. Überall redet man von Bestandserhalt, wir sollten uns deshalb diesen Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.



Fina Girard (GAB): Ich fange ein bisschen grundsätzlicher an. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind ja bekanntlich Weltmeister im Recycling. Pflichtbewusst und ganz selbstverständlich tragen wir unsere Säcke mit PET-Flaschen und leeren Konfi-Gläschen zur Recycling-Station. Das R für Recycling steht aber eigentlich ganz am Ende der 8 Rs der Kreislaufwirtschaft: Refuse, Rethink, Reduce, Reuse, Repair, Refurbish, Repurpose und erst ganz zum Schluss Recycle. Was jetzt so neusprachlich daherkommt, ist eigentlich seit Menschengedenken Normalität. Was noch gebraucht werden kann, wird geflickt, weitergenutzt oder findet anderweitig Verwendung. Ressourcen sind knapp und kostbar. Das gilt damals wie heute.

Der Regierungsrat hat sich mehrfach zur Kreislaufwirtschaft bekannt. Um das Klimaziel bis 2037 zu erreichen, ist es zentral, dass wir Wege aus der heutigen Wegwerfgesellschaft finden und Sorge tragen zu den Ressourcen, die bereits verbaut sind. Aber komplett funktionstüchtige Tramwartehallen weiter zu nutzen, das scheint plötzlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wir als Grün-Alternative Fraktion sind enttäuscht vom Regierungsrat, dass er diesen einfachen ökologischen Grundsatz des weiter brauchen, was noch zu gebrauchen ist nicht einhalten will. Hier geht es nicht um Klimaschutzmassnahmen, die unsere Stadt verändern sollen, sondern ganz im Gegenteil, es geht darum, zu erhalten, was sowieso schon da ist und schon funktioniert. Einfacher geht Klimaschutz eigentlich kaum. Dass die Firma, die die Machbarkeitsstudie zur Weiterverwendung einzelner Tramwartehallen geprüft hat, selbst auch Produzentin der neuen Tramwartehallen ist und daher möglicherweise eigene Interessen im Spiel sind, ist pikantes Detail der Causa Tramwartehäuschen.

Wenn die Regierung nun schreibt, die Weiterverwendung der Tramhäuschen sei weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, dann möchten wir doch genau wissen, beruhend auf welchen Fakten sie zu diesem Schluss kommt. Die Beantwortung des Anzugs von Jean-Luc Perret ist unbefriedigend und lässt einen schalen Nachgeschmack, dass die Regierung gar nicht ernsthaft über eine Weiterverwendung nachdenken will. Die Bestellungen für das neue Modell Parapluie scheinen schon flächendeckend in der Pipeline zu stecken.

Die Fraktion GAB beantragt darum im Sinne eines pragmatischen und unkomplizierten Ressourcenschutzes, den Anzug von Jean-Luc Perret stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wir danken der Regierung für die Abklärungen und sehen die Probleme. Ich persönlich habe den Fokus auf eher grössere Wartehallen gelegt, wie etwa auf dem Andreasplatz oder ähnlichen. Sie geben den Plätzen ein Gesicht und prägen das Bild einer Stadt über Jahre und darum ist es oft schade, wenn die einfach wegkommen. Der Typ Parapluie, der nun verbaut wird, ist wahrlich kein Wurf, vor allem die Beleuchtung ist mangelhaft und für mich am falschen Ort und viel zu hell. Gerade jetzt in der LED-Zeit, wo wir alles probieren zu dimmen, da leuchten die Dinger um die Wette. Es macht das Ganze leider auch zu einem Einheitsbrei, aber ja, irgendeinmal wird es vielleicht ein Typ geben, der für besser empfunden wird. Wenn man die Beantwortung liest, sind die Wartehallen so kompliziert gebaut, mit begrüntem Dach, usw., dass sie halt leider nur noch abgebrochen werden können. Die LDP ist für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es kurz machen. Es ist nicht die Beantwortung des BVD oder der Regierung, hier sind natürlich die Zahlen, die wir von der BVB erhalten haben, auch die Expertise der BVB, die wir da herangezogen haben. Wenn ich den «Chrüzlistich» anschau, scheint mir klar, dass der stehen gelassen wird und wenn dem so ist, dann schauen wir, dass wir da noch detailliertere Zahlen liefern können und dem nachgehen können.

Ich finde es nach wie vor wichtig, dass wir natürlich auch auf die Wirtschaftlichkeit achten und wenn es so ist, dass dann die Erhaltung der alten Häuser wirklich um ein weites aufwendiger ist, auch finanziell, also ich sage jetzt mal, um ein mehrfaches aufwendiger ist, dann müssen wir das natürlich nochmal prüfen, aber wir werden das, wenn Sie das stehen lassen, anschauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret.



Ergebnis der Abstimmung

29 Ja, 65 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005728, 22.01.25 15:30:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 65 Nein-Stimmen gegen 29 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

47. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

[22.01.25 15:30:30, 24.5210.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Frau Keller verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da hat sich Brigitte Kühne zuerst gemeldet.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen beantragen die Überweisung als Anzug, denn wir haben es schon einige Male gehört, nebst einer Klimakrise haben wir auch eine Biodiversitätskrise und die ist so real, dass die Erhöhung der Biodiversität bei jeder Planung von Anfang an mitgedacht werden muss. Es muss biodiversitätsfördernde Blatt- und Blütenmasse her, sei es in der horizontalen oder in der vertikalen.

Der Hauptgrund für eine Überweisung als Anzug und nicht als Motion liegt in den Zahlen. Es wird eine Veränderung in einer Dimension gefordert, nämlich 50 Prozent, die innerhalb von zehn Jahren schlicht unrealistisch ist. Stichworte hierzu: es sind grössere Infrastrukturbauten betroffen, wie zum Beispiel der Bahnhof SBB, welcher durch seine Lage die Biotopverbundsachse einschränkt. Ausserdem sind die Gleisanlagen nicht im Besitz des Kantons. Dann weiter, andere Infrastrukturbauten oder sonstige Hindernisse auf Biotopverbundsachsen sind einfach nicht so veränderbar, unter anderem stark befahrenen Strassen oder historische Baustruktur. Im St. Johann-Quartier zum Beispiel sind es grossflächige Gebäude und Mauern, die sich in Privatbesitz befinden, welche den Biotopverbund zwischen wichtigen Grünflächen einschränken. Nichtsdestotrotz, die Wissenschaft der Stadtökologie lehrt uns, dass genau die kleinen Flächen in der Stadt so wichtig sind. Jeder Quadratmeter, jede Ritze zählt für die Biodiversität, aber auch für unser Wohlbefinden. Die totale Sauberkeit und damit auch Versiegelung, Entfernen von sogenanntem Unkraut mit Bunsenbrenner sowie die immer mehr aufkommenden Laubbläser sind definitiv nicht förderlich für die Biodiversität.

Dass das Verständnis in dieser Stadt eigentlich vorhanden ist, zeigen ganz viele, auch private Initiativen seit Jahrzehnten. Auch hat unsere Stadt erst kürzlich das Gold-Label von Grünstadt Schweiz erhalten und ja, es wird bereits viel, insbesondere bei Arealentwicklungen betreffend Biotopverbundsachsen verbessert. Aber eben, es reicht nicht. Mein Vorstoss betreffend entsiegelte und ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel wurde im Oktober 2023 von Ihnen allen stillschweigend an den Regierungsrat überwiesen. In diesem Vorstoss steht, Zitat: Die gemäss Biotopverbundskonzept bereits definierten Vernetzungsachsen erster Priorität sollen prioritär behandelt werden. Der Regierungsrat hat also schon einen Auftrag in diese Richtung. Somit kann die Umsetzung meines Anzuges gleich in die Umsetzung dieses Anzuges integriert werden.

Und übrigens, das Biotopverbundskonzept vom Januar 2016 feiert diesen Monat den 9. Geburtstag. Es ist aus fachlicher Sicht ausgezeichnet, aber die konkrete Umsetzung, das ist es, was zählt. In diesem Biotopverbundskonzept vor neun Jahren stand, Zitat: Die wichtigsten Vernetzungsachsen des Biotopverbundskonzepts sollen bei der nächsten Anpassung des kantonalen Richtplans Basel-Stadt in diesen integriert werden. Der Regierungsrat heute in der Motionsantwort, Zitat: Derzeit wird der kantonale Richtplan bezüglich der Themen Klima und Umwelt angepasst. Dabei sollen der Biotopverbund und die Wildtierkorridore als neue Objektblätter Bestandteil des Richtplans und somit behördenverbindlich werden. Sehr geehrter Regierungsrat, setzen Sie dies nun endlich in Tat um, denn die Behördenverbindlichkeit ist essentiell und somit jede auch noch so kleine Verbesserung unserer Biotopverbundsachsen.



Überweisen wir die Motion nun also als Anzug und machen damit klar, was der Auftrag ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ich rede hier für die LDP und die SVP. Wie der Regierungsrat schreibt, erkennen wir auch den Wunsch zur Verbesserung. Wenn man die Karte genau anschaut, dann sind wir doch in einem städtischen Gebiet, wo Strassen, Flüsse und andere Infrastrukturen leider im Wege stehen und können nicht einfach für dieses Anliegen beseitigt werden. Einige Achsen sind auch in den Landgemeinden. Dort sind sich die zuständigen Stellen der Wichtigkeit bewusst und schauen, dass bei Baueingaben und möglichen Veränderungen doch immer Verbesserungen gemacht werden können.

Derzeit, wie vorher angesprochen, wird auch der kantonale Richtplan bezüglich Themen Klima und Umwelt angepasst. Dabei sollen der Biotopverbund und die Wildtierkorridore als neue Objektblätter Bestandteil des Richtplans sein und somit behördenverbindlich werden. Damit ist das Thema schon genügend abgestützt und anerkannt worden.

Die LDP wie auch die SVP sind gegen eine Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich stelle jetzt nur noch den nächstmöglichen Antrag, nämlich die Zweitüberweisung als Motion. Denn die Stellungnahme, die ist uns zu vage herausgekommen. Sie erhält zahlreiche Ankündigungen und Beteuerungen, doch zur zentralen Forderung nach einem klaren Zielwert von 50 Prozent schweigt sie sich aus. Das wirft natürlich Fragen auf. Weshalb diese Zurückhaltung? Will sich der Regierungsrat bewusst Spielraum offenhalten, um die Motion letztlich doch nicht umzusetzen? Falls ja, dann zeigt das nur umso deutlicher, wie notwendig sie eben ist. Und falls der Regierungsrat tatsächlich beabsichtigt, eine wirksame Strategie zu verfolgen und den Richtplan entsprechend anzupassen, warum übernimmt er denn die klare Zielsetzung der Motion nicht direkt?

Ich habe es bereits bei der Erstüberweisung betont, alle Lebewesen, ob Pflanzen oder Tiere, sind auf Wege angewiesen, die es ihnen ermöglichen, sicher von einem Lebensraum in den nächsten zu gelangen. Nur so können sie neue Gebiete besiedeln oder bestehende Populationen durch Austausch stärken. Ein Park oder Naturgarten entfaltet seine Wirkung nur, wenn er vernetzt ist. Als isolierte Insel bleibt er wirkungslos. Schmetterlinge, Molche, Igel oder Wildblumen, sie brauchen Korridore, um sich auszubreiten. Dabei muss man sich nicht zwingend durchgehende Grünstreifen vorstellen. Oft reichen bereits gut platzierte kleine Biotope oder Grünflächen in regelmässigen Abständen. Und um solche Trittssteine zu schaffen, braucht es nicht zwingend das nächste grosse Umgestaltungsprojekt oder eine Arealentwicklung, sie können auch unabhängig davon umgesetzt werden.

Unser Fazit also, wir möchten diese Motion definitiv überweisen. Sie fordert nichts Unmögliches und lässt ausreichend Spielraum für die Umsetzung. Neben der Vorgabe von nur 50 Prozent bietet sie auch die Möglichkeit, bestehende Hindernisse lediglich zu entschärfen, wenn eine vollständige Beseitigung nicht machbar ist. Jetzt braucht es dafür aber eine klare Zielsetzung. Mit der Überweisung der Motion können wir diese erreichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ja, die Worte höre ich wohl, allein es fehlt mir der Glaube, wenn ich die Antwort auf meine Motion von der Regierung höre. Vielleicht möchte ich es hier doch nochmal wiederholen, meine Motion fordert, dass die Regierung zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und des Biotopverbundkonzeptes einen Massnahmenplan zur Entschärfung und Beseitigung der Barrieren erarbeitet und damit bis zum Jahr 2035 mindestens 50 Prozent der Barrieren beseitigt oder substanziell aufwertet.

Diese Forderung ist das Resultat auch von Gesprächen mit Praktikern aus der Behörde, der Frau Keller vorsteht, und beinhaltet schon viele Möglichkeiten, die Barrieren dort, wo eine völlige Beseitigung nicht realistisch ist, diese eben nicht völlig zu beseitigen, sondern zumindest substantiell aufzuwerten, und diese erst einmal ruhen zu lassen, deren Beseitigung wirklich sehr aufwendig wären. Hier erhält die Regierung also einigen Spielraum zur Umsetzung der Motion und damit ihren Beitrag zur Erhaltung und Aufwertung der Biotopverbundsachsen zu leisten.

Es tut mir leid, aber die in Ihrer Antwort zur Motion gemachte Aussage, dass Massnahmen nur im Zuge geplanter Arealentwicklungen erfolgen oder im Rahmen von Strassenunterhaltungsumgestaltungen vorgenommen werden sollen, also nur dann, wenn diese sowieso anstehen, lässt mich am Willen der Regierung zweifeln, dass hier wirklich strategisch geplant und



zielorientiert an der Verbesserung der Biodiversitätssituation in der Stadt gearbeitet wird. Dass in der Antwort auch noch geäussert wird, dass Planungen auf dem Tisch liegen, die noch für eine Verschlechterung der heutigen Situation sorgen könnten, ist eine Nebelpetarde, die davon ablenken soll, dass es eben keine klaren Zielvorgaben und auch keine Strategie gibt, die Situation der Biodiversität nachhaltig zu verbessern. Diese Unverbindlichkeit ist Teil der Gefährdung der heute noch vorhandenen Biotopverbundsachsen. Die Motion will hier die Situation stabilisieren, indem man die Prioritäten klar setzt und eben nicht damit droht, es könnte alles noch schlimmer werden.

Die Biodiversität, der geht es schlecht. Interessanterweise finden wir sie in der Agglomeration, also um die Städte herum, teilweise in besserem Zustand als die in der heutigen Kulturlandschaft im weiteren Umkreis auf dem Land. Es ist eine Tatsache, dass sich die Städte weiter ausdehnen wollen und in der Agglomeration auch verdichtet wird. Dies bedeutet für die Stadt, dass sie noch mehr als in den früheren Zeiten in der Pflicht steht, diese nun immer kleiner werdenden unbebauten Flächen nicht nur zu schützen, sondern eben auch gut miteinander zu vernetzen. Alle Studien zeigen, dass die Vernetzung von Biotopen eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität darstellt, da es ohne den Austausch genetischer Vielfalt zu einer Verarmung der Biodiversität kommt und Populationen an einem betreffenden Standort nicht langfristig überlebensfähig sind.

Für alle Zweifler aus dem bürgerlichen Lager möchte ich noch folgende neue Initiative und Studie der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz ans Herz legen, die ich hier habe. Ich kann sie gern auflegen. Sie heisst www.siedlungsnatur.ch. In dieser wird auch auf eindrückliche Weise belegt, dass Biodiversität im Kontext von Siedlungen auch ein wirtschaftlicher Faktor sind und massgeblich zur Wertsteigerung beispielsweise von Immobilien beiträgt. Wer wohnt nicht gerne in der Nachbarschaft eines schönen Parks oder einer Allee? Daher möchte ich gemeinsam mit den Verfassern der Studie dafür plädieren, bei Ihren Bewertungen von Investitionen in die Förderung der Biodiversität auch diesen Faktor nicht aus dem Auge zu verlieren und Sie bitten, aus wirtschaftlichen Gründen heute den grünen Knopf zu drücken. Die Biodiversität und ich würden uns darüber sehr freuen.

Da ich in der Motion keine Aufforderungen zur Prüfung oder zu Berichten finden kann, möchte ich den Grossen Rat bitten, diese Motion auch in einer zweiten Lesung als Motion an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bartha, nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Nachdem wir jetzt vorher über Velo-Barrieren geredet haben, würde es mich schon ein bisschen wundernehmen, ob die Aufhebung dieser Barrieren nicht auch irgendwo dann im Konflikt steht für diese Velostrassen und diese Velovorzugsrouten oder wie sehen Sie das, sehen Sie da keinen Konflikt?

Béla Bartha (GAB): Frau Keller hat schon versucht, die eine Tatsache gegen die andere auszuwägen. Ich glaube, hier ist es so, dass wir beides sehr wohl nebeneinander gut verwirklichen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann hören wir jetzt, was Frau Keller zu diesem Geschäft sagen möchte.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, wenn es denn nur die Velostrassen wären, dann wäre die Schwierigkeit nicht so gross und dann würde die Regierung die Motion entgegennehmen. Aber schauen Sie sich dieses Konzept an, dieses Biotopverbundkonzept. Ich glaube, auf Seite 38, 39, 40 gibt es eine Karte und da sieht man, die einschneidenden Barrieren sind eben grössere Infrastrukturbauten, beispielsweise den Bahnhof SBB, den überwinden Sie nicht mit ein paar Trittsteinen. Abgesehen davon gehört der Boden gar nicht uns und es gibt mehrere solche auch Gebiete in dieser Karte, die zeigen, der Boden gehört eben nicht dem Kanton, unser Einflussbereich ist beschränkt. Und hier innert zehn Jahren zu fordern, dass wir das aufheben oder 50 Prozent der Barrieren aufheben oder eben substanziell verbessern, das werden wir nicht schaffen, eben weil es zum Teil grosse Infrastrukturbauten sind, viele Gebiete nicht in unserer Hand, ist das nicht realistisch.

Wichtig ist, und wir sind da in den Endzügen, das ist eben diese Anpassung auch des Richtplans. Durch die Anpassung im Richtplan werden diese Pläne behördenverbindlich, und wahrscheinlich wissen es einige von Ihnen, weil Sie an der Vernehmlassung mitgemacht haben, die Vernehmlassung ist erfolgt zu dieser Anpassung des Richtplans und wir werden den bald in Kraft setzen. Und dann haben wir eben bereits mehrere Instrumente, wir haben die Biodiversitätsstrategie, die ganz konkret mit Massnahmen hinterlegt ist, wir haben das Biotopverbundkonzept, das schon länger gültig ist und wir die Stossrichtung weiterverfolgen, und eben auch bald diesen Richtplan und so denke ich, sind die Grundlagen gegeben, um daran weiterzuarbeiten.



Wenn Sie möchten, dann überweisen Sie das als Anzug, dann werden wir dazu berichten, aber die Regierung ist der Meinung, da auch schon ein Anzug zum Thema besteht, dass wir gerne in diesem Rahmen berichten werden, und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung der Motion. Brigitte Kühne beantragt Überweisung als Anzug und Jean-Luc Perret Überweisung als Motion. Es gibt zuerst die Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005730, 22.01.25 15:47:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird als Motion weiterbehandelt mit 48 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir stimmen über die Überweisung ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005732, 22.01.25 15:48:38]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

48. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR

[22.01.25 15:48:45, 24.5258.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Frau Keller verzichtet in der ersten Runde. Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und da hat sich Catherine Alioth für die LDP gemeldet.



Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für die differenzierte Stellungnahme zur vorliegenden Motion. Ich nehme die Begründung für die Unzulässigkeit der Motion zur Kenntnis und stelle aber auch fest, dass im Rahmen der Beantwortung der Petition für einen angemessenen ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er-Trams die Vorschläge, die auch die Motion fordert, von der BVB zusammen mit der BLT geprüft werden. Dem «Chrüzlistich» zufolge nehmen auch die anderen Fraktionen diese Information zur Kenntnis und beabsichtigen, die Motion nicht ein zweites Mal zu überweisen. Ich möchte aber noch einmal auf das zurückkommen, was ich bei der Erstüberweisung betont habe.

Es geht um das Wohl eines ganzen Quartiers mit seinen Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Arbeitnehmenden, Schülerinnen und Schüler. Diese Gemeinschaft wird auch in diesem Jahr wiederum während gut dreieinhalb Monaten in ihrer Mobilität stark eingeschränkt sein. Laut Antwort ist die Vollsperrung der Tramlinie 14 für den Zeitraum vom 4. August bis zum 23. November vorgesehen. Dieser Zeitraum scheint mir besonders sensibel. Er fällt in die Zeit nach den Sommerferien, in der der ÖV witterungsbedingt stärker genutzt wird und auch das lukrative Weihnachtsgeschäft ist betroffen. Ein weiterer Aspekt, aus meiner Sicht auch ein wesentlicher, ist der neue Sekundarschulstandort an der Gartenstrasse, der nach den Sommerferien 2025 seinen Betrieb aufnehmen wird. Es ist damit zu rechnen, dass noch mehr ÖV-Nutzerinnen und -Nutzer zu erwarten sind. Dies wird logischerweise zu zusätzlichen Kapazitätsengpässen führen und könnte die Situation weiter verschärfen.

In Anbetracht dieser Faktoren ist ernsthaft zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, die Stilllegung des Trams 14 auf den Sommer 2026 zu verschieben. Dies würde es ermöglichen, die Hauptarbeiten, das sind die Anpassungen an barrierefreie Tramhaltestellen, während der Schulsommerferien durchzuführen. Eine solche Entscheidung könnte nicht nur dazu beitragen, die Fortbewegungsfreiheit und die Lebensqualität in diesem Quartier zu erhalten, sondern auch sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen in dieser kritischen Übergangszeit weiterhin problemlos ihre täglichen Wege erledigen können.

In diesem Sinne wünsche ich mir sehr, dass den Anliegen der vorliegenden Motion entsprochen wird. Ich bitte Sie deshalb darum, diese Motion zu überweisen und damit ein Zeichen des Verständnisses und des Engagements für die Bedürfnisse dieses Quartiers zu setzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Frau Keller wünscht das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke vielmals für die Debatte hierzu. Ich glaube, wichtig ist hier einfach, diese Motion ist wirklich auch rechtlich unzulässig. Wir greifen hier in einen Organisationsbereich ein, der nicht für eine Motion zugänglich ist. Mindestens so wichtig ist aber, selbstverständlich haben auch wir ein grosses Interesse daran, dass diese ÖV-Verbindungen so gut wie möglich und auch so akzeptiert wie möglich sind. Die Gespräche laufen auch mit den entsprechenden Anspruchsgruppen und wir werden diese Ergebnisse auch präsentieren können.

Vielleicht noch kurz zur Idee, dass eine Baustellenverschiebung viel besser sei. Das wurde auch schon vom Gewerbe in Muttenz geäussert. Ich glaube, man muss sich wirklich immer bewusst sein, wie viel mit so einer Baustellenplanung an einem dermassen grossen Knoten zusammenhängt. Der Ersatzverkehr wird schon sehr lange davor geplant, es wird natürlich auch geprüft, wie hängt diese Baustelle mit dem Mehrverkehr an anderen Verkehrsknoten zusammen. Wenn man hier etwas verzögert, gerät man dort in Verzug und, und, und. Ich glaube wirklich, eine solche Baustelle verschiebt man nicht mal schnell, schnell auf ein Jahr später, gerade jetzt, wo wir bezüglich der Grossanlässe natürlich grosse Aufwände auch betrieben haben, um eben den ESC und der Women's EURO nicht in die Quere zu kommen.

Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wir bleiben dran und suchen da die beste Lösung, auch mit dem Quartier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung



21 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005734, 22.01.25 15:55:42]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 70 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

49. Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:55:49, 20.5253.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

50. Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen, Schreiben des RR

[22.01.25 15:56:04, 23.5382.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir starten mit einem Fraktionsvotum von Jérôme Thiriet für das GAB.

Jérôme Thiriet (GAB): Auch hier bei diesem Anzug beantragt das GAB noch einmal stehen lassen. Ich erkläre auch gerne, warum. Es ist ein ähnlicher Fall, wie wir ihn vorher beim Anzug von Luca Urgese bei der St. Jakob-Strasse hatten, auch da ist eine Stelle für die Velofahrenden, die nicht ganz ideal ist. Wir haben dort mit der Jacob Burckhardt-Strasse, mit der Öffnung, ein super direkter Weg vom Gellert in Richtung Gundeli, Bruderholz, der auch sehr häufig genutzt wird. Und oben bei der Kreuzung Grosspeterstrasse ist es natürlich ein Problem, weil dort die ganze Achse Grosspeterstrasse/Nauenstrasse kommt und man dann dort eigentlich normal nicht weiterkommt. Man muss warten, bis der ganze Verkehr durchgefahren ist, das geht lange, dann kann man einmal drauf, dann wird man wieder gestoppt von einem Rot und das macht natürlich niemand. Es hat dort nebendran ein relativ breites Trottoir, wo es keine Fussgänger*innen hat, und genau dort, wo diese Lösung vorgeschlagen war, will man jetzt nichts unternehmen, sondern weist darauf hin, dass man es umfahren kann über die Sevogelstrasse/Münchensteinerstrasse.

Es ist sicher gut, wenn dort etwas gemacht wird, aber Fakt ist, dass jetzt der direkte Weg natürlich viel gescheitert ist und wir hätten es gerne gesehen, wenn man sich dort noch einmal Gedanken gemacht hätte, wie man das lösen kann auf dem Trottoir. Vielleicht auch mit der Helvetia, der das Gebäude gehört, wo man ein bisschen auf Privatgrund darüber spazieren kann, dass man dort eigentlich die Fläche für Velofahrer und Velofahrerinnen machen kann. Im Schrittempo, es kommt dort niemand schnell hinauf, man muss rechts abbiegen und dann muss man rüber rollen und wieder bei der nächsten Überquerung warten, also es wird sowieso niemand schnell dort durchfahren. Es wäre vernünftig, wenn man dort auf diesem Teil bei dem Trottoir eine Lösung finden könnte, dass Velofahrer und Velofahrerinnen und Fussgänger und Fussgängerinnen aneinander vorbeikommen, so dass man den Weg, den jetzt sowieso schon jeder nimmt, auch so gestalten kann, dass es für alle legal machbar ist.



Vielen Dank, dass Sie diesen Anzug stehen lassen und nochmals zurückgeben in die Regierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Thiriet, nehmen Sie die Zwischenfrage von Annina von Falkenstein an? Sie wird angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Reicht es Ihnen nicht, dass in der Antwort drinsteht, dass die Regierung das anschaut, wenn sie dort sowieso etwas machen müssen, und dass sie den Bedarf schon sehen, aber es einfach nicht sofort machen wollen, weil sowieso noch Arbeiten kommen?

Jérôme Thiriet (GAB): Das habe ich ganz vergessen zu sagen, nein, das reicht mir nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich beantrage Ihnen, dass dieser Anzug stehen gelassen wird. Worum geht es? Es geht um einen ganz heiklen Punkt an einer ganz gefährlichen Stelle, wo wir mit wenigen Massnahmen etwas erreichen könnten und eigentlich auch erreichen müssen. Es ist der Ort oben an der Jacob Burckhardt-Strasse. Ich weiss nicht, ob Sie sich das vorstellen können jetzt direkt, man fährt mit dem Fahrrad die Jacob Burckhardt-Strasse hinauf, kommt in die Grosspeterstrasse, geht nach rechts in die Münchensteinerstrasse, überquert dort wiederum die Strasse und fährt dann ins Gundeli. Also alle diese Schülerinnen und Schüler, die in die Schulen im Gellertquartier gehen, das sind sehr viele, die benutzen diese Route, um nach Hause zu fahren.

Was passiert dort oben an diesem Ecken? Es ist vis-à-vis vom Ibis-Hotel jetzt neu dieses Helvetia-Gebäude. Sie können sich das vorstellen. Es sind etwa 25 Meter, wenn ich das richtig sehe, man kommt von unten hoch in die viel befahrene Nauenstrasse. Ich danke für den guten Bericht, der Bericht ist vielleicht nicht ganz klar, es heisst hier, dort werden dann die Leute sicher geführt, indem sie durch eine Ampel gesichert in die Grosspeterstrasse einbiegen. Also es ist zumal so, dass oben an der Jacob Burckhardt-Strasse keine Ampel ist, sondern man fährt dann in diesen relativ stark befahrenen strengen Teil und was tatsächlich passiert, ist, das sehen Sie jeden Tag, die meisten der Schülerinnen und Schüler fahren dann sicherheitshalber, zu ihrem eigenen Schutz auf das Trottoir. Jetzt können wir sagen, das geht natürlich nicht, das lassen wir nicht zu, wir stellen Polizisten hin und dann ist das Problem gelöst. Aber ich glaube, das Problem könnte man gescheiter lösen in diesem Fall. Das Trottoir ist mindestens 3.33 Meter breit und beim Haus dort, beim Helvetia-Gebäude hat es Arkaden, die man auch allenfalls mitbenutzen könnte, wenn man überlegen täte, wie lösen wir dieses Problem dort wirklich.

Man kann schon sagen, wir machen grundsätzlich keinen Mischverkehr. Wir haben das heute Morgen schon gehört und es gibt Stellen, wo Mischverkehr selbstverständlich nicht geht, wir wissen das, bei der Solitüde geht das nicht. Aber wir haben durchaus Stellen in der Stadt, wo wir Mischverkehr kennen. In der Schneidergasse kennen wir Mischverkehr sogar mit Autos, Velos und Fussgänger. Wir kennen am Heuberg, wenn Sie am vorderen Teil sind bei der Leonhardskirche, das ist schmäler sogar als das Trottoir oben dort an der Jacob Burckhardt-Strasse, haben wir Mischverkehr mit Auto, Velo, Fussgänger. Das gibt es auch hier in Basel und es gibt es in vielen Ländern ohne weiteres, dass das möglich ist, man muss nur das miteinander machen. Selbstverständlich muss man im Schritttempo fahren, so wie man das in der Schneidergasse angeschrieben hat.

Aber man könnte mit einer einfachen baulichen Massnahme, indem man dort den Boden rot markiert oder blau markiert oder wie auch immer das zulässig ist, zeigen, hier sind Fussgänger und Fahrradfahrer nebeneinander möglich, aber sie können getrennt dort diese Stelle passieren. Es stimmt, es ist angekündigt, dass in sechs Jahren etwas geschieht, Annina von Falkenstein, Sie haben recht, ab 2030 denkt man dort, Verbesserungen zu erzielen, aber mit dieser einfachen Massnahme könnte man heute schon eine wesentliche Verbesserung erzielen, wesentlich mehr machen für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler, die dort auf ihrem Heimweg sind und die diese Strecke wirklich viel gebrauchen, viel benutzen.

Ich bitte Sie also, hier gut zu überlegen, ob es einfach ein Prinzip gibt, das wir einfach hochhalten, wir machen keinen Mischverkehr. Wir machen Mischverkehr, Mischverkehr geht tatsächlich nicht überall, aber es gibt Stellen, wo dies durchaus möglich ist. Dort gibt es so gut wie keine Fussgänger an diesem Ort. Wenn Sie mal dort stehen, Sie werden so gut wie keine Fussgänger sehen und selbst wenn es hat, man kann nebeneinander Fahrräder und Fussgänger haben bei dieser Breite von 3.33 Meter Mindestbreite. Sie ist da breiter, es ist die schmalste Stelle, die ich gemessen habe, 3.33. Also es ist nichts Verrücktes, es ist nichts Weltbewegendes, es ist ein Knoten, ein gefährlicher Knoten, der an einer Stelle ist, die man geöffnet hat, und die man wie irgendwie nicht richtig hat lösen können bis jetzt. Wir könnten das machen.

Ich bitte die Regierung, das einfach nochmals anzuschauen, indem Sie diesen Anzug stehen lassen und nicht warten bis 2030, dass wir das dann lösen. Wir können hier mit einfachen Mitteln wirklich hilfreich dienen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe schon die ganze Zeit darauf gewartet, dass Beat Schaller sich meldet als Vertretender der Fussgängerlobby, sonst immer mit Voten hier, mit flammenden Voten für die zu Fuss Gehenden, also ich hätte mir da tatsächlich ein Votum erhofft von jemandem, weil, haben Sie sich diesen Plan angeschaut? Sagen wir jetzt, wir würden diese Mischfläche unterteilen, eben eigentlich wieder zu eng, um parallel zueinander den Fuss- und den Veloverkehr zu führen. Dann gibt es dort aber noch einen Fussgängerstreifen, wie genau möchten Sie den Velostreifen über den Fussgängerstreifen leiten? Also ich glaube, dort, wir wissen, wie häufig die Velos anhalten bei einem Fussgängerstreifen und ich glaube doch, dass hier der Fussverkehr wirklich in Bedrängnis kommen würde. Wir haben dort die Verbindung zwischen einer Tramhaltestelle und Hotels, also auch da, ich glaube, das ist doch ein Übergang, der doch frequentiert wird und deshalb, glaube ich wirklich, hier ist so eine Stelle, die wir nicht öffnen sollten für den Fussverkehr.

Wenn wir das tun, dann müssen wir das baulich anpassen. Das werden wir untersuchen, das werden wir machen. Wie gesagt, wenn wir ohnehin an dieser Strasse auch Sanierungsbedarf haben, dann müssen wir dort die Flächenverteilung insgesamt anschauen. Und weshalb wir das nicht sofort machen, ist auch der Grund, dass es eben auch hier eine Umfahrroute gibt, die zuzumuten ist, die grundsätzlich sicher ist.

Deshalb bittet Sie die Regierung, diesen Anzug abzuschreiben, um eben nicht neue Konflikte zwischen Velofahrenden und zu Fuss Gehenden zu schaffen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Bruno Lötscher und Konsorten als erledigt abzuschreiben. Jérôme Thiriet hingegen beantragt Stehenlassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005737, 22.01.25 16:07:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug bleibt stehen mit 56 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

51. Anzug Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage, Schreiben des RR

[22.01.25 16:07:36, 22.5471.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es gibt keine Wortmeldungen.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

52. Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage, Schreiben des RR

[22.01.25 16:08:00, 22.5414.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Wir eröffnen die Debatte mit Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich glaube, es ist eine der kürzesten Antworten, die ich je auf einen Vorstoss erhalten habe. Es sind fünf Sätze, ich habe nachgezählt. Das ist absolut nachvollziehbar, wenn es keinen Rheintunnel gibt, dann gibt es natürlich auch keine Baustelle. Ich darf Sie aber trotzdem, auch im Namen der GLP fragen, oder wenn Sie schon da sind, hoffe ich, dass Sie die Antwort direkt mir geben können, was denn mit diesen Testplanungen geschieht, die hier eigentlich schon im Gange waren für diese Ersatzflächen. Weil wir wissen ja, dass das Kleinbasel gerade in diesem Bereich einfach notorisch unterversorgt ist mit Grünraum, mit Freiraum und wir sehen hier durchaus eine Chance, dass man diese Projekte auch weiterführen könnte.

Mit der Abschreibung sind wir in dem Sinne einverstanden, aber wenn Sie vielleicht diese Frage direkt beantworten können, bin ich Ihnen sehr dankbar und kann mir die Interpellation sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich versuche, diese spontane Frage gerne zu beantworten. Tatsächlich sind wir noch dran an einer Auslegeordnung, was das Nein zum Rheintunnel alles bedeutet. Was es aber in Bezug auf diese Untersuchungen sicher bedeutet, ist, dass uns vorerst der politische Auftrag auch dazu fehlt und damit auch die Mittel. Gerade bei diesem Perimeter unten am Rhein, der ja neu frei geschaffen worden wäre, von der Hafenbahn, wo ein direkter Zugang zum Rhein entstanden wäre, der begrünt worden wäre, da hätte das ASTRA natürlich einen grossen Teil der Kosten tragen müssen, weil sie eben zuständig gewesen wären für diese Ersatzflächen. Da würden uns substanzielle finanzielle Mittel heute fehlen, um das zu realisieren. Ich denke, andere Projekte wie der Klybeck-Rhein, der ja auch im näheren Perimeter von Klybeck plus ist, das wird weiterverfolgt. Aber ich denke, wir brauchen für diese Auslegeordnung auch noch etwas Zeit und es läuft ja auch noch der Stadtteilrichtplan Klybeck-Kleinhüningen, die Beteiligung mit der Bevölkerung und da holen wir auch allfällige, ich sage jetzt mal, Bedürfnisse ab und schauen, welche dieser Projekte wir weiterverfolgen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

53. Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen, Schreiben des RR

[22.01.25 16:11:01, 22.5582.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Als Fraktionssprecher für die SVP hat sich Lorenz Amiet gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): An Sitzungstagen des Grossen Rates genehmige ich mir gelegentlich bei einer Bäckerei gleich hier um die Ecke bei der Globus-Baustelle, benannt nach einem Regierungsrat, zuständig für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, ein Kaffee und etwas Gebäck. Vor der Globus-Baustelle bedienten da in der Regel drei Leute, jetzt reicht eine Person. Ich habe die Dame kurz gefragt heute Morgen, wie es so sei mit der Laufkundschaft. Sie hat mir bestätigt, die Baustelle spürt man deutlich. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, wenn Sie bei einer Autogarage eine Baustelle haben, die die Zufahrt für Automobile verunmöglicht, dann haben Sie auch deutlich weniger Kundschaft. Solche Dinge, selbst wenn sie je nachdem nur ein, zwei Monate dauern, können Ihnen das Jahresergebnis verhegeln.

Die Regierung sieht das auch ein, schreibt aber, dass man nur bei 20 bis 30 Prozent Umsatzeinbusse wirklich mit einer Entschädigung rechnen kann. Wenn Sie nun in der Innenstadt ein Ladengeschäft haben mit Fixkosten, Miete, Saläre, usw., dann entscheiden 20 bis 30 Prozent Umsatz über Gewinn oder Verlust. Ja, Sie können selbstverständlich die Kostenstruktur etwas optimieren, indem Sie Leute entlassen, dann später wieder einstellen, ob das in der Sache ist, lasse ich im Raum stehen. Es schmerzt insbesondere dann, wenn Baustellen über Jahre dauern, wie wir das ja auch erlebt haben in letzter Zeit gerade hier in unmittelbarer Nähe.

Grundsätzlich lässt sich also feststellen, das Problem, das Kollege Ebi angesprochen hat, existiert und es tut vielen kleinen Unternehmen weh. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob die Grenze von 5 Millionen Umsatz sinnvoll ist oder nicht. Ich verstehe die Regierung, dass sie sagt, okay, das ist eine willkürliche Grenze, wir wollen, dass alle gleichbehandelt werden und deshalb funktioniert das mit dieser Grenze nicht. Aber meine Damen und Herren, das ist ein Anzug und die Regierung könnte problemlos sagen, der Grosse Rat wollte hier die Situation für diese Unternehmen verbessern, aber diese Grenze müssen wir aufweichen. Also lösen wir das Problem und klammern uns nicht am Formalismus mit dieser 5 Millionen-Grenze. Aber die Regierung will das leider nicht, was wir sehr bedauern.

In der Hoffnung, dass Sie vielleicht doch noch uns folgen möchten, stelle ich hiermit den Antrag, dass wir diesen Anzug stehen lassen in der Hoffnung, dass die Regierung die 5 Millionen-Grenze aufweicht oder anders behandelt, aber für die kleinen Unternehmen in dieser Stadt das Problem mit diesen Baustellen und den massiven Umsatzeinbussen, die daraus resultieren, löst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Alex Ebi gemeldet.

Alex Ebi (LDP): Ja, es ist ein Anzug, wie Lorenz Amiet schon gesagt hat, und mir fehlt jeweils der Glaube daran, dass die Regierung wirklich unsere Anliegen auch ernst nimmt. Es haben, ich weiss jetzt nicht mehr genau wie viele, aber die Allermeisten haben da mitunterschrieben, haben das auch mitgedruckt, damit wir den Anzug überweisen konnten und was ist die Folge, wir kriegen irgendwie wieder zweieinhalb Seiten Antwort, wobei anderthalb Seiten irgendwelche Paragraphen, Artikel sind und sonst irgendetwas, warum irgendetwas wieder nicht gehen soll, und dann steht noch am Schluss drin, die 5 Millionen, das sei eigentlich eine dumme Grenze und letztendlich gäbe es ja Härtefälle, wo man beantragen könnte. Die Härtefälle, wenn man das Reglement durchliest, da wird einem schon ganz angst und bange, da kriegt praktisch nie jemand irgendwie einmal Geld für das. Ich glaube, ein halbes Jahr muss der Weg zum Laden wirklich zu sein und wenn nur schnell eine Woche oder zwei Wochen wieder aufgemacht wird, fängt das halbe Jahr wieder von vorne an. Also die Hindernisse und die Hürden, damit man da Härtefallgeld bekommt, sind enorm hoch. Und darum wäre das eigentlich eine gute Lösung gewesen in Anlehnung an die Corona-Entschädigungen, dass man dort etwas aufbaut. Und nochmal, das ist ein Anzug, es ist nicht ein Befehl. Das wäre einfach das gewesen, was ich gedacht habe, was wir alle gedacht haben, als wir es überwiesen haben.

Die Verwaltung soll sich da Gedanken machen, was es da für eine gescheite und gute und auch vielleicht faire Lösung gibt, aber ich muss wirklich ganz enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass da überhaupt gar kein Wille vorhanden ist, das Kleingeschäft vom KMU auch zu unterstützen, wenn sie wirklich benachteiligt werden durch diese Baustellen. Wir haben alle die Baustellen in dieser Stadt schon gesehen, wir haben an jeder Ecke bald eine und es kommt einem manchmal so vor, dass die Handwerker bald die Baustellen als Lagerfläche benutzen. Da spaziert einer mit einem Helm herum und stellt den Bagger zweimal hin und her und dann sieht man ihn wieder den ganzen Tag nicht. Das ist natürlich subjektiv, das ist mir total klar, aber wenn du ein Ladenbesitzer bist und das auch noch beobachtest von deinem Laden aus und denkst, wann geht das denn da mal weiter, dann macht das natürlich doppelt wütend. Wir können herumlaufen und sagen, ja gut, jetzt fahren wir Tram und fahren weiter und alles ist gut, aber der Ladenbesitzer, der ist dort und der weiss nicht mehr, wie er die



Rechnungen zahlen soll. Und hier hätte ich wirklich gedacht, dass die Verwaltung das begriffen hat und sich etwas überlegt, wenn das schon so deutlich überwiesen wurde. Leider nicht.

Natürlich, wir sind alle für stehen lassen in der Partei, der «Chrüzlistich» sagt etwas anderes. Wir hoffen trotzdem, dass vielleicht noch ein paar Stehenlassen drücken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist uns absolut bewusst, dass diese Baustellen wirklich eine Belastung sind und wann immer möglich etablieren wir Bauarbeiten. Wir nehmen wirklich Rücksicht, wir schliessen die Baustellen bei Grossanlässen, damit diese Unternehmen Umsatz machen können, Weihnachtsmarkt, und, und, und. Gerade im Rahmen des Fernwärmeausbaus bemühen wir uns sehr stark, dass die Einschränkungen für die Geschäfte gering sind. Wenn die Auswirkung für ein Geschäft gross ist, dann hat es heute schon Anspruch. Es ist nicht ganz einfach, sich durch diese Papiere zu kämpfen, es muss ein Antrag geschehen, man muss als Unternehmen nachweisen, dass es eine grosse Einbusse gab über eine längere Zeit und ich denke, das ist aber auch richtig. Denn wir machen diese Infrastruktur ja nicht aus Spass, sondern dieses Licht, dieser Strom, all diese Dinge, das kommt dann wieder diesen Geschäften auch zugute. Es ist auch ein Feld, in dem es sehr viel, es tut mir leid, dass es da relativ juristisch wird, aber es ist ein Bereich, wo es viel Bundesrechtsprechung gibt, weil wir ja in Basel nicht alleine sind mit diesem Problem, und immer wieder kommt man zum Schluss, dass man als Unternehmen einen Teil der Belastung zu dulden hat, weil einem eben dann diese öffentlichen Services wieder zugutekommen.

Deshalb glaube ich, hier beispielsweise nur ein Teil der Unternehmen zu begünstigen mit dieser Grenze von 5 Millionen, das wäre sehr schwierig zu begründen gegenüber allen anderen Playern. Übrigens könnten auch private Forderungen stellen, Anwohnende, die stark belastet sind. Sie sehen, es wird da sehr schwierig, wirklich eine Gleichbehandlung herzustellen. Deshalb, es gibt heute diese Regelung, man kann Ansprüche stellen, wenn man stark betroffen ist, und ich glaube, wir müssen sonst vor allem jetzt in den nächsten 13 Jahren wirklich Wege finden, wie wir gemeinsam mit diesen Unternehmen einfach auch schauen, dass sie trotz diesen Bauarbeiten möglichst zugänglich, möglichst sichtbar sind und in einkaufsintensiven Zeiten wir die Zugänge möglichst gut halten können.

Ich darf Sie deshalb bitten im Namen der Regierung, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005741, 22.01.25 16:20:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben. Der Anzug ist erledigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 58 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.



54. Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR

[22.01.25 16:20:36, 23.5463.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Zu diesem Traktandum meldet sich als Einzelsprecherin Daniela Stumpf.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Der Regierungsrat hat auf meinen Anzug reagiert und erste Ansätze aufgezeigt, um die Beleuchtung als Mittel zur Verbesserung der Sicherheit zu nutzen. Diese Massnahmen sind ein Anfang, doch sie sind keinesfalls ausreichend, um den Anforderungen eines umfassenden Beleuchtungskonzepts für Basel gerecht zu werden. Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat erkannt hat, wie wichtig die Beleuchtung für die Sicherheit ist und erste Schritte unternommen hat. Die Hotspots-Analyse, die Arbeitsgruppe LUX und die Pilotprojekte sind wertvolle Bausteine, die Erfolge an Standorten wie dem Birschli oder der Dreirosenanlage zeigen, dass Beleuchtung einen messbaren Effekt haben kann.

Doch anstelle eines stringenten Konzepts sehen wir eine Sammlung einzelner Massnahmen ohne klare Zielsetzung oder langfristigen Perspektiven. Eine flächendeckende Strategie, die alle neuralgischen Punkte berücksichtigt, fehlt. Ohne konkrete Evaluationskriterien bleibt unklar, ob die Massnahmen tatsächlich eine nachhaltige Wirkung haben. Sicherheit ist nicht nur eine Frage von Daten, sondern auch von Vertrauen. Die Bevölkerung muss stärker einbezogen werden, um sowohl subjektive als auch objektive Sicherheit zu steigern. Umweltfreundliche und finanzierbare Lösungen wurden im Bericht nur am Rande erwähnt.

Der Regierungsrat muss über die bisherigen Schritte hinausgehen. Wir fordern deshalb eine umfassende Beleuchtungsstrategie. Diese muss alle Hotspots berücksichtigen, klare Ziele setzen und langfristig finanzierbar sein. Klare Kriterien und regelmässige Berichte darüber, welche Massnahmen wie wirken, eine stärkere Einbindung der Bevölkerung, entweder durch Quartier-Workshops und Bürgerbeteiligungsformate, und natürlich auch Nachhaltigkeit im Fokus, Energieeffizienz und Umweltfreundlichkeit dürfen bei der Planung nicht vernachlässigt werden.

Der Regierungsrat schlägt vor, den Anzug abzuschreiben, doch wir sagen, das wäre ein Fehler. Der Bericht zeigt, dass wir erst am Anfang stehen. Lassen Sie den Anzug stehen, nicht nur als Erinnerung, sondern als Aufforderung, ein wirklich umfassendes Beleuchtungskonzept für Basel zu entwickeln, denn Sicherheit braucht Licht, aber auch Weitsicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Esther Keller das Schlusswort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, wir sind diese Thematik angegangen. Beleuchtung kann ein entscheidender Faktor sein, dass sich die Leute sicher fühlen, auch damit tatsächlich ein Ort sicherer wird und wir sind das ehrlich gesagt sehr pragmatisch angegangen und üblicherweise wünschen Sie sich das ja von der Verwaltung, dass wir das pragmatisch angehen und das haben wir auch. Es ist diese Arbeitsgruppe bestehend aus der Polizei und der IWB, die für die Beleuchtung zuständig ist. Die wird weiterhin tagen, diese Gruppierung, und wir haben eine App, die anzeigt, wo eben Hotspots sind und wir werden da reagieren. Ich denke, wir sollten zuerst einmal schauen, wir konnten da auch schon einige der Hotspots damit verbessern, ich glaube, es ist sinnvoll, hier pragmatisch vorzugehen. Und wenn man dann sehen würde, dass das überhaupt nicht funktioniert, könnte man reagieren, aber ich bin da sehr zuversichtlich, weil man eben schon sehr viele Stellen auch entschärfen konnte.

Deshalb glaube ich, ist das Anliegen des Vorstosses vorerst erfüllt und die Regierung bittet Sie hier, den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen.



Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005743, 22.01.25 16:25:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird abgeschrieben mit 74 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

55. Interpellation Nr. 145 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Schneefall legt die BVB lahm, Schreiben des RR

[22.01.25 16:25:41, 24.5511.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Antworten aber lassen mich teilweise sehr fassungslos zurück, zeigen sie doch sehr deutlich, wie mangelhaft die BVB auf ein normales Ereignis, Schnee in einem Alpenland, vorbereitet waren. Es stimmt zwar, dass der Schneefall nicht nur in der Stadt Basel zu einem ÖV-Ausfall geführt hat, aber nirgends war der ÖV-Ausfall umfassender und nirgends in der Schweiz war er länger und das muss uns zu denken geben. Noch mehr zu denken gibt mir aber, dass die BVB nicht einmal den Notfallplan und Notfallstab aktiviert haben, wo doch schon seit Tagen vor diesem Schneefall gewarnt wurde. Ich frage mich deshalb, können die BVB keine Wetter-Apps interpretieren? Sind sie überfordert mit Wettervorhersagen oder was genau kann denn der Grund dafür sein, dass man diese Pläne nicht aktiviert hat? Auch der Umstand, dass wir in Basel über kein Schneepflugfahrzeug mehr verfügen, lässt mich etwas ratlos zurück. Es mag sein, dass ein solches Ereignis sehr selten vorkommt und es kann auch sein, dass die Kosten für ein solches Fahrzeug sehr hoch sind, aber die BVB haben in der Vergangenheit das Geld auch schon für weniger schlaue Dinge ausgegeben, so dass die Anschaffung dieses Fahrzeugs und weiterer Gerätschaften zur Bewältigung von letztlich normalen Wetterereignissen mehr als gerechtfertigt ist. Und das ist sicher erst recht gerechtfertigt, wenn man sieht, wie viele Menschen am 21. November kaum mehr nach Hause kommen konnten und in der Stadt gestrandet sind. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation zufrieden und hoffe, dass die BVB beim nächsten Mal besser vorbereitet ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Traktandum 56 Interpellation Nummer 146 Jean-Luc Perret betreffend Aufrechterhaltung des Trambetriebs bei extremen Wetterereignissen.

Der Interpellant hat schriftlich Stellung genommen zu den Antworten auf seine Interpellation und hat erklärt, dass er mit den Antworten zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

57. Interpellation Nr. 149 Catherine Alioth betreffend den Baukubus auf dem Dach des Globus, Schreiben des RR

[22.01.25 16:28:18, 24.5516.02]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Allerdings muss ich anmerken, dass die Antworten auf meine Fragen leider sehr knapp ausgefallen sind. Gerade weil die Beantwortung der Interpellation schriftlich erfolgte, hätte ich erwartet, dass sich die Regierung die nötige Zeit nimmt, um die aufgeworfenen Fragen ausführlicher und transparenter zu beantworten.

Die Antwort spricht meist von Geschossflächen, gefragt wurde nach Bauvolumen. Die vorgelegten Antworten sind deshalb in vielen Punkten schwer nachvollziehbar und lassen erhebliche Zweifel aufkommen. Der Baukubus auf dem Dach des Globus ist von sämtlichen Blickwinkeln gut sichtbar und kann nicht übersehen werden. Ich habe Ihnen ein Bild mitgebracht, das den Münsterhügel im Jahr 2017 und den Münsterhügel im Jahr 2025 zeigt. Man erkennt deutlich den Einfluss des neuen Daches mit dem darauf befindlichen Kubus, welcher mit einem roten Pfeil markiert ist.

In der Antwort zur Interpellation steht, ich zitiere: Das Volumen wurde gegenüber dem Vorgängerbau in der Höhe reduziert und gleichmässiger in die Breite verteilt. Wenn ich mir jedoch die Bilder anschau, die vom Nadelberg aus aufgenommen wurden, kann ich dieser Aussage nicht zustimmen. Weiter heisst es, ich zitiere: Dank dem niedrigen Dachaufbau, also dem Kubus, wird der Blick vom Marktplatz her auf den Münsterhügel verbessert, was städtebaulich harmonischer wirkt. Ob diese Aussage tatsächlich zutrifft, bleibt jedem Einzelnen überlassen und hängt stark vom eigenen ästhetischen Empfinden ab. Ich persönlich empfinde den neuen Dachkubus als voluminöser und dominanter in seiner Erscheinung als der Vorgängerbau.

Wenn ich die Fotos analysiere, wird es mir immer unverständlicher, dass das neue Volumen, also der Baukubus, von verschiedenen sensiblen einsehbaren Standpunkten in der Stadt auf seine beeinträchtigende Wirkung geprüft wurde, wie es in der Interpellationsantwort heisst. Der Baukubus stellt doch einen markanten Eingriff in das historische Stadtbild dar. Das Globus-Gebäude befindet sich in einer Schutzzone, die explizit darauf ausgelegt ist, das historische Ensemble des Münsterhügels zu bewahren und zu schützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir die dringende Frage, wie konnte der Baukubus in dieser Dimension dennoch genehmigt werden. Gerade in dieser sensiblen Zone sollte der Schutz des baukulturellen Erbes höchste Priorität haben. Auch dies bleibt für mich schwer nachvollziehbar. Ich glaube, dass man hier den Bauherren doch sehr weit entgegengekommen ist. Wenn jetzt noch aus dem Mehrwertabgabefonds ein üppiger Beitrag gewährt wird, damit die Dachlandschaft begrünt werden kann, ist das doch äusserst grosszügig gegenüber der wechselvollen Geschichte der Bauherrschaft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Antworten des Regierungsrats nicht die erhoffte Klarheit bringen und weit hinter meinen Erwartungen zurückbleiben. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

58. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR

[22.01.25 16:32:21, 22.5302.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um 4 Jahre zu erstrecken.

Wie schon vorher mal angemerkt, ist es so, dass die gesetzliche Grundlage aber nur 2 Jahre zulässt. Wir diskutieren also über eine Fristerstreckung von 2 Jahren. An dieser Stelle darf ich Conradin Cramer entschuldigen, der sich sehr freundlich abgemeldet hat für heute, er ist zusammen mit dem Kollegen Kaspar Sutter am WEF, der sich ebenfalls freundlich abgemeldet hat.

Zuerst frage ich Lukas Engelberger, ob er das Wort wünscht? Er wünscht es und hat es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion kritisiert die Umsetzung des revidierten Wohnraumförderungsgesetzes und der neuen Wohnraumschutzverordnung als zu bürokratisch. Sie fordert die Anpassung und Digitalisierung der Gesuchsformulare, zudem möchten sie sicherstellen, dass die Wohnschutzkommission sich selber organisiert.

Wir haben mit dem Wohnraumschutz eine schwierige Situation. Sie wissen das, verschiedene Seiten sind unzufrieden und wir haben deshalb auf dieses Thema einen Fokus gelegt. Es wurden im August auch bereits erste Massnahmen skizziert, die



auf Verordnungsebene umgesetzt werden können, damit der Vollzug vereinfacht werden kann. Es dürfen jedoch keine Wunder erwartet werden. Basel-Stadt hat einen starken Wohnschutz und dieser wird auch in Zukunft eine gewisse Bürokratie mit sich bringen. Allerdings schiessen wir nach der Auffassung des Regierungsrats in einigen Aspekten etwas über das eigentliche Ziel hinaus und das möchten wir angehen.

Zur vorliegenden Motion hat der Regierungsrat bereits letztes Jahr Stellung genommen. Die Hauptanliegen, die Überarbeitung der Formulare und die Selbstorganisation der Wohnschutzkommission, wurden erfüllt. Die Gesuchsformulare wurden von der Kommission vereinfacht, sie wurden gekürzt, die Kommission organisiert sich selber und sie tritt auch selber nach aussen hin auf. Einzig das Anliegen, dass die Gesuche digitalisiert werden, ist noch nicht umgesetzt. Nun ist natürlich die Digitalisierung dem Regierungsrat generell ein grosses Anliegen und wir haben nach Inkrafttreten der neuen Wohnschutzbestimmungen dieses Ziel auch vorangetrieben und wesentliche digitale Schnittstellen implementieren lassen. Es zeigt sich allerdings, dass die vollständige Digitalisierung der Formulare, also eben das dritte Anliegen der Motion, innert der gesetzten Frist nicht möglich ist. Die Weiterführung des Digitalisierungsprojekts erfordert als wichtigste Voraussetzung eine gefestigte Grundlage des Vollzugs, was derzeit noch nicht gegeben ist. Die Auslegeordnung, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass immer noch eine Rechtsunsicherheit besteht und diese Rechtsunsicherheit wird durch die politischen Diskussionen und die Unsicherheiten auch in der Rechtsprechung verstärkt.

Es sind dem Regierungsrat seit Juni 2024 vier Motionen zur Anpassung der Wohnraumschutzbestimmungen überwiesen worden. Vor den Gerichten sind verschiedene Verfahren zu Fragen des Wohnschutzes hängig und zudem werden Vereinfachungen der regierungsrätlichen Verordnung vorangetrieben. Sobald gefestigte Grundlagen vorliegen, wird das Digitalisierungsprojekt weitergeführt. Dafür braucht es etwas mehr Zeit, wir haben daher um 4 Jahre Verlängerung gebeten. Wenn Sie sagen, 2 Jahre seien das zulässige Maximum, dann bitten wir entsprechend um diese 2 Jahre und danken Ihnen für das Verständnis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Mir ist sofort eine Geschichte in den Sinn gekommen, als ich diese Stellungnahme des Regierungsrates gelesen habe. Diese Geschichte dürfte vielen von uns bekannt sein, die Abenteuer von Asterix und Obelix. Wir alle kennen das unbeugsame kleine gallische Dorf, das sich hartnäckig gegen die römische Besatzung wehrt. Mit Klugheit, List und einem Hauch Magie leisten sie Widerstand und halten an ihren traditionellen Wegen fest, trotz aller Fortschritte, die das römische Reich mit sich bringt. Doch heute sind wir nicht in Gallien und wir schreiben auch nicht das Jahr 50 vor Christus. Wir leben in einer Zeit, in der die Digitalisierung zu einer treibenden Kraft unserer Gesellschaft geworden ist. Dennoch gibt es in unserer Verwaltung eine kleine Einheit, die wie das gallische Dorf unbeugsam bleibt und sich gegen die Digitalisierung stemmt. Sie weigert sich, Formulare zu digitalisieren, obwohl die gesamte staatliche Verwaltung diese Entwicklung mit Nachdruck vorantreibt.

Ich möchte aber diesen Vergleich nicht überstrapazieren, da Asterix und Obelix eigentlich immer gegen die Römer gewinnen und das Präsidialdepartement eigentlich nach einer Fristverlängerung um 4 Jahre erfragt. Es argumentiert, dass im Moment viel in der Schwebe ist, Verordnung, Gesetz, Motionen, das alles brauche Zeit, bis die Verwaltung den Wohnschutz wie auch immer revidiert. Was ich dazu sagen kann, ist, dass diese Motion nicht verlangt, einen riesigen digitalen Hintergrundapparat, also nicht noch mehr Bürokratie aufzubauen, sondern sie verlangt lediglich, ein Formular und einige Prozesse zu digitalisieren und das kann auch provisorisch geschehen. Dazu braucht es nicht viel, jedenfalls keine 4 Jahre. Wir haben schön gestaunt, als wir diesen Antrag gelesen haben.

Deshalb beantragen wir, das heisst, die Fraktion des GAB und der SP, den Antrag des Regierungsrats abzulehnen bzw. die Anliegen dieser Motion bis 30. Juni 2025 umzusetzen. Und dadurch, dass diese Motion seit Oktober auf der Traktandenliste steht, finden wir diese Frist angemessen.

Noch kurz zu den weiteren Punkten der Motion und der Stellungnahme des Regierungsrates. Zuerst eine Feststellung. Mir ist schon mehrmals aufgefallen, dass das Präsidialdepartement die Wohnschutzkommission je nach Gusto oder Opportunität entweder als unabhängige Kommission oder als Verwaltungseinheit betrachtet. Weiter bestreiten wir einmal mehr, dass Motionen keinen Einfluss auf die Verwaltungsorganisation haben. Und zum Schluss, wir freuen uns, dass die Wohnschutzkommission seit einiger Zeit die Formulare entbürokratisiert und vereinfacht hat. Dass es dazu gekommen ist, ist der Mieterseite der Kommission zu verdanken. Schwierig wird es aber werden, wenn der Regierungsrat durch die Verordnungs- oder durch die Gesetzesrevision den Wohnschutz stark vereinfacht, dass am Schluss das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Dagegen werden wir uns entschieden wehren wie das bekannte gallische Dorf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Ich kann nahtlos dort weitermachen, wo meine geschätzte Vorrednerin Patrizia Bernasconi aufgehört hat. Auch die Fraktion der SVP beantragt Ihnen, nicht dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen. Ich finde es sowieso lustig, wenn man 4 Jahre beantragt, obwohl das gar nicht möglich ist. Vielleicht führt das auch ein bisschen zur Diskussion über die Vorbereitung von Geschäften des Regierungsrates.

Wir haben ähnlich gestaunt wie Frau Bernasconi, als wir diesen Bericht gelesen haben, wenn es auch um diesen Punkt der Digitalisierung geht. Frau Bernasconi hat jetzt Asterix und Obelix bemüht dafür, mir ist jetzt da spontan Troubadix, der Barde, in den Sinn gekommen, der in einem Haus auf dem Baum wohnt und wenn jetzt der so ein Formular ausfüllen müsste, wäre der wahrscheinlich ebenfalls sehr überfordert, um aus diesem Baumhaus ein vielleicht normales Haus zu machen. Und die Argumente des Regierungsrates, weshalb er nun hier 4 oder dann allenfalls nur 2 Jahre zusätzlich dafür Zeit haben soll, erschliessen sich für uns nicht.

Wir haben in den vergangenen Tagen wieder gelesen, wie schwierig es ist im Kanton Basel-Stadt in diesem Umfeld etwas zu bauen. Es gibt hier wahrscheinlich unterschiedliche Gründe dafür, man kann es auch unterschiedlich betrachten, was die Gründe dafür sind. Ich möchte das jetzt auch gar nicht bewerten, weil wir sonst wieder in einer Wohnschutzdiskussion sind, was wir aber sicher sagen können, ist, unabhängig der Frage, welchen Wohnschutz wir uns in diesem Kanton wünschen unter Berücksichtigung der Volksentscheide, die Prozesse müssen deutlich schneller werden. Das muss im Interesse aller sein, egal auf welcher Seite wir bei der Wohnschutzdebatte oder bei der Wohnschutzdiskussion stehen, und hier stellen wir fest, und da sind wir sehr auch bei den Ausführungen von Frau Bernasconi, dass das zuständige Bau- und Gastgewerbeinspektorat vor allem hier sicherlich ein Potenzial hat, sich zu verbessern und ganz generell alle Stellen, die im Bereich des Wohnschutzes involviert sind, sollten hier ebenfalls Hand dazu bieten, dass solche Dienstleistungen, die ja letztlich auch bis zu einem gewissen Grad erbracht werden, möglichst einfach sind. Es stimmt, wie der Regierungsrat in seinem Schreiben ausführt, dass die Seitenzahl der Formulare deutlich reduziert worden ist, aber ich bin überzeugt, und wenn man mit Personen spricht, die auch in diesem Bereich tätig sind und sich auskennen, dass man auch hier noch einmal schlanker werden könnte, so dass auch hier noch einmal eine deutliche Vereinfachung möglich ist, ohne dass dadurch irgendetwas im Prozess tangiert wäre.

Gleichzeitig ist es tatsächlich so, dass es für uns auch nicht Sinn macht, nun zu sagen, wir warten weitere 2 Jahre, bis wir bei der Digitalisierung in diesem Bereich einen Schritt vorwärtsgehen. Der Kanton Basel-Stadt ist bekannt dafür, dass es sonst fast überall immer der vorbildlichste Kanton sein möchte, überall ein bisschen mehr macht als alle anderen, aber ausgerechnet dort scheint er zumindest überfordert zu sein oder zumindest nicht willens und fähig rascher vorzugehen, das erschliesst sich für uns wirklich nicht. Wir erhoffen und wünschen uns hier wirklich von der Regierung, dass sie schneller vorwärtsght und deshalb beantragen wir Ihnen ebenfalls, dass wir die Frist nur dem Regierungsrat bis zum 30. Juni 2025 gewähren. Das ist noch einmal ein halbes Jahr und wenn man bedenkt, dass dieses Schreiben des Regierungsrates, wie Frau Bernasconi ebenfalls schon ausgeführt hat, bereits im September uns zugestellt wurde, hat der Regierungsrat somit noch einmal 9 Monate Zeit erhalten. Wir glauben, das ist angemessen, insbesondere weil die Motion bei der Überweisung eine Umsetzung der Massnahmen innerhalb von 6 Monaten gefordert hat und die Motion ist nun doch auch schon ziemlich genau 2 Jahre alt. Wir glauben deshalb, es ist angemessen, dass nun der Regierungsrat dies priorisiert in diesem Bereich. Wenn wir es schaffen, innerhalb von wenigen Monaten eine Grossveranstaltung über die Bühne zu bringen, dann glaube ich, sollte es der Regierungsrat mit seinen doch nicht ganz wenigen Mitarbeitenden, wertneutral formuliert, in der Verwaltung auch schaffen, in diesem Bereich, in der Digitalisierung schneller und auch etwas praktischer vorwärts zu gehen.

Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen und die Frist dem Regierungsrat nur bis zum 30. Juni 2025 zu verlängern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich kann mich anschliessen an die Voten meiner Kollegin und meines Kollegen von der Finanzkommission. Wir sprechen ja in dieser Finanzkommission immer wieder sehr viel Geld für die Digitalisierung in allen Departementen und ich war da auch schon ein bisschen erstaunt, ich kann jetzt nicht aus dem Kommissionsgeheimnis reden, aber schon erstaunt, dass man bei gewissen Orten eigentlich gar keine Effizienzgewinne am Schluss erwartet von dieser Digitalisierung, was natürlich auch ein bisschen die Haltung zeigt, wie man mit diesem Thema umgeht.

Die FDP unterstützt, was die Vorredner gesagt haben, die Frist 30. Juni.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich schliesse mich auch im Wesentlichen den Vorredner an. Aus Perspektive der LDP-Fraktion möchte ich noch betonen, dass man natürlich das gerne liest, dass auch die Regierung sehr bemüht ist, die Verwaltung möglichst effizient und schlank zu gestalten. Wir sind im Wesentlichen der Ansicht, dass der Digitalisierungsprozess, auf den man jetzt



verweist, dass die Verordnung angepasst werden soll oder wird, was ja eigentlich auch positiv ist, aber wir sehen das nicht als Argument, eine so lange Frist, zunächst 4 Jahre und jetzt 2 Jahre zu argumentieren und stellen uns auch hinter die Forderung der genannten Frist bis 30. Juni 2025 und denken, das ist gut, hier den Druck aufrecht zu erhalten. Der Digitalisierungsprozess generell, auch bei den Baubewilligungsverfahren im BGI, der ist ja am Laufen und darum sollte man das natürlich jetzt mitdenken, aber den Druck aufrecht zu erhalten, das ist tatsächlich im Interesse auch der Branche.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Sie scheinen unisono hier auf Miraculix zu setzen, das bleibt Ihr Recht, aber ich muss darauf hinweisen, dass wir diesen Fahrplan, so wie Sie sich das wünschen, Abschluss bis Ende Juni nicht für realistisch halten und ich bin doch froh, wenn Sie das auch so entgegennehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei verschiedene Anträge vor. Zum einen jener des Regierungsrats auf Fristerstreckung auf 4 Jahre. Allerdings sind nur 2 Jahre möglich, das heisst, die eine Option sind 2 Jahre und dann gibt es den Antrag von Patrizia Bernasconi und weiteren, eine Frist bis 30. Juni 2025 zu setzen. Das heisst, wir stimmen ab zwischen den verschiedenen Fristoptionen.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Fristerstreckung nur bis 30. Juni gemäss Antrag GAB

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005748, 22.01.25 16:48:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist bis 30. Juni 2025 zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Frist bis zum 30. Juni 2025 erstreckt mit 80 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

59. Anzug Nicole Amacher und Konsorten betreffend Unterzeichnung der Lohnleichheitscharta aller Betriebe mit kantonaler Beteiligung, Schreiben des RR

[22.01.25 16:49:12, 22.5338.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.



60. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR

[22.01.25 16:49:41, 20.5267.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Als erste Fraktionssprecherin hat sich Barbara Heer für die SP gemeldet.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion und des GAB beantrage ich Ihnen, diesen Anzug, der damals von der Migrantensession erarbeitet worden ist, nochmals stehen zu lassen. Zum ersten möchte ich mich bedanken bei der Verwaltung und der Regierung für die Auseinandersetzung mit der Thematik und auch bei HEKS, die aufgrund von dem Anzug jetzt ein Programm MasKu umsetzt, Mann sein zwischen den Kulturen heisst das Programm. Inhalt sind moderierte Gesprächsrunden für Männer mit Fluchterfahrung oder Migrationsbiografie. 2023 hat HEKS dafür finanzielle Unterstützung für den Aufbau des Pilots im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) erhalten von Restmitteln, dann haben wir auf Antrag der JSSK genau vor einem Jahr diese Gelder verstetigt im Rahmen von einem Staatsbeitrag.

Dennoch gibt es zwei Gründe, wieso wir den Anzug jetzt nochmals stehen lassen möchten. Erstens gibt es aus unserer Sicht in der Berichterstattung zum Anzug gewisse Anzeichen, die man möglicherweise so interpretieren könnte, dass nicht ganz klar ist, ob das Programm noch weitergeführt werden soll. Wir begrüssen natürlich sehr, dass in der Anzugsbeantwortung die Herausforderungen sehr transparent dargestellt sind, möchten aber wirklich auch mitteilen, dass es wichtig ist, dem Programm Zeit zu geben, auch Betreff methodischen Fragen, neue Ansätze zu finden, das weiterentwickeln und dazu auch Expertise von zum Beispiel *maenner.ch* oder dem Männerbüro beizuziehen, was teilweise auch schon gemacht wird. Es ist Pionierarbeit, das braucht Zeit, verschiedene Ansätze und Methoden müssen ausprobiert werden und wir möchten diesen Anzug stehen lassen, um noch einfach mal zu sagen, dass dieses Programm politisch gewollt ist und dann 2026, wenn dann eben die Weiterführung überprüft werden soll, das doch eben wirklich auch gemacht wird und uns nochmal dazu berichtet wird.

Der zweite Grund für das Stehenlassen ist, dass aus unserer Sicht eine Frage, die der Anzug aufwirft, noch nicht zu unserer Befriedigung beantwortet wird, nämlich das Anliegen, dass es nicht nur Unterstützung, sondern auch konkrete Beratungsangebote für männliche Geflüchtete geben soll, die auch eine geschlechterreflektierte Perspektive einnimmt. Konkret will ja der Anzug, dass das Männerbüro ein spezifisches Beratungsangebot für diese Zielgruppe erarbeitet. Stand heute, wie in der Anzugsbeantwortung ausgeführt, haben auch Männer mit Migrationshintergrund oder Fluchthintergrund theoretisch Zugang zu dem polyvalenten Beratungsangebot des Männerbüros. Transkulturelle Kompetenzen oder auch ein Angebot in verschiedenen Sprachen oder Übersetzungen fehlen aber.

Deshalb sind wir mit der Antwort nicht zufrieden. Das Anliegen ist uns wichtig und wir bitten die Regierung wirklich zu prüfen, dass der Leistungsauftrag des Männerbüros erweitert wird um ein transkulturelles mehrsprachiges Angebot oder ob ein solcher Auftrag an eine andere Institution gegeben werden kann. In dem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschneiden. Barbara Heer möchte ihn stehen lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005751, 22.01.25 16:54:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen



Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für stehen lassen entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

61. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung, Schreiben des RR

[22.01.25 16:54:50, 21.5746.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

62. Anzug Raffaella Hanauer betreffend Schlüsse ziehen aus der Coronakrise für die Klimakrise, Schreiben des RR

[22.01.25 16:55:18, 20.5146.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

63. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR

[22.01.25 16:55:42, 24.5205.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 3 Jahre. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion fordert, dass der kantonale Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus um weitere Formen rassistischer Diskriminierung ergänzt und in eine Gesamtstrategie gegen Rassismus eingebettet wird. Der Regierungsrat teilt und begrüsst das Anliegen grundsätzlich und wir anerkennen den Bedarf, die Bereiche Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und Antisemitismus zu stärken.

Da der Motionstext jedoch nicht eindeutig rechtlich zulässig ist, möchte der Regierungsrat ihn als Anzug entgegennehmen. Es wird bei der rechtlichen Zulässigkeit in Variante 1 nur ein kleiner Teil der Motion berücksichtigt, nämlich die Passage: Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, binnen dreier Jahre eine kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive



departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Würde allein dieser Teil der Forderungen berücksichtigt, dann wäre die Motionsforderung nicht sehr konkret und inhaltsreich.

Variante 2 ist nur teilweise zulässig. Mit einer Motion ist es nicht möglich, Aufgaben einer bestimmten Dienststelle in der Verwaltung zuzuweisen. Dies würde den Handlungsspielraum des Regierungsrats zu stark einengen und das möchten wir nicht. Hingegen möchten wir durchaus die diversen im Motionstext genannten Forderungen und Handlungsfelder prüfen und das wäre möglich. Das möchten wir tun, wenn Sie uns das als Anzug mitgeben.

Wie Sie wissen, hat die Schweiz internationale Übereinkommen ratifiziert, die uns dazu verpflichten, uns für die Beseitigung von Rassendiskriminierung für den Schutz von Minderheiten einzusetzen. Die Bundesverfassung und gesetzliche Grundlagen halten ebenfalls den Schutz vor Diskriminierung fest. Der Kanton Basel-Stadt ist zudem seit 2013 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und hat sich dazu verpflichtet, einen aktiven Beitrag gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu leisten.

Es gibt allerdings in der Schweiz derzeit keine allgemeine Antidiskriminierungs-Gesetzgebung, welche als Rahmen für den effektiven Schutz vor Diskriminierung und das Einfordern desselben dienen könnte. Das eidgenössische Parlament hat deshalb den Bundesrat beauftragt, eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus zu erarbeiten. Die Resultate der Anhörungen und Workshops der Bundesbehörden sollten bei der Entwicklung der kantonalen Strategie und der Priorisierung von Handlungsfeldern und Massnahmen noch berücksichtigt werden können. Basel-Stadt tauscht sich regelmässig mit dem Bund und anderen Städten und Gemeinden und auch Kantonen in diversen Gefässen zu Rassismusthemen aus.

Ich möchte darauf hinweisen, dass schon heute in den Departementen natürlich Massnahmen zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung und Antisemitismus umgesetzt werden, beispielsweise im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms oder ganz allgemein in der Volksschule. Der Kanton ist zudem daran, wie vom Parlament beauftragt, einen kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus zu entwickeln. Der Bundesrat hat schon früher darauf hingewiesen, dass ein Aktionsplan nicht nur die Bekämpfung des Antisemitismus, sondern die Bekämpfung des Rassismus im Allgemeineren beinhalten sollte und wir beabsichtigen ebenfalls, die beiden Massnahmenpläne zu koordinieren und in einer Gesamtstrategie zusammen zu bringen.

Aus diesen Überlegungen sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns den Auftrag in Form eines Anzugs mitgeben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Erste Fraktionssprecherin ist die Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa haben derzeit starken Aufwind. Sie verbreiten Hass und diskreditieren migrierte Geflüchtete und People of Color, was sehr besorgniserregend ist. Alltagsrassismus und rassistisch konnotierte Diskriminierungen nehmen zu. Die hetzerischen Aussagen der rechtsextremen Parteien aus Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich, um nur unsere Nachbarsländer zu nennen, nehmen zu. Und ja, auch in der Schweiz nehmen rassistische, abwertende Äusserungen über Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und People of Color in Alltagssituationen zu. Dabei scheinen sich die Grenzen des sagbaren im Alltag und im Netz laufend auszudehnen. Das ständige Wiederholen, wie schlecht Migrierte und Geflüchtete sind und dass sie, dass wir für das Elend der Welt verantwortlich sind, hat System. Je häufiger etwas wiederholt wird, desto mehr beginnen die Menschen daran zu glauben.

Mir ist bewusst, dass viele Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, sichtbar oder im übertragenen Sinn innerlich die Augen rollen, wenn über das Thema Rassismus gesprochen wird. Oft wird gedacht, nicht schon wieder, das hatten wir doch schon. Aber für Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder aufgrund ihrer Hautfarbe rassistische Anfeindungen und Ausgrenzung erleben, ist Rassismus eine Realität, die tief im Alltag verankert ist. Rassismus verletzt die Menschenwürde, die Seele und den Selbstwert eines Individuums. Rassismus und Antisemitismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Deshalb ist die Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit einem Massnahmenplan, so wie in der vorliegenden Motion von Fleur Weibel gefordert, dringend notwendig.

Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Vorstoss vor, die Motion als Anzug zu überweisen. Wir haben es gehört. Als Begründung gibt er unter anderem an, dass zwei Verständnisvarianten des Motionstextes vorliegen, wobei eine Variante rechtlich nur teilweise zulässig wäre. Die SP-Fraktion will aber die Motion in der Variante 1 verstanden wissen. Die Forderung in dieser Varianten lautet: Der Regierungsrat wird beauftragt, binnen dreier Jahren eine kantonale Strategie gegen den Rassismus inklusive departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Die Motion mit dieser Verständnisvariante nochmals der Regierung als Motion zu überweisen, ist somit nicht nur rechtlich zulässig, sondern lässt der Regierung und den zuständigen Fachstellen auch die nötige Flexibilität in der Umsetzung der auch vom Regierungsrat geteilten Grundanliegen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.



Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich erst lange hin und her überlegt, wie wir mit dieser Motion umgehen sollten und wir haben uns jetzt dazu entschieden, dass wir auch damit leben können, dass diese Motion als Anzug überwiesen wird und ich das dementsprechend so beantrage. Wir wollen nicht, dass diese Motion als Motion überwiesen wird, weil wir nicht der Meinung sind, dass wir jetzt einfach einmal zusätzliche neue Stellen schaffen würden und dann irgendeine Strategie in den Raum gestellt wird und dann am Ende des Tages doch wenig Mehrwert daraus resultiert. Die Haltung des Regierungsrates hat uns überzeugt, dass man es auch mit dem Anzug von meiner Seite, der den Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus fordert, dass man hier gemeinsam prüfen und berichten kann und dann am Ende des Tages vielleicht schauen kann, wo wir gewisse Mehrwerte finden und wo es auch mit dem Bund genau koordiniert werden kann.

Erlauben Sie mir vielleicht noch eine Grundbemerkung zu diesem Ganzen. Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir auch insbesondere Antisemitismus bekämpfen sollten, aber dann wäre es auch gut, wenn wir in diesem Kanton dann auch den Antisemitismus erkennen, wenn Antisemitismus existiert. Wenn Universitäten besetzt werden und eine Intifada gegen Israel gefordert wird, dann ist das Antisemitismus und trotzdem wurde in diesem Rat die Resolution von David Jenny bezüglich Uniresolution nicht überwiesen. Wenn an Demonstrationen free Palestine gerufen wird und der Davidstern durchkreuzt wird mit einem Hakenkreuz, dann ist das Antisemitismus und trotzdem durften hunderte von Antisemiten mehrfach in diesem Kanton durch die ganze Stadt laufen. Und wenn jüdische Mitbürger, israelische Mitbürger boykottiert werden, weil sie sich nicht ausschliesslich von Israel distanzieren, dann ist das ebenfalls Antisemitismus. Aber wenn dann trotzdem die Haltung in diesem Rat von einem grossen Teil hier vertreten wird, ich erkenne hier keinen Antisemitismus, nur Israel-Kritik ist noch lange kein Antisemitismus, dann sind Sie auf dem linken Auge teilweise blind. Damit meine ich nicht die Motionärin, mit der Motionärin hatte ich auch im Vorfeld von dieser Motion ein relativ gutes und ein konstruktives Gespräch, aber es kommen immer mal wieder gewisse Szenen vor, wo dann einfach dieser Antisemitismus nicht erkannt wird, wo er weggeschwiegen wird und wo er auch einfach ignoriert wird und das ist aus Sicht der SVP-Fraktion ebenfalls problematisch und da hatten wir in den letzten Monaten ein paar Male solche Situationen.

Ich kann Ihnen sagen, die SVP-Fraktion ist eine anständige konservative Fraktion. Wir sind für eine restriktive Migrationspolitik, aber wir sind nicht für Diskriminierung, deshalb können wir damit leben, dass wir dies heute hier als Anzug überweisen. Wir sind ganz sicher nicht die Fraktion, welche Nazis oder Rechtsextrem den roten Teppich ausrollen wollen, da kann ich für jedes Fraktionsmitglied von uns die Hand ins Feuer legen, aber es soll dann bitte auch der Antisemitismus erkannt und auch darauf reagiert werden, wenn er existiert und das war in den letzten Monaten häufig nicht der Fall.

Balz Herter (Mitte-EVP): Herr Messerli, nehmen Sie die Zwischenfrage von Amina Trevisan an? Sie wird angenommen.

Amina Trevisan (SP): Können wir uns einfach einigen, dass es grundsätzlich falsch ist, wenn Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit oder aufgrund von weiteren Merkmalen abgewertet, diskreditiert und ausgegrenzt werden? Können wir uns einfach auf das einigen?

Pascal Messerli (SVP): Ja, natürlich, das ist auch ein Mitgrund, warum die SVP proaktiv sich dafür entschieden hat, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich danke der Regierung für die differenzierte und wohlwollende Stellungnahme zu meinem Motionstext und es freut mich jetzt auch, von Pascal Messerli gehört zu haben, dass die SVP dieses Geschäft als Anzug unterstützen würde. Im «Chrüzlistich» habe ich ein Minus gelesen, deshalb freut mich, dass die SVP sich doch auch zu einer Anzugsüberweisung bereit erklärt. Tatsächlich schliesst ja dieses Geschäft auch an den Anzug von Pascal Messerli zur Bekämpfung von Antisemitismus an und es geht eben genau darum, Antisemitismus und weitere Formen rassistischer Diskriminierung zusammen zu denken und in einer gesamthaften kantonalen Strategie einzubetten mit einem entsprechenden departementsübergreifenden Massnahmenplan.

Zur Stellungnahme der Regierung und jetzt auch zum Antrag der Regierung, die Motion als Anzug zu überweisen, möchte ich zunächst um Nachsicht bitten, dass der Motionstext tatsächlich nicht ganz konsistent formuliert wurde. Das ist daran



geschuldet, dass es meine erste Motion ist und deshalb ich auch noch in einem Lernprozess bin. Die nächste Motion wird dann klarer formuliert. Die Regierung gibt aber tatsächlich eine sehr gute Interpretationsmöglichkeit meiner Motionsforderung an, das hat Amina Trevisan auch im Namen der SP ausgeführt. Es geht darum, dass die Regierung beauftragt wird, binnen dreier Jahre eine kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive departementsübergreifendem Massnahmenplan zu erarbeiten. Weitere Ausführungen, die im Motionstext gemacht sind, sind im Sinne eines Inputs zu verstehen, wobei es nicht darum ging und es mir fern liegt, auch in den Verantwortungsbereich der Regierung einzugreifen.

Auch ich beantrage deshalb, den Motionstext im Sinne dieser Variante 1, die von der Regierung auch so aufgeführt wird, zu verstehen und damit ist es dann auch keine, wie Regierungsrat Engelberger gesagt hat, nicht ganz konkrete oder leere Forderungen, ich weiss nicht mehr genau, was die Formulierung war, sondern damit fordert die Motion eben genau das, was im Kanton Basel-Stadt im Moment noch nicht vorliegt und was die Regierung auch in der Beantwortung der Motion schreibt, dass nämlich im Kanton Basel-Stadt dieser noch nicht über eine gesamtkantonale Strategie und keinen entsprechenden Aktionsplan zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung verfügt und genau das ist das, was die Motion fordert.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, die Motion jetzt ein zweites Mal als Motion zu überweisen, um die Frist, die auch gesetzt wird, diese 3 Jahre beizubehalten und der Regierung diesen verbindlichen Auftrag zu geben, den die Regierung ja auch bereit ist entgegenzunehmen und ihr dabei allen Gestaltungsraum zu lassen, den sie natürlich auch hat und deshalb möchte ich im Verständnis der Variante 1 Sie bitten, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Amina Trevisan und Fleur Weibel beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005755, 22.01.25 17:12:29]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 56 Nein-Stimmen gegen 40 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

64. Anzug Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Anerkennung, Entschädigung und gerechtere Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, Schreiben des RR

[22.01.25 17:12:36, 20.5362.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



65. Interpellation Nr. 151 Jenny Schweizer betreffend Kulturvermittlungsprojekte und ihre Unterstützungsbeiträge seitens Abteilung Kultur, Schreiben des RR

[22.01.25 17:13:02, 24.5518.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jenny Schweizer (SVP): Ich hatte Ihnen bereits bei der Rahmenausgabenbewilligung für diese Kulturvermittlungsprojekte dargelegt, weshalb ich wahrscheinlich mit dieser Interpellationsbeantwortung nicht zufrieden sein kann. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Kulturvermittlungsprojekte auch erst dann mit Steuergeldern unterstützt werden sollen, wenn sie erfolgreich zu einem Abschluss gekommen sind. Schliesslich gibt es auch keine Literaturpreise für ein Buch, wenn dieses noch nicht geschrieben ist, sondern erst der Titel feststeht, und es gibt auch keine Sportmannschaft, die einen Preis erhält, wenn sie nicht erfolgreich ist und erst am Trainieren. Daher erkläre ich mich als nicht befriedigt mit der Beantwortung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

66. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II, Schreiben des RR

[22.01.25 17:14:22, 22.5329.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für den Regierungsrat hat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Selbstverständlich misst der Regierungsrat und das für die Bildung zuständige Erziehungsdepartement dem bildungspolitischen Ziel von Bund und der kantonalen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, dass 95 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren ein Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II erreichen soll, eine sehr hohe Bedeutung zu. Und ja, als Erziehungsdirektor bin ich nicht damit zufrieden, dass wir in Basel bei etwa 85 Prozent, also 10 Prozent vom Ziel entfernt liegen. Wichtig ist mir zu betonen, dass das 95-Prozent-Ziel ein strategisches Ziel des Erziehungsdepartements ist. Wir verfolgen dieses Ziel bereits aktiv und mit Nachdruck. Ich führe dies gerne aus.

Anfang 2024 wurde am Erziehungsdepartement das Projekt Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) lanciert. Das oberste Ziel dabei ist die Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe II. Das ist ein gemeinsames Projekt der Bereiche Volksschulen und Mittelschulen und Berufsbildung und nimmt sich in Teilprojekten viele der im Anzug aufgegriffenen Thematiken an. Wir werden zum Beispiel genau analysieren, wie wir die auch im Anzug erwähnten Risikogruppen, Jugendliche, die im Ausland geboren wurden, spät Migrierte, dabei unterstützen. Wir werden das Thema Ausbildungsobligatorium, wie es die Kantone Genf und Tessin nicht unlängst eingeführt haben, überprüfen und wir werden Massnahmen erarbeiten, dass Jugendliche und ihre Eltern in der beruflichen Orientierung während der Volksschule, also bei der Berufswahl noch besser unterstützt werden können. Wenn wir hier die passenden Weichen stellen, erreichen wir, dass die Jugendlichen zufrieden sind mit ihrer Berufswahl. So verhindern wir Ausbildungsabbrüche und tragen zur Erhöhung der Abschlussquote bei. Eine breit abgestützte Steuergruppe, darunter mit Vertretern aus den Wirtschaftsverbänden und Arbeitnehmervertretungen, begleiten das Projekt.

Wie Sie gehört haben, ist das ED also bereits sehr aktiv daran, die im Anzug aufgegriffene Thematik zu bearbeiten. Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.



Melanie Nussbaumer (SP): Ich muss zugeben, ich habe schlecht gepokert. Ich habe gedacht, dass das 66 nicht mehr reicht, jetzt ist das wahrscheinlich das letzte Geschäft. Aber ich habe ein gutes Argument auf meiner Seite, und zwar geht es ja um die Abschlussquote in Basel-Stadt, die sehr tief ist, und ich glaube, hier sind wir uns alle einig, dass das ein Problem ist und dass wir das angehen müssen. Jetzt habe ich gesehen, dass sogar die Handelskammer beider Basel und auch der Gewerbeverband das so sieht und die haben auch empfohlen in ihrem Mailing an uns alle, dass man diesen Anzug stehen lassen soll, weil man eben das Problem angehen muss. Es wird schon angegangen, Mustafa Atici hat das gut ausgeführt, es werden Sachen gemacht, es ist eine Strategie geplant, was ich wirklich super finde und auch sehr wichtig. Ich finde aber, wir können den Anzug stehen lassen, um uns in zwei Jahren nochmals informieren zu lassen, was gegangen ist, welche Massnahmen jetzt wirklich ergriffen wurden, um auch hier wirklich up to date zu sein nochmals in zwei Jahren.

Wir haben ja gleichzeitig die Motion von Joël Thüring ein erstes Mal überwiesen, dass es eben ein Ausbildungsobligatorium geben soll. Auch da wissen wir noch nicht, was bei eine Zweitüberweisung passiert und wir haben auch damals bei der Erstüberweisung schon gesagt, dass natürlich ein Ausbildungsobligatorium an sich alleine nichts oder nicht so viel bringen wird. Es braucht zusätzliche Massnahmen, es braucht Begleitmassnahmen, um die Jugendlichen mitzunehmen, um sie zu unterstützen, um zu diesen Abschlüssen zu kommen und dafür ist eben mein Anzug oder unser Anzug gut, weil darin nicht nur ein Ausbildungsobligatorium gefordert wird, sondern auch andere Massnahmen gefordert werden oder angeschaut werden sollen, die diese Jugendlichen dann breiter unterstützen, als einfach ein Obligatorium ihnen aufzuladen.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn Sie unseren Antrag der SP-Fraktion unterstützen, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug von Melanie Nussbaumer als erledigt abzuschreiben. Melanie Nussbaumer beantragt, stehen lassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005759, 22.01.25 17:20:43]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

67. Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23, Schreiben des RR

[22.01.25 17:20:50, 22.5176.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



68. Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen, Schreiben des RR

[22.01.25 17:21:17, 22.5402.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wer eine Fachmatur, eine Matur oder einen Lehrabschluss in der Tasche hat, sichert sich im Verständnis des Bundes und der Kantone die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen. Gemäss der Definition des Bundes und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren haben diese Personen das bildungspolitische Ziel eines Abschlusses auf Sekundarstufe II erreicht. Lehrabsolventinnen und -absolventen, um die es in diesem Anzug geht, haben dieses Ziel erreicht und sie haben Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie haben via Berufsmaturität Zugang zu den Fachhochschulen oder mit Berufsmaturität und einen Passerellenlehrgang von einem Jahr die Möglichkeit, an einer Universität zu studieren. Diese Angebote sind für Lernende mit Wohnsitz in Basel-Stadt bereits heute kostenfrei zugänglich. Es braucht hier also keine Weiterbildungsgutscheine, um ihnen diesen Zugang zu ermöglichen.

Somit bleibt noch das Anliegen für Weiterbildungsgutscheine für Lehrabsolventinnen und -absolventen zwecks Weiterbildung. Hier möchte ich dringlich davon abraten. Die Abgabe von Weiterbildungsgutscheinen ausschliesslich an einen Teil der Absolventinnen und Absolventen eines Abschlusses auf Sekundarstufe II würde der Chancengleichheit widersprechen und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten benachteiligen. Was auch vergessen geht, Inhaberinnen und Inhaber eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises haben mit ihrer höheren Berufsbildung, mit ihren Berufsprüfungen, höheren Fachprüfungen oder höheren Fachschulen ebenfalls direkten Zutritt zu den Bildungsabschlüssen Tertiärstufe und hier greift dann wiederum der bewährte Finanzierungsmechanismus der Berufsbildung, bei dem Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt als Verbund agieren.

Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle kommen wir zum Schlussteil der Sitzung und zuallererst zur Verabschiedung von verdienten Ratsmitgliedern aus unserem Gremium.

Zehn Mitglieder des Grossen Rats haben heute ihren letzten Sitzungstag. Es wurde zum Teil schon darauf hingewiesen. Ich möchte sie nun in alphabetischer Reihenfolge gebührend verabschieden und ich schlage vor, dass wir allen zusammen am Schluss einen sehr grossen Applaus zukommen lassen.

Lieber André Auderset, Sie sind seit dem 1. Februar 2010 Grossrat und waren damit volle 15 Jahre Mitglied in unserem Rat. Zuletzt waren Sie Mitglied der GPK und der Wahlvorbereitungskommission, die Sie auch präsidieren. Davor waren Sie Mitglied der Petitionskommission, der UVEK, der JSSK, der PUK Biozentrum und der IGPK Polizeischule Hitzkirch.

Lieber Lukas Bollack, Sie sind seit einem Jahr Mitglied im Grossen Rat und haben sich in der UVEK engagiert.

Lieber Beat Braun, Sie sind seit Oktober 2015 Mitglied des Grossen Rates und waren ebenfalls Mitglied der UVEK, zusätzlich Mitglied in der Begnadigungskommission sowie früher in der Petitionskommission.

Lieber René Brigger, Sie sind seit Februar 2013 Mitglied des Grossen Rates und haben seither ununterbrochen in der BRK politisiert. Es ist Ihr zweiter Abschied, waren Sie doch schon von 1988 bis 2003 Mitglied des Grossen Rates.

Lieber Raphael Fuhrer, Sie sind seit Juni 2016 Mitglied des Grossen Rates und seither auch Mitglied der UVEK, die Sie seit 2019 präsidieren. Von 2016 bis 2017 waren Sie auch Mitglied der Finanzkommission.



Liebe Pasqualine Gallacchi, Sie waren von 2011 bis 2017 und ab 2020 Mitglied des Grossen Rates, als Mitglied der GSK und der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Lieber Gabriel Nigon, Sie sind seit Juli 2023 Mitglied des Grossen Rates und waren in dieser Zeit Mitglied der BRK und der JSSK. So wie es aussieht, ist Ihr Abschied nur vorübergehend. Ich bin zuversichtlich, dass wir Sie bald wieder in unseren Reihen begrüssen dürfen.

Lieber Daniel Sägesser, Sie waren seit Februar 2020 Mitglied des Grossen Rates und der UVEK.

Lieber Semseddin Yilmaz. Sie sind seit 2018 Mitglied des Grossen Rates und waren bis 2021 Mitglied der GSK und danach Mitglied der UVEK.

Liebe die Jennifer Schmid, Sie sind für diesen Monat zu uns gestossen und wir danken Ihnen für diesen Einsatz.

Wir verabschieden uns von lieben Kolleginnen und Kollegen, die ganz viel Engagement eingebracht haben und die unseren Ratsbetrieb geprägt haben mit prägnanten Voten, mit unterschiedlichsten Ideen, die Sie in Vorstösse gegossen haben, und auch mit ganz viel Charakter. Ich wünsche den Scheidenden von Herzen viel Spass und Muse und Freude mit der Zeit, die Sie gewinnen, freue mich auf zukünftige Begegnungen und danke Ihnen herzlich für Ihren Einsatz für unseren Kanton.

[Applaus]

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Claudio. Wir Parlamentarier möchten uns bei Dir ganz herzlichen bedanken. Du hast uns ein Jahr lang umsichtig geführt in Deiner ruhigen Art, mit Schalk und mit Nachsicht, wenn wir hier im Saal zu laut parliert haben, aber bald bist Du wieder einer von uns. Wir werden Dich wieder im Vorzimmer, im Käffeli antreffen und können ohne Stress mit Dir Dinge unterschreiben lassen oder auch nicht. Du hast wieder Zeit für Sport, denn Du musst nicht von Apéro zu Apéro hetzen und kannst wieder für Deine Gesundheit schauen. Und weil wir ja wissen, dass Du ein begeisterter Tischtennis-Spieler bist oder wirst, haben wir gedacht, wir überreichen Dir dieses Utensil für diesen Sport. Und weil man ja Tischtennis nicht alleine spielen kann, haben wir Dir zwei Schläger bereit gemacht. Einer, wie im Sportclub, der ein bisschen grösser ist, und einer, der ein bisschen verwirrt, Du kannst schauen, welchen Du Deinem Gegner gibst, mit kleiner Unterstützung. Wir haben alles bereit und wenn Du heute Abend mit uns spielen möchtest, kannst Du den schon brauchen. Wir sagen herzlichen Dank und willkommen zurück bei uns. [Applaus]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank. Ich habe meine Dankesrede für Sie schon vorbereitet, aber ich werde sie erst beim Tischtennispiel heute am Schlussabend halten. Dafür ist die ein bisschen kürzer, die ich jetzt halte.

Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Balz

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, lieber Conradin

Verehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, lieber Stephan

Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Werte Damen und Herren Gäste auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen

Ich bin voller Dankbarkeit. Der Grosse Rat, meine Fraktion, meine Familie, Freundinnen und Freunde, dieser Kanton, diese Region und ganz viele ihrer Menschen haben mir ein unvergessliches Jahr geschenkt in der speziellen Rolle als Grossratspräsident. Sie haben mir einzigartige Einblicke erlaubt, meinen Horizont erweitert. Sie haben mich beeindruckt. An unzähligen Anlässen und Orten, zu denen ich eingeladen war – oder mich bisweilen auch selber eingeladen habe.

Zum Beispiel im Wald oberhalb von Pfeffingen, wo täglich eine Gruppe von LIV Basel-Stadt mit Erwachsenen mit Autismus-Spektrum-Störung am Arbeiten ist. Egal, wie das Wetter ist, dort finden sie Halt. Oder bei der Polizei, bei der ich erleben konnte, wie kreativ und gekonnt im Einsatz Sprachbarrieren überwunden werden, um nur ein besonders eindruckliches Beispiel zu nennen. Und beispielsweise an der Industrienacht, wo ich die Innovationsfähigkeit und die Leistungskraft von regionalen Unternehmen bewundern durfte.

Ich habe an diesen und noch an vielen, vielen Orten und Anlässen mehr unglaublich viele engagierte Menschen getroffen, die sich auf unterschiedlichste Weise einsetzen – für gute Entwicklungen, für unsere Gemeinschaft. Die voll motiviert sind, ihre Sache gut zu machen. Die an eine Verständigung und ein gutes Zusammenleben glauben. Die erkennen, wo Probleme liegen und sie angehen möchten. Die da sind für ihr Umfeld und andere.



All diese Begegnungen haben mein Herz gefüllt und geben mir unglaublich viel Zuversicht. Denn dieses Engagement ist sehr wichtig für unser Zusammenleben. Es ist auch die allerbeste Grundlage für die Pflege unserer demokratischen Prozesse und Institutionen.

So glücklich und beschwingt mich diese Erlebnisse machen – so erschütternd traurig ist das Erwachen, wenn ich die schrecklichen Nachrichten aus der ganzen Welt lese – auch diese Woche wieder. Was werden diese selbstherrlichen Männer, diese unberechenbaren Extremisten in den USA, Russland und in vielen Ländern mehr noch alles anstellen?

Und wie kann es sein, dass mein Grossratspräsidententraum einer engagierten Gesellschaft und die politische Realität in vielen Ländern so weit auseinanderklaffen? Wenn ich etwas nüchterner auf die vielen bereichernden Begegnungen in meinem Präsidiumsjahr zurückblicke, wird mir deutlich, dass ich auch viele schwierige oder traurige Realitäten erlebt habe.

Zum Beispiel in Gesprächen mit Baslerinnen und Baslern, die nicht mehr schlafen können aus Angst um ihre Familienmitglieder in der Ukraine oder in Israel und Gaza. Oder an einem Anlass zum Thema Suizid, an dem Angehörige Gelegenheit gefunden haben, zu erzählen. Das war wunderschön, hat mir aber auch sehr deutlich gemacht, wie Menschen bei uns unter Tabus leiden. Und beispielsweise im Gespräch mit einer 100jährigen Jubilarin, die hellwach und sehr schlagfertig war, aber auch schonungslos aussprach, wie einsam sie ist und wie sehr sie darunter leidet, dass ihre Schmerzen und ihre Betreuungssituation nicht mal mehr einen Spaziergang im Garten erlauben.

Auch bei diesen Begegnungen habe ich Menschen getroffen, die mich beeindruckt haben. Auch hier habe ich viel guten Willen und viel Unterstützung von Institutionen und Gesellschaft erlebt. Und trotzdem war und ist es so, dass diese Anstrengungen nicht reichen, das Leiden und die Trauer richtig aufzufangen.

Es gibt bei uns Armut – viel häufiger als man annimmt – Ungerechtigkeit und Verzweiflung. Wir sind gefordert, diesen Realitäten zu begegnen und bessere Grundlagen zu schaffen dafür, dass die Menschen Hoffnung schöpfen können.

Hoffnung, Solidarität und Verständigung sind die Grundlagen für unser friedliches Zusammenleben. So entziehen wir Missgunst, Wut und übler Desinformation die Grundlagen. Und sind bereit, unseren Beitrag zu leisten bei jenen Herausforderungen, die viel zu drängend sind, um sie weiter aufzuschieben.

Ich beziehe mich da auf den Klimanotstand, der existentielle Fragen aufwirft und Aufgaben stellt, denen wir auf dem Planeten aktuell noch weniger gewachsen sind als bisher schon. Bemühen wir uns umso mehr, im privilegierten Kanton Basel-Stadt unseren Beitrag für eine bessere Welt zu leisten.

Liebe Engagierte, denen ich in diesem Jahr habe begegnen dürfen, Danke allen für die Hoffnung und Zuversicht, die Ihr begründet. Danke für Euer Engagement.

Es war mir eine unglaubliche Ehre und ein riesiges Privileg, noch bis am 31. Januar Ihr Grossratspräsident zu sein. Hiermit schliesse ich das vierte Amtsjahr, und damit auch die 44. Legislatur.

Schluss der 51. Sitzung

17:37 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 09:11:31

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	28	17	14	11	8	8	7	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	17	14	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	14	11	9	8	7	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
24.1826

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 09:14:35

Geschäft

Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates und Wahl des Regierungspräsidiums für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024 und vom 24. November 2024; Validierung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	28	16	15	11	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	16	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	9	8	7	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr	Traktandum 4 24.1827
Abstimmungsdatum	15. Januar 2025 09:15:37
Geschäft	Gesamterneuerungswahl der 100 Mitglieder des Grossen Rates für die Amtsperiode 2025–2029 vom 20. Oktober 2024; Validierung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	95	28	17	15	11	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	9	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
24.1334

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 09:25:29

Geschäft

Rahmenausgabenbewilligung Kulturvermittlung Basel-Stadt für die Jahre 2025–2028/2030, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	27	17	14	1	10	8	7	0	0
Nein	11	0	0	0	10	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
24.5322

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 09:27:22

Geschäft

Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden
Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
24.5322

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 09:28:02

Geschäft

Wahlvorschlag zur Wahl einer nebenamtlichen Richterin am Appellationsgericht für den Rest der laufenden
Amtsdauer 2022-2027, Bericht der WVKo**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
22.1446

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 10:26:51

Geschäft

Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	42	0	0	15	11	3	6	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	7	1	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
22.1446

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 10:42:00

Geschäft

Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
22.1446

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 10:43:44

Geschäft

Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
22.1446

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 10:45:49

Geschäft

Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	53	27	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
22.1446

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 10:49:54

Geschäft

Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	0	15	11	10	0	7	0	0
Nein	54	28	17	0	0	0	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr.

Traktandum 7
22.1446

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 10:52:02

Geschäft

Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen an Familien mit Kindern, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	0	0	15	10	9	8	7	0	0
Nein	48	28	17	0	1	1	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
24.0706

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 11:01:44

Geschäft

Staatsbeitrag für das Projekt Gastfamilien für Geflüchtete von GGG Benevol für die Jahre 2025 bis 2028,
Bericht der GSK**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	17	13	11	10	6	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	13	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	2	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	27	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr	Traktandum 9 24.1166
Abstimmungsdatum	15. Januar 2025 11:24:37
Geschäft	Luftreinhalteplan 2024 der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft - Partnerschaftliches Geschäft Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	16	14	9	10	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	16	14	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	1	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9.1
22.5089

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 11:25:40

Geschäft

Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Anpassung des Luftreinhalteplan zum Schutz der Bevölkerung, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	28	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	17	0	16	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	16	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:39:45

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	0	0	14	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:41:19

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	0	0	14	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	17	14	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	14	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:42:20

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	38	0	0	15	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:43:58

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	0	15	11	5	0	7	1	0
Nein	57	27	17	0	0	5	8	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:45:22

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	38	0	0	15	11	5	0	7	0	0
Nein	58	27	17	0	0	5	8	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr.

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:46:32

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	27	17	11	0	7	8	1	1	0
Nein	24	0	0	4	11	3	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0979

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 15:47:52

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	27	16	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	0	0	15	11	10	8	7	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	27	17	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	98	28	17	15	11	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
24.0781

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 16:35:03

Geschäft

Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	17	14	11	8	7	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	9	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
23.1670

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 16:36:45

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	25	17	14	11	8	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	17	14	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	1	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	9	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
21.1360

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 17:58:08

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	35	0	11	4	11	4	0	5	0	0
Nein	52	28	1	9	0	4	8	2	0	0
Ent	9	0	5	2	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
21.1360

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 17:59:26

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	64	28	0	13	0	10	7	6	0	0
Nein	31	0	17	2	11	0	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	10	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
21.1360

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 18:00:07

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Irichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
21.1360

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 18:00:28

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Irichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
21.1360

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 18:00:54

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Neichen Anina (GAB)	Ent	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	54	28	1	9	0	8	6	2	0	0
Nein	30	0	9	4	11	1	0	5	0	0
Ent	12	0	7	2	0	1	2	0	0	0
Abgestimmt	96	28	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
24.1437

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 20:19:51

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", rechtliche Zulässigkeit und weiteres Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	14	14	10	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	16	14	10	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
24.0962

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 20:40:26

Geschäft

Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)»,
Ausgabenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	27	16	14	10	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
24.0962

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 20:41:06

Geschäft

Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für das Programm «Reorganisation Strafverfolgung (ReoS)»,
Ausgabenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	26	16	13	10	9	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	13	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
24.0798

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 21:02:02

Geschäft

Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Irleichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	10	0	0	10	0	0	0	0	0	0
Nein	79	26	16	4	9	8	8	7	1	0
Ent	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
24.0798

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 21:02:38

Geschäft

Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	26	16	14	10	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
24.0798

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 21:03:39

Geschäft

Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	11	0	0	11	0	0	0	0	0	0
Nein	79	26	16	3	10	8	8	7	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	16	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
24.0798

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 21:04:19

Geschäft

Bewilligung der Ausgaben für die Entschädigung der Umkleidezeit der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung am Arbeitsort, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	25	15	14	10	8	8	7	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	15	14	10	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	16	14	10	10	8	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr	Traktandum 17 24.1514
Abstimmungsdatum	15. Januar 2025 21:41:40
Geschäft	Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	26	16	13	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	10	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 94
24.1513

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 21:48:07

Geschäft

Ausrichtung einer Finanzhilfe für das Talentförderungsprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbands Basel-Stadt in der dualen Ausbildung für die Jahre 2024 bis 2027

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	26	16	13	10	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	16	14	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	1	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	10	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
24.1595

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 22:06:17

Geschäft

Zehnter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	24	16	14	8	9	8	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	16	14	8	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	4	2	1	3	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	89	25	16	14	8	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
24.5327

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 22:20:24

Geschäft

Petition P480 "Verlegung der Haltestelle Linie 15 am Tellplatz rückgängig machen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	69	24	14	12	6	6	7	0	0	0
Nein	12	0	1	2	2	1	0	6	0	0
Ent	4	0	1	0	0	1	1	1	0	0
Abgestimmt	85	24	16	14	8	8	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	4	2	1	3	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	89	25	16	14	8	10	8	7	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
24.5352

Abstimmungsdatum

15. Januar 2025 22:29:42

Geschäft

Petition P481 "Für eine verbindliche und freie Mit-Nutzung der "Old Boys-Matte" in Basel durch Kinder und Jugendliche", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Irleichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	23	16	0	8	5	7	1	0	0
Nein	19	0	0	14	0	1	0	4	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	80	23	16	14	8	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	15	4	2	1	3	2	1	1	1	0
Stimmberechtigt	85	25	16	14	8	8	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
24.5537

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 09:19:00

Geschäft

Budgetpostulat 1 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730
Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Imichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	66	28	17	0	9	2	7	2	1	0
Nein	29	0	0	15	2	7	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	17	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23
24.5538

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 09:27:15

Geschäft

Budgetpostulat 2 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347
Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt)**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	18	17	13	8	2	7	0	0	0
Nein	26	9	0	0	2	7	0	7	1	0
Ent	2	1	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	17	14	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24
24.5539

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 09:46:51

Geschäft

Budgetpostulat 3 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	29	18	0	0	1	7	0	0	0
Nein	42	0	0	15	11	8	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	18	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
24.5540

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 10:01:50

Geschäft

Budgetpostulat 4 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS))

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	29	17	2	7	8	6	0	1	0
Nein	21	0	0	13	1	1	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	17	15	9	9	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	1	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	0	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	15	10	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28
24.5474

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 10:23:09

Geschäft

Anzug 1 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilfrecht

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	29	17	0	0	3	6	2	0	0
Nein	34	0	0	15	10	5	0	3	1	0
Ent	4	0	0	0	0	2	0	2	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
24.5475

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 10:33:53

Geschäft

Anzug 2 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Transparenz und Publikation der grossrätlichen Entschädigungen für alle

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	29	18	13	0	6	7	5	0	0
Nein	15	0	0	2	10	2	0	0	1	0
Ent	3	0	0	0	0	1	0	2	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31
24.5485

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 10:49:01

Geschäft

Anzug 4 Philp Karger und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Türkheimer-
Hegenheimerstrasse Verkehrsregime**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	42	0	0	15	10	9	1	7	0	0
Nein	53	29	18	0	0	0	5	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	10	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32
24.5500

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 10:53:20

Geschäft

Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Verkehrsregelung Colmarer-, Hegenheimer-, Türkheimerstrasse Verkehrsregime

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	29	18	0	0	5	7	0	0	0
Nein	37	0	0	15	10	4	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 34
24.5499

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 11:07:25

Geschäft

Anzug 7 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Velostrassen für Velos statt für Autos

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	29	17	0	0	0	5	0	0	0
Nein	43	0	0	15	10	8	2	7	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	17	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 35
23.5532

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 11:23:09

Geschäft

Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	11	0	0	0	9	0	2	0	0	0
Nein	78	26	17	15	0	10	2	7	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	15	9	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36
22.5259

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 11:39:18

Geschäft

Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Velofreundlichere Kreiselzufahrten und Kreisel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	33	0	0	15	9	1	1	7	0	0
Nein	61	28	18	0	0	8	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	15	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36.1
22.5519

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 11:40:00

Geschäft

Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Sicherheit in Kreiseln für Velofahrende, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	31	0	0	14	9	1	0	7	0	0
Nein	60	27	16	0	0	9	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	14	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	7	2	2	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	10	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 38
18.5412

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 12:00:13

Geschäft

Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse,
Schreiben des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	29	0	15	3	8	7	7	1	0
Nein	24	0	18	0	6	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	0	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	15	9	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 38.1
18.5410

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 12:00:50

Geschäft

Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	29	0	14	2	8	7	7	1	0
Nein	25	0	17	1	7	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	15	9	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	0	1	0	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	17	15	9	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44
20.5341

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 15:11:00

Geschäft

Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend bessere Veloverbindungen vom und ins
Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	0	13	11	6	6	7	0	0
Nein	50	28	18	0	0	3	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	2	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	18	13	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 45
20.5340

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 15:20:34

Geschäft

Anzug Jean-Luc Perret betreffend schnellen und sicheren Veloverkehr im Basler Westen durch Unter- oder Überführung der stark verkehrsbelasteten Ringstrassen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	47	0	0	14	10	9	6	7	1	0
Nein	46	28	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	18	14	10	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	18	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
23.5530

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 15:30:03

Geschäft

Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwarteallen erhalten statt verschrotten,
Schreiben des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	29	0	0	11	1	7	7	2	1	0
Nein	65	29	18	1	10	2	0	5	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	14	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
24.5210

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 15:47:32

Geschäft

Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	0	13	11	8	7	7	0	0
Nein	48	28	18	0	0	1	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
24.5210

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 15:48:17

Geschäft

Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	52	29	18	0	0	0	4	0	1	0
Nein	42	0	0	13	11	8	3	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 48
24.5258

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 15:55:20

Geschäft

Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend einem adäquaten ÖV im Bereich der Hardstrasse während des Ausfalls des 14er Trams, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	21	0	0	12	6	2	0	0	1	0
Nein	70	29	18	0	5	5	7	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	1	0	0
Abgestimmt	93	29	18	12	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5382

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 16:07:07

Geschäft

Anzug Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen,
Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	0	0	14	11	0	6	6	0	0
Nein	56	29	17	0	0	8	0	1	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	29	17	14	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	14	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
22.5582

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 16:20:06

Geschäft

Anzug Alex Ebi und Konsorten betreffend Entschädigung für baustellengeplagte Kleinunternehmen,
Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	58	29	15	0	0	3	5	6	0	0
Nein	33	0	0	15	11	5	0	1	1	0
Ent	4	0	3	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	29	18	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 54
23.5463

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 16:25:12

Geschäft

Anzug Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel", Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	74	29	18	12	0	0	7	7	1	0
Nein	22	0	0	3	11	8	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 58
22.5302

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 16:48:37

Geschäft

Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	0	0	1	0	5	5	5	0	0
Nein	80	29	18	14	11	3	2	2	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 60
20.5267

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 16:54:20

Geschäft

Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	0	15	10	9	3	7	1	0
Nein	51	29	18	0	0	0	4	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	10	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	98	29	18	15	11	9	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 63
24.5205

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 17:12:08

Geschäft

Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Imichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	0	15	9	9	0	7	0	0
Nein	56	29	18	0	0	1	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	18	15	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	0	0	0	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	18	15	9	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 66
22.5329

Abstimmungsdatum

22. Januar 2025 17:20:21

Geschäft

Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II,
Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Schmid Jennifer (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Neichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	0	12	5	8	6	4	1	0
Nein	57	29	18	1	4	1	1	3	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	18	13	9	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	1	2	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	18	14	9	10	7	7	1	1